

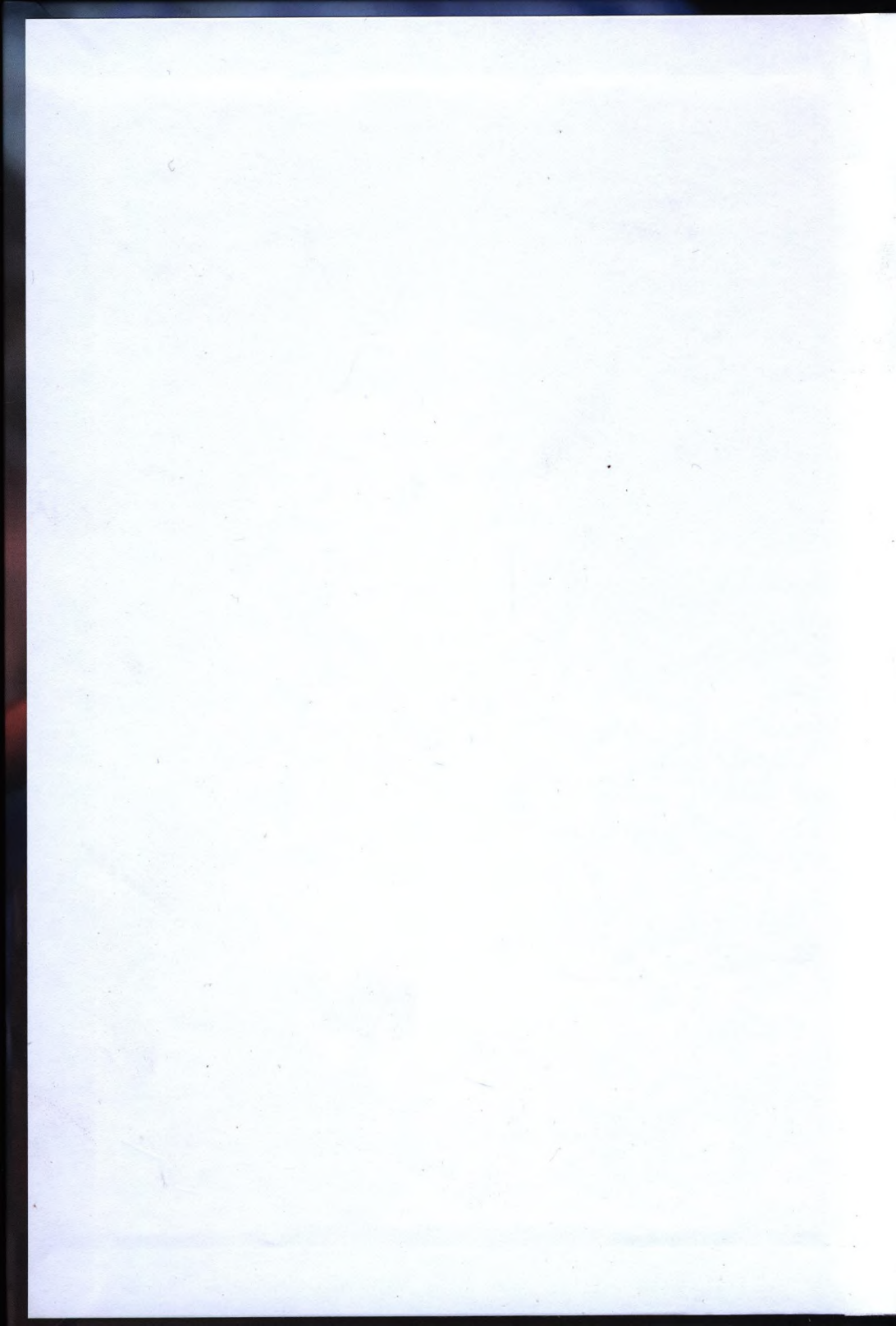
Horst Kirsten

Der GFE-Skandal

Horst Kirsten



Der GFE-Skandal
Wie der deutsche Rechtsstaat eine
Energiewende verhinderte





Horst Kirsten

Der GFE-Skandal

**Wie der deutsche Rechtsstaat eine
Energierevolution verhinderte**

*Dieses Buch widme ich all den vielen hundert Menschen,
die mir während meiner Haft durch ihre Briefe immer
wieder neue Energie spendeten und zu jeder Zeit bis zum
heutigen Tag stets hinter mir standen*

H. J. J. J. J.

Impressum:

Herausgeber Elke Rubrecht, Hohlweg 3, 53721 Siegburg

© Horst Kirsten, 2015

printed in Germany

Druck: Künstler-Druck GmbH, Andernach

www.kuenster-druck.de

Danksagung

Mein besonderer Dank gilt Hans-Jürgen Ahlers, der mir die Veröffentlichung dieses Buches erst ermöglicht hat.

Anmerkung

Es handelt sich hier um eine wirkliche Begebenheit in unserem Lande, die hier unverblümt wiedergegeben wird. Um die Veröffentlichung dieses Buches nicht zu gefährden, wurden die mit * gekennzeichneten Namen von Personen, Firmen und/oder anderen Institutionen verändert.

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort
2. Der Tod einer großen Idee 12
3. Die ersten Tage meiner Haft 48
4. Die Verlegung 60
5. Das Einleben in eine „neue unschöne“ Welt 67
6. Ein gutes Geschäft ist, wenn alle profitieren – mein Weg 73
in die Energiebranche
7. Erneuerbare Energie – zum Greifen nah und doch 82
unerreichbar. Wie Staat und Konzerne uns belügen!
8. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 87
9. Der Fall Prokon 30
10. Der Wirbelwandler 92
11. Die Firma EGM und der Papenburger Kraftstoff 95
12. Die Gründung der Firma GFE 99
13. Aufbau der Blockheizkraftwerke 114
14. Der Betrugsvorwurf 127
15. Das Ende der GFE 141
16. Rechtsstaat Deutschland? - Neun Jahre Gefängnis für 146
günstige und grüne Energie
17. Der menschenverachtende Prozess 5150
18. Nachwort
19. Glossar

1. Vorwort

Lange habe ich überlegt, ob ich all das Unrecht, welches ich in den letzten Jahren erleben musste, zu Papier bringen soll. Zum jetzigen Zeitpunkt sitze ich nun schon über 4 1/2 Jahren unschuldig in Haft. Nicht, weil ich meinen Mitmenschen etwas Böses angetan habe ... Nein, es liegt wohl eher daran, weil ich mit meinem hochmotivierten Team eine Technologie im Bereich der erneuerbaren Energien auf den Markt bringen wollte, die ohne Übertreibung als revolutionär bezeichnet werden kann.

Dies ging gewissen Lobbyisten und Politikern nun doch zu weit. Denn diese Technologie hatte die Chance, alles bisher Dagewesene im Energiesektor auszuhebeln. Im Endeffekt hätte sie mehr dem Bürger genutzt, nicht aber der Energie-Industrie und dem Staat.

Unser Produkt, ein Block-Heiz-Kraft-Werk (BHKW), welches mit einem herkömmlichen Dieselmotor betrieben wird, lief statt mit Diesel zum größten Teil mit Wasser und einem kleinen Teil Pflanzenöl. Was bedeutet das für die Wirtschaft?

Eine Frage, die ich mir zum Zeitpunkt der Markteinführung noch gar nicht stellte, da unser Bestreben darin lag, im Rahmen der Erneuerbaren Energien umweltfreundlichen Strom zum niedrigsten Preis von unter 5 Cent pro kWh für den Endverbraucher zu produzieren.

Wir waren sehr stolz darauf, dieses Ziel erreicht zu haben. Damit forderten wir unbewusst Energie-Riesen und Behörden auf den Plan, die uns das Leben sehr schwer machten. Denn mit unserem Produkt wären im Laufe der Zeit alle Kraftwerke überflüssig geworden, gleich, ob sie mit Gas, Kohle oder Atom betrieben werden. Selbst die derzeit geplanten Überland-

leitungen, quer durch unser Land, hätten von den Politikern nicht mehr als notwendig an die Bürger „verkauft“ werden können. Wir waren in der Lage, unsere BHKWs in Container einzubauen und diese haben völlig autark Strom und Wärme produziert. Selbst mitten in einer Wüste würde das ohne Probleme funktionieren. Die Einsatzmöglichkeiten dieser Container sind unbegrenzt. Flüchtlingslager aller Länder könnten beispielsweise damit ausgestattet werden. Kommerzielle Nutzung stand jedoch auch im Vordergrund. Auch besuchten etliche kommunale Vertreter unser Werk, besichtigten die Produktion und waren von der innovativen Technologie begeistert.

Es wäre ein Leichtes, diese Strom- und Wärme erzeugenden Container massenweise herzustellen, womit wir schon begannen.

Nicht auszudenken, welche Möglichkeiten dies geboten hätte, wenn wir noch unser geplantes Wohnhaus-Blockheizkraftwerk auf den Markt gebracht hätten. Dann hätte jeder Bürger seinen Strom zum Minimalpreis selbst erzeugt und seine Heizkosten auf null gedrückt. Diesen Gedanken weiter zu spielen, dass es sich hier um einen Motor handelt, der hauptsächlich mit reinem Wasser betrieben wird, entbehrt jeder Beschreibung. Schon allein aus diesem Grund sollte ich wissen, weshalb ich mich in Haft befinde.

Eine Weiterentwicklung dieser Technologie hätte sicher dazu geführt, dass auf Dauer auch Fahrzeuge mit dieser Art von Motor ausgestattet werden können. Für den Staat standen somit ca. 40 Milliarden Euro Einnahmen aus den Energie-Steuern (Mineralölsteuer usw.) auf dem Spiel; ungewollte Technik also. Mehr oder weniger machte ich mich damit unbewusst zum Staatsfeind.

Diese Technologie durfte den Markt nicht erreichen. Die Zahlen und Fakten sprechen jedoch eine eigene Sprache. Wir beauftragten öffentliche Prüfinstitutionen zur Erstellung von Verbrauchsgutachten und generierten innerhalb eines Jahres ein Bestellvolumen von knapp einer halben Milliarde Euro. Das war dann wohl auch der Anlass, weshalb die Justiz gegen uns instrumentalisiert wurde. Innerhalb weniger Stunden wurden alle Führungskräfte unserer Firma unter Betrugsverdacht gestellt und verhaftet. Sämtliche Firmenkonten wurden blockiert und so nach und nach alle Firmen unserer Firmengruppe in einen nicht rechtmäßigen Konkurs getrieben.

Eigenartig: Es gab niemals nur einen einzigen Geschädigten. Niemand wurde von oder durch uns betrogen. Kein einziger Cent wurde veruntreut. Außerdem stand die gesamte Firmengruppe nachweislich auf gesunden finanziellen Beinen, womit niemals ein Konkurs stattgefunden hätte. Allein aus diesen Gründen hätte nie ein Verfahren eröffnet werden dürfen.

All dies wurde im Nachhinein von der deutschen Justiz künstlich herbeigeführt. Beweismittel wurden vernichtet, gestohlen und unterdrückt. Beweiskräftige Zeugen wurden vor Gericht nicht zugelassen und im Vorfeld des Prozesses wurden die Angeklagten in den Medien vorverurteilt, insbesondere von der ZDF-Sendung „frontal 21“. Die Medien bezogen ihre Informationen zu einem großen Teil von der einseitig ermittelnden Staatsanwaltschaft. Durch diese Aktionen der Justiz wurden Tausende Menschen geschädigt und Zahlreiche um ihre Existenz gebracht.

Es ist nicht mein Ansinnen, die deutsche Justiz generell an den Pranger zu stellen. Ich kann und werde nur in meinem Fall die Sachlage darstellen, weil dieser Fall alleine aufzeigt, wie schnell die Justiz unbescholtene Bürger hinter Gitter bringen kann und

viele Menschen unschuldig in den Ruin treibt. Hier wurden grundlegende Bürgerrechte verletzt und viele unbequeme Bürger dieses Staates für viele Jahre „entsorgt“.

Ungeachtet des volkswirtschaftlichen Schadens, den die Justiz heuchlerisch „im Namen des Volkes“ angerichtet hat, beläuft sich der tatsächliche Schaden in diesem Fall mittlerweile auf mehrere hundert Millionen Euro. Menschen wurden mehr oder weniger direkt oder indirekt psychisch und körperlich geschädigt. Selbst ein daraus resultierender Suizid ist zu verzeichnen.

All das geschah nur, um politische und wirtschaftliche Interessen zu wahren; ohne Rücksicht auf Verluste. Selbst die vermeintlich hochgepriesene Energiewende stellt sich dadurch als Lüge dar. Über all das kann und darf ich nicht länger schweigen, wenngleich man mir schon anonym mit dem Tode gedroht hat. Aus diesem Grund ist dieses Buch entstanden.

Bayreuth, den 22.04.2015 - Horst Kirsten

2. Der Tod einer großen Idee

Silvia und ich lagen am 30.11.2010 noch im Bett als es um 07.00 Uhr morgens bei uns an der Haustür läutete. Silvia stand auf, öffnete und kam dann ganz aufgelöst wieder zurück ins Schlafzimmer, begleitet von zwei Polizisten. Ich erschrak und fragte gleich, was denn los sei. Einer der Polizisten hielt mir ein mehrseitiges Dokument vor die Nase und sagte: *„Wir haben hier einen Durchsuchungsbefehl. Bitte stehen sie auf, ziehen sich an und behindern sie uns nicht bei unserer Arbeit. Außerdem ist ihnen während dieser Aktion das Telefonieren verboten.“* Ich ließ mir von den vielen anwesenden Polizisten ihre Dienstausweise zeigen und fragte, um was es sich denn hier handeln würde. *„Wir haben unsere Anweisungen und sie können das in den übergebenen Unterlagen nachlesen.“* war die lapidare Antwort des Beamten.

In diesem Moment dachte ich tatsächlich, das alles nur zu träumen. Ich saß immer noch in meinem Schlafanzug da, als einer der Polizisten mich fragte: *„Wo kann ich mich mit ihnen unter vier Augen unterhalten?“* Ich verwies ihn auf ein daneben liegendes Zimmer, obwohl es mir sehr schwer fiel, Silvia jetzt allein mit den anderen Beamten zu lassen, die keine Rücksicht auf unsere Privatsphäre nahmen. *„Herr Kirsten, ich habe hier noch einen Haftbefehl gegen sie. Bitte ziehen sie sich an und nehmen sie ein paar Utensilien für ihre Körperhygiene mit. Ich nehme sie hiermit fest.“* Für mich brach eine Welt zusammen, denn ich konnte mir keinen Reim auf das machen, was gerade hier geschah. Man ließ mich dann noch unter Beobachtung duschen und ich packte sozusagen meine „Siebensachen“. Als Silvia von meiner Verhaftung erfuhr, konnte sie ihre Tränen nicht mehr halten. Ich ging auf sie zu und wollte sie umarmen und ihr mitteilen, dass dies hier sicher ein Irrtum ist und ich im Laufe des

Tages wieder zurückkommen werde. Seitens der Beamten wollte man diese meine Absicht nicht zulassen, wenn nicht einer der Polizisten „gnädigerweise“ gesagt hätte: *„Lasst die Beiden sich verabschieden, denn sie werden lange Zeit getrennt sein.“* Man führte mich in Handschellen aus dem Haus und ich konnte nur noch zurückblicken, sah Silvia in Tränen aufgelöst zusammen mit den anderen Polizisten, die sie am Nachlaufen hinderten.

Während die Hausdurchsuchung noch in vollem Gange war, wurde ich zum Gerichtsgebäude in Nürnberg gebracht. Auf der Fahrt dorthin erzählte mir dann einer der beiden mit im Auto sitzenden Polizisten, dass man auch meine Frau verhaften würde. Für mich war das wie ein Dolchstoß, der mitten ins Herz zielte. Auf meine Frage, weshalb denn – kam wieder nur die lapidare Antwort, dies würde mir der Haftrichter sagen können und außerdem könne ich ja jetzt die Zeit nutzen den mir übergebenen Haftbefehl zu lesen. Ab hier begann für mich die Ära der Unmenschlichkeit.

Zu diesem Zeitpunkt konnte ich nicht einmal nur erahnen, was an diesem Tage noch alles geschah und was auf mich zukommen würde. Stunden, sogar teilweise erst Tage, später erfuhr ich erst, dass an diesem Morgen eine Heerschar von Kripobeamten auf Befehl der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth ausstürmte und um 07.00 Uhr die Geschäftsräumlichkeiten der Firmengruppe und viele Privatwohnungen durchsuchte, 27 an der Zahl, es wurden 7 Personen wegen banden- und gewerbsmäßigem Betrugsverdachts verhaftet und inhaftiert. Diese Aktion fand gleichzeitig unter Mitwirkung von mindestens 150 Polizisten an verschiedenen Orten statt. Alle Führungskräfte der „GFE“ wurden festgesetzt.

Alle Firmen- und Privatkonten wurden mit sofortiger Wirkung gesperrt bzw. blockiert. Dies nur, weil eine einzige Anzeige vom

Januar 2010, eines Herrn Sunder*, der in einschlägigen Kreisen als Choleriker dafür bekannt ist, gegen die „GFE“ vorlag. Die kompletten Geschäftsunterlagen und EDV-Systeme wurden lastwagenweise beschlagnahmt und zur Kripo, zum Zwecke der weiteren Ermittlungen verbracht, was dazu führte, dass kein ordentlicher Geschäftsbetrieb mehr möglich war.

Im Gerichtsgebäude angekommen musste ich mich der Tortur einer „Aufnahme“ unterziehen. Man nahm Fingerabdrücke, machte Fotos von mir und durchsuchte mich auf irgendwelche Gegenstände, die dazu dienlich sein könnten, mir oder anderen etwas anzutun. Bisher konnte ich solche Szenen nur in Krimis im Fernsehen beobachten – und nun war ich leibhaftig live einer der Darsteller.

Man fragte mich dann, ob ich einen Anwalt hinzuziehen möchte, bevor ich dem Haftrichter vorgeführt werde. Ich bejahte diese Frage und man ließ mich dann auch unter Aufsicht mit dem Anwaltsbüro telefonieren. Dort erfuhr ich, dass mein Anwalt Markus Kruppa, ein privater Freund von mir, sich derzeit in Erfurt aufhalte, da er dort eine Verhandlung habe. Man würde ihn jedoch umgehend anrufen, damit er so schnell als möglich nach Nürnberg komme – ich müsse aber davon ausgehen, dass dies ein paar Stunden dauern könne.

So wurde ich dann in eine Wartezelle verbracht, in der ich bis zum Nachmittag Zeit hatte, den gegen mich erhobenen Haftbefehl zu lesen. Irgendwie konnte ich das vorher nicht, weil ich in Gedanken immer bei Silvia war. Allein in dieser Zelle – die Stunden waren so lang wie nie zuvor. Meine Gedanken spielten verrückt – ich wusste nicht, weshalb das hier alles geschieht – ich machte mir große Sorgen um sie – ich fragte mich, was ist passiert? Ich hatte keine Antworten dafür. Nun setzte ich mich in

dieser tristen Wartezelle hin, rauchte eine Zigarette nach der anderen und las den Haftbefehl.

Im ersten Absatz des Haftbefehls ist nur das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beschrieben, welcher vom Text betreffend richtig wiedergegeben wurde, aber mich noch nicht in die Lage versetzte, das gerade Geschehene nachzuvollziehen und weshalb ich nun einem Haftrichter vorgeführt werden soll. Dann wird darin behauptet, dass wir uns zu einem nicht genau zu bestimmenden Zeitpunkt, spätestens im Dezember 2009, getroffen hätten, um uns in wechselnder Zusammensetzung die staatlichen Rahmenbedingungen zu Nutze zu machen und durch den Vertrieb von Blockheizkraftwerken eine dauerhafte Einnahmequelle verschaffen wollten. Man hat hier zwanzig Personen aufgelistet, die sich zum Teil zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal kannten. Weiter ist der Vorwurf, wir hätten uns die staatlichen Rahmenbedingungen zu Nutze gemacht, um uns damit eine dauerhafte Einnahmequelle zu verschaffen völlig absurd. Das „EEG“ wurde doch gerade deshalb geschaffen, dass sich die Bürger in diese Richtung bewegen. Was also hat dies mit Betrug zu tun? Insofern ist der Vorwurf völlig haltlos. Ich war mir sicher, dass sich dieser Irrtum in den nächsten Stunden auflösen lässt und dieser Haftbefehl „ad acta“ gelegt werden kann.

Ich zog immer fester an meiner Zigarette und bemerkte, dass mein Körper zitterte. Immer noch nicht konnte ich erkennen, welche Straftat man mir hier unterstellen will. Was hat das aber alles mit der „GFE“ zu tun? Vielleicht kann ich das einer der nächsten Textpassagen entnehmen. Man spricht hier erstmals über die Firma „M-Solar24*“ des Andreas Walter* und dass wir für diesen Photovoltaikanlagen vermittelten, was von mir auch nicht geleugnet wird.

Allerdings ist auch in diesem Absatz nichts Verwerfliches zu finden, was meine derzeitige Situation rechtfertigen könnte. Immerhin haben wir den durch Herrn Walter* geschädigten Kunden eine Rückabwicklung ermöglicht, die sie dann schadlos hielt. Zum Zeitpunkt der Haftbefehlsstellung waren diese Kundengelder schon seit fast einem halben Jahr wieder zurück erstattet. Auch hier sah ich keinen Straftatbestand.

Jetzt konnte ich erstmals den Namen „GFE“ im Haftbefehl finden. Es steht hier geschrieben, dass wir die von mir eingebrachte Wirtschaftsberatungsgesellschaft in die „GFE mbH“ umfirmierten. Das alles unter Angabe der Handelsregisternummer, der Angabe des Geschäftsführers und dergleichen. Man schildert hier auch den Status des Gesellschafters, der „FI Consulting UG“, später dann GmbH. Jetzt war mein Gedächtnis gefordert, um dem hier Gelesenen zu folgen.

Es ist soweit richtig, dass wir den Kontakt zur Firma des Andreas Walter* aufgenommen haben. Zu dieser Zeit bestand die „FI Consulting UG“ bereits und ich bediente mich weiter meiner Wirtschaftsberatungs-Gesellschaft, die u.a. noch auf meinen Namen existierte.

Damals wurde der Firmensitz auf meine aktuelle Privatanzeige, verlegt. Dieser Firmensitz war nur vorübergehender Natur, da wir in Nürnberg in einem Existenzgründerzentrum lediglich ein kleines Büro mit befristeter Dauer mieten konnten.

Wir vermittelten Photovoltaikanlagen für die Firma des Herrn Walter*. Dass diese letztendlich nicht realisiert werden konnten, lag nicht an der „GFE mbH“, sondern ganz eindeutig an ihm. Finanzierungsanfragen unserer Kunden wurden an dessen Partner Göran Baum* weitergeleitet. Hierzu wurden alle

Bonitätsunterlagen, die wir über unsere Vermittler erhielten, an Herrn Baum* geschickt. Dieser wiederum gab diese wohl an eine Bank weiter. Diese Bank überwies dann bei erfolgreicher Prüfung den Kreditbetrag auf eines der Konten der Firma des Herrn Walter* oder dessen, nach heutigem Wissen, vorgespiegeltem Treuhandkonto. Dieser Geldtransfer wurde zwischen der Bank und unseren vermittelten Kunden, ohne unser Zutun, so vereinbart. Insofern haben wir nur unseren Provisionssatz in Rechnung gestellt und nach Erhalt den entsprechenden Anteil an unsere Vertriebsmitarbeiter überwiesen.

Erst als der ursprünglich erste Bautermin der ersten vermittelten Photovoltaikanlagen, das war Anfang November 2009, von Herrn Andreas Walter* nicht eingehalten wurde, wurden wir skeptisch und suchten ein sofortiges Gespräch mit ihm, welches unverzüglich stattfand. Hier gab uns Herr Walter* zur Kenntnis, dass die Kundengelder auf dem sogenannten Treuhandkonto von der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main blockiert worden sind – aber das wäre nur eine Sache von ein bis zwei Wochen, denn er, Andreas Walter*, könne den gegen ihn erhobenen Verdacht wegen Geldwäsche relativ schnell aufklären. Außerdem seien die Gelder auf dem Konto ja von Kunden und für den Bau von Photovoltaikanlagen zweckgebunden. In unserer wohl damals naiven Art ließen wir uns von ihm darauf ein, noch ein bis zwei Wochen abzuwarten. Erst nachdem diese und weitere Fristen, die sich bis zum Januar 2010 hinzogen, immer noch kein befriedigendes Ergebnis brachten, zogen wir über unseren Geschäftsführer einen Rechtsbeistand hinzu. Hierbei handelt es sich um einen Rechtsanwalt aus Nürnberg. Wir baten ihn, so schnell als möglich Strafanzeige gegen Herrn Walter* zu veranlassen.

Es ist falsch und ich fragte mich in dieser öden Zelle, woher die Staatsanwaltschaft die Weisheit hatte, wenn wie im Haftbefehl behauptet wird, dass die Beschuldigten gemeinschaftlich mit teilweise wechselnden Beteiligungen – fortlaufend Betrugsstraftaten begehen wollten. Was hat das hier Geschilderte mit einer Straftat zu tun? Im Gegenteil: Wir kalkulierten die Kosten der Blockheizkraftwerke und kamen überein, mit den hieraus zu erzielenden Gewinnen die geschädigten Kunden des Herrn Walter* zu entschädigen, obwohl wir dazu nicht verpflichtet gewesen wären. Hierzu haben wir ebenfalls Rechtsbeistand angefordert und erhalten. Die durch unseren Vertrieb vermittelten Kunden hatten aufgrund der Nichteinhaltung der Verträge, Herrn Walter* gegenüber, einen Rechtsanspruch auf Rückabwicklung ihrer Verträge. Diesen Rechtsanspruch hatten sie nur gegenüber ihm bzw. seiner Firma, da sie bei der finanzierenden Bank, ohne unser Zutun, einer Überweisung direkt an den Bauträger zugestimmt haben. Wir haben eben diesen Kunden angeboten, ihnen den bereits gezahlten Kaufpreis zurück zu erstatten. Im Gegenzug solle der Kunde jedoch den ihm zustehenden Rechtsanspruch gegen Herrn Walter* an uns abtreten. Natürlich wurden die Kunden auch darüber informiert, dass wir diese Rückerstattungen nicht sofort erledigen können, sondern je nach Gewinnlage der „GFE mbH“ jeden Monat ein bis zwei Kunden. Damit waren die Kunden zum größten Teil zufrieden. Und ich musste mich erneut fragen, was das mit Betrug zu tun hat, zumal es sich hierbei um Erstattungen von mehr als einer Million Euro handelte, und die mit hoher Wahrscheinlichkeit bei Herrn Walter* nicht mehr zu holen sind? Wir haben dies getan, um nicht in der Anfangsphase einen schlechten Ruf in dieser Branche zu bekommen, da wir sehr wohl auf weitere Produkte im Bereich der erneuerbaren

Energien gesetzt haben – und das ohne irgendwelche Betrugsgedanken.

Hätte ich einen Griffel in der Hand gehalten, dann wäre er mir beim Weiterlesen des Haftbefehls sofort aus der Hand gefallen. Jetzt wird doch tatsächlich von der Staatsanwaltschaft die Behauptung aufgestellt, dass es von Anfang an unser Ziel gewesen wäre, uns durch Betrugstaten mit dem Verkauf von Anlagen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien zu Lasten der Kunden Einnahmequellen von erheblichem Umfang zu verschaffen und auf Dauer zu sichern. Wir sollen einen vermeintlich existierenden Geschäftsbetrieb vorgespiegelt haben und unsere Kunden über vermeintlich risikolos zu erzielende Renditen getäuscht haben.

So hätten wir dann Vertragsabschlüsse getätigt und uns die entsprechenden Zahlungen erschlichen. Schon allein diese Passage hat ausgereicht, meinen Blutdruck auf mindestens 200 zu erhöhen, aber es sollte mit diesen unverschämten Anschuldigungen noch nicht zu Ende sein. Weiter wird behauptet, wir hatten von Anfang an nicht vor, mehr BHKW-Anlagen herzustellen und in Betrieb zu nehmen, als dies eben zur Vorspiegelung eines – real nicht existierenden – Geschäftsbetriebes erforderlich war. Erst nachdem wir gemerkt hätten, dass unser Geschäftsmodell erfolgreich am Markt war, sollen wir beschlossen haben, eine Produktion größerer Stückzahlen von Blockheizkraftwerken in die Wege geleitet zu haben, um über einen längeren Zeitraum den Anschein eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes wahren zu können. Wir krank kann ein Verfasser eines solchen Haftbefehls sein, um derartige Gedankengänge zu haben?

Mich hat es beim Lesen dieser Passage fast umgehauen und ich musste mir wiederum eine Zigarette anstecken. Wie kann man

eine so großartige Idee und die ehrliche Umsetzung derselben in einer solchen Variante sehen? Unser Ziel war doch von Anfang an, ein umweltfreundliches und zugleich ein rentables Produkt im Bereich der erneuerbaren Energien auf den Markt zu bringen. Es fand niemals ein Gespräch, nein, es gab nicht einmal einen einzigen Gedanken einer Betrugsabsicht, da das Geschäft bereits eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten in sich barg. Weder ein Kunde, noch ein Vermittler und auch die „GFE mbH“ wurden bei dieser kaufmännisch durchdachten Kalkulation nachteilig behandelt. Niemals spiegelten wir einen „vermeintlich“ erfolgreich existierenden Geschäftsbetrieb vor. Es war für mich erschütternd wie sich die Justiz auf ein derartiges Niveau herunterlässt und solche Behauptungen aufstellt, die jeder Grundlage entbehren.

Ich setzte wieder meinen „Denkapparat“ in Gang und erinnerte mich: Wir mieteten zuerst ein kleines Büro, in Nürnberg an. Dieses besetzten wir anfangs mit vier Mitarbeitern, die bereit waren, an dieser Geschäftsidee mitzuwirken. Diese Personen haben häufig weit über das normale Maß hinaus gearbeitet, selbst an Wochenenden, um die Flut von Kundenanfragen zu bewältigen. Hier wurde kein Geschäftsbetrieb vorgespiegelt – vielmehr war er tatsächlich vorhanden. Es war auch nie anders geplant.

Auch die angebliche Täuschung der Kunden über vermeintlich risikolos zu erzielende Renditen hat niemals stattgefunden. Ganz klar war es anfangs, ein Produkt zu schaffen, das einerseits vertriebstauglich ist und zum Anderen auch für jedweden Kunden hochinteressant ist. Immerhin haben Karlheinz und ich ausreichend Vertriebserfahrung, um ein solches Produkt zu kreieren. Die uns vorgeworfene Erschleichung von Zahlungen der Kunden ist reiner Unfug. Es besteht bis heute nicht die

Absicht, auch nur einen einzigen Kunden zu betrügen. Wer behauptet, dass wir im Übrigen angeblich auch den Kunden verheimlichten, dass wir von Anfang an, niemals mehr BHKW-Anlagen herstellen und in Betrieb nehmen wollten, als dies zur Vorspiegelung eines, real nicht existierenden, Geschäftsbetriebes erforderlich war und ist, derjenige hat niemals wirklich gewissenhaft ermittelt. Warum haben wir bereits im Februar des Jahres 2010 die „GFE Production GmbH“ gegründet? An welchen Punkten macht man das fest? Es spricht doch nichts, aber auch gar nichts dafür. Im Gegenteil: Wir merkten sehr schnell, dass die Auftragslage höher ausfiel, als wir dies erwarteten und wurden somit innerhalb von kürzester Zeit vor die Frage gestellt, ob wir diese Herausforderung annehmen. Wir haben uns für ein deutliches „JA“ entschieden und handelten auch dementsprechend.

Nachdem der Vertrieb über einen Bauträger (aufgrund schlechter Erfahrungen mit Herrn Walter*) für uns nicht in Frage kam, beschlossen wir bereits mit Beginn des Vertriebes der BHKWs, eine eigene Produktion aufzubauen. Hierfür benötigten wir relativ schnell eine geeignete Produktionshalle. Wir besichtigten in Nürnberg und der näheren Umgebung zahlreiche Hallen.

Zu guter Letzt stellten wir fest, dass wir auch weitaus mehr Platz für unsere Verwaltung, sprich unseren Innendienst, benötigten. So wurde die Suche nicht nur auf die Produktionshalle, sondern auch auf weitere Büroflächen ausgedehnt. Parallel hierzu verhandelten wir mit mehreren Motorenherstellern weltweit und reisten eigens hierfür auch nach China, um so schnell als möglich mit der Produktion zu beginnen. Weitere Hersteller von Containern, Aggregaten, Tanks u.v.m. wurden ebenfalls aufgesucht. Es wurden auch verbindliche Zusagen gemacht.

Immer, wenn ein Kunde bei uns, der „GFE“, ein Blockheizkraftwerk bestellte, wurde zeitnah das entsprechende Material wie Motor, Generator, Container und Tank von uns beim Hersteller bestellt, was ja auch nachweisbar ist. Bedingt durch die langen Lieferzeiten (China-Hamburg-Nürnberg) kamen die ersten Materialien ca. Ende Mai/Anfang Juni 2010 bei uns an.

**Wir hatten ein Produkt konzipiert,
das vor uns noch niemand in Serie baute.**

Also begannen wir Anfang Juni 2010 mit dem Bau des ersten Prototypen, bzw. kurz darauf mit dem Bau der Null-Serie. Zwischenzeitlich wurden bereits mehrere hundert Kunden von der „GFE“ angeworben. Deren bestellte Blockheizkraftwerke sind sozusagen mindestens bei den Lieferanten bestellt, im Bau, auf Lager oder auf dem Transportweg.

Jedes einzelne Blockheizkraftwerk ist auch bei den Lieferanten mindestens schon angezahlt, wenn nicht sogar komplett bezahlt. Wir bestellten die großen Stückzahlen nach eingegangener Auftragslage und nicht wie im Haftbefehl behauptet, erst nachdem wir gemerkt hätten, dass das Geschäftsmodell infolge der von den Beschuldigten initiierten Verkaufsbemühungen sehr erfolgreich am Markt vertrieben werden konnte, um über einen längeren Zeitraum gegenüber Kunden und den angeblich nicht eingeweihten Vertriebsmitarbeitern das Geschäft weiter betreiben zu können. Dass wir, die GFE, über den wahren Treibstoffverbrauch Auskunft gaben, steht außer Frage. Wie wir das aber in der Praxis bewerkstelligten, sollte vorerst unser Geheimnis bleiben, da wir uns für eine gewisse Zeit einen Marktvorsprung sichern wollten.

Auch mit den, infolge der Umsatzsteuerrückerstattungen, involvierten Finanzbehörden haben wir immer Rede und Antwort gestanden. Dies kann nicht zuletzt von unserem beauftragten Steuerberatungsbüro in bestätigt werden.

Von einem selbst ernannten sogenannten Insider der Branche wurden wir während der ganzen Zeit angegriffen, da dieser es nicht im Bereich des Möglichen sah, einen Dieselmotor mit so wenig Treibstoffverbrauch zu konstruieren und einen bisher in der Branche möglichen, dogmatischen, elektrischen Wirkungsgrad von 35 bis 45% zu überschreiten. Insofern waren wir die ganze Zeit diesen Angriffen ausgesetzt. Nur ein paar Leute innerhalb der GFE-Group wussten wirklich, dass dieser Wirkungsgrad erhöht werden konnte, jedoch nur bezogen auf den berechenbaren Treibstoffanteil. Dies haben viele Tests in unserer Forschungsabteilung ergeben.

Sollten dieses eine Forum im Internet der Grund für die Verhaftung meiner Person gewesen sein? Ich vermochte das nicht zu sagen und steckte mir meine vorletzte Zigarette an. Ich konnte und wollte das alles nicht verstehen. Ist die deutsche Justiz denn so weltfremd, um nicht zu sehen, was bei uns geschah und warum hat sie sich nicht ein einziges Mal bemüht, sich bei uns vor Ort zu informieren? Mein rechtsstaatliches Gedankengut stürzte mit einem Mal zusammen.

Wir wollten mit dem reduzierten Treibstoffverbrauch erst in die Öffentlichkeit gehen, wenn es mehrmals von verschiedenen behördlichen Instanzen, wie beispielsweise des TÜVs, der DEKRA und evtl. noch einer technischen Universität bestätigt worden ist.

Ich überlegte, ob wir womöglich gewissen Lobbyisten ein Dorn im Auge gewesen sein könnten. Wem könnte unser Produkt

schaden? Es war übrigens das erste Mal, dass ich über die wirtschaftlichen Konsequenzen unserer Produkte nachdachte. Mir kamen dabei die Ölmultis, die Energieversorger, die Automobilindustrie, das Militär, auch der Finanzminister und die Atomlobby in den Sinn, immerhin wurden die Laufzeiten für Atomkraftwerke vor kurzem verlängert (Stand: November 2010).

Wir könnten mit unseren Blockheizkraftwerken auf Pflanzenölbasis günstigen umweltfreundlichen Strom herstellen, würden dabei keine oder nur sehr geringe Ressourcen angreifen, da das Rapsöl sich nur in kleinen Mengen bewegt, würden unsere Umwelt sauber halten, da wir keinen oder nur einen sehr geringen CO₂-Ausstoß haben, würden aufgrund der Isolierung keine Geräuschbelästigung verursachen und last but not least aufgrund der eingebauten Filteranlagen auch keine Geruchsbelästigung darstellen.

Selbst die Bundesrepublik Deutschland hätte ihre Vorgaben bezüglich des Anteils der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und ihre hochgesteckten Ziele leichter erreichen können. Die Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke hätten nicht vereinbart werden müssen.

Ab Januar 2011 sollte auch die Wärme, die ein solches Blockheizkraftwerk erzeugt, abgegeben werden. Ein einziger Container hätte je nach Größe bis zu hundert Wohneinheiten versorgen können. Ganz zu schweigen von den öffentlichen Nutzungsmöglichkeiten, wie z.B. das Beheizen von Schwimmbädern, Schulen, Kindergärten, öffentlichen Gebäuden und nicht zuletzt die Trockenanlagen von Biomassen.

**Und das sollen wir laut Haftbefehl
alles nur vorgetäuscht haben?**

All unsere Ideen und Handlungen waren auf ein florierendes Unternehmen aufgebaut. Um in dieser Branche gewinnbringend zu agieren, ist es nicht notwendig einen Betrug zu begehen – und dessen waren wir uns alle bewusst und stolz darauf, ein Produkt entwickelt zu haben, dass nicht nur uns, sondern vielen Menschen und Nationen Nutzen bringt, ohne unsere Natur und unsere Luft anzugreifen, um unserer Nachwelt (auch den Nachkommen unserer möglichen Gegner) eine saubere Welt zu hinterlassen.

Vor der Zellentüre vernahm ich Schritte und den Klang eines überdimensionalen Schlüsselbundes. Man öffnete die Tür und brachte mir ein Mittagessen. Es handelte sich um einen Nudelaufwurf, der in diesem Moment nicht unappetitlicher hätte wirken können. Mir war „bei Gott“ nicht nach Essen zumute. Lieber vertiefte ich mich weiter in die Lektüre des Haftbefehls, um mit meinem Anwalt, wenn er dann endlich kommt, entsprechend argumentieren zu können. Selbst meine letzte Zigarette wollte ich noch ein wenig aufheben, zumal ich nicht wusste, wie lange ich noch in dieser Zelle verbleiben muss.

Im Absatz 2 des Haftbefehls wurden jetzt etliche Firmen aufgezählt, von denen nur einige der GFE-Group zugeordnet werden können. Alles andere sind Firmen, die von einigen freiberuflichen Mitarbeitern gegründet wurden. Als ich diese Aufstellung las, dachte ich, mich haut es jetzt sozusagen „vom Stuhl“. Hier bringt die anklagende Staatsanwaltschaft alles durcheinander. Mit den meisten hier aufgeführten Firmen hatte die GFE-Group rein gar nichts zu tun. Karlheinz und ich hatten in keinsten Weise Einfluss auf die diversen Firmengründungen unserer freiberuflichen Mitarbeiter. Dies jetzt hier so darzustellen, als wären diese Bestandteil der GFE-Group lässt nur die Vermutung zu, dass die Ermittlungsarbeit seitens der

Justizbehörden mehr als nur schlampig vollzogen wurde. Mich machte das wütend, denn solche Unterstellungen führten wohl dazu, dass ich mich nun in dieser für mich mehr als deprimierten Situation befand.

Neben der Firma „GFE – Gesellschaft zur Förderung erneuerbarer Energien mbH“ bestand schon die „FI Consulting UG“, die als Gesellschafter der „GFE mbH“ eingetragen wurde.. Nach Aufnahme des Geschäftsbetriebes und aufgrund der hohen Auftragslage wurde uns, u.a. auch seitens unserer Steuerberater, nahegelegt, verschiedene Kostenstellen einzurichten. Dies ließ sich am einfachsten durch Neugründung weiterer Firmen gestalten. Hierbei ging es nicht um irgendwelche Vertuschungen oder Verschleierungen, sondern ganz klar um die Abgrenzung von eigenen Aufgaben- und Zuständigkeitsbereichen mit eigenen Kostenstellen. Dies gerade vor dem Hintergrund des zu erwartenden Umsatzes. Insofern haben wir beabsichtigt vorausschauend gehandelt. Mit allen anderen Firmen stand die GFE-Group in keinsten Weise in Zusammenhang. Wir haben auch nicht bei der Gründung dieser Firmen mitgewirkt. Außerdem hätten sie auch niemals unserer Firmenphilosophie entsprochen.

Mit meiner Wut im Bauch und ohne Zigaretten stand ich nun in dieser Zelle und wurde immer nervöser. Ich konnte nicht wissen, dass die mir unterstellten Vorwürfe noch irrsinniger werden. Die Staatsanwaltschaft ließ es sich auch nicht nehmen, selbst den von der GFE gegründeten Verein aufs Korn zu nehmen, dessen Vorsitzende Silvia war. Seit Beginn des Vertriebes bzw. des Verkaufes von Blockheizkraftwerken haben wir, d.h. Karlheinz und ich, beschlossen, aufgrund der hohen Gewinnerwartungen auch einen gewissen Anteil in einen Sozialfonds zu geben, der den Zweck haben soll, notleidenden Kindern in der Welt zu

helfen. Dies sollte über Spenden oder Bereitstellung von Lebens- und/oder Arzneimittel oder anderen Materialien geleistet werden. Aus diesem Grund wurde dann auch der Verein „GFE – Future for Children e.V.“ gegründet.

Da es sich hierbei um eine vertrauensvolle und emotionale Aufgabe handelte, bat ich meine Ehefrau und deren Tochter, den Vorsitz in diesem Verein zu übernehmen. Ihre erste Aufgabe bestand darin, am Tag der offenen Tür, der Ende September 2010 in der Produktionshalle der GFE-Group stattfand, einen symbolischen Scheck über mehrere tausend Euro an die erste ausgesuchte Hilfsstelle zu übergeben. Dies geschah dann auch. Mit diesem Betrag sollte ein Jugendhaus, welches auch als Schule dient, nebst Möbel und Bücher finanziert werden. Diese Schule sollte auf den Philippinen gebaut werden. Aufgrund der heute getroffenen Maßnahmen, die die Staatsanwaltschaft zu verantworten hat, warten dort viele hundert Kinder auf das Einlösen unserer Zusage. Deren Ausbildung wird unter den gegebenen Umständen niemals stattfinden.

Nun musste ich wieder unwillkürlich an Silvia denken, was dazu führte, dass zu meiner immer größer werdenden Wut sich noch die Sorge um Silvia einstellte. Wo wird sie jetzt in diesem Augenblick sein? Was wird man ihr antun? Ich konnte definitiv keinen Grund erkennen, weshalb man uns verhaftet hat. Irgendwo hatte ich immer noch den Rest einer Hoffnung, dass sich das hier alles in kürzester Zeit auflösen wird und wir heute Abend wieder gemeinsam zuhause sein werden und uns über diesen Tag und das schreckliche Erlebnis unterhalten können.

Ich regte mich derart über diesen Haftbefehl auf, zumal es mir so vorkam, dass man mir bzw. uns in jedem zweiten Satz des Haftbefehls irgendwelche kriminellen Handlungen unterstellt, die niemals stattgefunden haben. Mein Ansinnen war es immer,

ein ehrliches und seriöses Unternehmen aufzubauen. So viele kriminelle Gedanken, wie im Haftbefehl unterstellt und nicht bewiesen sind, lassen auf einen stark kriminell denkenden Verfasser schließen. Danke Vater Staat. Ich musste mich schon fast zwingen weiter zu lesen.

Es wurde noch verwirrender: So stand dann in der Folge geschrieben, dass die GFE-Firmen von den Beschuldigten als Unternehmensgruppe unter der Bezeichnung „GFE Group“ zusammengefasst wurden. Der Sitz der Firmengruppe befindet sich in Nürnberg; dorthin wurde inzwischen auch die GFE GmbH verlegt. Nach außen treten die einzelnen Firmen nur teilweise unter der Bezeichnung „GFE“ auf, so dass für Außenstehende nicht ohne weiteres erkennbar ist, welche Firma aus der GFE Group ihnen gegenüber als Geschäftspartner auftritt. Hat die ermittelnde Behörde sich hier nicht selbst widersprochen? Gerade eben las ich doch noch von einem Aufbau der GFE-Group indem man Firmen auflistete, die in keinem direkten Zusammenhang zu unserer Firmengruppe stehen und nun hat man wohl selektiert und erkannt, welche Firmen tatsächlich zur GFE-Group gehören. Warum hat man dann die vorausgehende Passage nicht aus diesem Haftbefehl genommen? Was will man damit erreichen?

Ja, diese hier im Absatz stehenden Firmen wurden unter dem Namen GFE-Group zusammengefasst, wobei die Bestrebungen darauf hinaus liefen, den Kunden und auch den Behörden wie bspw. dem Finanzamt eine klare Transparenz zu vermitteln – und genau das wirft man uns jetzt vor. Die Neuauflage der Prospekte und der vielen anderen Geschäftsunterlagen war schon in vollem Gange. Wir haben dafür Sorge getragen, dass in Vermittlerseminaren die neue Firmenstruktur und deren Aufgabenstellung mehrmals vorgestellt wurde. Die Vermittler

hatten zu jeder Zeit Informationen aus erster Hand und konnten diese jederzeit an die Kunden weitergeben.

Die nun folgende Unterstellung im Haftbefehl grenzt schon an Bösartigkeit: Die Firmenstruktur wurde von den Beschuldigten bewusst breit angelegt und wird stetig ausgebaut und verändert, um die Verantwortlichkeit der einzelnen Beschuldigten zu verschleiern. Auch die Nachvollziehbarkeit von Geldflüssen soll durch die Vielzahl der zum Umfeld der GFE-Group gehörigen Firmen erschwert werden. Durch die Aufteilung der innerhalb der GFE-Group zu vergebenden Posten und Tätigkeiten stellten die Beschuldigten von vornherein sicher, dass die Ausrichtung des Geschäftsbetriebs und die Verwendung der eingesammelten Gelder von ihnen gesteuert werden konnten. Den Beschuldigten war bewusst, dass sie den Verkauf von BHKWs als Kapitalanlage nur dann in nennenswertem, für sie selbst lukrativem Umfang würden bewerkstelligen können, wenn bundesweit eine große Anzahl von Personen vom Kauf eines BHKWs überzeugt werden konnten. Den Verkauf der BHKWs organisierten die Beschuldigten daher über eine Vertriebsstruktur: So überzeugten sie eine Reihe von Unternehmen und Einzelpersonen, die bereits im Finanzdienstleistungs- bzw. Vermögensberatungsbereich tätig waren, als Vertriebsbeauftragte das von der GFE-Group angebotene Produkt innerhalb ihres Kundenstammes zu vermitteln bzw. neue Kunden zu akquirieren.

Ich kochte. In meinen kühnsten Träumen hätte ich mir nie vorstellen können, wie man aus einer positiven Geschichte einen derart denunzierenden Haftbefehl gestalten kann. Auch in dieser Passage werden wieder haltlose Unterstellungen mit kriminellem Charakter benannt, die ich mir niemals hätte vorstellen können. Der Sinn und Zweck der Firmenstruktur

müsste doch leicht erkennbar sein. Hat die Kripo und die Staatsanwaltschaft überhaupt die geringste Ahnung vom tatsächlichen Marktgeschehen? Es wurde doch niemals eine Verantwortlichkeit verschleiert. Auch die Geldflüsse der einzelnen Firmen sind jederzeit lückenlos nachvollziehbar und wurden in unserer Buchhaltungsabteilung registriert. Jede einzelne Überweisung ist durch Rechnungen und Kontoauszüge belegbar. Dies muss der Staatsanwaltschaft bei der Blockierung unserer Konten doch aufgefallen sein – es gab und gibt keine versteckten Gelder oder Konten – wieso denn auch, bei einem nicht kriminellen Geschäft.

Was den Vertriebsaufbau angeht, so kann ich nicht nachvollziehen, warum ein Aufbau einer Vertriebsstruktur, kriminell sein soll. Karlheinz und ich haben jahrzehntelange Erfahrungen mit Vertriebsaufbau und wissen sehr wohl, dass mit einem gut organisierten Vertrieb gute Verkaufserfolge erzielt werden können. Was ist denn daran strafbar?

Ich hatte keine Zigarette mehr und nichts womit ich mich hätte ablenken können. In meinem miserablen Zustand blieb mir nichts anderes übrig, als diesem, einem kriminell denkenden Hirn entsprungenen, Haftbefehl weiter zu studieren. Nun sind im Haftbefehl verfälschte Berechnungsbeispiele aufgeführt, wie sie u.a. in unseren Prospekten nie zu finden waren.

Und wiederholt wirft man uns die Erschleichung von Kundengeldern vor. Man behauptet sogar, dass Silvia von mir in den Geschäftsbetrieb eingebunden wurde und sie sich diesen Plan zu eigen gemacht hätte. Hätte ich meine Gefühle nicht im Griff und wäre ich nicht so gut erzogen worden, ich hätte spätestens jetzt in dieser Zelle „Randale“ gemacht. Ich konnte nicht glauben, was hier geschrieben stand. Wie kann sich die Justiz anmaßen, einen derartigen Haftbefehl zu erlassen, der

geradezu mit „Lügen“ gespickt ist und den wirklichen Geschehnissen keinen Tribut zollt. Wieso kann ein Richter in Deutschland einen solchen Haftbefehl erlassen, wo es doch keinerlei Beweise, ja noch nicht einmal Hinweise auf das hier Verfasste gibt?

Es ist mehr als eine Unverschämtheit zu behaupten, wir hätten von Anfang an beabsichtigt, das Geld der Kunden für eigene Zwecke zu vereinnahmen. Jeder, der unseren Betrieb kennt oder nur in Augenschein nahm, wusste genau, dass wir die vereinnahmten Kaufpreise genau für das investierten, was man uns hier absprechen will, nämlich für die Entwicklung, für den Bau und Betrieb der Blockheizkraftwerke und für die Einspeisevoraussetzungen selbst. Alle hier angesprochenen sogenannten Beschuldigten haben sich zu keiner Zeit einen Plan zu eigen machen können, da dieser sogenannte Plan niemals existierte. Wieder ein Vorwurf von krimineller Natur, der nur aus Verdachtsmomenten besteht.

Dann wirft man uns vor, wir hätten nur deshalb eine Vertriebsorganisation aufgebaut, um Kunden in größerer Anzahl anzuwerben. Hat die ermittelnde Behörde denn überhaupt eine Ahnung vom tagtäglichen Wirtschaftsleben? Wenn sie davon schon nichts versteht, dann sollte sie es tunlichst unterlassen, ihre Unwissenheit dazu zu benutzen, Menschen in dieser hier vorliegenden Form zu diffamieren und ihnen die Freiheit zu nehmen. Natürlich ist ein Strukturvertrieb dazu da, Kunden – auch in großer Zahl – anzuwerben. Weltweit ist jede einzelne Firma bestrebt, Kunden in großer Zahl anzuwerben – das dürfte wohl jedem bekannt sein, nur anscheinend nicht den sogenannten „Wirtschaftsexperten“ der Justiz. Weiter konnten unsere Vermittler sehr wohl von interessanten Pachtpreisen und von hoher Risikolosigkeit sprechen, denn unser Produkt war

genau so aufgebaut – und das ohne irgendwelche kriminellen Hintergedanken. Selbst die hier aufgeführte Tabelle ist falsch wiedergegeben. Niemals haben wir einen Wirkungsgrad von ca. 75% angegeben. Das müsste bei sorgfältiger Ermittlungsarbeit, selbst diesem Personenkreis aufgefallen sein. Also schon wieder eine klare Unterstellung, die sich aus nichts herleiten lässt.

Langsam wurde mir das alles zu viel. Meine Gedanken spielten verrückt – und ich hatte keine Zigarette mehr. Ich saß jetzt schon mehrere Stunden in dieser Zelle und wartete auf meinen Anwalt. Meine Geduld schien am Ende. Dennoch zwang ich mich, dieses Pamphlet, dass mit der Überschrift „Haftbefehl“ versehen war, weiter zu lesen.

Und wieder werden hier Vorwürfe gemacht, die keine Basis haben. Natürlich waren die von uns vertriebenen Blockheizkraftwerke technisch und betriebswirtschaftlich realisierbar, weshalb wir ja letzten Endes unser ganzes Herzblut einsetzten. Wenn man seitens der Behörden gewissenhaft ermittelt hätte, dann wüsste die Justiz, dass wir zwischenzeitlich schon im Besitz mehrerer Gutachten von der DEKRA Stuttgart und des TÜV-Süd Czeck sind, die genau dieses bestätigen. Außerdem haben wir niemals mit einem Wirkungsgrad geworben. Die Staatsanwaltschaft hätte gut daran getan, dies alles im Vorfeld genauestens zu prüfen und nicht, wie hier geschehen, nur oberflächlich abzutun. Warum hat man nicht ein einziges Mal während dieser miserablen Ermittlungsarbeit die Chance genutzt, uns in der Firma aufzusuchen? Wir hätten diese uns unterstellten Vorwürfe innerhalb von Minuten klären können. Völliger Unsinn war auch in der nächsten Passage zu finden:

Was die Betriebsfähigkeit unserer Blockheizkraftwerke angeht, wurde wieder einmal mehr als nur schlecht ermittelt, denn sonst

hätte man seitens der Justiz gewusst, dass die Blockheizkraftwerke schon bei Anlieferung direkt betriebs- und einsatzfähig waren. In unserem Werk mussten nur noch kleine Veränderungen bzgl. der Treibstoffreduzierung vorgenommen werden. Anfangs haben wir ohne Nachteile für unsere Kunden die Motoren mit normalem Rapsölverbrauch laufen lassen, da wir die neue Technologie der Verbrauchsminderung erst komplett als Serienmodell austesten, verbessern und von öffentlichen Stellen begutachten lassen wollten.

Dann spricht man in diesem irrsinnigen Haftbefehl, „sofern die Beschuldigten tatsächlich produziert hätten“, was einer Behauptung nahekommt, die Beschuldigten in einem Licht darzustellen, wie es niemals der Fall war. Hätte man seitens der Justiz nur einmal unsere Produktionshalle besichtigt, dann könnte diese Behauptung nicht in diesem Haftbefehl stehen. Hier wird die Schlampigkeit der ermittelnden Behörden mehr als sichtbar – aber keiner von denen muss sich dafür verantworten und keiner von denen sitzt in einer Zelle, wie ich hier und heute und muss einen solchen Unsinn lesen, der anscheinend immer noch kein Ende nimmt. Jetzt war ich sogar schon darauf gespannt, welche Vorwürfe man sich noch hat einfallen lassen.

Ich glaubte gleich explodieren zu müssen. Ist es in unserem Rechtsstaat wirklich möglich, Menschen mit einem derartig verfassten Haftbefehl ihrer Freiheit zu berauben? In dieser gerade von mir gelesenen Passage könnte ich auf jeden einzelnen Satz entsprechend argumentieren – warum hat man mir dazu nie vorher die Möglichkeit gegeben? Man hätte sich und nicht zuletzt auch Silvia und mir so wahnsinnig viel ersparen können.

Es ist richtig, dass wir in diversen Internetforen angegriffen wurden, womit im Außenverhältnis negative Reaktionen

ausgelöst wurden. Dies wurde im Wesentlichen von einem Herrn Geisfuß* initiiert, der durch die Lande reist und sein Einkommen mit Seminaren über BHKWs verdient. Herr Geisfuß* vertritt die These, dass ein BHKW niemals einen höheren elektrischen Wirkungsgrad als 35 bis maximal 45% haben kann. Dem ist auch nicht zu widersprechen – jedoch konnte ich das Gefühl nicht loswerden, dass sich die ermittelnden Behörden nur mit dem Internet befassten und sich der Meinung eines unserer härtesten Gegner anschließen, was auch in den Satzstellungen des Haftbefehls zu ersehen ist. Ich muss also jetzt davon ausgehen, dass man als ermittelnder Beamter nur noch seinen „A....“ im Sessel behält und sich des Internets bedient. Es wäre diesem Beamten sicher gut zu Gesicht gestanden, seinen Hintern einmal zu erheben und uns in der Firma aufzusuchen. Viele Missverständnisse, die hier im Haftbefehl Niederschlag finden, wären erst gar nicht entstanden.

Und wenn er schon nur im Internet recherchiert, dann hätte er auch feststellen müssen, dass dieses treibstoffreduzierte Blockheizkraftwerk nicht von uns erfunden wurde, vielmehr sind im Internet schon weit über einem Jahr Mitteilungen zu finden, die die Existenz eines solchen Blockheizkraftwerkes bestätigten. Mittlerweile gab es auch schon die veröffentlichte Pressemeldung im Netz, dass der Erfinder dieser Technologie vom deutschen Bundespräsidenten dafür ausgezeichnet wurde. Der Ermittler hätte ohne größere Probleme feststellen können, dass wir, die GFE-Group, nur noch an einer Serienproduktion Interesse hatten und deshalb diese schon vorhandene „Erfindung“ weiter entwickelten. Diese Website war ihm jedoch nicht der Sache dienlich.

Und wieder spricht man in diesem Haftbefehl von einem Wirkungsgrad von ca. 75%, den wir propagiert hätten – wo

bitteschön ist dies der Fall? Wir haben niemals mit einem solchen Wirkungsgrad geworben. Aber sicher wurde der ermittelnde Beamte hier wieder durch die Einträge des Herrn Geisfuß* beeinflusst, was dazu führte, dass er einer ordnungsgemäßen vorschriftlichen Ermittlungsarbeit keinen Vorzug einräumte.

Andererseits lässt sich selbst aus den Gutachten der DEKRA Stuttgart und des TÜV-Süd Czech herauslesen, dass wir tatsächlich eine hohe Treibstoffreduzierung erreicht haben, die sogar weit besser war, als wir dies nach außen prospektierten. Ein Patent ist hierfür nicht erforderlich, da es diese Technologie bereits gab, was den ermittelnden Behörden wohl entging, obwohl sie im Internet Recherchen anstellten. Auf der anderen Seite erwarben wir jedoch die Nutzungsrechte für ein Mischsystem, dass von einem in Frankreich lebenden Spanier patentiert wurde.

Mensch, das kann doch alles nicht wahr sein – ich scheine in einem Albtraum zu sein: Mit dieser Technologie, und das wurde uns von vielen Technikern, Professoren und weiteren honorigen Persönlichkeiten bestätigt, hätten wir jetzt die Energie- und Umwelttechnologie revolutioniert. Die GFE-Group war im Begriff mit dieser einmaligen Technologie zu einem Weltunternehmen aufzusteigen. Statt dessen muss ich mich jetzt hier meiner oder unserer Haut erwehren, nur weil ein kleinkariert denkender Beamte aus Gründen, die mir wohl immer verborgen bleiben, ein solch schlecht recherchiertes Ergebnis als Bericht abgab. Hätten wir bei der GFE-Group so gearbeitet, dann würde ich sicher mit Recht in dieser Zelle sitzen. Stattdessen müsste der Beamte hier sitzen. Jedermann konnte erkennen, dass die von uns erreichten technischen Ergebnisse sich dann auch in betriebswirtschaftlichen Zahlen widerspiegeln – nur der

Staatsanwaltschaft fiel dies nicht auf. Es ist eine Verunglimpfung und Verleumdung ohnegleichen, die sich hier im Haftbefehl wiederfindet. Dann spricht man hier von unserem angestellten Personal, dass schon in der Anzahl derer falsch angegeben wurde und man spricht hier von Positionen höheren Ranges. Ich komme mir hier vor, als hätte die Staatsanwaltschaft ein Indianerdorf beschrieben, dass nur aus Häuptlingen und keinen Indianern besteht. Einige dieser hier genannten Personen hatten diese Titel als Vertriebsmitarbeiter; sie waren keine Angestellten bei uns. Weiter wird hier von Provisionssätzen in Höhe von 40% gesprochen. Man hätte nur einen einzigen der 4800 Vermittler befragen können, dann hätte man festgestellt, dass die durchschnittliche Provisionshöhe weit unter der Hälfte des hier Geschilderten betrug. Unterstellungen ohne Ende.

Was mich auch an der kaufmännischen Kompetenz der ermittelnden Beamten zweifeln lässt, ist die Tatsache, dass man immer wieder davon spricht, wir hätten alle unsere Kosten aus den Kaufpreiszahlungen der Kunden bestritten. Diese Beamten sollen mir einen einzigen Betrieb zeigen, in dem dies nicht der Fall ist. Weltweit wird dies so gehandhabt – es könnte ansonsten überhaupt keine Firma mehr existieren. Wissen die Beamten denn nicht, dass der Kunde ein Handelsgut erwirbt und bezahlt und die GFE-Group im Gegenzug sich dafür verantwortlich zeichnet das bestellte Produkt zu liefern oder zumindest die Lieferung sicher zu stellen? Dies war bei uns in jedem einzelnen Fall gewährleistet. Kaufpreise haben es weltweit so an sich, dass in ihnen auch die Gewinne stecken, mit denen die Verkaufsfirma tun kann, was sie will.

Außerdem widerspricht man sich in diesem Haftbefehl oft selbst. Einerseits wird gleich im zweiten Absatz darauf hingewiesen, dass wir nur die Einnahmeseite, nicht aber die Kostenseite nach

außen darstellten. Hat man dort unsere Prospekte nicht gesichtet? Oh, doch, beim Weiterlesen musste ich feststellen, dass man nun unsere Kostenseite beleuchtete und diese hier in Frage stellt. Innerhalb von zwei bis drei Sätzen ein Widerspruch in sich selbst.

Allerdings nimmt sich die ermittelnde Behörde das Recht heraus, unsere Kosten mit einem am Markt herkömmlichen Blockheizkraftwerk zu vergleichen. Liebe Damen und Herren der Polizei: Diese Berechnung hätten wir ihnen schon vor Aufnahme unserer Tätigkeit mitteilen können – das ist Schnee von gestern. Hätten diese Herrschaften unsere neue Technologie und die hieraus zu erzielenden Einnahmen und Kosten richtig berücksichtigt, dann käme genau das heraus, was wir prospektierten.

Unsere Arbeit und unsere Ergebnisse auf einem so niedrigen Niveau zu ermitteln, das kränkt mich nicht nur – nein, das macht mich wütend. Genau um diese Ergebnisse zu erzielen und in dem Wissen der Machbarkeit haben sich nicht nur ich, sondern viele Menschen eingesetzt – um am Ende so vom Vater Staat in die „Pfanne“ gehauen zu werden und das auch noch mit nicht qualifizierten Ermittlern.

Im letzten Absatz spricht man dann noch von Abschlagszahlungen, die bereits im Februar 2010 in Richtung Kunden flossen. Hallo !!! - ist es den Ermittlern denn nicht aufgefallen, dass wir hier genau die Kunden bedienten, die von Herrn Walter* betrogen wurden. Will man uns etwa jetzt zum Vorwurf machen, dass wir diese Kunden schadlos hielten? Zu einem späteren Zeitpunkt haben wir dann tatsächlich die erste Pachtzahlung schon ab dem zweiten Monat nach dem Kaufpreiseingang an die Kunden überwiesen, weil wir diese nicht

für die unvorhersehbaren Lieferverzögerungen haften lassen wollten.

Ich konnte in dieser Zelle die Welt nicht verstehen? Mein ganzes Weltbild wurde auf den Kopf gestellt. Meine einzige Hoffnung bestand nur darin, dass sich das alles so schnell als möglich wird aufklären lassen, damit kein größerer Schaden entsteht. Ich atmete noch einmal tief ein, um das noch nicht Gelesene jetzt zu verarbeiten.

Ja, die Kunden haben auf die Richtigkeit vertraut, denn sie hatten allen Grund dazu. Zweifelnden Kunden haben wir geraten, mit ihrer Investition so lange zu warten, bis wir genügend Blockheizkraftwerke am Netz haben und diese von uns vorgegebenen Erträge schriftlich vorlegen können. Wir haben den Vertrieb immer darauf hingewiesen, nur Kunden aufzunehmen, die das Vertrauen in unsere Firma haben, niemals einen einzigen Kunden gar zu ködern. Das war für uns oberstes Gebot.

Sehr eigenartig: In einem der vorherigen Absätze unterstellt man uns Provisionssätze in Höhe von 40%, obwohl man hier jetzt die wirklichen Werte angibt, die unter der Hälfte dessen liegt. Wie verlogen darf ein Haftbefehl denn noch sein? Dass Geldströme in die Schweiz ausgelöst wurden ist doch logisch, denn dies dürfte wohl auch keinen Straftatbestand darstellen, zumal die Schweizer GFE Energy AG sich für die Bestellung und Bezahlung der Blockheizkraftwerke und Container bei den Herstellern verantwortlich zeichnete. Man mag es fast nicht glauben, wir haben diese Gelder tatsächlich dazu benutzt, die Ware zu bezahlen, die unseren Kunden zugesichert wurde. Mal sehen, was man uns denn noch so alles vorwirft:

Würde man in diesem Haftbefehl die Wörter „vereinnahmte Kundengelder“ gegen die definitiv erwirtschafteten „Gewinne“ der GFE-Group austauschen, dann würde man von einem ganz natürlichen Sachverhalt ausgehen. Es ist doch wohl mehr als selbstverständlich, dass wir aus den uns kalkulierten Gewinnen Zahlungen geleistet haben, u.a. auch die vorzeitigen Pachtzahlungen und auch die Beträge für Rückabwicklungen geschädigter Kunden des Herrn Walter*, wir haben dabei strengstens darauf geachtet, dass die noch vorhandenen Finanzmittel immer ausreichen, den Kunden, die ein BHKW bestellten und bezahlten, die Ware ordnungsgemäß ausliefern zu können.

Wir haben diesbezüglich regelmäßig Liquiditätspläne erstellt, um niemals in die Gefahr zu kommen, unseren Kunden gegenüber die versprochenen Leistungen nicht erbringen zu können. Warum sollten also große Teile der gezahlten Kaufpreise nicht in die Produktion gehen (die hier im Haftbefehl durch Setzen von Anführungszeichen verunglimpft wird, was einer Beleidigung der in der Produktion engagierten Mitarbeiter gleichkommt), denn dies ist eine der Voraussetzungen für die Herstellung und Lieferung von Blockheizkraftwerken.

Wir haben auch niemals versucht, wie im Haftbefehl vermutet und vorgeworfen, eine Serienproduktion durchzuführen. Wir haben bereits schon zum Zeitpunkt der unsinnigen Verhaftungsaktion in Serie produziert. Das hätte sich jeder der ermittelnden Beamten vor Ort anschauen können und wir hätten diesen auch die Funktionstüchtigkeit der Blockheizkraftwerke vorgeführt – aber dazu war man ja nicht in der Lage. Lieber hat man an einem Bericht herumgebastelt, wie die Geschichte der GFE-Group wohl sein könnte. Ich konnte mich in diesem Augenblick meiner Gedanken nicht erwehren, ob bei

diesen Beamten nicht der Neid eine der Triebfedern war, derart über unschuldige Menschen und deren Erfolg herzufallen.

Man spricht in diesem Haftbefehl unsere Bestellungen im Ausland größeren Ausmaßes an, wobei man aber in keinster Form darauf eingeht, dass von Anbeginn an schon Bestellungen unsererseits stattfanden, und zwar immer zeitnah nach dem Eingang der Kundenbestellung bei uns.

Ich erhob mich von der Bank, denn mir wurde richtig übel. Dann ging ich wie ein verwirrtes Tier in dieser Zelle für einige Minuten nur noch hin und her und konnte nur noch den Kopf schütteln. Ich musste mich wieder hinsetzen, damit ich diese Tragödie noch vor dem Eintreffen meines Anwaltes noch zu Ende lesen kann.

Jetzt schlägt es dem Fass schon fast den Boden aus. Ja, wir hatten einen „Tag der offenen Tür“, der letztlich dazu diente, unseren Kunden die Firma näher zu bringen und sich von der Funktionstüchtigkeit der Blockheizkraftwerke zu überzeugen. Extra hierzu haben wir einen in Betrieb befindlichen Container mit einer Plexiglasscheibe versehen und innen komplett ausgeleuchtet, dass sich jeder selbst überzeugen konnte. Trotz Regenwetter war das ein voller Erfolg, zumal wir mehrere Fachleute hatten, die die Fragen der Kunden und Interessenten kompetent beantworten konnten. Und das will man uns jetzt vorwerfen? Es ist nicht zu glauben. Selbst an diesem Tage hätte sich ein Ermittler unters Volk mischen können, was anscheinend wieder nicht geschah.

Am selben Abend haben wir mit rund 400 geladenen Gästen aus Politik und Wirtschaft ein „Galadinner“ veranstaltet. Ich nutzte diesen Abend, das Ergebnis des Gutachtens der DEKRA Stuttgart erstmals der Öffentlichkeit vorzustellen und damit das Vertrauen der bis dahin investierenden Kunden zu bestätigen.

Weiter ist es doch legitim, für die eigene Firma und deren Produkte in einem solchen Rahmen sich zu präsentieren und Werbung zu betreiben. Auch das Sponsoring der „Fight of the Night“ in Kitzbühel hatte diesen Hintergrund. An beiden Veranstaltungen wurden u.a. Kunden, Vermittler, Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, sowie die Medien eingeladen.

Was mir hier sehr weh tut, ist die Tatsache, dass der „Tag der offenen Tür“ langfristig von Silvia bis ins kleinste Detail geplant und organisiert wurde. Sie hat jede freie Minute genutzt, um diesen Tag zu einem unvergesslichen Erlebnis für alle Kunden und Gönner der GFE-Group werden zu lassen. Fast alle unsere Mitarbeiter haben ihr Bestes getan, um dieses Fest zu einem Erfolg werden zu lassen und dann baut sich irgendein verbeamteter Ermittler derart auf und verunglimpft diese für alle Seiten erfolgreiche Aktion bis in die unterste Schublade. Es hätte ihm doch auffallen müssen, dass wir an diesem besagten Gala-Abend auch geladene Gäste aus Politik, Wirtschaft und den Medien geladen hatten. Wir brachten damit zum Ausdruck, dass wir nichts zu verheimlichen hatten. An diesem Abend gab ich schon einige Interviews und vereinbarte mit einigen Journalisten weitere Interview-Termine. Wie kann ein Ermittler so naiv sein, zu glauben, eine Firma die nur auf die Vereinnahmung von Kundengeldern ausgerichtet ist, würde einen solchen Tag veranstalten – sie würde doch Gefahr laufen, alle auf ihre betrügerischen Absichten aufmerksam zu machen?

Wenn ich nicht hier in dieser Zelle sitzen würde, dann hätte ich das alles für einen „Witz“ gehalten – aber es war die nackte Realität, der ich mich nun stellen musste. Im Haftbefehl war man anscheinend immer noch nicht fertig, mir bzw. uns weitere Vorwürfe zu machen. Dass die Kunden, wenn sie gewusst

hätten, wie hier die investierten Gelder verwendet werden, nicht gekauft hätten, ist eine Behauptung die nur von einem nicht in der freien Wirtschaft tätigen Menschen aufgestellt werden kann. Selbst Firmen wie Daimler-Benz, BASF, BMW und viele mehr veranstalten mit ihren eingenommen Geldern Events.

Soll ich etwa deshalb kein Produkt mehr von diesen Firmen kaufen? Jedermann weiß, gleich welches Wirtschaftsgut er auch immer kauft, ein Teil des Kaufpreises in die Werbung fließt, wie auch immer diese aussehen mag. Also, diese Behauptung, kein Kunde hätte dann investiert, ist sehr naiv. Fakt ist: Es wurden keine Gelder verwendet, die eine Lieferung und Bereitstellung unserer prospektierten Leistungen jemals in Frage gestellt hätten und das hat die Justiz aufgrund der miserablen Ermittlungsarbeit wohl nicht erkannt.

Hallo, was ist daran denn strafbar. Natürlich kam es Karlheinz und mir auf die Schaffung einer dauerhaften Einnahmequelle an, genauso wie es jedem Unternehmer auf dieser Welt darauf ankommt. Immerhin haben wir dafür auch diesen Aufwand betrieben. Wir hatten dabei niemals eine betrügerische Absicht, diese kriminellen Gedanken kamen uns nicht einmal in den Sinn, denn mit diesem Produkt braucht man niemanden zu betrügen, auch wenn es die Staatsanwaltschaft nicht wahrhaben will.

Jetzt wird mir und den anderen Beschuldigten, insbesondere auch meiner Ehefrau Silvia Kirsten, erneut bandenmäßiger Betrug in einer Vielzahl von Fällen vorgeworfen. Die Lage spitzt sich zu, denn jetzt will man mir bzw. allen Beschuldigten an den „Kragen“. Die an der Firmengründung Beteiligten werden tatsächlich und allen Ernstes als Bandenmitglieder bezeichnet. Wenn man das Treffen von Personen vor einer Firmengründung als bandenmäßig beurteilt, dann gibt es wohl ausnahmslos bandenmäßige Firmen in der Bundesrepublik Deutschland.

Mein komplettes Rechtsverständnis ging in diesem Augenblick verloren, denn ich musste erkennen, dass dieser Haftbefehl nichts anderes enthielt als nur Vermutungen, Hypothesen, Unterstellungen und Verdächtigungen. Ich konnte so oft zurückblättern wie ich wollte – ich fand keinen einzigen Anhaltspunkt, den man als Beweis ins Feld führen könnte – und was noch wichtiger ist: Es gab keinen einzigen Geschädigten. Ist das, was hier gerade geschieht, in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt möglich? Jetzt war ich doch sehr interessiert an dem, was noch in diesem Haftbefehl stand. Nun verweist man auf Verdunkelungs- und Fluchtgefahr.

Was soll ich hier denn verdunkeln? Wie soll ich Zeugen beeinflussen, wenn doch hier nur real und seriös gearbeitet wurde? Auch dass wir Mitarbeiter ansprechen und diese hinsichtlich der von ihnen bei der Kriminalpolizei zu tätigen Aussagen instruieren, ist völlig an den Haaren herbeigezogen. Nicht im Traum sind wir auf diese Gedanken gekommen, denn dass wir es einmal mit den ermittelnden Behörden zu tun haben werden, dass konnte aufgrund unserer ganz normalen Geschäftsführung kein Mensch erahnen.

Der folgende Absatz erschrak mich dann doch, denn man erwähnt hier schon eine erhebliche Freiheitsstrafe, die ich zu erwarten hätte. Das kann doch nicht wahr sein, von heute auf morgen wurde ich aus meinem bisherigen Leben herausgerissen und nun behauptet man auch noch, ich wäre ein Betrüger. Ich verspürte erstmalig das Gefühl der Angst in mir aufsteigen. Habe ich die Möglichkeit mich diesen unhaltbaren Vorwürfen zu erwehren oder muss ich jetzt mit ansehen, wie man mich und die anderen Beschuldigten zum Schafott führt? Und was ist mit unseren Kunden? Wenn man jetzt die Geschäftstätigkeit der GFE-Group behindert, erhalten diese keine Pachtzahlungen

mehr, was sicher zu Existenznöten in diesem Kreis führen könnte. Das werde ich auf alle Fälle mit meinem Anwalt besprechen – so sicher wie das Amen in der Kirche.

Natürlich musste ich als Verwaltungsratspräsident auch die Geschicke der beiden Aktiengesellschaften in der Schweiz regeln, was meine dauernde Anwesenheit dort vor Ort mit sich brachte. Das soll mir jetzt hier und heute wohl zum Verhängnis werden. Ich habe immer im Sinne eines ordentlichen Kaufmanns gehandelt.

Da ich derzeit meinen Lebensmittelpunkt in Deutschland habe und über sehr starke familiäre Bindungen hier verfüge – und in Anbetracht dessen, dass ich mir keiner Schuld bewusst bin, wäre eine Flucht im strafrechtlichen Sinne völlig sinn- und zwecklos und sollte sich meine Vermutung bestätigen, dass die Staatsanwaltschaft jetzt keinen Geschäftsbetrieb mehr zulässt, muss ich dafür kämpfen, den hier von den staatlichen Organen verursachten Schaden an tausenden von Menschen wieder gut machen zu lassen – insofern würde ich mich einem bevorstehenden Prozess niemals entziehen.

Auf alle Fälle werde ich meinen Anwalt bitten, über diesen Sachverhalt beim bevorstehenden Haftrichter-Termin zu sprechen.

Ich stand erneut auf und ging wieder hin und her, jetzt länger als zuvor – ich erwischte mich sogar dabei, die in der Zelle befindliche Toilette nur aus Nervosität mehrmals benutzt zu haben. Mein Gedankengut fuhr mit mir Achterbahn.

Ich werde mich für die mir vorgeworfenen Straftaten niemals schuldig erklären und werde auch niemals einem „Deal“ der Staatsanwaltschaft zustimmen. Vielmehr fasste ich in dieser Zelle schon die Entscheidung, dass ich nach meiner Freilassung,

gleichgültig wann auch immer das ist, vom Freistaat Bayern für den mir und der Firma zugeführten Schaden Wiedergutmachung fordern werde. Dies schließt für mich auch all die womöglich durch die Staatsanwaltschaft geschädigten Kunden der GFE-Group ein. Sollten meine Frau oder mir in dieser Zeit psychische oder gesundheitliche Schäden widerfahren, so werde ich auch hierfür den Staat verklagen, den ich als den Arbeitgeber der unfähigen Beamten ansehe, die diese sogenannte Ermittlungsarbeit so weit trieben, dass ein Haftbefehl ausgestellt wurde.

Es vergingen noch mindestens zwei gefühlte Stunden bis endlich mein Rechtsanwalt Markus Kruppa in meine Zelle gelassen wurde – begleitet mit den Worten eines Beamten *„Beeilen Sie sich bitte, der Haftrichter kann nicht ewig auf Sie warten.“* Zuerst bat ich Markus, meinen Anwalt, um eine Zigarette. Ich glaube, ich habe noch nie im Leben meine Zigaretten so vermisst, wie in dieser stupiden Zelle. *„Markus ...“* sagte ich, *„... schau dir mal diesen Haftbefehl an – das ist unglaublich was man mir und den anderen darin vorwirft.“* Markus war einer meiner privaten Freunde schon zu Zeiten, als ich in Thüringen als Bauträger tätig war. Durch Silvia lernte ich ihn kennen. Ich spürte gleich von Anbeginn unseres Kennenlernens, dass er sich in die Fälle seiner Mandanten wie ein Bullterrier vertieft und er in diesem Rechtsstaat mit seinem Rechtsempfinden ein guter Vertreter ist. Ich hielt ihm den 9-seitigen Haftbefehl hin und bat ihn, sich diesen mal durchzulesen, wobei er mir gleich zu verstehen gab, dass wir nur noch einige Minuten haben, ansonsten würde die Vorführung beim Haftrichter auf morgen verschoben werden. Dem konnte ich in keinem Falle zustimmen, denn ich ging nach wie vor davon aus, dass wir den Haftrichter von der Unsinnigkeit des Haftbefehls und der darin nicht haltbaren Vorwürfe überzeugen können. Keine Stunde länger wollte ich hier in

dieser Gefangenschaft verbleiben. Es blieb mir leider nur wenig Zeit, ihm den Sachverhalt zu schildern – denn innerhalb von wenigen Minuten wurde die Zellentür geöffnet und wir wurden aufgefordert uns nun in das untere Stockwerk in einen kleinen Gerichtssaal zu begeben.

Es war befremdlich, als ich die Sitzordnung in diesem kleinen Raum erkannte. Anscheinend wird hier in Bayern der Staatsanwaltschaft eine größere Bedeutung zugemessen, als den bis zu einem rechtskräftig verhängten Urteil als unschuldig geltenden Angeklagten und deren Verteidigern. Hier kann keine Verhandlung auf Augenhöhe stattfinden, dachte ich mir, da die Staatsanwaltschaft hier sogar an einem durch ein Podest erhöhten Tisch mitsamt dem Richter saß. Logischerweise bewirkt das einen psychologischen Effekt, der dazu führt, dass der sogenannte Beschuldigte eine Hierarchie vorgespiegelt bekommt, um sich selbst ganz „klein“ zu fühlen. Ich musste mit meinem Anwalt auf einem kleinen „Sünderbänkchen“ Platz nehmen, sodass wir immer nach „oben“ schauen mussten, wenn wir mit der sogenannten „Obrigkeit“ sprachen. Ich fragte mich, ob das noch etwas mit einer fairen Behandlung zu tun hat, wie man hier mit den Beschuldigten verfährt.

Mir gingen wahnsinnig viele Gedanken durch den Kopf und ich hätte gerne so vieles gesagt und gefragt, wobei ich jedoch erstmal den Anweisungen meines Anwalts Folge leistete, was bedeutete, dass ich hier vor dem Haftrichter noch keine Aussage tätigen sollte, da Markus erst alle Akten anfordern und mit mir in Ruhe über alles sprechen werde. Markus gab dann lediglich das mit mir im Voraus Besprochene zu Protokoll:

„Die im Haftbefehl erhobenen Vorwürfe sind unzutreffend. Bei den Geschäften der GFE handelt es sich nicht um ein Schneeballsystem.“

Es stehen allein in China 200 Container bereit. Die Produktion wurde bereits aufgenommen.

Wie die Staatsanwaltschaft zu der Auffassung kommt, hier seien Gelder von Kunden vereinnahmt worden, ist uns nicht verständlich. Zu einem Schadenseintritt kann es unserer Auffassung nach nun kommen, weil das Ermittlungsverfahren in dieses Stadium gebracht wurde.

Es handelt sich um ganz normale Geschäfte nach dem Gesetz für erneuerbare Energien, wovon auch die Kunden profitieren sollten.“

Soweit meine bzw. seine Aussage. Das reichte leider nicht aus, um den Haftrichter zu motivieren, den Haftbefehl außer Vollzug zu setzen. Diese Vorführung dauerte nur gefühlte fünf Minuten – und nun sollte ich, unter strengster Bewachung, den Weg in das Untersuchungsgefängnis antreten. Markus gab mir noch schnell seine schon geöffnete Schachtel Zigaretten, damit ich nicht „ganz ohne“ die kommenden Stunden erleiden müsse. Er versprach mir, sich in den nächsten Tagen wieder bei mir einzufinden, sobald er alle Akten habe und mir Genaueres sagen könne. Für mich war das kein Trost, denn meine Hoffnung, heute mit ihm dieses Gebäude verlassen zu können, war mit einem Schlag dahin. Damals konnte ich nicht im Entferntesten wissen, wie lange dieses Martyrium andauern wird.

3. Die ersten Tage meiner Haft

In Begleitung zweier bewaffneter Wachbeamten überbrachte man mich in das Gebäude der Justizvollzugsanstalt Nürnberg. Dort lieferte man mich in der „Kammer“ ab. Als erstes verpasste man mir eine Gefangenen-Nummer: 3180/10, was bedeutet, dass ich die 3.180te Einlieferung im Jahre 2010 in diesem Gefängnis bin. Ein in der Kammer beschäftigter Beamter überprüfte nochmals meine Personalien und ich wurde aufgefordert, all meine Taschen auszuleeren und alles was ich an Schmuck an mir trug, aus zu ziehen und auf die Theke zu legen.

Nachdem der Beamte meinen Geldbeutel mindestens dreimal durchsucht hatte, fing er an, eine Liste anzufertigen, auf der alles protokolliert wird, was nun behördlicherseits eingezogen wird. Selbst meine Zigaretten wollte man mir anfangs nicht mitgeben – wobei ich auf mehrmaliges Bitten, die „Gnade“ des Beamten erreichte. Es waren ja sowieso nur noch ein paar wenige Zigaretten. Er bot mir an, ich könne für die ersten Tage hier Tabak, Feuerzeug und Zigarettenpapier erstehen – das würde man mir jedoch von meinem hier eingezogenen Bargeld abziehen. Nun ja, das war mir egal – Hauptsache, ich hatte irgendwas zu rauchen. Ich wollte nur noch weg von hier, mein körperlicher und seelischer Zustand war einem „Irrsinnigen“ gleichzusetzen.

All das, was hier geschah, nahm ich gar nicht richtig wahr – ich war wie in Trance. *„So, jetzt gehen Sie bitte in die Kabine und ziehen sie sich aus!“* hörte ich einen Beamten sagen, der mit seiner Hand auf eine durch einen Vorhang abgetrennte Ecke des Raumes wies. Wie ferngesteuert betrat ich diese Kabine, in der sich auch eine Dusche befand, die, um es vorsichtig auszudrücken, nicht unbedingt meinen Hygienevorstellungen entsprach. *„Duschen sie sich!“* vernahm ich einem befehlsartigen

Ton, den irgendwer rief. „*Ich verzichte.*“ murmelte ich – worauf dann wieder die barsche Antwort kam „*OK, sie müssen es ja wissen, denn in den nächsten Tagen werden sie nicht mehr duschen können.*“ Dann musste ich nackt aus dieser Kabine treten und man schob mir einen Plastikkorb mit Häftlingskleidung, Bettwäsche und anderen Utensilien vor die Füße. „*Ziehen sie das an!*“ forderte man mich auf. Es war erschreckend, was ich in diesem Korb fand. Ausschließlich ungebügelte, zum großen Teil zerrissene Kleidungsstücke, die ich „draußen“ noch nicht einmal mehr zur Altkleidersammlung gegeben hätte. Beim Anziehen derselben musste ich auch noch feststellen, dass man sich selbst um die Kleidergröße der hier ankommenden Personen nicht scherte.

Ich ahnte schon, was da noch alles auf mich zukommen wird. Zum Glück hatte ich am Morgen eine einfache Armbanduhr angezogen, denn nun wurde diese geprüft. Innerhalb des Gefängnisses sind nur Uhren erlaubt, die weder eine Digitalanzeige noch eine Stoppfunktion haben. Nachdem man mir dann je zwei Päckchen Tabak und Zigarettenpapier sowie meine Armbanduhr aushändigte, befahl man mir den Korb zu nehmen und einem Beamten in die „Zugangsabteilung“ zu folgen.

Vorbei an vielen verschlossenen Zellentüren verbrachte man mich dann in eine „4-Mann-Zugangszelle“, die bereits von zwei anderen Häftlingen „bewohnt“ wurde. Die Erklärung des Beamten, was ich tun müsse, wenn ich Hilfe brauche, dauerte nicht einmal zehn Sekunden. Ich betrat die Zelle, die voller Rauch war und unangenehm roch und schon schloss sich die Tür hinter mir. Da stand ich dann, noch immer den Korb in meinen Händen und sah in das Gesicht eines Häftlings, der an einem verschmutzten Tisch saß und sich gerade eine Zigarette in einer

Thunfischdose ausdrückte. Mein Blick schwenkte weiter zu dem anderen Mitgefangenen, der gekrümmt und mit verklärtem Blick im oberen Bett lag. Mir war so, als ob ich aus meinem Schockzustand wohl nie wieder erwachen würde. Die Zelle war mit zwei Stockbetten, einem Tisch, vier Stühlen und zwei Schränken ausgestattet. In einer Ecke der Zelle war ein kleiner Anbau, in der sich die Toilette befand. Das Waschbecken allerdings befand sich in der Zelle.

„Komm, setz dich erst mal hin ...“ hörte ich den am Tisch sitzenden Häftling sagen „... leider kann ich dir keinen Kaffee anbieten, aber wir sollten uns zuerst mal vorstellen – ich bin der Marc.“ Sein Anblick entsprach genau dem, wie ich mir einen Straftäter vorstellte. Er war sehr muskulös, tätowiert bis zur Halskrause und wirkte nicht sonderlich sauber. „Mein Gott ...“ dachte ich „... wo bin ich hier hingeraten?“ Mein Name ist „Horst“ sagte ich. Er erzählte mir dann auch sehr freizügig, weshalb er hier eingeliefert wurde. Er habe schon einmal mehrere Jahre absitzen müssen, weil er während einer Verfolgungsjagd auf einen Polizisten geschossen habe und nun sitze er wieder hier, weil er, wie er es ausdrückte einen „Nigger“ schwer verletzte, da dieser seinen Bullterrier beleidigte. Auf meine Frage, weshalb unser weiterer Mitbewohner hier einsitze, bekam ich die Antwort: „Den kann man gar nicht ansprechen – es ist ein Junkie – und derzeit auf Entzug.“ In einer solchen Gesellschaft hatte ich bisher noch nie einen Abend verbracht und nun werde ich wohl einige Tage mit diesen zusammenleben müssen. Mir schwante nichts Gutes.

„Und weshalb bist du hier?“ fragte mich Marc. Was sollte ich jetzt sagen – ich wusste es ja selbst nicht? „Man wirft mir Betrug vor – aber das ist ein Irrtum, der sich in den nächsten Tagen sicher aufklären wird.“ war meine Antwort. Marc konnte sich

wohl eines hämischen Lächelns nicht erwehren. In diesem Moment rührte sich unser Mitgefangener und versuchte mehr oder weniger sein Bett zu verlassen, was ihm nicht gelang. Ich hörte nur noch ein Würgen und er erbrach in sein Bettlaken. Dann drehte er sich um, so – als wenn nichts gewesen wäre. *„Sollen wir nicht einen Beamten rufen, um ihm zu helfen?“* fragte ich Marc, der dann meinte *„Vergiss es – die machen doch sowieso nichts und schon gar nicht zu dieser späten Stunde.“* Nun ja, ich wusste jetzt wenigstens, wieso es in dieser Zelle so stank. Als ich das Fenster öffnete beklagte sich Marc sofort und meinte, dass es zwar gut ist, dass man hier frische Luft rein lasse – aber dann wird es stundenlang in der Zelle kalt sein, da die Heizung nicht ausreiche, um diesen Raum mit einer angenehmen Wärme auszufüllen. Wir einigten uns darauf, das Fenster dennoch für fünf Minuten offen zu halten, was dann wieder unserem im Bett liegenden Junkie nicht gefiel. Er begann zu zittern und gab Geräusche von sich, die ich nicht als Sprache wahrnahm. Er tat mir schon fast leid, mit ansehen zu müssen, wie er wieder aus seinem Bett aussteigen wollte. Diesmal gab ich ihm Hilfestellung und er suchte sofort die Toilette auf. Von außen konnten wir wieder nur Würgegeräusche und andere vernehmen, die nicht gut klangen.

Ich begann mit dem Auspacken meines Korbes und verstauchte die mir überlassenen Gegenstände in einen Schrank. Dann hatte ich ja noch die Auswahl von zwei freien Betten – eines schlimmer als das andere. Harte Pritschen mit einer Matratze, die diesen Namen nicht verdient. Ich entschied mich für ein untenliegendes Bett und überzog es mit der in Bayern üblichen karierten blauweissen Bettwäsche. Selbst diese war voller Löcher. Außerdem lagen in meinem Korb zwei braune Decken, die ich besser als „Pferdedecken“ bezeichnen sollte, denn sie wirkten so was von unsauber und eklig, dass ich sie gar nicht

benutzen wollte – aber musste, denn ansonsten hätte ich die Kälte in dieser Zelle nicht lange ausgehalten. Eine dieser Pferdedecken legte ich als „Weichmacher“ unter die so bezeichnete Matratze und die andere nutzte ich dazu, sie mit einem Überzug zu versehen, dass ich wenigstens etwas habe, womit ich mich nachts zudecken kann. Als der Junkie dann endlich die Toilette verließ, versuchte ich auch meiner Notdurft nachzukommen, was ich dann aber nicht tat. Ich möchte den Zustand dieser Toilette nicht beschreiben. Der Anblick und der Geruch waren ein einziger Horror. Außerdem befanden sich in dieser Toilette zwei Plastikeimer, die als Abfalleimer genutzt wurden. Darin befanden sich Lebensmittelreste, die sicher schon tagelang vor sich hin schimmelten. Ich nahm mir vor, gleich am nächsten Morgen mit einem Beamten über den Zustand dieser Zelle zu sprechen und um Abhilfe zu bitten.

Marc schien das alles nicht im Geringsten zu stören. Er saß immer noch auf dem Stuhl, beobachtete mein Treiben und rauchte eine Zigarette nach der anderen. Nur ein einziges Mal ist er aufgestanden, um das Fenster wieder zu verschließen. Irgendwann fragte er mich, ob ich Tabak hätte, denn seiner würde langsam zur Neige gehen. Ich bejahte dies, legte ein Päckchen Tabak auf den Tisch und sagte ihm, er könne sich bedienen. An der Wand war ein Lautsprecher, aus dem wir „Antenne Bayern“ hören konnten. Marc machte mich darauf aufmerksam, dass er diesen Lautsprecher auch des Nachts nicht abschalten werde – er brauche die Musik zur Ablenkung. Ich ließ dies zu, wohlwissend, dass ich mich selbst ablenken müsse, wenn dies in Zimmerlautstärke geschieht. Bis tief in die Nacht verbrachte ich meine Zeit damit, mir seine Lebensgeschichte anzuhören. Als mir dann die von meinem Anwalt mitgegebenen Zigaretten ausgingen, versuchte ich mich erstmals in meinem Leben mit dem Selbstdrehen von Zigaretten. Ich schaffte es

nicht, was zur Belustigung meines Zellengenossen beitrug. Meine Feinmotorik ließ es nicht zu, dass ich wenigstens ein einziges brauchbares Stäbchen produzieren konnte. Also war ich gezwungen die „Drehungen“ von meinem Zellengenossen zu rauchen. Den ganzen vergangenen Tag hatte ich nichts gegessen – und selbst das mir verabreichte Abendessen, welches aus drei Scheiben Brot, etwas Margarine und Marmelade bestand, verschmähte ich. Das Einzige, an das ich mich in diesen Stunden halten konnte, waren zwei Liter bitteren Tees.

In dieser Nacht fiel mir das Einschlafen sehr schwer. Die Luft in der Zelle konnte man schon fast schneiden, der Geruch der Extremitäten wurde vom kalten Rauch überdeckt, die Musik im Lautsprecher begann sich zu wiederholen – und zu guter Letzt kam noch das Schnarchen von Marc hinzu, der es auch nicht allzu ernst nahm, wenn ihm die Magengase lautstark entwichen. Irgendwann habe ich es dann doch noch geschafft einzuschlafen, was jedoch von sehr kurzer Dauer war, denn gegen sechs Uhr früh wurde die „Kostklappe“, die sich an der Zellentür befindet, aufgerissen und man fragte, ob wir Frühstück haben wollten. Schlaftrunken ging ich mit der mir zur Verfügung gestellten Plastikkanne Richtung Tür, um mir Kaffee einschenken zu lassen. Auf alles andere verzichtete ich in dem Augenblick, als ich sah, was man uns hereinreichen würde. Es war wieder nur Brot, Marmelade und Margarine. Ich legte mich wieder ins Bett, konnte jedoch nicht wieder einschlafen. Zum ersten Mal nahm ich meine Situation richtig wahr. Die haben Silvia und mich mitten aus dem Leben gerissen und uns in einen Stall, nicht in ein Gefängnis gesteckt. Ich hoffte innerlich, dass es Silvia besser ergeht. Ich erinnerte mich an die Worte, die mir mein Anwalt gestern noch sagte, bevor er den „Justizpalast“ verließ. Er erzählte mir, dass er beim Eintreffen miterleben musste, wie zwei Beamte Silvia zu einem Fahrzeug führten, um sie in das

Frauengefängnis nach Aichach zu bringen. Silvia weinte, fiel meinem Anwalt im Vorübergehen um den Hals und fragte ihn: *„Was soll das alles hier – ich kann es nicht verstehen?“*

Jetzt lag ich hier in einer Zelle und konnte mich meiner aufkommenden Tränen nicht erwehren. Meine beiden Zellengenossen lagen noch im Tiefschlaf, so als wäre es ihnen völlig gleichgültig, hier zu sein. Mich ekelte hier alles an, die Zelle, die Toilette, der Umgangston, die menschenverachtende Behandlung, das Bett, der Kaffee – den ich dann als wässrigen Malzkaffee entlarvte. Einen einzigen Schluck trank ich davon, den Rest schüttete ich weg.

Ja, ich ekelte mich selbst vor mir – ich kam mir in diesen Klamotten richtig schmutzig vor. Immer noch im hellblauen, nicht passenden Schlafanzug versuchte ich mich zu motivieren, mir einen geordneten Tagesablauf nicht nehmen zu lassen. Ich stand also auf, nahm meine Zahnbürste und bewegte mich Richtung Waschbecken. Dort erkannte ich erst, dass ich nur über kaltes Wasser verfügte, was jetzt im Winter nicht unbedingt eine angenehme Morgenwäsche mit sich bringt. Mit viel Überwindung schaffte ich es, meine Körperpflege zu vollziehen. Und dennoch fühlte ich mich immer noch schmutzig. An diesen Zustand werde ich mich hier wohl gewöhnen müssen. Ich setzte mich an den Tisch, wobei ich vorher diesen so einigermaßen vom Unrat des vergangenen Tages befreit hatte. Ich hatte keinen Kaffee – nur noch das altbackene Brot von gestern, was bedeutete: Mein Frühstück bestand dann nur aus einigen Zigaretten, die Marc am Vorabend noch gedreht hatte. Bei „Antenne Bayern“ liefen schon wieder Songs, die ich mittlerweile schon mehrmals in dieser Zelle vernahm.

Nun blieb mir nichts anderes übrig, meine Zeit mit dem Lesen der diversen Broschüren zu verbringen, die man mir in der

Kammer mit in den Korb legte. Es handelte sich hier um die „Hausordnung der JVA“, den „Wegweiser für Untersuchungs-gefangene“ und die „Hinweise für Gefangene“. Die Lektüre war mehr als nur deprimierend. Ich erkannte, dass ich ab sofort täglich eine Stunde Aufschluss habe und nochmals eine Stunde Hofgang. Vor lauter Langeweile und dem Drang endlich die Toilette aufsuchen zu wollen, drückte ich den Knopf, um einen Beamten zu rufen.

Es dauerte nicht lange, als man die Zelle aufschloss und fragte, was ich denn wolle. Ich schilderte den total verschmutzten Zustand der Toilette und bat darum, diese reinigen zu lassen. Der Beamte war richtig erbost, dass ich ihn wegen einer solchen „Kleinigkeit“ gerufen habe und gab mir die Antwort, ich solle gefälligst bis zum Aufschluss warten. Dann knallte er die Zellentür wieder zu, was dazu führte, dass meine Mitbewohner abrupt aufwachten und mich fragten, was denn passiert sei. Selbst unser Junkie blickte mich an, wobei ich bemerkte, dass er immer noch vollkommen ausgelaugt wirkte. Er war nicht fähig einen einzigen Satz zu formulieren. Marc saß indessen schon wieder am Tisch und zündete sich die erste Zigarette des Tages an.

Die Gedanken an Silvia ließen mich nicht los und ich überlegte, wie ich nun erfahren könne, was mit ihr geschehen ist und wie es ihr geht. Marc bemerkte, dass ich in Gedanken versunken war und meinte in mitleidigem Ton: *„Horst, so ergeht es fast jedem, den man hier einliefert – du musst dich von den Gedanken und Sorgen lösen und über deine eigene Situation nachdenken.“* Er wusste nicht wie recht er hatte und damit genau meinen Nerv traf. Dann legte er mir eine alte Illustrierte hin, damit ich mich damit beschäftigen könne. Er selbst ging zum Waschbecken und war innerhalb von zwei Minuten mit seiner „Katzenwäsche“

fertig. Ich glaube, der Junkie weiß bis heute noch nicht, dass es in dieser Zelle überhaupt eine Waschmöglichkeit gab. Dann befragte ich Marc welche Möglichkeiten es hier gäbe, an Informationen heranzukommen, um meine Fragen wenigstens zu einem kleinen Teil beantworten zu können. Er meinte nur, ich könne ja mal einen der Beamten befragen, aber ich solle mir da keine großen Hoffnungen machen. Er selbst sei jetzt schon seit vier Tagen in dieser Zelle und weiß noch gar nichts. Selbst sein Anwalt hat sich bis heute nicht mehr bei ihm gemeldet.

Ich legte mich wieder auf mein Bett und dachte nach, was jedoch zu nichts führte – aber wenigstens konnte ich nochmals für einige Stunden einschlafen. Ich erwachte als die Zellentür wieder lautstark geöffnet wurde. Der Junkie wurde aufgefordert, seine Sachen zu packen und mitzukommen. Diesem fiel es auffallend schwer diesem Befehl Folge zu leisten. Weder Marc und ich halfen ihm, sein Bett abziehen. Nach ungefähr zehn Minuten verschwand er mit dem üblichen Korb in beiden Händen. Der Beamte sagte dann zu uns *„Ihr beiden könnt jetzt die Zelle sauber machen – ich habe euch im Gang einen Besen und Putzzeug hinstellen lassen – in einer Viertelstunde seid ihr fertig.“* Er verließ die Zelle dann ohne diese wieder zu verschließen. Marc meinte dann nur *„Die können mir mal am Arsch lecken – sollen sie doch die Zellen selbst sauber machen.“* Mir war jedoch danach zumute, endlich eine einigermaßen saubere Zelle zu haben und holte mir den Besen, den Putzeimer und einen Putzlappen. Den Müll konnte ich in der danebenliegenden Müllkammer entsorgen, wobei ich mir dann aus der Papiertonne einige schon gelesene Tageszeitungen entnahm, sie unter meinem Hemd und dann in der Zelle gleich in einem Schrankfach versteckte. Ohne weitere Hilfsmittel war auch mir nur eine oberflächliche Reinigung der Zelle möglich. Aber immerhin konnte ich jetzt das WC aufsuchen.

Zwischenzeitlich kam der „Hausarbeiter“, ein Häftling, der für die Ordnung und die Essensausgabe in diesem Block zuständig ist, mit dem Kostwagen vorbei und forderte uns auf, mit unserem Blechnapf in den Gang zu treten, um unser Mittagessen in Empfang zu nehmen. Ich kann heute nicht mehr sagen, was es damals gab – es war die erste Mahlzeit, die ich seit meiner Verhaftung zu mir nahm. Kaum hatte ich mein blechernes Geschirr unter dem kalten Wasser ausgewaschen, wurden wir aufgefordert uns für den Hofgang fertig zu machen. Marc verzichtete darauf und mir war es wirklich nicht danach in einem Gefängnishof nur im Kreis zu laufen. Lieber wollte ich in den mir organisierten Tageszeitungen stöbern, ob irgendetwas von meinem „Fall“ darin zu finden sei. Und ich wurde tatsächlich fündig.

In der Abendzeitung Nürnberg vom 01.12.2010 erkannte ich sofort ein Riesenbild von unserem Firmeneingang, wobei auch viele Polizisten zu erkennen waren, die kistenweise Unterlagen und Computer aus der Firma trugen. Ein zweites kleineres Bild zeigte einen LKW, der mit diesen Kartons beladen wurde. Auf einem dritten Bild ist zu erkennen, dass man unsere GFE-Smarts, die wir für kleinere Stadtfahrten für unsere Mitarbeiter angeschafft hatten, abtransportiert wurden. Mir blieb vor Schreck fast mein Herz stehen. Dann musste ich auch noch die Schlagzeile ertragen, die da hieß: „Hier sichert die Polizei Beweise in Nürnbergs größtem Betrugsfall!“ Im Textteil konnte ich dann erfahren, dass sieben leitende Mitarbeiter der GFE-Group in U-Haft sitzen. Man spricht in diesem Bericht von 17 Beschuldigten und von einem Betrugsschaden, der in etwa 50 Millionen Euro betrage. Jetzt erst erfuhr ich, dass man außer Silvia und mich, noch andere Personen verhaftet hatte. Ich hatte für diese Aktion einfach keine Erklärung und begann zu weinen. Ich spürte in meinem Innern so etwas wie Rachegelüste

aufkommen, denn das alles war nicht mehr mit meinem Gerechtigkeitssinn in Einklang zu bringen.

Abgelenkt wurde ich dann wieder durch das Öffnen der Zellentür. Ein Beamter schob einen weiteren Häftling in unsere Zelle und rief: *„Der bleibt jetzt erst mal für ein, zwei Stunden bei euch!“* und schloss uns wieder ein. Der uns zugeführte Gefangene stand wie angewurzelt da und traute sich nicht zu bewegen, geschweige denn etwas zu sagen. Es war ein Mann, der sicher schon um die 70 Jahre alt war und sein äußeres Erscheinungsbild ließ darauf schließen, dass er schon einiges mitgemacht hatte. Verängstigt stand er nun da und sollte meine Frage, weshalb man ihn hierher gebracht habe, beantworten. *„Ich bin schon seit ein paar Tagen in der Nachbarzelle – wir sind dort zu zweit, aber man hat meinen Zellengenossen gerade zum Arzt gebracht und ich darf nicht alleine bleiben“* stammelte er. Mir war das vollkommen unverständlich, aber Marc meldete sich dann mit den Worten *„Aha, da haben wir wieder einen Suizidgefährdeten auf den wir aufpassen sollen.“* Jetzt verstand ich. Außer seinem Namen „Eduard“ konnte ich von ihm nichts erfahren. Er saß fast drei Stunden nur auf dem Stuhl, stierte ins Leere und sprach kein Wort. Erst sehr viele Tage später war mir klar, weshalb dieser Mann in diesem Trancezustand war. Er hatte seine Frau im Affekt erschlagen und ist nun wegen Totschlag inhaftiert.

An diesem Tag holte man mich auch noch ab und brachte mich zum Arzt, um mich durchzuchecken. Ob man diesen Arzt als „Arzt“ bezeichnen kann, vermag ich nicht zu sagen, aber es kam mir sehr merkwürdig vor, dass er mich vor seinem Schreibtisch stehen ließ, obwohl direkt neben mir ein Stuhl vorhanden war. Außerdem bemerkte ich, dass er sich bemühte, mich nicht anfassen zu müssen. Die Untersuchung bestand dann nur aus

meiner Erzählung der bisherigen Gesundheitsgeschichte, die ihn wohl nicht sonderlich interessierte. Weiter nahm mir eine Schwester noch Blut und Urin ab – und das war es dann. Als ich wieder zurückkam, war Marc verschwunden. Man hatte ihn ins Untersuchungsgefängnis gebracht.

So vergingen dann die ersten drei Tage, wobei ich ab dem zweiten Tag dann auch die Möglichkeit hatte, mich während des Aufschlusses zu duschen. Selbst das war eine eklige Angelegenheit, wenn man sich die mit duschenden Häftlinge genauer ansah. Da waren ungepflegte Erscheinungen und Personen mit Hautkrankheiten noch nicht einmal das Schlimmste. Von sechs Duschköpfen funktionierte nur ein einziger richtig und da wir alle nur ein paar Minuten in der Dusche verweilen durften, gab es ein großes Gedränge, dass es mir dann „zu bunt“ wurde und mir vornahm beim nächsten Duschen so schnell als möglich diesen Ort aufzusuchen, um als Erster eine saubere Dusche vorzufinden. Meine Angst vor ansteckbaren Krankheiten war sehr groß. Und immer wieder stellte ich mir die Frage, wo ich denn hier hingeraten bin – ich gehörte einfach nicht hierher. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt fühlte ich mich nicht mehr menschenwürdig von meinem Vaterland behandelt.

4. Die Verlegung

Auch für mich kam der Tag, an dem ich meine Habseligkeiten zusammenpacken musste und den Beamten in den Trakt des Untersuchungs-Gefängnisses folgte. Dort angekommen verbrachte man mich in eine Einzelzelle und ließ mir ca. 2 Stunden Zeit, diese vom Unrat meines „Vorgängers“ zu reinigen und zu beziehen. Viel hatte ich ja nicht einzuräumen – aber ich musste die volle mir zur Verfügung stehende Zeit nutzen, um die Zelle wenigstens einigermaßen meinen Hygiene-Vorstellungen anzupassen. Danach schloss sich wieder die Tür und ich war das erste Mal so richtig allein. Der Blick aus dem vergitterten Fenster zeigte mir in voller Blüte, wo ich mich befand. Von hier aus konnte ich fast den kompletten Gefängnis-Komplex sehen – ein Ausblick, der meinem Seelenwohl nicht gut tat. Nach einer weiteren halben Stunde wurde meine Zellentür wieder von außen geöffnet und man brachte mir den von mir schon im „Zugang“ bestellten Leihfernseher. Mir kam das vor wie Weihnachten und Ostern zusammengenommen. Endlich eine Möglichkeit, die mich von meinen wirren Gedanken ablenken kann. Ich weiß bis heute nicht, wie lange ich auf meiner Pritsche lag und in die „Glutze“ stierte. Eine Ablenkung war dies in diesen Augenblicken jedoch bei weitem nicht, denn mir war mein Aufenthalt und all das was hier passierte immer noch ein Rätsel.

Gegen Mittag wurde die Zellentür erneut geöffnet, damit ich vom „Hausarbeiter“ mein Essen in Empfang nehmen konnte. *„Ich heiße Chabo...“* sagte dieser zu mir. Dann fuhr er fort *„... Du bist neu hier – schreib doch gleich mal einen Antragsschein und bewerbe Dich als Hausarbeiter – die suchen hier dauernd nach Leuten, die weder etwas mit BTM (Betäubungsmittel) noch mit Körperverletzung zu tun haben. Als Hausarbeiter wird es Dir hier viel besser gehen. Nach dem Essen schiebe ich Dir einen*

Antragsschein unter der Tür durch.“ Ich schaute ihn nur fragend an, denn irgendwie konnte ich das eben Gehörte nicht ganz verarbeiten – ich war in Gedanken immer noch abwesend. „Danke“ sagte ich, nahm meinen mittlerweile gefüllten Blechnapf und verschwand wieder in meiner Zelle. Lautstark schloss sich die Tür hinter mir wieder.

Nach dem Essen, wenn man es so nennen will, legte ich mich wieder auf die Pritsche und versuchte einzuschlafen. Schlafen wurde zwischenzeitlich für mich das einzige Mittel wieder in die Welt da „draußen“ einzutauchen. Leider verweigerten sich mein Körper und meine Seele immer mehr mich einschlafen zu lassen. Die Tages- oder Nachtzeit spielte zu diesem Zeitpunkt schon keine Rolle mehr. Mein Tagesablauf bestand nur noch daraus, auf mein Essen zu warten, völlig sinnlos auf der Pritsche zu liegen und immer wieder aufzuschrecken, wenn man vom Gang her das Rasseln von großen Schlüsselbunden hörte. Ich glaubte immer noch daran, dass man mich hier bald wieder raus lassen würde, denn dieser Justizirrtum muss doch baldigst auffallen. Ich beschloss an diesem Tag meine Gedanken zu ordnen und alles was mir einfällt zu notieren, damit ich nicht verrückt werde. Ich musste jetzt lernen, dass ich für unbestimmte Zeit in einer anderen Welt lebe. Oft ertappte ich mich dabei, dass ich gen Himmel schaute und Flehgebete dorthin schickte. Will Gott mich jetzt dafür bestrafen, dass ich kein ordentlicher Christ bin – oder will er mich jetzt auf eine harte Probe stellen und warum lässt er es zu, wenn es ihn gibt, dass man selbst meine Silvia ins Gefängnis verbracht hat? Auf mich rasselten tausend Fragen ein, die ich mir selbst nicht beantworten konnte – und weit und breit ist niemand, mit dem ich mich darüber austauschen könnte.

Selbst beim einstündigen „Aufschluss“ wollte ich meine Zelle nicht verlassen. Versucht habe ich es – aber das was ich da im

Gang auf- und abgehen sah, entsprach nicht meiner Vorstellung von Menschen, mit denen ich ein Gespräch führen wollte. Von einem dieser Häftlinge erfuhr ich, dass er erst vor einigen Tagen seine Ehefrau mit etlichen Messerstichen getötet hatte und nun lief er hier im Gang herum und lachte über Witze, die andere Häftlinge erzählten. Viele dieser Häftlinge liefen mit freiem Oberkörper herum, weil sie entweder ihre Muskeln oder ihre Tätowierungen zeigen wollten. Die Hierarchie wurde mit jedem neuen Ankömmling wieder aus Neue hergestellt – es gilt das Gesetz des Stärkeren, denen sich die anderen unterzuordnen haben. Das entsprach definitiv nicht meinen Vorstellungen und so überließ ich die Mitgefangenen sich selbst. In diesem Zirkus sah ich keinen Platz, den ich auszufüllen vermochte.

Leise klopfte es an meiner Tür und Chabo bat darum, kurz meine Zelle betreten zu dürfen. Chabo, der Hausarbeiter, stammte aus dem Libanon und führt hier in Deutschland ein Im- und Exportgeschäft. Man hat ihn hier in die U-Haft gesteckt, weil der Verdacht bestand, er habe Steuergelder hinterzogen durch Schmuggel von Ware. Er erzählte mir all das und soweit ich mich erinnern konnte, soll die Schmuggelware ganz normaler Pfeifentabak gewesen sein. Sein Grund des Besuches war jedoch, mich zum Ausfüllen des Antragsscheines zu motivieren. Er erklärte mir, dass ein Hausarbeiter von morgens bis zum Abend Aufschluss habe und dafür sei er für die Sauberkeit dieses Gefängnistraktes und für die Essensausgabe zuständig. Außerdem würde man hierfür auch noch ca. 180 Euro monatlich als Entlohnung erhalten. Die Vorstellung, dass ich nun mit Schrubber und Putzeimer hier im Knast hantiere gefiel mir zuerst in keinsten Weise. Chabo beherrschte es, mir auch die Vorzüge einer solchen Entscheidung nahe zu bringen. Wortwörtlich sagte er: *„Es ist doch scheißegal welche Arbeiten Du hier verrichten sollst – Hauptsache ist doch, dass Du den ganzen Tag*

aufgeschlossen bist und Dich mit anderen Hausarbeitern besprechen kannst – hier im Knast musst Du in allererster Linie erst mal an Dich selber denken.“ Dieser Satz bewegte mich dann dazu, den Antragsschein mit der Bitte um eine Hausarbeiterstelle auszufüllen.

Es dauerte nur einen einzigen Tag, als ein Beamter meine Zellentüre öffnete und mir mitteilte, ich solle wieder meine Sachen packen, da ich wiederum in eine andere Zelle verlegt werde. Wieder einmal packte ich meine wenigen Habseligkeiten in einen Wäschekorb und folgte den Anweisungen einen Stock nach oben zu gehen. Dort führte man mich in eine Zelle, die mit dem Schild „Hausarbeiter“ beschriftet war. *„Sie werden jetzt die nächsten drei Tage zuschauen, was ein Hausarbeiter zu tun hat und dann werden Sie bei uns hier im Gang diese Stelle in unserem Sinne erledigen. Zuvor müssen Sie jedoch nochmal zum Arzt gehen, da Sie es zukünftig mit Lebensmittel zu tun haben werden – und hierfür benötigen Sie einen Gesundheits-Check – also bereiten Sie sich morgen früh drauf vor, zum Arzt geholt zu werden.“* Ich nickte nur und begann wieder mit der Säuberung einer Zelle, die in nächster Zeit mein Zuhause sein sollte.

Auch wenn ich immer noch nicht überzeugt war, ob meine Entscheidung die Richtige war, so glaubte ich doch daran, dass mich die Arbeit von meinen wirren Gedanken ablenken wird. In jedem Gang gab es zwei Hausarbeiter, deren Zellen nebeneinander angeordnet waren. Hier war es Chabo, der nur wegen eines Krankheitsfalles im unteren Stock ausgeholfen hat. Chabo war mir von Anfang an sympathisch und er half mir über vieles hinweg. Er konnte meine Stimmungslage nachempfinden und erzählte mir von seinen ersten Tagen hier im Knast, die ihn genauso tief erschüttert hatten. Meine Zelle war nach Stunden wieder clean und ich räumte meine Gefangenenumkleidung in den

Schrank. Alle Häftlinge waren schon wieder eingesperrt und nun saß ich mit Chabo da und unterhielt mich das erste Mal wieder auf einem normalen Niveau. Er war die erste Person, der ich meinen „Fall“ schilderte und mein Unverständnis zum Ausdruck brachte. *„Komm, wir gehen in meine Zelle ...“* forderte er mich auf *„... da trinken wir erstmal eine Tasse Kaffee und essen ein Stück Kuchen.“* Ich glaubte meinen Ohren nicht zu trauen. Kaffee und Kuchen im Knast – das passte für mich nicht zusammen. In seinem Wasserkocher stellte er Wasser auf und gab einige Kaffeelöffel löslichen Bohnenkaffee in zwei vorbereitete Tassen. Er verfügte sogar über Zucker und Milch. Noch nie im Leben hat mir ein Kaffee so geschmeckt und gut getan, wie in diesen Stunden. Chabo erklärte mir die Insider-Infos dieser Stätte. *„Du verdienst ab sofort Geld und Du darfst hier im Knast als U-Häftling zweimal im Monat einkaufen gehen. Du solltest darauf achten, dass Du immer genügend Vorrat hast, damit Du die 14 Tage immer überbrücken kannst.“* Er öffnete seinen Schrank und zeigte mir seine erstandenen Lebensmittelvorräte. Draußen hätte mich das überhaupt nicht interessiert – hier drinnen jedoch war das für mich der Inbegriff des Schlaraffenlandes. Auch der mir von Chabo angebotene Kuchen aus einer Folienpackung schmeckte mir wie lange keiner mehr. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt bemerkte ich an mir eine Veränderung, die ich heute als positiv bewerte. Ich konnte mich wieder an „Kleinigkeiten“ erfreuen – eine Eigenschaft, die man draußen allzu schnell verliert.

An den folgenden Tagen zeigte mir Chabo all das, was zukünftig meine Aufgabe sein sollte. Er erklärte mir die einzelnen Putzmittel, die Gerätschaften und die Vorgehensweise. Bereits am zweiten Tag war das Kehren und Putzen des langen Ganges eine willkommene Abwechslung für mich. Auch die Essensausgabe wurde von mir sehr ernst genommen, denn ich

hatte dabei die Möglichkeit alle hier im Gang eingesperrten Häftlinge etwas näher kennen zu lernen, selbst wenn die meisten der hier Eingesperrten nicht meiner Erwartungshaltung entsprachen. Dennoch fand sich im Laufe der Zeit immer mal wieder der ein oder andere, den ich in die engere Auswahl nahm, mit ihm während der Aufschlusszeit oder beim Hofgang Kontakt aufzunehmen.

Das Einzige was mich anfangs enorm störte, war die Reinigung der Beamten Toiletten. Ich war mir im Leben niemals zu fein, auch niedere Arbeiten verrichten zu müssen – aber das ging mir jetzt doch einen Schritt zu weit. Ich kämpfte mit mir und beschloss innerlich meinen Hausarbeiter-Job wieder an den Nagel zu hängen, da ich mich durch diese Tätigkeit wahnsinnig erniedrigt fühlte. Immerhin bin ich als Unschuldiger hier in den Knast gekommen und nun soll ich auch noch die Toiletten des hier angestellten Personals reinigen.

Da draußen hatte ich die Verantwortung für fast 5000 Mitarbeiter und hier wurde ich zum Sklaven der JVA degradiert. Nein – das wollte ich so nicht hinnehmen – lieber lasse ich mich wieder einsperren und arbeite an meiner Verteidigung. Chabo hat wieder lange mit mir gesprochen und mir klar gemacht, dass es letztlich keinen Unterschied mache, ob ich nun den Gang oder eine Toilette reinige – außerdem habe ich ja auch Handschuhe, die einen direkten Kontakt verhindern. Er hatte recht – es gibt keine Arbeit, die ich selbst als niedrig einstufen sollte.

Draußen habe ich ja auch unser angestelltes Reinigungspersonal als vollwertige Mitarbeiter angesehen und niemals deren Arbeit als niedrig eingestuft. Im Gegenteil für mich war da draußen jeder einzelne Mitarbeiter sehr wichtig. Ich vergleiche oft den Betrieb einer Firma mit einer Schweizer Uhr. Sie läuft doch nur deshalb, weil alle Zahnräder in Betrieb sind. Wenn auch nur das

kleinste Zahnrad nicht mehr funktioniert, dann kann man auf Dauer die Uhr vergessen. Dann kamen mir wieder Bilder in den Sinn, welches gutes Verhältnis ich mit unseren Reinigungsdamen in unserer Firma hatte. Immer, wenn ich in der Früh in die Firma kam, bereiteten sie mir belegte Brötchen und Spiegeleier, mein Lieblingsfrühstück, zu. Oft unterhielt ich mich mit diesen Damen – sie waren für mich genauso wichtig, wie die Geschäftsführer der einzelnen Firmen unserer GFE-Group.

5. Das Einleben in eine „neue unschöne“ Welt

Relativ schnell erlernte ich die Tätigkeit des Hausarbeiters. Irgendwie fühlte ich mich unter den vielen Gefangenen in einer vorteilhafteren Position. Mein Tagesablauf nahm geregelte Strukturen an und ich konnte über mehr Freiheiten verfügen, als eben meine Mithäftlinge. Gegen 06.00 Uhr wurden alle Gefangene geweckt, was in einer Lautstärke geschah, dass es keinem in den Sinn kommen konnte weiterzuschlafen. Im Gegensatz zu den „eingesperrten“ Häftlingen leistete ich mir jeden Morgen den Luxus, duschen zu gehen. Da ich auch für die Sauberkeit dieser Dusche zuständig war, hatte ich keine hygienischen Bedenken mehr. Dann machte ich mir einen Kaffee, den ich mir aus dem Einkauf besorgt hatte. Löslicher Mokka wurde im Laufe der Zeit für mich das beste Getränk, welches ich zu mir nahm.

Daraufhin bestand meine Aufgabe darin, den Mitgefangenen durch die Kostklappe, natürlich in Begleitung eines Beamten, Malzkaffee zu bringen. Nicht jeder empfand hierfür Begeisterung. Vielmehr konnten die Häftlinge, die über Geld verfügten, sich beim Einkauf auch mit besseren Lebensmitteln eindecken.

Für Untersuchungshäftlinge besteht zweimal im Monat die Möglichkeit in den „Gefängnis-Supermarkt“ einkaufen zu gehen. Wer dies nutzte, musste hierfür an diesen Tagen auf den einstündigen Aufschluss verzichten. Im Übrigen ist der monatliche Einkauf nur für ca. 180 Euro möglich. Für Raucher ist das schon eine riesige Einschränkung. Weiter lief ein jeder hier Gefahr, von draußen gepfändet zu werden. Der monatliche Pfändungsfreibetrag liegt bei etwa 30 Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass schon allein die Miete und Gebühr für einen evtl. erhaltenen Leihfernseher sich monatlich auf 20 Euro

beläuft. Und wer sich den Luxus leistet, sich beim Einkauf noch einen Wasserkocher zu kaufen, um sich seinen Kaffee in der Zelle selbst kochen zu können, bekommt nochmals einen Abzug von ca. 1,50 Euro für Stromverbrauch berechnet. Unterm Strich bleiben allen „gepfändeten“ U-Häftlingen gerade mal 7 bis 8 Euro pro Monat für ihren Einkauf. Dreimal im Jahr darf sich jeder sogenanntes Sondergeld in Höhe von jeweils ca. 100 Euro von draußen überweisen lassen, welches nicht gepfändet wird. Das macht Feste wie Weihnachten und Ostern etwas erträglicher. Einige Gefangene habe aufgrund ihrer sozialen Stellung keine Möglichkeit, überhaupt von draußen Geld zu erhalten. Diese können einen Antrag auf Taschengeld stellen, damit sie wenigstens in den Genuss von ca. 30 Euro monatlich kommen. Manch einer stand vor der Frage, ob er lieber seiner Rauchlust nachkommt oder sich lieber mit einem Fernseher die Zeit vertreiben will. Einige erhielten nichts.

Nach der, wenn man es so nennen will, Frühstücksausgabe beschäftigte ich mich mit der Säuberung des Gefängnisblocks. Ich fegte und putzte den ellenlangen Gang, sorgte für Sauberkeit in der Dusche, in der Küche und in anderen der Allgemeinheit zugänglichen Räumen. Wie angesprochen war ich auch für die Reinlichkeit der Beamtentoiletten zuständig.

So gegen 10.00 Uhr hieß es dann für mich, wie für die anderen Hausarbeiter, in der Hauptküche der Haftanstalt das Mittagessen für die jeweiligen Gefangenen des Blocks abzuholen. Bekleidet mit einer teilweise verzogenen weißen Baumwolljacke und einer weißen Haube machten wir uns in einem unterirdischen Gang auf den Weg. Das war oft die Möglichkeit mit anderen Hausarbeitern anderer Blocks Nachrichten auszutauschen. An die Ausgabe in der Küche musste ich mich erst gewöhnen. Peinlich genau wird dort jedes

Stückchen Fleisch abgezählt. Manchmal schämte ich mich fast, welch kleine Portionen ich nun den erwachsenen Gefangenen reichen sollte. Nicht allein die Portionen waren mir ein Gräuel, das Essen selber wiederholte sich so oft, dass man sich schon oft vorher schüttelte, wenn man erfuhr, was es wieder mal zu Essen gibt. Warum sollte sich ein Koch einer Gefängnisküche denn auch Mühe geben? Abwechslung ist hier nicht angesagt, vielmehr muss hier für etwa 1.200 Gefangene gekocht werden und dies muss pro Gefangenem für ca. 2,20 Euro täglich (3 Mahlzeiten) bewerkstelligt werden. Es kam des Öfteren vor, dass Gefangene das Essen verschmähten, obwohl sie hungrig waren. Fettes gekochtes Bauchfleisch ist beispielsweise nicht jedermanns Sache und auch nicht jedem zuzumuten. Das Einzige was es in ausreichendem Maße gibt, ist Brot und bitterer Tee, der von uns in Metalltonnen in die Blocks befördert wird.

In Kostwagen transportierten wir das Mittagessen in unsere Blocks und dann durften die Häftlinge an der geöffneten Zellentür mit ihrem Blechgeschirr ihr Essen in Empfang nehmen. Die uns begleiteten Beamten achteten restriktiv darauf, dass alle Vorschriften eingehalten werden. So erhielt ein Gefangener, der nicht in ordnungsgemäßer Kleidung vor der Zellentüre stand, auch kein Essen, wobei ich auch betonen möchte, dass es Beamte gab, die über einiges hinwegsahen und somit menschliche Züge zeigten.

Ich hatte wie alle anderen Hausarbeiter das Privileg, niemals verhungern zu müssen, da ich all das was übrig blieb, vereinnahmen konnte. Meist teilte ich das mit anderen Gefangenen. Es gibt allerdings auch Hausarbeiter, die ihren Job dazu nutzten, Lebensmittel aus der Küche zu horten und zu verstecken, um diese nur für sich oder für Tauschgeschäfte zu nutzen. Wenn dies jedoch einem der Beamten auffiel, war der

Hausarbeiter seinen Job für alle Zeiten los und er konnte sich in einer anderen Zelle wiederfinden. Abendessen wurde teilweise schon ab 15.00 Uhr verteilt. Dann gab es nichts mehr bis zum nächsten Tag.

Die Gefangenen hatten jeden Tag eine Stunde Aufschluss und eine Stunde Hofgang. Während des Aufschlusses liefen sie meist nur im Gang auf und ab und führten Gespräche, an denen ich mich nicht beteiligen wollte, da diese meist „unter der Gürtellinie“ geführt wurden. Wer beim Hofgang nicht mit nach draußen wollte, lief Gefahr in dieser Zeit eingesperrt zu bleiben. Der Hofgang war insofern eine Abwechslung, weil man im Hof auch Gefangene anderer Blocks traf. Dieser Hofgang war ein einziger Marktplatz für Tauschgeschäfte, was jedoch nicht auffallen durfte. Auch der Nachrichtendienst funktionierte einwandfrei. Dennoch war für mich der Hofgang, an dem ich sehr selten teilnahm, immer ein depressives Erlebnis, welches ich danach noch stundenlang verarbeiten musste. Immer nur wie Tiere im Kreis zu laufen und dabei nur Gefängniswände und Gitter vor Augen zu haben, das ist nicht die Freiheit, die ich anstrebte. Außerdem gab es in diesem Hof Gefangene, mit denen ich beim besten Willen nicht in Kontakt treten wollte. Dies ist allerdings nicht immer zu verhindern, zumal man von fast jedem Zweiten wegen einer „Kippe“ angesprochen wird. Einige dieser Häftlinge sammelten auf dem Hof die Zigarettenkippen, um daraus in ihrer Zelle eine einzige Zigarette, notfalls mit Zeitungspapier, herzustellen.

Viele der Gefangenen hatten auch kein Problem damit, einem ihre Geschichte zu erzählen. Noch nie in meinem Leben hatte ich es mit Mördern, Vergewaltigern, Kinderschändern und Gewalttätigen zu tun. Da kamen mir Diebe und Betrüger schon fast harmlos vor.

An einem Sonntag in der Kirche wurde ich von einer Justizbeamtin auf eine Bank platziert, unmittelbar hinter einigen Kinderschändern. Ich beschwerte mich und forderte einen anderen Sitzplatz. Das führte zum Eklat. Ich verließ den Kirchenraum, denn ich hätte mich nicht meinem Gebet widmen können. Diese Beamtin vollzog dieses „Spiel“ dann mehrere Sonntage mit mir und ich musste erkennen, wie hilflos ich den Eskapaden dieser Beamtin ausgesetzt bin. Von nun an konnte ich die Kirche nur noch besuchen, wenn ich wusste, dass diese Beamtin keinen Dienst hat.

Als Hausarbeiter hatte ich die Möglichkeit, nach getaner Arbeit mich in meine Zelle zurückzuziehen und mich um meine privaten Angelegenheiten zu kümmern. Ungefähr drei Wochen benötigte ich, meine „Arbeit“ voll im Griff zu haben und die Gegebenheiten sowie die Vorlieben und Schwächen von Beamten zu kennen. Es war für mich nicht schwer, mich auf derartiges einzustellen. Ich konnte meine freigewordene Zeit ausfüllen und schrieb viele Briefe. Ich hatte ja das Glück, dass mich wahnsinnig viele Menschen per Post kontaktierten. Durch die Beantwortung der vielen Briefe, tauchte ich wieder in die Welt da draußen ein, was mir einerseits sehr gut tat, andererseits aber sehr viel Wehmut und Sehnsucht einbrachte.

Jeden Tag wartete ich schon auf Zeitungen, die man mir jetzt schon brachte, sobald ein Artikel über meinen Fall darin stand. Mittlerweile war mein Fall schon allseits bekannt und viele der Gefangenen glaubten, sich an mich halten zu müssen, denn ich könnte ja einer der Gefangenen sein, der da draußen womöglich Millionen versteckt hat. Welche Dienstleistungen man mir hierfür angeboten hat, will ich an dieser Stelle besser nicht preisgeben. Einer der Gefangenen hat mir sogar die Ermordung der Staatsanwältin angeboten, was ich natürlich wie alle

anderen Angebote nicht annahm. Es wäre absurd, über einen solchen Weg Probleme lösen zu wollen. Aber eines wurde mir auf alle Fälle bewusst:

Ich befand mich in einer anderen Welt und ich muss mich den Gesetzen der Gefangenschaft fügen.

Was ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen konnte, war die Tatsache, dass ich noch viele Jahre in Gefangenschaft verbringen werde. Aber kommen wir wieder zu meinem Fall, denn über die Erlebnisse im Gefängnis zu berichten, würde allein ein ganzes Buch füllen.

6. Ein gutes Geschäft ist, wenn alle profitieren. Mein Weg in die Energiebranche

Vielleicht haben Sie meinen Namen auch schon einmal in der Zeitung gelesen, vermutlich gleich neben den Wörtern „Skandal“, „Betrug“ oder „Täuschung“. Am 24. Februar 2014 wurde ich, wie erwähnt, wegen „bandenmäßigen und gewerblichen Betrugs“ zu neun Jahren Haft verurteilt – nachdem ich schon über drei Jahre in Untersuchungshaft zugebracht hatte. Meine Freunde kennen und schätzen mich als verantwortungsvollen und umsichtigen Geschäftsmann, der mit Zahlen umgehen kann. Wie aber wurde aus dem Geschäftsmann ein Betrüger? Meine Antwort darauf ist ganz einfach: Weil der Staat es auf Drängen der Energielobby so wollte.

Uns wird immer eingeredet, dass wir in einer Demokratie, in einem Rechtsstaat leben. Die Vorstellung, dass das nur eine schöne Illusion ist, ist für uns so bedrohlich, dass wir sie nicht wahrhaben wollen. Wir alle bauen unser Leben auf der Gewissheit auf, in einem Land zu leben, in dem jeder Bürger durch Gesetze vor staatlicher Willkür geschützt ist. Auch ich glaubte das einst, bis ich diesen Rechtsstaat und sein Unrecht in aller Härte kennenlernte. Doch alles der Reihe nach:

Ich wurde am 30.07.1952 in Boppard am Rhein geboren. Gemeinsam mit meinen zwei jüngeren Geschwistern wuchs ich auf einem Bauernhof auf. Boppard liegt in der Nähe des Loreley Felsens. Mein Vater arbeitete lange Zeit als Schreiner und entschied sich dann für die Landwirtschaft. Es war für mich eine unbeschwerte Kindheit mitten im Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit. Meine Eltern waren ehrliche und fleißige Leute, die ihre Werte auch an ihre Kinder weitergaben. Unsere Familie

war katholisch, so dass ich mir schon früh Gedanken über Gott machte.

Nach der Ersten Heiligen Kommunion wollte ich Pfarrer werden, so sehr begeisterte ich mich für den Dienst im Glauben. Die Kirche, die Bibel, die Gottesdienste, das ehrfürchtige Gefühl des Glaubens, berührten mich schon in Kindertagen tief. Erst als in der Pubertät die Hormone meine Entscheidungen beeinflussten, erkannte ich, dass ein Leben ohne Frauen für mich nicht in Frage kam. Handwerklich war ich auch nicht sonderlich geschickt, doch ich interessierte mich schon früh für Zahlen und begann noch in der Grundschule, kleine „Geschäfte“ mit meinen Mitschülern oder Verwandten abzuschließen. Dabei war es für mich immer wichtig, dass beide Seiten profitieren, also ich zum Beispiel etwas erhielt, das ich unbedingt brauchte und mein Gegenüber ebenso, auch wenn dieses Geschäft dann über mehrere Beteiligte und Stationen ablief. An solchen Spielereien hatte ich große Freude.

Während meiner Grundschulzeit lebten wir einige Zeit auf einem Hof im Saarland, von wo aus ich jeden Morgen, ganz gleich bei welchem Wetter, zwei Kilometer bis zur Schule laufen musste. Mein Vater besaß damals noch kein Auto – aber er kaufte sich sein erstes Motorrad der Marke Horex mit Beiwagen. Mit diesem machten wir dann Ausflüge – mein Vater auf dem Fahrersitz, meine Mutter auf dem Sozius, ich im Beiwagen und meine kleine Schwester in ihrem Körbchen im Fußraum des Beiwagens.

Später zogen wir auf einen Hof in Edingen (bei Heidelberg), wo ich die Hauptschule besuchte. Für den Besuch des Gymnasiums reichten die finanziellen Mittel meiner Eltern schlichtweg nicht aus, denn die Fahrtkosten bis nach Mannheim waren viel zu hoch.

Wer auf einem Bauernhof aufwächst, hat viele Gelegenheiten, die Natur und die Wirkkräfte der Naturgesetze zu beobachten. Ich erkannte schon früh, dass die Natur nicht viel von komplizierten Angelegenheiten hält. Das einfachste und effektivste System setzt sich immer durch, ob nun bei der Nachkommensaufzucht, dem Nestbau oder dem Überleben in einem Lebensraum. Dennoch ist alles perfekt aufeinander abgestimmt. Über dieses Wunder kann ich noch heute staunen, wenn ich auch von meiner Zelle in der JVA Bayreuth nicht mehr viel von der Natur mitbekomme.

Während meiner Schulzeit war es noch üblich, die Kinder mit einer Gerte zu züchtigen – und ich bekam sie einige Male von meinen Lehrern zu spüren, denn ich war wohl das, was man einen Lausbub nennt. Trotzdem war ich sehr wissbegierig. Mathematik und Erdkunde waren meine Lieblingsfächer. Ich hatte natürlich jede Menge Flausen im Kopf, wie es sich für einen Jungen gehört. Dieser Drang nach Freiheit und Abenteuer setzte sich in meiner Jugend, die genau in die wilden Sechziger fiel, fort. Zum Friseur ging ich nicht mehr. In Heidelberg, wo ich meine Lehre als Kaufmann in einem Warenhaus absolvierte, kam ich in Kontakt mit der dortigen Studentenbewegung. Ich nahm an Demonstrationen teil und selbst bei der Bundeswehr legte ich meine Haartracht nicht ab – bis diese mit dem sogenannten „Haarerlass“ dem ein Ende bereitere. Ich beugte mich diesem Befehl aber nicht und wurde prompt in eine Gefängniszelle verfrachtet. Erst nach zweiwöchiger Kerkerzeit beugte ich mich dem Erlass.

Ich bin in bescheidenen Verhältnissen groß geworden, obwohl meine Eltern hart und ehrlich arbeiteten und alles für uns taten. Das hat meine Vorstellungen über mein zukünftiges Leben geprägt. Ich wollte zum einen so viel wie möglich von dieser

Welt sehen, zum anderen wollte ich viel Geld verdienen, um mich finanziell abzusichern. Auch wenn meine Eltern nur begrenzte finanzielle Möglichkeiten hatten, so gaben sie mir durch eine liebevolle und gute Kindheit etwas viel Wichtigeres mit auf den Weg – eine positive Lebenseinstellung. Und noch etwas verdanke ich meinen Eltern: Sie haben mich zu einem rechtschaffenen Menschen erzogen. Ich war sicherlich kein Musterknabe, doch ich habe von Kind an gelernt, Recht von Unrecht zu unterscheiden und im Zweifelsfalle für meine Taten, eine Kneipenschlägerei oder Ähnliches, auch gerade zu stehen.

Mein berufliches Leben wurde durch Tätigkeiten im Vertrieb von Finanzdienstleistungen und Immobilien geprägt. Ich absolvierte zahlreiche Fort- und Weiterbildungen und erweiterte meinen Horizont ständig. Seit meinem 22. Lebensjahr war ich ohne größere Unterbrechungen in diesen Branchen tätig. Bei Deutschlands größter Versicherungsgesellschaft genoss ich eine intensive und wichtige Ausbildung und übernahm im Anschluss als Selbstständiger ein Versicherungsbüro. Die Arbeit machte mir großen Spaß, doch ich wollte mich weiterentwickeln. Schließlich wechselte ich als Direktionsbeauftragter zu einer Kölner Versicherung. Auch dort nahm ich an zahlreichen Fort- und Weiterbildungen teil. Anschließend gab ich selbst Weiterbildungs- und Motivationsseminare. Als einziger Nicht-akademiker in ganz Deutschland schaffte ich es bis zum Filialleiter einer deutschen Spezialversicherung für Ärzte in Augsburg.

Mit 22 Jahren heiratete ich auch meine damalige Freundin. Ich wollte unbedingt eine Familie haben, denn ich wusste, wie wichtig es war, diesen Rückhalt hinter sich zu wissen. Aus dieser Ehe stammt mein 1980 geborener Sohn Timo. Wir hatten eine gute Ehe. Ich verdiente überdurchschnittlich gut und wir lebten

in Bonn in einem Villenviertel neben vielen Regierungsmitarbeitern.

Meine Frau arbeitete in der Tourismusbranche und so haben wir gemeinsam viele Winkel dieser Erde bereist. Nach 27 gemeinsamen Jahren ging meine erste Ehe zu Bruch, weil ich einen neuen Job annahm, in dem ich unter der Woche unterwegs war. Wir sahen uns nur noch am Wochenende. Dieser Belastung hielt unsere Ehe nicht stand.

Etwas später, im Jahr 1999, lernte ich auf einer meiner Geschäftsreisen in den Osten unserer Republik meine jetzige Ehefrau Silvia kennen, die wohl das größte Glück ist, das der liebe Gott mir zugestehen konnte. Erst durch sie erkannte ich, dass es auch noch ein Leben außerhalb des Berufes gab und dass ich mich im Laufe der Jahre zu einem regelrechten Workaholic entwickelt hatte. Sie wurde meine Sekretärin und ich lernte viele ihrer Eigenschaften schätzen. Sie war ehrlich, unabhängig und trotzdem wunderbar weiblich. Sie strahlte eine Aufrichtigkeit aus, die ich noch nie zuvor bei einem Menschen erlebt hatte.

Ich erinnere mich noch gut an den Moment, an dem ich mich zum ersten Mal mit einer Umarmung von ihr verabschiedete und es sich anfühlte, als ginge ein Blitzschlag durch meinen ganzen Körper. Durch sie lernte ich, meinen Verstand mit meinen Gefühlen zu verbinden. Wir heirateten im Jahr 2006, Silvia brachte zwei Kinder mit in die Ehe, die ich schon bald als meine eigenen betrachtete. Heute sind wir bereits stolze Großeltern von vier Enkelkindern.

Es gehört zu den am schwersten zu ertragenden Ungerechtigkeiten, dass ich durch die Haft zwei Hochzeiten meiner Kinder und zwei Geburten meiner Enkelkinder nicht miterleben durfte. Ich bin sehr stolz auf unsere Familie, die

schöner und ausgefüllter nicht sein könnte. Unsere Kinder stehen uneingeschränkt hinter mir, ebenso wie mein fast 87-jähriger Vater und meine Geschwister. Sie alle sind von meiner Unschuld überzeugt.

Beruflich erzielte ich jahrelang Einkommen mit der Ausübung und Verwirklichung von diversen Verkaufs- und Motivations-Trainingsprogrammen. Ich brachte anderen bei, wie sie erfolgreicher verkaufen und motivierter sein konnten.

Schon in frühen Jahren hatte ich das Ziel in meinem Leben „etwas Großes“ zu schaffen. Dieses Ziel war anfangs mehr materieller, in späteren Jahren mehr und mehr ideeller Natur, von dem Gedanken getragen, auch anderen Menschen damit etwas Gutes zu tun.

Ich bin Autodidakt und Visionär, das bedeutet, ich bin in der Lage, relativ schnell komplexe Zusammenhänge zu erkennen und projiziere diese häufig in die Zukunft. So auch, als ich das erste Mal von Blockheizkraftwerken mit vermindertem Brennstoffbedarf hörte. Das war wohl, soweit ich mich erinnern kann, innerhalb eines Gespräches mit Andreas Walter* von der Firma „M-Solar24*“ und Karlheinz Zumberg*. – ungefähr Mitte 2009. Meine Einschätzung deckte sich mit der meiner beiden Gesprächspartner.

Die Ausgangslage war folgende:

In der Bundesrepublik Deutschland kann sich „Jedermann“ eine Eigentumswohnung kaufen und diese fremd vermieten, um sich damit eine zweite Einnahmequelle zu schaffen. Er kann sich aber auch an einer Immobilie in Form eines geschlossenen Immobilienfonds beteiligen. In diesem Fall sind die Chancen und Risiken zwar etwas geringer, aber dafür auch die zu erzielenden Einnahmen. Im Bereich der erneuerbaren Energien war und ist

es derzeit nur möglich, sich an einem diesbezüglichen geschlossenen Fonds, wie zum Beispiel Windkraftanlagen und Solarparks zu beteiligen.

Dem Bürger war es nicht möglich, sich eine Anlage im Bereich der erneuerbaren Energien zu kaufen und diese fremd betreiben zu lassen – analog einer Eigentumswohnung – es sei denn, er war Hausbesitzer und nutzte diese Anlage, wie beispielsweise eine Photovoltaikanlage, vorrangig für eigene Zwecke.

Unser erster Plan war, Kunden Photovoltaikanlagen zu vermitteln, die allerdings nicht auf ihren, sondern fremden Dächern standen. Sie investierten in die Anlage und erhielten dafür jene Rendite, die anfällt, wenn dieser Strom dann nach festgelegten Einspeisevergütungssätzen in das öffentliche Stromnetz eingespeist wird.

Leider mussten wir später feststellen, dass wir hier mit Andreas Walter* einem Betrüger aufgelaufen sind – was mich jedoch nicht abhielt, über eine solche Möglichkeit der Fremdvermietung und des Fremdbetriebes weiter nachzudenken. Da die damals am Markt befindlichen Netzbetreiber in den letzten Jahren Milliarden Gewinne eingefahren haben, die Immobilienbranche in der gleichen Zeit immer „uninteressanter.“ wurde, machte ich mir Gedanken, wie man diesem Problem begegnen könne. Oft war dabei Herr Zumberg* mein Gesprächspartner.

Da das „Deutschen liebste Kind“ sein Eigentum ist, musste ein Produkt geschaffen werden, das genau diesem Wunsch entsprach. Andererseits mussten auch die gegebenen finanziellen Risiken minimiert werden. Viele fremde und bereits vorhandene Kontakte wurden von uns, Herrn Zumberg* und mir genutzt, um diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen. Uns beiden war immer daran gelegen, ein Produkt zu schaffen, dass

die Umwelt nicht belastete und andererseits eine Rendite, beispielsweise in Form einer festen Mietzahlung (Pacht) wie bei einer Eigentumswohnung, erbrachte.

Es ist naheliegend, dass wir in erster Linie über das Blockheizkraftwerk (im folgenden BHKW genannt) mit vermindertem Brennstoffverbrauch nachdachten. König Zufall spielte sicherlich auch eine große Rolle, denn wir lernten Menschen kennen, die uns den Weg zu diesem Produkt ebneten. Ich recherchierte im Internet zum Thema treibstoffreduzierte BHKWs. Weiter hatten wir in Herrn Karl Meyer, eine sehr kompetente Person kennengelernt, die all das bestätigte, was ich im Internet fand.

Karl Meyer hat in den Medien viel Kritik und Unverständnis erfahren. Er ist ein Freigeist, der vor Ideen und Innovationsmut nur so sprudelt, der sich weigert, in vorgefertigten Schemata zu denken und der sehr reflektiert die bürgerfeindliche und konzernfreundliche Politik der Bundesregierung betrachtet, um seine eigenen Schlüsse daraus zu ziehen. Kein Wunder also, dass sich bei unserem Zusammentreffen starke Synergieeffekte ergaben.

BHKWs, die durch die Beigabe von Wasser weniger Kraftstoff verbrauchen, gibt es schon seit geraumer Zeit, allerdings hat sich noch nie jemand mit einer Serienproduktion dieser Anlagen beschäftigt. Das war exakt die Marktlücke, nach der wir gesucht hatten. Das mit Rapsöl-Wasser-Gemisch betriebene BHKW war geboren. Jetzt ging es nur noch darum, die Einnahmen und Ausgaben gegenüber zu stellen – und: es passte. Meine/Unsere Vision sollte nun in die Realität umgesetzt werden.

Wir bemühten uns kurzfristig um weltweite Lieferanten, ein geeignetes Bürogebäude, eine geeignete Fertigungshalle, einen

geeigneten Vertriebsweg, um letztendlich das Produkt „BHKW“ als Eigentum für den Endverbraucher im Bereich der erneuerbaren Energien auf den Markt zu bringen. Aufgrund der schlechten Erfahrungen, die wir zuvor mit dem Vertrieb von Photovoltaikanlagen der Firma „M-Solar24*“ gemacht hatten, kam für uns nur noch eine eigene Fertigung in Frage.

Auch heute noch bin ich davon überzeugt, dass genau dieses Produkt vielen Bürgern ein zweites Einkommen und/oder eine zusätzliche Rentenabsicherung in Form von monatlichen Pachtzahlungen über 20 Jahre verschafft hätte. Viele Familien hätten ihren Lebensstandard erhöhen können. Niemals gab es bei unseren Überlegungen auch nur einen Hauch von Betrugsabsichten.

7. Erneuerbare Energien zum Greifen nah und doch unerreichbar. Wie Staat und Konzerne uns belügen!

Deutschland ist das Land der verhinderten Revolutionen. Als andere Länder wie England, Frankreich und die USA sich ihrer Monarchen und Abhängigkeiten entledigten und Freiheit schufen für ihre Bürger, vor allem aber für deren wirtschaftliche Interessen, die sich ohne Standesdünkel zu entfalten suchten, wurde die in Deutschland aufkeimende Revolution von 1848, die ohnehin schon reichlich gezähmte Forderungen stellte, von dem preußischen König Kaiser Wilhelm IV. abgewürgt. Er lehnte die ihm von der Frankfurter Nationalversammlung, einer Versammlung engagierter Männer aus ganz Deutschland, aufstrebende Geschäftsmänner, Intellektuelle und Politiker, angetragene Kaiserkrone ab, da ihr „der Ludergeruch der Revolution“ anhafte.

Das war es dann mit der Revolution in Deutschland, stattdessen wurden öffentliche Versammlungen und das Engagement in Vereinen verboten. Alle Entscheidungen über gesellschaftliche Veränderungen lagen von nun an in den Händen der Regierung, wie nur wenige Jahre später Reichskanzler Bismarck mit seiner „harten“ Hand deutlich machte.

Ein solches Klima ist Gift für Innovationen und zerstörerisch für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft, die unabhängig Verbesserungen und Veränderungen anstrebt. Die Deutschen, ein treues Untertanenvolk, folgte sodann erst dem Kaiser und später Hitler in die beiden absolut zerstörerischen Kriege, die diese Welt je gesehen hat und gilt bis heute als das „Tätervolk“ des Holocausts, der auch nur hatte stattfinden können, weil offenbar nicht genug bereit waren, aufzubegehren und die Machthaber zu stürzen.

Es wäre schön, zu erzählen, dass wir als Gesellschaft nicht länger in diesem Geiste denken und handeln, doch ein Blick auf den aktuellen NSA-Skandal und die nun durchgesetzte Vorratsdatenspeicherung zeigt, dass wir noch immer willige Untertanen sind, die so ziemlich alles mit sich machen lassen, was die da oben von uns wollen. Vielleicht steht dahinter der Wunsch, ein bequemes Leben führen zu wollen, unbehelligt von aufreibenden politischen Kämpfen. Doch das ist eine Illusion. Wer stillhält, verliert.

Neuerungen, Reformen und Verbesserungen haben nur dann eine Chance, wenn die regierenden Politiker der Meinung sind, sie hätten einen Vorteil von ihnen.

Ganz im Gegensatz zu ihrem vermeintlichen Auftrag handeln sie nicht nach den Interessen der Mehrheit, nach denen der Bürger, die sie gewählt haben und bezahlen, sondern nach ihren ureigensten, opportunistischen Interessen. Der Staat, der Leviathan, wie ihn Thomas Hobbs nannte, mit all seiner Bürokratie, seinen Gesetzen, dient nicht uns, den Bürgern, sondern den großen Konzernen, die mit ihren Lobbyisten in Berlin genauestens darüber wachen, dass nichts geschieht, das ihren wirtschaftlichen Profit beeinträchtigen könnte. Und die Politiker?

Auch sie profitieren, denn sie sitzen in Aufsichtsräten und Vorständen, erhalten Unsummen für Vorträge und „Beratungsaufgaben“ und wechseln nach einigen Jahren in der Politik in gut bezahlte Posten bei eben jenen Unternehmen, deren Interessen sie kurz zuvor noch im Bundestag vertraten.

Vor dem Hintergrund dieses Wissens mag es fast naiv erscheinen, dass meine Mitstreiter und ich davon überzeugt waren, mit der Verwendung einer bereits bekannten und sogar

von der Bundesregierung mit dem Innovationspreis belohnten Erfindung im Bereich erneuerbare Energien ein gutes Geschäft und zugleich einen Beitrag zum Umweltschutz leisten können, so dass Atomenergie und fossile Brennstoffe überflüssig werden.

Außerdem stellte die von uns verwendete Technologie eine Möglichkeit dar, Strom dezentral herzustellen und nicht länger über Stromtrassen und Überlandleitungen quer durch die Republik zu jagen, was zum einen teuer, zum anderen aber auch politisch höchst umstritten ist, wie der aktuelle Streit um den Südlink, einer Stromtrasse nach Bayern zeigt.

Die bayerische Wirtschaftsministerin möchte, dass die Stromtrasse vor allem durch Hessen und Baden-Württemberg läuft, wogegen sich beide Bundesländer heftig wehren. Nun ist das ganze Projekt in Gefahr, das eigentlich saubere Windenergie aus dem Norden in den windarmen Süden bringen sollte.

Die Technik, die die GFE Group seriell nutzbar machen wollte, konnte in Form von Containern überall aufgestellt werden und nicht nur Strom, sondern sogar Wärme produzieren, und das umweltfreundlich und günstig. Zu schön, um wahr zu sein? Offenbar, denn wir hatten unsere Rechnung ohne die übermächtigen Energiekonzerne und die Mineralölproduzenten gemacht, die ihre Pfründe mit Zähnen und Klauen verteidigen und es keinesfalls zulassen werden, dass neue Technologien ihre Atomkraft-, Gas- oder Holzkohlekraftwerke überflüssig macht. Unterstützt werden sie dabei von der Bundesregierung und ihrem Staatsapparat.

Wassereinspritzung wird bereits seit Ende der 1930er Jahren zum Beispiel in Flugzeugen eingesetzt. Sie findet sich in den Messerschmitt BF-109 Flugzeugen. Die Einspritzung von Wasser/Methanol erhöhte die Leistung um bis zu 500 PS. Ab

den 1980er Jahren wurden die Möglichkeiten der Wassereinspritzung auch in der Formel 1 erkannt. Das „AquaFuel-Verfahren“ beschreibt das Prinzip der Herstellung einer Diesel-Wasser-Emulsion, welches in Binnenschiffen, Hochseeyachten, dieselkraftstoffbetriebenen Industriemotoren und Diesellokomotiven zum Einsatz kommt. Das Wissen über die Wasser-Öl-Emulsion gibt es also bereits seit mehr als einer Generation.

Viktor Schaubberger, der im September 1958 verstarb – und Nikola Tesla, der im Jahre 1943 von seinem Recht des Ablebens Gebrauch machte, waren Pioniere in der Entwicklung entsprechender innovativer Motorentechnik. Viktor Schaubberger machte aus seiner Ablehnung gegenüber Adolf Hitler keinen Hehl. Es kam daher zu Überwachungen durch die Gestapo, Beschlagnahme seiner Geräte durch das Oberkommando der Wehrmacht und schließlich fast zu seiner Hinrichtung im KZ Mauthausen. 1941 arbeitete er für Messerschmitt an Flugzeugmotoren mit Wassereinspritzung. 1943 erfolgte die Zwangsverpflichtung in eine Außenstelle des KZ. Er sollte dort mit Unterstützung geeigneter Häftlinge (Ingenieure, Techniker) einen U-Boot-Antrieb, ebenfalls mit Wassereinspritzung, bauen. Zum Kriegsende 1945 erfolgte die Beschlagnahmung seiner Geräte und Unterlagen durch US-amerikanische und sowjetische Truppen. 1958 wurde er von amerikanischen Vertretern nach Texas eingeladen, um seine Forschungen und Entwicklungen dort weiterführen zu können. Um wieder ausreisen zu dürfen, musste er eine auf Englisch verfasste Verzichtserklärung unterschreiben, welche unter anderem Schweigsamkeit über seine bisherigen und zukünftigen Arbeiten beinhaltete.

Nikola Tesla war nicht im Bereich der Wassereinspritzung tätig, konnte jedoch mit vielen Erfindungen und Erkenntnissen im

Elektromotorenbereich aufwarten. Auch er wurde stets in seinen Entwicklungen behindert, die teilweise bis in die heutige Zeit hineinreichen.

8. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz wurde bereits 1991 erlassen, um ausdrücklich Erneuerbare Energien zu fördern und deren Einspeisern in das öffentliche Stromnetz feste Abnahmepreise zu garantieren. Bis zum Jahr 2035 soll der Anteil erneuerbarer Energie an der Stromversorgung so 50-60 % betragen. Das Gesetz verpflichtet einen Stromanbieter dazu, alle in seiner Umgebung erzeugten erneuerbaren Energien bevorzugt in das Netz einzuspeisen. Produzenten von Strom aus erneuerbarer Energie erhalten feste Vergütungen, die nicht von den schwankenden Preisen am Strommarkt abhängig sind. Die Vergütungen für Strom aus erneuerbarer Energie sinken allerdings nach diesem Gesetz, so dass der Marktdruck steigt und effizienter produziert wird. Jüngst sorgte das dafür, dass zahlreiche Unternehmen für Solaranlagen in den Ruin getrieben wurden, weil sich ihr Geschäftsmodell auf einmal nicht mehr lohnte.

Um die Differenz zwischen den tatsächlich am Markt erzielten Strompreisen und den Vergütungen für Strom aus erneuerbarer Energie auszugleichen, müssen alle Endverbraucher die sogenannte EEG-Umlage zahlen, der Grund dafür, dass Strom in den vergangenen Jahren immer teurer wurde. Bezeichnenderweise sind Unternehmen wie die Deutsche Bahn AG, die zu den größten Stromverbrauchern der Bundesrepublik zählt, von der EEG-Umlage ausgenommen, um die Unternehmen zu entlasten. Belastet werden also die Privathaushalte oder kleine Unternehmen, belohnt werden jene Großkonzerne, die den meisten Strom verbrauchen.

Dennoch zeigte das EEG Wirkung. Seit dem Jahr 2000 ist der Anteil erneuerbarer Energie kontinuierlich angestiegen, den größten Anteil macht hierbei die Windkraft aus.

Das Gesetz ist seit 1991 mehrfach überarbeitet und in seiner derzeitigen Fassung 2012 erlassen worden, die eine stufenweise Herabsetzung der Vergütung für Strom aus Photovoltaikanlagen vorsah und so dieser Technologie in Deutschland beinahe den Todesstoß versetzte. 2014 waren 2098 Unternehmen von der EEG-Umlage ausgenommen, ein Umstand, der reformiert werden soll, doch bislang ohne Erfolg. In Zukunft sollen nur noch solche Unternehmen von der EEG-Umlage befreit werden, die mit Anbietern aus dem Ausland konkurrieren müssen, wo die Strompreise günstiger sind.

Vordergründig ist das EEG also ein Gesetz, das die Entwicklung neuer Technologien im Bereich Erneuerbare Energien fördert und Anreize für Innovationen gibt. Doch bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass die Ausnahmeregelung für die EEG-Umlage die Lasten dieser Förderung höchst ungerecht verteilt.

Hätte die Bundesregierung ein echtes Interesse an erneuerbaren Energien, so würde sie nicht, wie im Bereich der Photovoltaik-Anlagen, die Zuschüsse drastisch kürzen und so dafür sorgen, dass der Anteil von Strom aus Solarenergie in den vergangenen Jahren ab- statt zugenommen hat. Stattdessen wird dieser Strom nun wieder durch fossile Brennstoffe produziert – man muss wohl nicht lange überlegen, um dahinter zu kommen, wem das Ende der über Jahre extrem erfolgreichen Photovoltaik-Technologie nützt – der Umwelt und den Bürgern sicher nicht. Deutschland galt als Vorreiter in dieser Technologie, nun kämpfen die innovativen Unternehmen um ihr Leben.

Dennoch sahen auch die Gründer der GFE eine Chance im EEG, die sie mit der seriellen Herstellung von Blockheizkraftwerken nutzen wollten. Das besondere an diesen Blockheizkraftwerken: Statt einem Rapsöl oder Diesel funktionieren sie mit einem Öl-Wasser-Gemisch im Verhältnis 1:3. Die Reduktion des

Rapsölanteils und der Ersatz mit Wasser senken die Kosten enorm. Zusätzlich kann ein solches Kraftwerk überall dezentral aufgebaut werden und produziert durch die Abwärme sogar noch nutzbare Wärme. Doch dazu später mehr. Zunächst ein weiteres, trauriges Beispiel dafür, wie in Deutschland mit den Zukunftsträgern im Bereich erneuerbare Energien umgegangen wird.

9. Der Fall Prokon

Die in Itzehoe ansässige Firma Prokon produzierte zunächst Windkraftträder. Im Jahr 2002 entschied man sich, den Geschäftsbereich auszuweiten und herkömmliche Dieselmotoren umzurüsten, die dann nach einem Öl-Wasser-Gemisch, wie ich es oben beschrieben habe, funktionieren. Diese „Schlüsseltechnologie“, wie die Presse damals begeistert jubelte, sollte Autofahren billiger und umweltfreundlicher machen. Prokon plante, ein ganzes Netz von Tankstellen zu errichten, an denen man den neuen Kraftstoff erwerben konnte. Doch dazu kam es nie. Der Firma Prokon wurde bald darauf vorgeworfen, bandenmäßigen Betrug zu betreiben und die Käufer zu prellen. Gesellschafter Carsten R. ist nicht nur ein Geschäftsmann, er war auch seither mit sehr viel persönlichem Engagement am Thema Erneuerbare Energien interessiert, als diese von der Wirtschaft eher stiefmütterlich behandelt wurden.

Seine neue Technologie wollte er mittels Crowd-Financing finanzieren, um so möglichst vielen kleinen Käufern Zugang zu den Gewinnen der neuen Technologie zu ermöglichen und sich unabhängig von großen Banken zu machen. Außerdem, so die Idee, würde man so eine hohe Identifizierung mit dem neuen Kraftstoff erreichen. Im Nachhinein wurde ihm dieses Crowd-Financing als Betrug ausgelegt. R. war auch Idealist. Er wollte, dass die Profite dieser Erneuerbaren Energie nicht an Banken, sondern an die Bürger direkt gingen. Er gab Genussrechte aus, ein Finanzprodukt zwischen Aktie und Schuldschein, das den Käufern aber kein Mitspracherecht einräumt. Auf diese Weise finanzierte er auch den Bau neuer Windräder.

75.000 Käufer kauften solche Genussrechte und brachten 1,4 Milliarden Euro Investitionskapital. Dafür sollten sie eine Rendite von acht Prozent erhalten.

Mehr als 2000 Autos rüstete Prokon um und baute in Magdeburg ein eigenes Werk für Pflanzenölkraftstoff und Tierfutter.

Dann aber wurden durch Änderungen im EEG auf einmal die Zulagen für Biokraftstoffe gekürzt oder gar gestrichen, das Geschäftsmodell stand vor dem Aus. Auf einmal hieß es, Prokon könne die versprochenen Renditen nur bezahlen, weil es immer neue Käufer anwarb, ein sogenanntes Schneeballsystem. Doch damit nicht genug: Gegen Carsten R. ermittelte man bald wegen gewerbsmäßigem Betrug, Beamtenbestechung und Insolvenzverschleppung.

2014 wurde das Insolvenzverfahren eröffnet. Die Firma Prokon existiert noch, die Umrüstung auf den Biokraftstoff ist jedoch gestorben. Das Schicksal dieses innovativen Unternehmens mit einem so engagierten Chef an der Spitze gewinnt an zusätzlicher Dramatik, wenn entlang der Ereignisse um die GFE Group deutlich wird, dass sich das Vorgehen und die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft vollkommen gleichen. Über die GFE wurde eine Zwangsinsolvenz verhängt. Geld haben die Käufer bis heute nicht gesehen – dafür setzen sie, die angeblich Geprellten, sich aber dafür ein, dass die Technologie der GFE endlich umgesetzt wird.

10. Der Wirbelwandler

Der 1958 in Linz verstorbene österreichische Wissenschaftler Viktor Schaubberger, war Förster, der viele seiner Entdeckungen aus Naturbeobachtungen ableitete. So bemerkte er, dass sich in Gebirgsbächen und Flüssen Wirbel bilden, die seiner Meinung nach nur von uns noch unbekannten physikalischen Kräften innerhalb der Wirbel herrühren konnten.

Diese physikalischen Kräfte transformierten die Stoffe, die sie bewegten. Schaubberger machte mehrere Experimente, in denen er künstlich erzeugte Wirbel als Katalysatoren einsetzte und zu erstaunlichen Ergebnissen kam. Er war sich sicher, in den Wasserwirbeln freie Energie entdeckt zu haben, die durch künstliche Wirbel erschlossen werden konnten. Wasser und Öl, zwei Stoffe, die eigentlich als nicht vermischbar galten, konnten mit der Wirbeltechnologie zu einer Emulsion verbunden werden. Nach seinem Tod gerieten Schaubergers Entdeckungen in Vergessenheit, wohl auch, weil er enge Verbindungen zu den Nationalsozialisten hatte und physikalische Experimente auch in KZs durchführte.

Fast 100 Jahre nach Schaubberger griff der deutsche Torsten Sulz bei einer krankheitsbedingten Zwangspause die Ergebnisse Schaubergers auf. Er simulierte Tornadowirbel, um so das CO₂ aus der Luft zu filtern. Bei Tests gelang es ihm, wasser- und gasförmige Stoffe miteinander zu vermischen. So erzeugte er mit Kohlendioxid versetztes Wasser, das Blumen schneller wachsen ließ.

Torsten Sulz entwickelte einen hyperbolischen Kegelkörper mit Zylindermanschette, in dem die einzelnen Stoffe (Wasser, Öl, Gas) in einer bestimmten Reihenfolge eingefüllt wurden und so einen natürlichen Wirbel erzeugten. Eigentlich war das Ziel, CO₂

mit dieser Technologie zu filtern. Bald zeigte sich jedoch, dass das Ölgemisch, das so entstand, als Kraftstoff dienen konnte.

Mit dem Wirbelwandler ließ sich ein Diesel-Wasser-Gemisch erzeugen, das ebenso so zuverlässig funktionierte wie Diesel – eine Revolution in der Kraftstofftechnologie.

Die Firma EGM aus Papenburg war bereit, diese Technologie serienmäßig einzusetzen und schon bald fanden sich finanzschwere Investoren aus den Arabischen Emiraten bei der Firma EGM ein. Im Juli 2009 wurden vor einer Delegation aus Investoren, Politikern und in der Wirtschaft Tätigen Rapsöl, Leitungswasser und Kohlendioxid mittels des Wirbelwandlers miteinander vermischt. Eine milchfarbige Emulsion entstand. Dieses Rapsöl-Wasser-Gemisch kann in jeden herkömmlichen Dieselmotor eingefüllt werden.

Vor den Augen der verblüfften Zuschauer füllten die Entwickler dieses Gemisch in einen Mercedes Benz Dieselmotor ein und das Auto drehte mit diesem Kraftstoff mehrere Runden. Bei einem weiteren Versuch wurden Kerosin (Brennwert 43 Megajoule je Kilogramm) und Kohlendioxid durch den Wirbelwandler zugeführt. Nach dem dritten Durchlauf mit Kohlendioxid ergaben die Messungen mehr als eine Verdoppelung des Kerosin-Brennwertes auf 94 Megajoule je Kilogramm. Die Entwickler hatten nicht nur den Beweis erbracht, dass CO₂ als Kraftstoff nutzbar war, sondern auch, dass sich dank des Wirbelwandlers Öl und Wasser miteinander vermischen ließen und das Öl so verlängert nutzbar war.

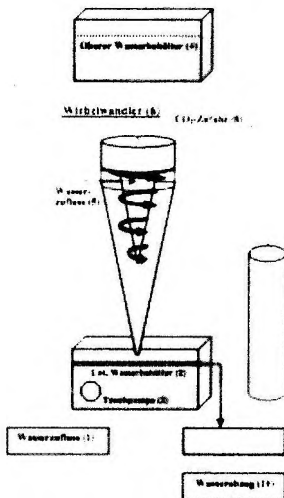
Die arabische Delegation investierte sogleich Millionen in diese Zukunftstechnologie.

Und so funktioniert der Wirbelwandler:

Wasser wird aus einem höher gelagerten Behälter in einen

Trichter gefüllt. Dadurch entsteht ein Wasserwirbel. Gleichzeitig wird CO_2 in den Wirbelwandler zugeführt. Das CO_2 wird durch den Wirbel mitgerissen und in dem Wasser gelöst. Das mit CO_2 angereicherte Wasser läuft nach unten in einen Auffangbehälter ab, wo das Wasser von dem bei dem Prozess entstandenen leichteren Öl abgetrennt wird.

Der hyperbolische Trichter ermöglicht es, dass das Kohlendioxidgas (CO_2) von dem verwirbelten Wasserstrahl dauerhaft gebunden wird. Es kommt zur Ausbildung stehender Wellen durch resonante höchstdrehende und beschleunigende Wirbel. Auf diese Weise werden CO_2 und Wasser chemisch derart verändert, dass neue Verbindungen entstehen, die als Treibstoff für Dieselmotoren oder zum Heizen verwendet werden können. Es entsteht also nicht nur eine herkömmliche Verdünnung zweier ansonsten nicht mischbarer Stoffe, sondern eine regelrechte „Stoffumwandlung“ – ein neuer Kraftstoff entsteht.



Skizze eines Wirbelwandlers

(Quelle:
https://www.psiram.com/ge/index.php/EGM_international)

11. Die Firma EGM und der Papenburger Kraftstoff

Die deutsche Firma EGM International GmbH (auch EGM Environmental Solutions GmbH oder "Ecobound") ist eine 1999 von Wolfgang Gesen. gegründete Firma mit Sitz im deutschen Papenburg.

Die Firma EGM war bereit, die durch den Wirbelwandler gewonnene Emulsion serienmäßig herzustellen – vorrangig, um das CO₂ in der Luft zu reduzieren, später aber auch, um die Mischung als Kraftstoff verfügbar zu machen. Man nannte sie daraufhin nach dem Firmensitz „Papenburger Kraftstoff“. Dieser Papenburger Kraftstoff konnte die Energiekosten um bis zu 70 Prozent senken und gleichzeitig CO₂ recyceln. Strom könnte somit unter vier Cent pro Kilowattstunde produziert werden. Die Firma beschloss, mit Investoren den Standort auszubauen und 2011 50 neue Mitarbeiter einzustellen. Dabei strebten sie danach, eines der größten ökologischen Probleme unserer Gegenwart zu lösen – das CO₂ Recycling. Die Kraftstoffproduktion war für die Firma EGM mehr ein zufälliges Abfallprodukt.

Noch bevor die Firma EGM die Testphase abschließen konnte, in der ein Heizkraftwerk mehr als 1000 Stunden mit dem Papenburger Kraftstoff lief, wurde Kritik laut. Angeblich verletze die Technologie den in der Physik anerkannten Energieerhaltungssatz. Mehrere Gutachten befassten sich mit dem Papenburger Kraftstoff.

Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus bestätigte der EGM die Richtigkeit der Angaben bei der Wirbelwandlertechnologie, konnte allerdings nicht erklären, wie diese zu Stande kam. Zum gleichen Ergebnis kam auch die Ingenieurgesellschaft Zech aus Lingen, welche die Entstehung

des Wasser-Rapsöl-Gemisches im Verhältnis 1:3 bestätigte, jedoch feststellte: „Die Ergebnisse dieser Versuche sind nach physikalischen und chemischen Grundsätzen von uns nicht erklärbar.“¹

2012 erfolgte ein neues Gutachten, das die EGM selbst in Auftrag gegeben hatte und von Professor Karl K., Mineraloge an der TU Clausthal und dem Geologen Harald K.-V. erstellt wurde. Dieses Gutachten bestätigte die Wirksamkeit des Papenburger Kraftstoffes.

Dennoch wurden der Firma EGM so viele Steine in den Weg gelegt, auch von Seiten der Behörden, dass sie ihren Papenburger Kraftstoff heute in Malaysia produzieren lässt. Ein Armutszeugnis für den Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland!

Am 09. März 2010 erhielt die Firma EGM für diese Entwicklung den Innovationspreis „Deutschland – Land der Ideen“, dessen Schirmherr der deutsche Bundespräsident Christian Wulff war. In der Begründung heißt es:

„Dem Unternehmen egm-international ist die Entwicklung eines Verfahrens gelungen, bei dem CO₂ der Atmosphäre entzogen und obendrein nutzbar gemacht werden kann. Entscheidend ist dabei eine neue Methode, bei der die Energien von Wasserwirbeln genutzt werden. Wie im berühmten Auge eines Tornados werden bei der Wirbelwandler-Technologie besondere Kräfte freigesetzt. Diese erlauben es, flüchtige Stoffe in Wasser einzulagern und zu binden. So wurde Autoabgasen das Kohlendioxid vollständig entzogen, welches sich als öliger Film

¹<http://www.egm-international.com/wp-content/uploads/2009/11/Messbericht.pdf>, abgerufen am 17.06.2015

auf der Wasseroberfläche wieder fand. In weiterer Folge lassen sich mithilfe des Wandlers in Zukunft Kohlenwasserstoff-Verbindungen gewinnen, Öle strecken oder sogar Düngers- flüssigkeiten herstellen. Erstmals wird, bei geringem Energie- aufwand, ein Kreislauf zwischen Energieerzeugung und kompletter Abgasnutzung hergestellt. Und die Umwandlung des Klimakillers bringt sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Vorteile.“²

Wolfgang Gesen ließ diese Gelegenheit nicht verstreichen, sich Luft über die zahlreichen Widerstände zu machen, gegen die er mit seiner Technologie hatte ankämpfen müssen. Folgendes berichtete die Presse:

„Er und sein Team seien in den vergangenen Jahren mit ihren Ideen bei Wissenschaft und Politik „leider immer wieder gegen Wände angelaufen“. So habe beispielsweise für zwei Ministerien in Niedersachsen ein Wissenschaftler die Entwicklung mit der Begründung abgelehnt, weil „die Ergebnisse wissenschaftlich nicht erklärbar seien. Er hat sich aber nicht einmal die Mühe gemacht, die Proben der Stoffe, die unser Wirbelwandler erzeugt, zu öffnen und zu prüfen“. Gesen sagte, dass es nun das Ziel sei, durch ein Joint Venture mit der Emirates Investment Group aus Abu Dhabi die Entwicklung der Techniken zur industriellen Reife voranzutreiben. Gesen: „Wir starten in Kürze in Malaysia drei Projekte in den Bereichen Wasseraufbereitung, Anti-Korrosion und der Streckung von Palmöl unter Verwendung von Kohlendioxid.“ Zudem sei geplant, in 2011 in Papenburg ein Forschungszentrum aufzubauen. Bei der Preisverleihung machte Juliane Hawelmann, Botschafterin der Initiative „Land der

² Website „Land der Ideen“, <https://www.land-der-ideen.de/365-orte/preistraeger/egm-wirbelwandler-technologie>, abgerufen am 17.06.2015

Ideen“, deutlich, dass „mir die Schilderungen von Herrn Gesen, wie ablehnend auf die Idee reagiert wurde, durchaus bekannt vorkommen“. Seit fünf Jahren erlebe sie es immer wieder, dass Entwicklungen in Deutschland auf Ablehnung stießen und dann mit Unterstützung aus dem Ausland umgesetzt würden. Sie hoffe, dass die Firma egm-International mit der Zusammenarbeit mit Abu Dhabi den richtigen Weg gefunden habe, „um ihre Idee, Kohlendioxid vom Klimakiller zum Problemlöser zu machen, erfolgreich umsetzen zu können“. „³

Es ist bezeichnend, dass die Botschafterin der Initiative „Land der Ideen“ öffentlich die Beobachtungen Wolfgang Gesen bestätigt. Das ist eine Bankrotterklärung der Förderung erneuerbarer Energie in Deutschland, daran kann auch ein Feigenblatt wie eine solche Preisverleihung nichts ändern. Kein Wunder also, dass Technologien wie das Rapsöl-Wasser-Gemisch der GFE keine Chance haben.

³ Neue Osnabrücker Zeitung vom 20.12.2010

<http://www.noz.de/lokales/papenburg/artikel/288272/papenburger-tuftler-im-land-der-ideen-wirbelwandler-idee-von-bundesprasident-ausgezeichnet>,
abgerufen am 18.06.2015

12. Die Gründung der Firma GFE

In den sogenannten 2000er Jahren kam niemand, der sich für neue Märkte interessierte, am Thema erneuerbare Energien vorbei. Auch mich, der bislang wenig mit Physik am Hut gehabt hatte, packte das Thema. Mir ging es vor allem darum, zukunftssträchtige Investitionsmöglichkeiten aufzutun.

Zuerst beschäftigte ich mich mit der Idee der herkömmlichen **BlockHeizKraftWerke** (BHKWs), die ich als Möglichkeit der dezentralen Stromversorgung mehr als spannend fand. Gemeinsam mit Karlheinz Zumberg*, dem anderen Gesellschafter der GFE, hatte ich den Plan, zunächst gebrauchte Blockheizkraftwerke zu verkaufen.

2009 stieß ich, der CEO (Chief Executive Officer) und Gesellschafter der GFE Group werden sollte, bei Recherchen im Internet auf die Ergebnisse des Rapsöl-Wasser-Gemisches. Was mich von Anfang an faszinierte, war wie einfach die Technologie war – selbst für einen Laien war sie mit nur wenigen Schritten versteh- und beweisbar. Umso mehr irritierte es mich, dass bislang kaum über die gewinnbringende Anwendung der Technologie nachgedacht wurde.

Für die Firma EGM stand die CO₂-Reduktion im Vordergrund, mich faszinierte von Anfang an die Nutzung als Kraftstoff. Hier sah ich meine Vision aus jungen Jahren, dem Geschäft, an dem jeder profitiert, in greifbare Nähe gerückt.

Als erfahrener Kaufmann und Unternehmer erkannte ich, wie viel Potenzial die Weiterentwicklung dieses Gemisches für die Kraftstoffbranche hatte. So lernte ich auch Karl Meyer kennen, der sich bereits seit Jahren mit dem Verfahren beschäftigte.

Wir gingen von folgenden Überlegungen aus: Die fossilen Energieträger Öl, Kohle und Gas haben zwei wesentliche Nachteile:

- Sie sind nicht unendlich verfügbar.
- Ihre Verbrennung erzeugt klimaschädliche Emissionen mit erheblichen Folgeschäden für die Umwelt und sehr hohen Folgekosten.

Auch Uran ist nicht unendlich vorhanden und die Entsorgung ist sehr problematisch, insbesondere für nachfolgende Generationen.

Diese Idee umzusetzen, bedurfte es unsererseits einer kompletten Chancen- und Risiko-Analyse. Die Aufgabe für uns bestand nun darin, ein Produkt zu kreieren, das allen Anforderungen gerecht wurde:

- Das Produkt muss im Bereich der erneuerbaren Energien angesiedelt sein.
- Es muss, wie eine Eigentumswohnung, erworben werden und danach zur Nutzung fremd betrieben und/oder verpachtet werden können.
- Die hieraus zu erzielenden Renditen sollten marktgerecht gestaltet sein.
- Für den Erwerber einer solchen Anlage muss das finanzielle Risiko, so weit wie möglich minimiert oder gar ausgeschaltet werden.
- Das Produkt sollte durch das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) unterstützt werden, um dem Erwerber lang-

- fristige und sichere Einnahmen zu gewährleisten.
- Die hierfür erforderliche Technologie sollte auf dem neuesten technischen Stand sein und durch eigene Fachkräfte immer wieder verbessert werden können.
- Es musste ein relativ leicht verständliches oder besser selbsterklärendes Konzept geschaffen werden.

Die erste und vorrangige Frage, die sich uns stellte, war die, ob ein mit Rapsöl-Wasser-Gemisch betriebenes BHKW die beste Lösung sei. Um dies zu beantworten, erstellten wir folgende Parameter, die es auf jeden Fall zu erfüllen galt:

- Das BHKW sollte soweit wie möglich CO₂-frei oder zumindest CO₂-arm betrieben werden können.
- Es sollte geräuscharm oder gar geräuschlos sein.
- Es sollten tunlichst so wenig wie möglich bestehende natürliche Ressourcen genutzt werden.
- Der mit dem BHKW erzeugte Strom und die Wärme sollten zum möglichst günstigsten Preis erzeugt werden.
- Die Umwelt darf im Interesse der nachfolgenden Generationen durch diese Anlage nicht geschädigt werden.
- Diese Anlagen sollten mobil sein, um autarke und dezentrale Lösungen zu schaffen.

Der Markt war und ist reif für ein solches Produkt und es galt nun so schnell als möglich in der Energiepolitik umzudenken. Ich will an dieser Stelle nur einige derzeit hochaktuelle Gründe benennen:

- Die Bundesrepublik Deutschland strebt einen höheren Anteil der erneuerbaren Energien an – wenigstens gibt sie dies vor.
- Der Klimaschutz kann verbessert werden, durch Verzicht bzw. Minderung des (angeblich) schädlichen CO₂-Ausstoßes.
- Die Umweltverschmutzung durch Braun- oder Steinkohle kann verringert werden.
- Die Laufzeiten der Atomkraftwerke könnten verringert werden. Auf Dauer könnten diese Atomkraftwerke komplett abgeschaltet werden.
- Autarke Lösungen, wie das BHKW in Containerbauweise, tragen auch dafür Sorge, dass keine milliardenteure Trassen von Überlandleitungen gebaut werden müssten.

Nach Abwägung aller bereits genannten Anforderungsprofile und der angesprochenen Parameter entstand dann letztendlich unser Produkt, das treibstoffreduzierte BHKW in Containerbauweise. Natürlich gab es auf dem internationalen Markt bereits treibstoffreduzierte BHKWs, jedoch nicht in der von uns angedachten serienmäßig herzustellenden Containerbauweise und schon gar nicht mit einem solchen Konzept. Dieses zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass der Motor zum größten Teil mit Wasser betrieben wird. Ein kleiner Teil des Treibstoffbedarfs bestand aus Rapsöl. Eine Weiterentwicklung des Mischungsverhältnisses lag und liegt im realistischen Bereich.

Wir haben ein Mischungsverhältnis in einem Verhältnis 1 Teil Rapsöl und 3 Teile Wasser favorisiert, weil es hierzu

nachweislich schon positive Erfahrungswerte gab, wie unsere Internetrecherchen zeigten. Karl Meyer hat seit mehr als zehn Jahren Erfahrung mit der Wassereinspritzung bei Automotoren, wo es auch zu einem Wasser-Kraftstoffgemisch kommt, dass die Leistungsfähigkeit des Motors erhöht. Er bestätigte uns die Wirksamkeit des Rapsöl-Wasser-Gemisches und die Kraftstoffeinsparung von 30 Prozent auf die Herstellerangaben und brachte uns auf die Idee, keine gebrauchten BHKWs zu verkaufen, sondern eigene günstig in China produzieren zu lassen, die mit dem Rapsöl-Wasser- Gemisch laufen würden.

In Tests erreichten wir sogar 50-70 Prozent Ersparnis, doch soweit wollten wir nicht gehen, um die sichere Stromlieferung nicht zu gefährden. Wir wussten, mit 30 Prozent hatten wir ein gutes Ergebnis und das System nicht bis an seine Grenzen ausgereizt.

Gemeinsam mit Karlheinz Zumberg* gründete ich die Gesellschaft zur Förderung erneuerbarer Energien, kurz GFE. Durch die Kraftstoffersparnis konnte Strom sehr viel billiger produziert werden, als bei herkömmlichen BHKWs. Dennoch wurde der Strom zum Festpreis nach dem Energie-Einspeisungs-Gesetz abgenommen.

Es ergab sich also eine gute Rendite, die BHKWs als Anlagemöglichkeit sehr interessant machten. Neben den technischen Tests und Weiterentwicklungen bauten wir ein Netz aus freien Mitarbeitern auf, die Investoren für diese Anlagemöglichkeit finden sollten und sie auf die sicheren und ungewöhnlich hohen Renditen hinweisen sollten.

Selbstverständlich kann der so erzeugte Strom auch privat oder gewerblich als Insellösung genutzt werden. Darüber hinaus konnte die automatisch damit erzeugte Wärme entweder in ein

Gebäude oder in das öffentliche Fernwärmenetz eingespeist werden. Die Gesamtleistung von 150 kW pro Container resultiert aus dem EEG, da derzeit hierfür eine Einspeisevergütung von über 20 Jahren garantiert wird. Ohne Probleme könnte ein solcher Container auch mit mehreren Megawatt Leistungsabgabe ausgestattet werden. In einer Werkshalle mit ca. 2.500 m² und den hierzu erforderlichen Lagerflächen war eine Produktion von täglich zehn Containern in zwei Schichten möglich, rechneten wir aus. Dies erforderte auch eine darauf abgestimmte Logistik. Wir planten also in Nürnberg täglich zehn Container mit jeweils 150 kW Ausgangsleistung zu produzieren. Eine Erweiterung der zu produzierenden Stückzahlen war in Polen und ggf. in Gran Canaria geplant, was zur weiteren Senkung der Herstellungskosten geführt hätte. Der Markt für dieses Produkt war und ist ungeheuer groß. Wir hatten bereits mit mehreren Ländern im europäischen und im außer-europäischen Raum Kontakte.

So wollte beispielsweise ein großer Netzbetreiber aus Tschechien einen kompletten Energiepark mit unseren Containern bestücken. Dieser Netzbetreiber war bereit, Einspeisevergütungen weit über dem deutschen Niveau zu zahlen. Weitere Kontakte wurden bereits mit Netzbetreibern oder Firmen in Österreich, Italien und Spanien gepflegt. Hierzu sollten jedoch erst die noch zu erstellenden Gutachten vorgelegt werden. Selbst aus Ländern, wie beispielsweise Nigeria, kamen Kaufinteressenten und zeigten Bereitschaft unser Modell vor Ort, in Nigeria, einzuführen. Für dieses Land war die Möglichkeit der Insellösungen der ausschlaggebende Punkt.

Regierungsvertreter der Kanarischen Inseln waren hier vor Ort, haben sich über alle Einsatzmöglichkeiten und die Produktionslinie informiert und boten uns dann ihre Mithilfe an, auch dort in

Gran Canaria, BHKWs zu produzieren. Ich selbst besichtigte mit diesen Herren, evtl. in Frage kommende Produktionshallen im Hafengebiet von Las Palmas.

Mit diesen stromerzeugenden Containern, wohlgerneht zum größten Teil mit Wasser betrieben, könnten bundes- und weltweit Elektrotankstellen installiert werden. Rund um die Uhr können Autobatterien geladen werden. Wenn sich die Automobilhersteller auf ein herausnehmbares System einigen würden, wären beim Austausch der Batteriesysteme keine längeren Wartezeiten mehr notwendig. Somit könnte die Reichweite der Elektrofahrzeuge auf Langstrecken ausgeweitet werden. Damit könnte die Abhängigkeit von erdölproduzierenden Ländern verringert werden und die weltweit noch vorhandenen Ölvorkommen würden der Nachwelt für sinnvollere Zwecke zur Verfügung stehen.

Wir hatten große Visionen und fingen quasi bei null an, ein Gefühl, das wohl jeder Vorreiter einer neuen Idee kennt. Das war mit Anspannung und Ängsten verbunden, aber auch mit Neugier und Vorfreude. Niemand von uns konnte ahnen, dass uns die Gründung einer Firma für erneuerbare Energien für Jahre in das Gefängnis bringen würde.

Bedingt durch die vielen Anfragen aus dem europäischen und dem außereuropäischen Ausland wurde der Firmensitz der Muttergesellschaft in die Schweiz verlegt. Dies geschah nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt, dass auf Anraten unserer Steuerberatungsgesellschaft eine Untergliederung der einzelnen Kostenstellen empfehlenswert wäre.

Die GFE-Group war ein Verband von Gesellschaften, die sich unter der Dienstleistungsmarke „GFE“ zu einer effizienten Kooperation zusammengeschlossen hatten. Die Gesellschaften

arbeiteten partnerschaftlich im Verbund, waren aber unabhängig. Die Dienstleistungsmarke GFE ist ein eingetragenes Warenzeichen und wird als Lizenz von der „GFE Energy AG“ mit Sitz in Heiden/Schweiz an geeignete Unternehmen vergeben. Die einzelnen Unternehmen erfüllen mit den innovativen Produkten der „GFE Energy AG“ deren hohe Maßstäbe an Qualität und Marktdurchdringung. Basis für die einzelnen Geschäftsmodelle der GFE-Group sind die zukunftsorientierten Technologien der Schweizer „GFE Energy AG“.

Die „**FI-Holding AG**“ war die Muttergesellschaft der GFE Group.

- Stammkapital: 100.000,00 SFR (Schweizer Franken)
- Aktionäre zu jeweils 50%: Karlheinz Zumberg* und Horst Kirsten
- Sitz der Gesellschaft: Herisau/Schweiz
- Verwaltungsräte waren allein vertretungsberechtigt
- Der Präsident des Verwaltungsrates: Horst Kirsten
- Vizepräsident: Karlheinz Zumberg*.
- Satzungsgemäßer Gegenstand: Verwaltung und Beteiligung an anderen Unternehmen.
- Die Funktion der „FI Holding AG“ lag allein darin, Beteiligungen an anderen Kapitalgesellschaften zu halten

Die „**GFE Energy AG**“ war die Verwaltungsfirma mit weltweiter Ausrichtung:

- Stammkapital: 100.000,00 SFR (Schweizer Franken)
- Aktionärin zu 100%: FI Holding AG
- Sitz der Gesellschaft: Herisau/Schweiz
- Die Verwaltungsräte waren allein vertretungsberechtigt

- Der Präsident des Verwaltungsrates: Horst Kirsten
- Vizepräsident: Karlheinz Zumberg*
- Satzungsgemäßer Gegenstand: Planung, Erstellung und Herstellung von Energieanlagen

Die Gesellschaft hatte folgende Funktionen:

- Sie war innerhalb der GFE-Group diejenige Gesellschaft, welche die BHKWs an die jeweiligen Kunden verkaufte. Für diese Zwecke hatte sie eine deutsche Steuernummer – erteilt vom Finanzamt Konstanz.
- Die Gesellschaft kaufte vorwiegend in China vormontierte BHKWs ein. Sie erwarb auch Container, in welche die BHKWs am Produktionsstandort Nürnberg mit Zusatzeinrichtungen montiert werden. Zusatzeinrichtungen waren unter anderem die Abgasanlage, das Wasserkühlsystem, die Einrichtung zur Vorbereitung der Umstellung auf das Rapsöl-Wasser-Gemisch, die Dämmung der Container zum Zwecke der Verringerung der Schallschutzemission, der Rapsöltank, die Betankungsvorrichtung einschließlich des Ferndiagnosesystems. Der Einkauf der Zusatzeinrichtungen erfolgte bei der Firma GFE Production GmbH.
- Die Gesellschaft vermietete die Container mit den eingebauten Zusatzeinrichtungen an die „GFE Gesellschaft zur Förderung erneuerbarer Energien mbH“ („GFE mbH“), welche die installierten BHKWs an gemieteten Standorten für und auf eigene Rechnung

betrieb. Die von den Kunden gekauften BHKWs wurden von der „GFE mbH“ gepachtet.

Die Mission der „GFE Energy AG“ bestand darin, für saubere umweltfreundliche Energieerzeugung Sorge zu tragen. Die Vision der Eigner und Aktionäre war es, durch Einbeziehung der Bürger, in wenigen Jahren der erste „reine“ erneuerbare Energien produzierende Stromerzeuger Europas zu werden. Um dieses hochgesteckte Ziel zu erreichen, benötigte es entsprechender technologischer Innovationen, von denen die von der „GFE Energy AG“ hergestellten BHKWs in Containerbauweise, die damals wichtigste Säule bildeten. Weitere vielversprechende Innovationen waren bereits auf dem Prüfstand, viele zusätzliche sollten in den nächsten Jahren folgen.

Die **„GFE Distribution GmbH“** war die Vertriebsgesellschaft für Deutschland.

- Stammkapital: 25.000 €
- Sämtliche Geschäftsanteile befanden sich in den Händen der FI Holding AG
- Sitz der Gesellschaft: Nürnberg/Deutschland
- Satzungsgemäßer Gegenstand: Vermittlung und Handelsvertretung von Produkten und Dienstleistungen im Bereich der alternativen Energien für Privathaushalte und Industrie in der Bundesrepublik Deutschland
- Die Funktion der Gesellschaft war die Vermittlung der Kaufverträge über BHKWs zwischen der GFE Energy AG und den jeweiligen in Deutschland ansässigen Kunden. Zu diesem Zweck hatte sie einen Außendienst aufgebaut, der aus etwa 4800 selbständigen Handelsvertretern

bestand, die bundesweit tätig waren.

Die „**Gesellschaft zur Förderung neuer Energien mbH**“ (GFE) war die Betreibergesellschaft für Deutschland.

- Stammkapital: 500.000 €
- Sämtliche Geschäftsanteile befanden sich in Händen der FI Holding AG
- Sitz: Nürnberg/Deutschland
- Satzungsgemäßer Gegenstand: Vermittlung und Betreuung von Anlagen erneuerbarer Energien sowie die diesbezügliche Unternehmensberatung für Deutschland

Die Gesellschaft hatte folgende Funktionen:

- Die Gesellschaft schloss mit den Kunden, die BHKWs von der „GFE Energy AG“ käuflich erworben hatten, einen Pachtvertrag über das jeweilige BHKW ab. Diese Pachtverträge hatten regelmäßig eine Dauer von zehn Jahren, wobei der Kunde die Option hatte, das Pachtverhältnis zu den bisherigen Bedingungen um zweimal fünf Jahre zu verlängern.
- Gemäß den gesetzlichen Regelungen bei einem Pachtvertrag musste die Gesellschaft dafür sorgen, dass der Pachtgegenstand sich stets in einem betriebsbereiten Zustand befindet. Etwaige Reparaturen der BHKWs waren von der Gesellschaft auf eigene Kosten durchzuführen.
- Die Gesellschaft betrieb den jeweiligen Pachtgegenstand,

in diesem Falle das BHKW, auf eigene Rechnung. Sie trug Sorge dafür, dass Verträge mit dem jeweiligen Energieversorgungsunternehmen zustande kamen, nach denen der durch das BHKW produzierte Strom in das öffentliche Stromnetz eingespeist wird.

- Die Gesellschaft mietete die Stellflächen an, auf welchen die BHKWs, eingebaut in Containern (40- oder 20-Fuß), aufgestellt wurden.
- Die Gesellschaft mietete von der GFE Energy AG die Container mit Zusatzeinrichtungen an, welche die Firma GFE Production GmbH auf der Basis von Werkverträgen der GFE Energy AG geliefert hatte. In den angemieteten Containern sind die BHKWs installiert, welche die Gesellschaft von den Kunden angepachtet hatte.

Zum Betrieb der BHKWs für und auf eigene Rechnung der Gesellschaft muss erwähnt werden, dass ein Container bis zu vier BHKWs enthielt und eine maximale Leistung von 150 kWh hatte. Bis zu dieser Größenordnung gibt es eine höhere Einspeisevergütung nach dem Gesetz für erneuerbare Energien (EEG). Für das Betreiben der BHKWs in Containerbauweise im Ausland war angedacht, dass im jeweiligen Ausland eine Betreibergesellschaft nach dort gültigen Gesetzen gegründet wird, nicht zuletzt auch deshalb, da im jeweiligen Land mit anderen Einnahmen, Kostenfaktoren und steuerlichen Gegebenheiten zu rechnen war.

Die „**GFE Production GmbH**“ war der Herstellungs- und Produktionsbetrieb.

- Stammkapital: 25.000 €
- Sämtliche Geschäftsanteile befanden sich in Händen der FI Holding AG
- Sitz: Nürnberg/Deutschland
- Satzungsgemäßer Gegenstand: Produktion und Wartung von Anlagen zur Energiegewinnung
- Die Funktion der Gesellschaft war die Endmontage der BHKWs in die jeweiligen Container. Auf der Grundlage von Werkverträgen mit der GFE Energy AG stattete die Gesellschaft die Container mit den Zusatzeinrichtungen aus, die notwendig sind, damit die BHKWs in Betrieb gehen können. Zusatzmodule, wie beispielsweise Abgasanlage, Wasserkühlsystem, Vorbereitung der Umstellung auf Rapsöl-Wasser-Gemisch, Dämmung zur Verringerung der Schallschutzemission, Betankungsvorrichtung einschließlich des Ferndiagnosesystems sowie Schaltschränke und Rapsöltanks stellte sie der GFE Energy AG in Rechnung.

Anfang des Jahres 2010 wurde dieses Konzept einer kleineren Anzahl von Außendienstmitarbeitern im freiberuflichen Bereich vorgestellt. Dies löste, ohne unser weiteres Zutun, eine derartige Lawine aus Interesse und Begeisterung aus, so dass bis zum November 2010 etwa 4800 freiberufliche Mitarbeiter (Handelsvertreter) eine Vertriebsvereinbarung mit der GFE-Group abschlossen.

Unserer Philosophie folgend, zahlten wir für die Vermittlung eines Kaufvertrages überdurchschnittliche Provisionen. Das Produkt in Verbindung mit dem entwickelten Konzept gab es ohne Probleme her, eine Win-Win-Situation für Kunden, Vermittler und auch für die GFE-Group selbst zu schaffen – so wie ich es in meiner Vision aus Kindertagen vorausgesehen hatte. Unser Produkt „BHKWs in Containerbauweise“ wurde zum Verkaufsschlager.

Im Jahr des Beginns 2010 hatte die GFE-Group BHKWs im Gesamtwert von brutto. 60 Millionen € verkauft. Aufgrund einer Preiserhöhung im September 2010, bedingt durch weltweit steigende Stahlpreise und einem schlechter werdenden Dollarkurses, erreichten uns im August 2010 Kundenbestellungen in Höhe von brutto ca. 400 Millionen €. Den im August erhaltenen Bestelleingang haben wir an unsere Kunden zurück gegeben, da wir uns zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Lage sahen, dieses hohe Auftragsvolumen durch Herstellung von BHKWs in einer so großen Anzahl umzusetzen. Die Kunden waren ausnahmslos bereit, den Kaufpreis, wie in dieser Branche üblich, vorschüssig zu zahlen. Insider schätzten für das Jahr 2011 einen zu erwartenden Umsatz von 500 Millionen bis gar einer Milliarde € nur aus dem Bundesgebiet. Diese Annahme ergibt sich schon allein aus dem Bestellvolumen des Jahres 2010. Umsätze aus anderen Ländern wurden in diese Schätzung nicht mit einbezogen, genauso wenig, wie die Tatsache, dass sich die Bundesrepublik Deutschland nach dem Super-Gau in Fukushima/Japan im März 2011 sich mehr den erneuerbaren Energien zuwenden wollte. Für darauffolgende Jahre wäre dieses Produkt ein Milliardengeschäft geworden, an dem auch der einzelne Kunde beziehungsweise Bundesbürger partizipiert hätte.

In Deutschland waren allein bei der Betreibergesellschaft GFE mbH etwa 50 Vollzeit- Angestellte mit einer festen unbefristeten Arbeitsstelle bedacht worden. Im Laufe des Jahres 2011 wären mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit weitere 50 bis 100 Arbeitsplätze für die Verwaltung und den Service- und Wartungsbereich entstanden. Die Produktionsfirma GFE Production GmbH benötigt zur Herstellung dieser BHKWs im 2-Schicht-System mindestens 100 fest angestellte, qualifizierte Fachkräfte, wie beispielsweise Kfz-Schlosser und -meister, Elektro-Installateure und -meister, Schaltanlagenbauer und Elektroniker. Zunächst mussten wir, aufgrund Fachkräftemangels, auf Zeitarbeitsfirmen zurückgreifen. Mindestens 30 Fachkräfte waren bereits in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis mit der „GFE Production GmbH“.

Zukünftig wären in Deutschland und im europäischen Raum noch mindestens 1000 weitere Arbeitsplätze geschaffen wurden. Allein im Vertrieb wurden, wie bereits erwähnt, ca. 4800 Mitarbeiter im freiberuflichen Bereich tätig, denen wir ebenfalls mit unserem Konzept eine auf Dauer ausgelegte einträgliche Tätigkeit boten.

Auch dort, bei diesen Handelsvertretungen, wurde in vielen Fällen zusätzlich Personal eingestellt. Am 30.11.2010 und den darauffolgenden Ereignissen vernichtete die Staatsanwaltschaft nicht nur die Aussicht auf eine echte Energierevolution, sondern zugleich auch mehrere tausend gegenwärtige und zukünftige Arbeitsplätze.“

13. Aufbau der Blockheizkraftwerke

Pflanzenöl-BHKWs sind stationäre Dieselmotoren, die dezentral zur gleichzeitigen Strom- und Wärmeerzeugung eingesetzt werden. Im Grunde kann eine Vielzahl pflanzlicher Öle, selbst mit Wasserbeimischung, zum Einsatz kommen, wenn die Motorentechnik entsprechend angepasst wird. Bei der Auslegung und dem Betrieb sind einige Aspekte, beginnend von der Auslegung der Anlage über die Wirtschaftlichkeit bis hin zu den nach dem EEG zu beachten. BHKWs werden in der Regel in einem Nebenraum aufgestellt. Vorhandene Heizräume müssen einen geeigneten Platz mit der Möglichkeit der hydraulischen Anbindung, der Stromeinspeisung und der Ableitung der Abgase bieten. Es ist auch auf eine sehr gute Schallisolierung zu achten. Die Lagertanks sollten an einem dunklen Ort aufgestellt werden. Das brachte uns auf die Idee, diese BHKWs in Container einzubauen, um diese überall platzieren zu können.

Karl Meyer, als Chefentwickler der neu gegründeten GFE-Group machte sich auf die Suche nach Blockheizkraftwerken, die unseren Ansprüchen gerecht werden würden. In China fand er ein Werk, das unter strengen Qualitätskontrollen originale Deutz-Motoren (BHKWs) in Lizenz produzierte.

Der Motor in Verbindung mit einem Generator stellte das sogenannte Genset dar. Die besonders robuste und langlebige Baureihe 226 wurde betriebsbereit nach Deutschland geliefert, nur noch minimale Anpassungen in Bezug auf die Rapsöl-erwärmung und die Wasserzugabe waren notwendig. So konnten bereits 30 Prozent des Rapsöls eingespart werden, eine Vorerwärmung des Rapsöls erhöhte den Anteil sogar noch weiter: auf satte 45 Prozent. Die Idee der Vorerwärmung stammte von Dipl. Wirtschaftsingenieur Hans-Ulrich Stamm*, der neben Karl Meyer zum Technologiegeber der GFE wurde.

Die BHKWs in den Containern mussten an die zentrale Versorgungs- und Entsorgungsleitungen (Rapsöl-Wasser-Gemisch-Zufuhr, Abgasabfuhr, Kühlwassernutzung, elektrischer Netzanschluss) angeschlossen werden, was in Nürnberg in der großen Produktionshalle der GFE durchgeführt wurde. So wurde der mitgelieferte Kühler der BHKWs entfernt, ein eigener Kühlkreislauf für alle BHKWs im Container eingerichtet, die Abgase in eine zentrale Abgasanlage geführt, in welcher das zugeführte Wasser in einem hohen Maße zurückgewonnen wurde und die BHKWs an einen zentralen Rapsöl-Wasser-Tank angeschlossen.

Für die Verringerung des Kraftstoffverbrauchs waren folgende Maßnahmen notwendig:

- Die Einhaltung einer möglichst gleichbleibenden Raumtemperatur in den Containern um die Konstanz der Verbrennung zu gewährleisten.
- Die Vorerwärmung der Verbrennungsluft durch Vorbeiführung der Ansaugluft an der Abgasleitung.
- Die Vorerwärmung des Wasser-Öl-Gemisches, indem der Kraftstoffschlauch um die Abgasanlage gewickelt wurde.
- Die Einspritzung von kochendem Wasser in die Verbrennungsluft über eine externe Pumpe, wobei das Wasser bereits fast noch kochend aus der Kondensation zurückgeführt wurde.
- Im August 2010 entschieden wir uns dann, eine eigene Emulsion ähnlich dem Papenburger Kraftstoff herzustellen, was uns Mitte September auch zuverlässig gelang. Der prospektierte Verbrauch in herkömmlichen

BHKWs liegt bei 0,195 l/kWh Diesel, unsere BHKWs liefen, leicht abgerundet mit 0,135 l/kWh und weniger.

Die von uns erworbenen 20- und 40-Fuß-Container (Lieferant aus China) wurden jeweils mit mehreren BHKWs (maximal 4) bestückt. Diese Container konnten überall, hauptsächlich in Industriegebieten, an das öffentliche Elektrizitätsnetz angeschlossen werden.

Ziel war es, viele kleine BHKWs zu Einspeiseeinheiten zusammen zu fassen, doch durch die niedrigen Kosten wollten wir die BHKWs auch Käufern mit geringen Mitteln zugänglich machen. An dieser Stelle muss noch einmal betont werden, dass die BHKWs überall aufgestellt und betrieben werden können. Echte dezentrale Energieversorgung ist so möglich – teure Überlandleitungen und Stromtrassen, die den Strompreis in die Höhe treiben, könnten so mit Leichtigkeit der Vergangenheit angehören, das Ende der Atomkraft und der Verwendung fossiler Brennstoffe ist in greifbare Nähe gerückt. Der Aufbau der Blockheizkraftwerke war denkbar einfach. Ein BHKW besteht aus einem Generator, wie er sich bei jedem Notstromaggregat findet, einem Motor, einem Steuerelement und dem sogenannten Energy Saving System (ESS), das speziell für die Stromversorgung von uns entwickelt wurde.

Das Grundprinzip des BHKW war ein simpler Traktormotor. Der Einbau in Container machte die BHKWs flexibel einsetzbar.

Das sogenannte Energy Saving System, kurz (ESS), dessen Nutzen die Staatsanwaltschaft im späteren Prozess immer wieder bestritt, war, wie in unserer Broschüre beschrieben, folgendermaßen aufgebaut:

„Bei unseren Blockheizkraftwerken wird so beispielsweise das

Rapsöl über die Abwärme vorgewärmt, um die Viskosität zu erhöhen und damit eine bessere Verbrennung zu gewährleisten. Zusätzlich haben wir verschiedene Komponenten eingebaut, die es insgesamt als Energy-Saving-System (ESS) ermöglichen, den Kraftstoffverbrauch deutlich zu reduzieren und damit die Antriebskosten des Betreibers zu senken.“

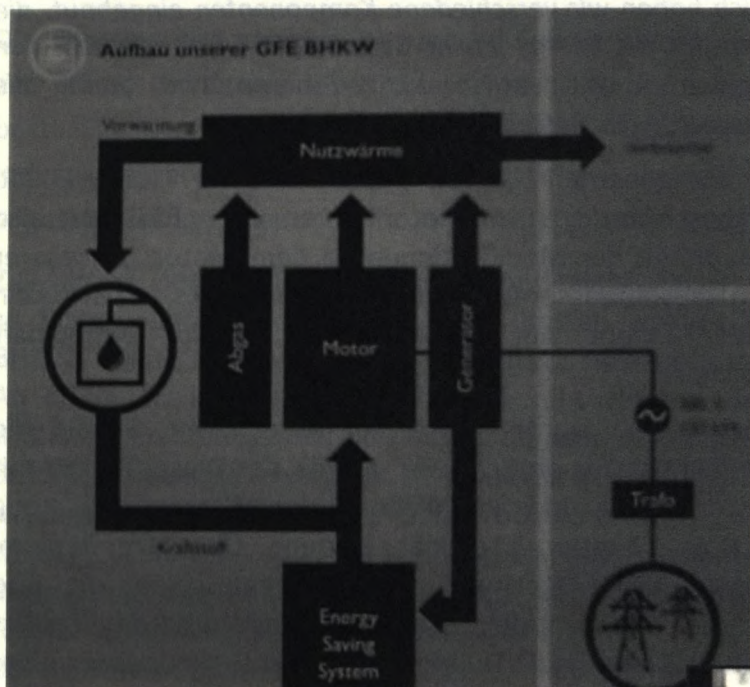
Diese Komponenten waren zum Beispiel Nano- und Keramikbeschichtungen im Motorinneren. Das „ESS“ war also die Gesamtheit der Modifikationen an dem Motor, so dass er mit dem Rapsöl-Wasser-Gemisch laufen konnte. Es war also kein einzelnes Element. Auf Skizzen ist es lediglich symbolhaft eingezeichnet.

Der Dieselmotor wurde mit Diesel vorgewärmt. Sobald die richtige Temperatur erreicht war, wurde der Diesel/Rapsöl mit Wasser emulgiert und anschließend der Wasseranteil stetig erhöht. In diesem, zeitlich kurzen Übergangsstadium, funktioniert der Motor wie eine Dampfmaschine, die ihre Energie aus der Dampfexplosion des eingespritzten Wassers gewinnt. Ist die optimale Temperatur erreicht – im Inneren eines Dieselmotors können bis zu 2700 Grad Celsius erreicht werden, spaltet die Hitze das Wasser bei der Einspritzung thermolytisch. Kurz darauf sinkt die Temperatur um einige Grad durch die Brennraumvergrößerung und Knallgas entsteht, das wiederum gezündet werden kann.

Gleich zwei Gutachten, eines der DEKRA und eines des TÜV Süd Czech bestätigten den um bis zu 50 Prozent verringerten Verbrauch im Vergleich zu herkömmlichen Blockheizkraftwerken.

Auch über Produktion und Vertrieb haben wir uns im Vorfeld viele Gedanken gemacht und wichtige Gespräche mit

Entscheidungern aus Politik und Wirtschaft geführt.



Aufbau eines BHKW der GFE – Skizze (Entwurf)

Seitens der GFE-Group, häufig in meinem Beisein, wurden viele Gespräche mit Vertretern bayerischer Kommunen geführt. Das Interesse der Kommunen war es, öffentliche Einrichtungen, so günstig wie irgend möglich zu beheizen. So wurden beispielsweise die Beheizung von Frei- und Hallenbädern, von Schulen, von Sporthallen und weiteren öffentlichen Gebäuden benannt. Eine ordentliche Beheizung ist durch viele Einsparungen im Haushaltsetat der Städte und Gemeinden derzeit nicht mehr gegeben. Wir überlegten, für jeden Standort

innerhalb der betreffenden Kommune, der sich zur Einspeisung von Strom in das öffentliche Netz eignet, die hierbei erzeugte Wärme kostenfrei an Städte und Gemeinden abzugeben, anstatt eine Standortmiete zu zahlen. Darin sahen die Vertreter der Kommunen eine enorm große Entlastung ihres schon sehr eng bemessenen Haushalts. Zukünftig hätten die Städte und Gemeinden mit den so ersparten Finanzen ihren Haushalt konsolidieren können, da die verordnete Schuldenbremse sie unter erheblichen Druck setzte.

Es existieren Verbrauchsgutachten beziehungsweise Prüfberichte der DEKRA und des TÜV-Süd Czech, die die Verbrennung des Motors (Bestandteil des BHKW) mit Wasserbeimischung belegen. Wie erwähnt, ist sogar eine weitaus bessere, als die hier geprüfte Mischung möglich. Eigens hierfür wurden von uns zwei Forschungs- und Entwicklungsstationen in Nürnberg und in Hachenburg eingerichtet, die unabhängig voneinander beachtliche Erfolge verzeichnen konnten. Eine weitere Forschungs- und Entwicklungsstation war auf Gran Canaria geplant, wo man dann, anstatt mit Rapsöl, zuerst mit Palmöl, später dann mit Algenöl experimentieren wollte.

Zu jedem Produkt sollte es auch ein entsprechendes Konzept geben. Wie im Immobilienbereich kann sich jeder „Normalbürger“ ein BHKW leisten, welches er dann zum Betrieb an eine Betreibergesellschaft verpachtet. Zuletzt wurde ein Pachtzins von 2% monatlich fest für 20 Jahre vereinbart, wobei der Pachtvertrag, aufgrund gesetzlicher Bestimmungen, erst für 10 Jahre abgeschlossen wurde – der Kunde jedoch eine Option auf weitere 10 Jahre erhielt, ohne dass die GFE-Group, ihm diese hätte aufkündigen können.

Die Laufzeit resultiert aus dem EEG, welches ebenfalls

Vergütungssätze für diese Stromerzeugung auf 20 Jahre garantiert. Für jeden Betrieb, jede Einzelperson oder Kommune, die einen geeigneten Stellplatz für einen strom- und wärmeerzeugenden Container zur Verfügung stellt, war eine monatliche Stellplatzmiete von 1.000 € oder die kostenlose Abgabe der Wärme vorgesehen.

Die Handelsspanne zwischen unserem Einkaufs- und dem Verkaufspreis eines BHKWs war so kalkuliert, dass auf alle Teile eine komplette Herstellergarantie von 20 Jahren ausgereicht werden konnte. Längere Betriebsausfälle wurden über eine renommierte Versicherungsgesellschaft im Rahmen einer Allgefahrendeckung versichert. Das Geschäftsmodell sah vor, dass die BHKWs von den Käufern erworben und anschließend von der GFE gemietet und betrieben werden sollten. 2010 investierten rund 1300 Kunden etwa 60 Millionen Euro.

Fast gleichzeitig startete im Internet und in den Medien eine Anti-GFE-Hetzkampagne, die von bekannten Energielobbyisten betrieben wurde. Herr Geisfuß* veranstaltet Seminare über die Technik herkömmlicher Blockheizkraftwerke und sah sich wohl in seinem Geschäftsmodell durch unsere Technologie bedroht. Er war es, der später für die verzerrte Darstellung bei der ZDF-Reihe Frontal21 beitrug. Herr Geisfuß* vertritt die These, dass ein BHKW niemals einen höheren elektrischen Wirkungsgrad als 35 bis maximal 45% haben kann. Wir konnten einen Gesamtwirkungsgrad von ca. 80 bis 90% nachweisen, was in der Fachwelt als schlichtweg unmöglich angesehen wurde. Zwischenzeitlich lässt sich selbst aus dem Prüfbericht der DEKRA Stuttgart herauslesen, dass wir dies tatsächlich erreicht haben.

Ein Patent ist hierfür nicht erforderlich, da es sich bei den eingesetzten Materialien für den Umbau des Motors, um für jedermann zugängliche Handelsware handelt. Lediglich das

Mischsystem wurde von einem in Frankreich lebenden Spanier patentiert, allerdings nicht für den von uns verwendeten Zweck. Hierüber haben wir mit dieser Person eine dauerhafte Nutzungsvereinbarung abgeschlossen, die sich ebenfalls bei den sichergestellten Unterlagen befindet. Zu betonen wäre hier noch: Mit dieser Technologie, und das wurde uns von vielen Technikern, Professoren und weiteren honorigen Persönlichkeiten bestätigt, hätten wir jetzt die Energie- und Umwelttechnologie revolutioniert. Die GFE-Group hätte nach diversen Prognosen im Jahre 2011 einen Umsatz von einer halben bis zu einer Milliarde € nur innerhalb der Bundesrepublik Deutschland generieren können. Die GFE-Group war im Begriff mit dieser einmaligen Technologie zu einem Weltunternehmen aufzusteigen. Insofern ist der durch die Staatsanwaltschaft entstandene Schaden als sehr hoch zu beziffern.

Doch zurück zu den BHKWs: Die chinesische Firma, die unsere BHKWs baute, erhielt bei Vertragsunterzeichnung 1/3 des Kaufpreises und sobald die Container verschifft wurden weitere 2/3. Ein Betrug, wie er der GFE bald darauf vorgeworfen wurde, war bei einem solchen Vertragsmodell, schlichtweg unmöglich. Das investierte Geld floss direkt in die Produktion.

Anfang Juni 2010 war es soweit: Die ersten Container wurden aus China geliefert – und mit ihnen der erste Schreck. Sie alle waren mit den falschen Generatorsteuerungen ausgestattet, die zwar für einen Notstrombetrieb taugten, nicht aber für die Einspeisung des Stromes in das Stromnetz. Wir beauftragten eine Firma in Deutschland, die den Anforderungen jedoch nicht gewachsen war und wechselten nach sechs Wochen noch einmal den Hersteller, um die Container so schnell wie möglich betriebsbereit zu bekommen. Bis Ende August 2010 waren 88 BHKWs umgebaut, allerdings lief die neue Steuerung nicht ohne

Probleme. Das wiederum führte dazu, dass ein erster Test des TÜV-Süd Czech nur mit Rapsöl und nicht mit dem eigentlichen Rapsöl-Wasser-Gemisch durchgeführt werden konnte. Gezeigt werden konnte aber, wie sehr sich die Verfügbarkeit des Rapsöls durch die Vorerwärmung erhöhte.

Parallel dazu sollten bereits ab Mitte Juli 2010 432 weitere BHKWs aus China eintreffen, die wir jedoch abbestellen mussten, denn sie waren alle mit der falschen Steuerung versehen – offenbar ein Fehler bei der Bestellung auf unserer Seite, der sich im Nachhinein nicht mehr nachvollziehen ließ.

In China selbst hätten die BHKWs nicht umgerüstet werden können, da die Steuerungen selbst aus England bestellt werden mussten. Einigen von uns kam das damals schon seltsam vor, zumal wir nicht zurückverfolgen konnten, wer oder wo der Fehler zu verantworten war. Das Wort „Sabotage“ wurde bereits im Betrieb gemunkelt, doch wer hält das schon wirklich für möglich. Später, als wir während des Prozesses erfuhren, dass die GFE bereits ab Januar 2010 beobachtet und später abgehört worden war, verstanden wir, wie es zu diesem Ereignis hatte kommen können.

Der Juli 2010 war der Monat vieler Rückschläge. Dieser Monat war gekennzeichnet von so viel Unerwartetem. So ging die Ende Juni 2010 fertiggestellte Pilotanlage Anfang Juli richtiggehend in Rauch auf. Grund war ein nicht hitzebeständiges Dichtungsband, welches aus Versehen in der Auspuffanlage eingebaut worden war. Parallel dazu gab es mit den beiden ersten aufgestellten Containern unerwartete Schwierigkeiten, da die umgebauten Steuerungen auf Spannungsschwankungen im öffentlichen Netz mit der direkten Abschaltung der BHKWs in den Containern reagierten. Außerdem gab es Probleme bei der Bewältigung der Abwärme, wenn diese nicht zu Heizzwecken genutzt werden

konnte.

1300 BHKWs waren bestellt, nur rund 30 im Sommer 2010 fertig, Es zeigte sich, dass unser Produkt in Einzelversuchen bald trotz aller Probleme einwandfrei lief, lediglich die serienmäßige Produktion stellte uns noch vor Probleme.

Doch das war nicht das einzige Problem. Außerdem kämpften wir noch mit ungewöhnlich langwierigen Anschluss-genehmigungen, ein regelrechter Papierkrieg mit den Behörden entbrannte, bis wir die Erlaubnis hatten, unseren Strom in das Netz einzuspeisen. Man sollte annehmen, dass die Förderung erneuerbarer Energien auch den Abbau unsinniger bürokratischer Hürden vorsieht, doch nicht nur mir drängte sich der Eindruck auf, dass man von offizieller Seite von Anfang an versuchte, uns Steine in den Weg zu legen.

Unsere BHKWs mussten Schwankungen in der Spannung des öffentlichen Netzes ausgleichen, die auftreten, wenn Groß-abnehmer vom Netz gehen, doch bis Anfang November 2010 waren alle diese Probleme gelöst. Kapazitäten wurden ausgeweitet, um zukünftige Lieferengpässe zu vermeiden und spätestens ab Januar 2011 wollten wir dem Lieferumfang gerecht werden. Die GFE war einfach schneller gewachsen, als wir es uns hätten vorstellen können – so groß war das Interesse an unserer Technologie.

Immer wieder unternahmen wir neue Testläufe mit den Motoren, um deren Leistungsfähigkeit und die Treibstoff-ersparnis noch zu steigern. Sehr häufig war ich selbst anwesend und konnte mich von den Testergebnissen überzeugen. Diese Ergebnisse gaben mit zunehmender Dauer bessere Resultate preis, als die, die wir in unseren Prospekten veröffentlichten.

Im September 2010 baten wir die DEKRA Stuttgart einem unserer Tests beizuwohnen und dies zu überwachen, nicht zuletzt um die Richtigkeit der Ergebnisse zu bestätigen. Unsere Erwartungen wurden weit übertroffen. Bevor wir -- jedoch die Mischeinheit in Serie an bzw. in die bestehenden BHKWs einbauen, wollten wir erst einen für Dezember 2010 anberaumten Termin mit der DEKRA Stuttgart für ein Langzeitgutachten abwarten.

Da wir zwischenzeitlich von Behörden weitere Auflagen erhielten, wurden auch Termine für weitere Gutachten wie beispielsweise Lärmschutz, CO₂-Austoßmessung, ISO-Zertifizierung u.v.m. vereinbart. Bis zu diesem Zeitpunkt haben wir die bestellten BHKWs noch mit einem 100%igen Rapsölverbrauch hergestellt, jedoch wohlwissend, dass alle bisher produzierten Einheiten jederzeit und kurzfristig nachgerüstet werden können.

Trotz all dieser Hürden war das Interesse an unseren BHKWs immens. Wir kamen im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr hinterher – doch spricht das nicht für echtes und innovatives Wachstum? Gleichzeitig hatten wir, wie jedes junge Unternehmen, mit Kinderkrankheiten in der Produktion und dem Vertrieb zu kämpfen, die wir aber in erstaunlicher Geschwindigkeit in den Griff bekamen.

Unser Auftragsvolumen umfasste bald eine halbe Milliarde Euro und machte uns einen großen Marktanteil vermeintlich sicher.

Doch zum Einsatz unserer ausgereiften Prozesse kam es nicht mehr, denn die Staatsanwaltschaft und die Kripo Nürnberg machten uns am 30.11.2010 einen Strich durch die Rechnung. Die führenden Köpfe der GFE (und deren Familienangehörige wie meine Frau) wurden verhaftet, der Unternehmensbesitz und

alles Kapital konfisziert. Man warf uns Betrug vor. Die BHKWs wären von Anfang an nicht funktionell gewesen – dabei standen zu diesem Zeitpunkt gleich mehrere einwandfrei funktionierende BHKW-Container auf dem Firmengelände, die man nur hätte einschalten müssen.

Auch im Laufe des Prozesses lehnte man es kategorisch ab, einen der Container als Beweis zu überprüfen. Offensichtlich hatte man an der Wahrheit kein Interesse – denn wie hätten Staatsanwaltschaft und Kripo auch dagestanden, wenn das BHKW wie erwartet nur so geschnurrt hätte.

Es ist bezeichnend, dass wenige Tage vor der Verhaftung das ZDF-Magazin Frontal21 davor warnte, Geld bei der GFE zu investieren und für Unstimmigkeiten zwischen der DEKRA und der GFE sorgte, da wir selbstverständlich auf die positiven Ergebnisse des Gutachtens hinwiesen.

Kurz nach der Verhaftungswelle wurde seitens der Justiz das Insolvenzverfahren eröffnet und es gab für uns keinen Zugriff mehr auf die Container und die Produktionstechnologie. Die Angst der Bundesregierung oder besser: den mächtigen Energiekonzernen hinter ihnen vor dieser Technologie war so groß, dass man Energie aus Pflanzenölen am 01.01.2012 explizit aus dem EEG herausnahm.

Hier wurde mit brachialen und feigen Mitteln eine Energie-revolution verhindert, die das Leben jedes Einzelnen hätte verbessern können, ja, die man ohne Pathos als „weltrettend“ bezeichnen kann.

Durch unsere Technologie hätte die Bundesregierung jedoch auf 40 Milliarden Euro an Mineralöl- und sonstigen Energie-Steuern verzichten müssen, vom immensen Einfluss der Lobbyisten einmal abgesehen.

Unsere Technik hätte das Gerede um die „Energiewende“ überflüssig gemacht. Wir waren uns von Anfang an einig, dass wir sie nicht zum Patent anmelden wollten, sondern uns nur einen zeitlichen Vorsprung sicherten.

Diese Technologie war zu wichtig, um sie nur für den Erfolg einer Firma zu nutzen, jeder sollte Zugang zu ihr haben. Während meiner Haft meldete Karl Meyer die Technologie zum Patent an, um damit einen Beweis zu erbringen, dass sie funktionierte, denn wissenschaftlich unsinnige Patentanträge werden abgelehnt. In unserem Fall nahm das Patentamt den Antrag an. Dies sind die an das Patentamt übermittelten Daten:

Mischungsverhältnis Rapsöl zu Wasser	1 : 1	1 : 2	1 : 3
Verbrauchedauer (s)	360	300	180
Treibstoffverbrauch (l)	2,96	2,56	1,58
Treibstofftemperatur (°C)	30,0	35,7	32,7
Gesamtverbrauch (Wh)	28,3	30,3	31,1
Rapsölverbrauch (Wh)	14,15	10,29	7,76
Dichte (kg/l)	0,9915	0,9943	0,9958
Spezifischer Gesamtverbrauch (g/kWh)	383,3	411,2	426,0
Spezifischer Verbrauch Rapsöl (g/kWh)	190,0	135,5	125,1

(Quelle: Blog von Horst Kirsten)

14. Der Betrugsvorwurf

Im Januar 2010 wurde von einem mir aus meiner vorherigen Tätigkeit bekannten Vermittler, Herrn Sunder*, Anzeige wegen Betrugs gegen die GFE erstattet. Beweise hatte er für diese Anzeige keine. Der Vorwurf konnte dementsprechend ausgeräumt werden. Dennoch ermittelten Staatsanwaltschaft und Kripo weiter gegen die GFE. Ungefähr ab diesem Zeitpunkt begann man, Gespräche der GFE-Führungsriege systematisch abzufragen – bis zum November 2010 rund 11.000 Gespräche. Aus diesen Gesprächen haben die Ermittler erfahren, dass alle noch notwendigen Tests bis zum Dezember 2010 abgeschlossen sein sollten und die Serienproduktion ihren vollen Betrieb aufnehmen würde. Doch dazu ließen es Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft nicht mehr kommen.

Am 30.11.2010 legte die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth den Geschäftsbetrieb still und ermittelte nunmehr offiziell gegen eine Vielzahl führender GFE Mitarbeiter wegen gewerbs- und bandenmäßigen Betrugs. Diese Aktion fand gleichzeitig unter Mitwirkung von mindestens 180 Polizisten an verschiedenen Orten statt. Alle Führungskräfte der GFE-Group wurden festgesetzt. Alle Firmen- und Privatkonten wurden mit sofortiger Wirkung gesperrt bzw. blockiert. Dies nur, weil eine einzige Anzeige eines Herrn Sunder*, der in einschlägigen Kreisen für cholerische Aktionen bekannt ist, gegen die GFE-Group vorlag.

Ich selbst und auch meine Frau wurden verhaftet. Was ich hier in wenigen Worten festhalte, war ein schockierendes Erlebnis. Morgens um 07:00 Uhr, als meine Frau und ich noch im Bett lagen, klingelte es an unserer Tür. Meine Frau öffnete und kam sehr erschrocken zu mir in das Schlafzimmer.

„Horst, die Polizei ist da“, sagte sie zu mir. Da waren die Beamten bereits dabei, unsere Wohnung zu durchsuchen. Schließlich fragte mich einer der Polizisten, ob er mich irgendwo unter vier Augen sprechen könnte. Ich ging mit ihm in unser Schlafzimmer.

„Herr Kirsten“, eröffnete er mir. *„Ich habe nicht nur einen Durchsuchungs- sondern auch einen Haftbefehl.“* Ich fiel aus allen Wolken, doch ich war zu diesem Zeitpunkt noch überzeugt davon, dass das alles nur ein Irrtum sei, der sich innerhalb kürzester Zeit aufklären würde.

Um meine Frau, die weinend im Wohnzimmer saß, nicht noch mehr zu verängstigen, riss ich mich also zusammen. Unter Aufsicht durfte ich duschen und einige Habseligkeiten zusammenpacken. Als ich dann mit den Beamten im Streifenwagen saß, eröffnete mir der Polizist, der mich über meinen Haftbefehl informiert hatte, dass sie auch meine Frau verhaften würden. Ich hatte das Gefühl, mich in einem Albtraum zu befinden. Zu diesem Zeitpunkt wusste ich noch nicht, dass ich meine Frau beinahe zwei Jahre lang nicht wiedersehen würde.

In meinem Fall wurde eine Freilassung auf Kautions kategorisch abgelehnt, angeblich sei die Fluchtgefahr zu hoch, dabei war mein gesamtes Vermögen bereits konfisziert und ich somit mittellos. Presse und Rundfunk wurden noch vor dem Zugriff von der Staatsanwaltschaft oder der Kriminalpolizei über den bevorstehenden Zugriff informiert und postierten sich vor dem Firmengelände. Ein solches Vorgehen ist rechtswidrig.

Viele Menschen mögen der Überzeugung sein, dass Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft die Aufgabe haben, die Wahrheit zu ermitteln, so wie es uns im „Tatort“ gezeigt wird. Die Realität ist aber, dass die Kriminalpolizei mit Hilfe der Staatsanwaltschaft nur den Auftrag hat, möglichst schnell einen

Schuldigen zu finden. Um Wahrheit geht es dabei nicht.

Man warf uns „gewerbs- und bandenmäßigen Betrug“ vor und ordnete Untersuchungshaft an.

Es ist an dieser Stelle wichtig, zu erklären, dass nur sehr gefährliche Straftäter wie Kinderschänder und Mörder in Untersuchungshaft verbleiben müssen, die meisten Beschuldigten werden bis zum Verhandlungsbeginn auf freien Fuß gesetzt, das gilt sowohl für Steuersünder wie Uli Höneß als auch für viele andere. In meinem Fall hatte man offenbar beschlossen, mich wie einen Schwerverbrecher zu behandeln. Die Begründung dafür lautete: Fluchtgefahr.

Es gab keinen Grund, von einer erhöhten Fluchtgefahr auszugehen. Da ich zum Zeitpunkt meiner Verhaftung meinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hatte und über sehr starke familiäre Bindungen hier verfügte – und in Anbetracht dessen, dass ich mir keiner Schuld bewusst war, wäre eine Flucht im strafrechtlichen Sinne völlig sinn- und zwecklos gewesen, eine Flucht wäre einem Schuldeingeständnis gleichgekommen.

Auch die Tatsache, dass ich in der Schweiz über mehrere Firmen verfügte, änderte nichts an dieser Tatsache. Im Übrigen war mir von Anfang an daran gelegen, den von Staatsseite verursachten Schaden an tausenden von Menschen wieder gut machen zu lassen. Insofern hätte ich mich einem bevorstehenden Prozess niemals entzogen. Für mich stand von Anfang an fest, dass ich mich als „nicht schuldig“ bekenne und auch keinen wie auch immer gearteten Deal mit der Staatsanwaltschaft eingehe, um den Prozess zu beenden oder eine geringere Haftstrafe zu erhalten. Für mich war und ist das eine Prinzipienfrage. Ein solches Unrecht kann nicht hingenommen werden.

Die Mitarbeiter der GFE blieben führungslos zurück, weil der

größte Teil der Mitarbeiter mit Führungsverantwortung verhaftet worden waren. Um die Sicherheit der Firma und des Inventars scherte sich die Justiz nicht, was in der Folge zu Plünderungen und Zerstörungen führte.

Ich frage mich bis heute, warum sich die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft nicht ein einziges Mal vor dem 30.11.2010 vor Ort bei der GFE-Group in Nürnberg kundig gemacht hatten. Schließlich war seit der Vorlage des Ermittlungsberichtes der Kripo vom 19.10.2010 mehr als ein Monat vergangen, bis man am 30.11.2010 mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zuschlug, wie ich während meiner Vorbereitung auf den Prozess erfuhr.

		Amtsgericht Nürnberg Ermittlungsrichter Büro: Schwanenstraße 73 a, 90428 Nürnberg Tel.: 0911/321-2704, 2705, 2872, Fax: 0911/321-2876
Geschäftsnummer: 58 Gs / 2330/10		Nürnberg, den 28. Nov. 2010
Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth Aktenzeichen: 507 Js 1612/10		
Haftbefehl		
Gegen den Beschuldigten	Horst Michael Kirsten, geboren am 30.07.1962 in Rippard deutscher Staatsangehöriger verheiratet Bergweg 2, 97514 Oberaschach	
wird die Untersuchungshaft angeordnet.		
Der Beschuldigte Kirsten ist folgenden Sachverhalts dringend verdächtig: Seit 1991 regelt der Gesetzgeber, unter welchen Voraussetzungen Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Stromnetz eingespeist werden kann, zunächst im Biomaleinspeisungsgesetz, seit dem Jahr 2000 im (2004 und 2005 novellierten) EEG. Auf der Grundlage des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG), das im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Erzeugung der Energieversorgung ermöglicht und die Vollerneuerung von Technologien zur Stromerzeugung fördert, erhalten Anlagenbetreiber bis zu 20 Jahre lang eine festgesetzte Vergütung für ihren erzeugten Strom; die Netzbetreiber sind verpflichtet, diesen Strom vorrangig abzunehmen. Um den Anlagenbetreibern einen wirtschaftlichen Betrieb zu ermöglichen, differiert die Höhe der Vergütungsätze nach Technologie und Standort. Die Vergütung nach dem EEG beträgt pro Kilowattstunde (kWh) 11,55 Cent Grundvergütung und 6,94 Cent Bonus für die Nutzung nachwachsender Rohstoffe (Nachwachsende Rohstoffe), die Vergütung nach dem EEG entfällt, wenn die zur Gewinnung flüssiger Biomasse verwendeten Rohstoffe nicht den Anforderungen der Nachhaltigkeitsverordnung (BioE-NachV) – einschließlich der erforderlichen Zertifizierungen – entsprechen.		

Warum hat man das Ermittlungsverfahren nicht dann eingestellt, als man die Aussagen der Beschuldigten anlässlich der Vorführung beim Haftrichter am 30.11.2010 vorliegen hatte,

sowie massive Beweise, die über eine Vielzahl von Dokumenten und den vorangegangenen Aussagen vieler Personen, genau das bestätigten, was ich bzw. mein Verteidiger bei der Vorführung beim Haftrichter zu Protokoll gegeben hatten?

Aus einem hastig geschriebenen, ersten Ermittlungsbericht wurde mit einigen Satzumstellungen eine Anklageschrift gebastelt – von Sorgfalt fehlte jede Spur.

Die Untersuchungshaft erfüllte den Zweck, mir als Kopf der GFE die Kommunikation zu erschweren. Ich sollte keine Gelegenheit erhalten, der Öffentlichkeit meine Version darzustellen.

Daneben zielte die U-Haft auch darauf ab, mich noch vor Prozessbeginn zu zermürben. Besuchsanträge mit meiner ebenfalls inhaftierten Frau wurden abgelehnt und ich musste beinahe zwei Jahre auf den Beginn des Prozesses warten. Außer mir wurden noch sechs weitere Personen aus dem Führungskreis der GFE verhaftet.

Der Vorwurf des „bandenmäßigen“ Betrugs ist interessant, weil dieser normalerweise nur in Verbindung mit dem organisierten Verbrechen, sprich der Mafia, verwendet wird. Man unterstellte uns also mafiöse Verbindungen, insofern, als dass behauptet wurde, ich und der Rest der Führungsriege der GFE hätten den Betrug von Anfang an geplant. Darauf lohnt es sich, im Einzelnen einzugehen:

Im Jahr 2009 waren die Beschuldigten, Karlheinz Zumberg*, René Teichmann*, Claus Manninger*, Antonin Kemper* und Pascal Eichhorn* und auch ich selbst für die Firma „freeday24“ tätig. Ich war außer dem Vertriebsaufbau als Referent für Präsentationen zuständig. Für diese Firma erstellte ich auch PowerPoint-Präsentationen. Herr Karlheinz Zumberg* war dort als Vertriebsleiter tätig. Auf diese Weise lernten wir uns kennen.

Peter Schüsner*, Frank Wendel*, Martin Götze* und Jürgen Reisser* waren vor unserer Zeit für diese Firma tätig. Insofern habe ich in 2009 nicht mit den letztgenannten Herren zusammen gearbeitet. Ich traf sie nur hin und wieder im Büro des Herrn Harry Schmidt*, dem Inhaber der Firma „freeday24“, in Weißenburg an der Donau. Zu den weiteren Beschuldigten ist folgendes zu sagen: Herrn Dipl.-Ing. Hubert Klaus* lernte ich erst sehr viel später kennen, anlässlich einer Planung in Schwanstetten. Silvia, meine Ehefrau, hatte zu diesem Zeitpunkt in keinster Weise zu all den anderen Beschuldigten Kontakt. Sie hat diese Personen nicht einmal gekannt.

Herrn Claus-Jürgen Weiher* lernte ich erst Mitte des Jahres 2010 kennen, als wir uns in Richtung Schweiz orientierten – durch Vermittlung des Herrn Ferwich*. Herr Weiher* hat uns seine Unterstützung für Firmengründungen in der Schweiz angeboten.

Frau Aneta Zumberg*, die Ehefrau oder Lebensgefährtin des Herrn Antonin Kemper* hat sich erst sehr viel später, ca. Spätfrühjahr 2010, bei uns als Sachbearbeiterin beworben. Auch Herr Peter Leopold* kam erst im Laufe des Jahres 2010 auf uns zu und bot sich als Referent für Seminare an. Herr Gerhard Zehner*. wurde von mir im Frühsommer 2010 angeworben – er sollte als Projektmanager für uns tätig werden. Frau Emiliya Krumskowa* ist mir ebenfalls erst im Sommer 2010 als die Lebensgefährtin des Herrn Zumberg* vorgestellt worden. Auch Herr Hakan Karamann* fiel mir erst im Spätjahr 2010 als einer der eingeschriebenen Vermittler der GFE-Group auf. Insofern ist der Vorwurf, die Beschuldigten hätten sich zu einem nicht genau bestimmten Zeitpunkt, spätestens jedoch im Dezember 2009 entschlossen, in wechselnder Zusammensetzung mit den anderen Beschuldigten handelnd, sich die staatlichen

Rahmenbedingungen zu Nutze machen und durch den Vertrieb von BHKWs sich eine dauerhafte Einnahmequelle zu verschaffen, völlig haltlos.

Tatsächlich war der Sachverhalt folgender: Herr Harry Schmidt* hat mit seiner Firma „freeday24*“ bundesweit Vermittler gesucht, im Multi-Level-Marketing (MLM-Vertrieb). Der Grund hierfür war unter anderem, dass die Firma auf ihrer Internetplattform auch eine Anlage im Bereich der erneuerbaren Energien anbieten wollte. Die Firma „M-Solar24*“ bot den Aufbau und den Betrieb von Photovoltaikanlagen auf fremden Dächern an. Herr Harry Schmidt* und Andreas Walter* kamen überein, dieses Produkt zukünftig auf der Internetplattform mit anzubieten. Somit kamen Herr Karl-Heinz Zumberg* und ich das erste Mal mit einem Produkt im Bereich der erneuerbaren Energien in Verbindung. Wir erarbeiteten unter Führung des Herrn Schmidt* ein Vertriebsmodell, welches dem MLM-Vertrieb dann über eine von mir erstellte PowerPoint-Präsentation näher gebracht wurde. Das Produkt wurde vom Vertrieb wohlwollend aufgenommen. Mit Begeisterung gingen die „Vertriebler“ an den Verkauf des Produktes und brachten auch relativ schnell die ersten Verkaufserfolge. Der Verkauf des Produktes „Photovoltaikanlage“ war häufig mit einer Finanzierung seitens der Kunden verbunden, die ebenfalls von der Firma „M-Solar24*“ angeboten wurde. Hier war ein Herr Baum* zuständig, der die Finanzierung dann meistens bei der DKB beantragte.

So liefen nach und nach die Bestellungen von „Photovoltaikanlagen auf fremden, angemieteten Dächern“ bei der Firma „freeday24*“ ein. Der Inhaber Harry Schmidt* tat allerdings nichts, um den Bau dieser Anlagen zu forcieren. Aus diesem Grund zahlte er auch keine Provisionen aus und ließ die

Kundenbestellungen über Monate liegen. Dies führte bei den Kunden und nicht zuletzt bei den Vermittlern zu sehr viel Unmut und Demotivation, was letztendlich auch die Tätigkeiten des Herrn Zumberg* und mir sehr stark beeinträchtigte.

Nach geraumer Zeit, ca. Spätfrühjahr 2009, sprach mich Herr Zumberg* an, ob wir nicht mit der Firma „M-Solar24*“ Kontakt aufnehmen und ohne Wissen des Herrn Harry Schmidt* die Sache selbst in die Hand nehmen sollten, damit endlich alle Kunden und Vermittler zufrieden gestellt werden können. Wir vereinbarten einen Termin mit den Herren Andreas Walter* und Göran Baum* und trafen uns relativ kurzfristig. Herr Walter* und Herr Baum* kamen schnell mit uns ins Geschäft, da auch diese beiden Herren sich von Herrn Harry Schmidt* trennen wollten.

Wir vereinbarten, dass wir, d.h. Herr Zumberg* und ich, eine Firma gründen und uns dann auf den Vertrieb von Photovoltaikanlagen spezialisieren. Da ich mich wegen einer Firma aus der Vergangenheit in Privatinsolvenz befand, benutzte ich den Namen meines Stiefsohnes Robert. Nach vorheriger Absprache mit ihm, gründete ich auf seinen Namen die Firma „FI Consulting UG“ und bestellte Herrn Zumberg* und mich zu Prokuristen.

Wir verließen Herrn Harry Schmidt*, bzw. die Firma „freeday24*“, und wie es in solchen Vertriebssystemen üblich ist, gingen viele Vertriebsmitarbeiter mit uns diesen Weg und schrieben sich bei uns als Vermittler ein. Es ist somit komplett falsch, wenn im Haftbefehl davon ausgegangen wird, wir hätten uns über die staatlichen Rahmenbedingungen eine dauerhafte Einnahmequelle mit dem Vertrieb von BHKWs verschaffen wollen. Zu diesem Zeitpunkt war das BHKW noch nicht einmal thematisiert und insofern kann man sich damit wohl auch keine

Einnahmequelle schaffen.

Gegen Herrn Zumberg*, Herrn Wendel* und Herrn Reisser* hatte die Staatsanwaltschaft schon in früheren Zeiten wegen Urkundenfälschung ermittelt und Freiheitsstrafen ausgesprochen. Davon wusste ich aber bis zu dem Moment, als die Staatsanwaltschaft zuschlug, nichts.

Wie bereits erwähnt, haben wir im Sommer 2009 den Kontakt zur Firma „M-Solar24*“ aufgenommen.

Nachdem von uns die Firma „FI Consulting UG“ gegründet war, griff ich auf eine GmbH zurück, die ich bereits 1991 gegründet hatte. Es handelte sich hierbei um die „SBK Wirtschaftsberatung GmbH“. Wir, die Herren Schober, Brodbeck und Kirsten waren in der Zeit von 1991 bis 1999 geschäftsführende Gesellschafter dieser Firma und vermittelten u.a. geschlossene Immobilienfonds im I. Förderweg des Landes Berlin. Wir waren Emissionspartner des Landes Berlin. Der Verkauf der geschlossenen Fonds fand damals auch über einen bundesweiten Vertrieb statt. Bis zum Jahr 1998 bzw. 1999 waren wir damit sehr erfolgreich. Dann wurden von der Bundesrepublik Deutschland die hohen Verlustzuweisungen für diese speziellen Fonds per Gesetz gestrichen. Wir, die Herren Schober, Brodbeck und Kirsten gingen daraufhin getrennte Wege. Die „SBK GmbH“ blieb jedoch bestehen, da sie aus wenigen kleinen Versicherungsgeschäften noch Folgeprovisionen zu erwarten hatte. Diese GmbH habe ich dann im Jahre 2009 mit Einverständnis der Herren Brodbeck und Schober der „FI Consulting UG“ verkauft.

Die „SBK Wirtschaftsberatung GmbH“ wurde dann auf den Namen „GFE Gesellschaft zur Förderung erneuerbarer Energien mbH“ umbenannt. Gleichzeitig wurde der Firmensitz auf meine damals aktuelle Privatanschrift, verlegt. Dieser Firmensitz war

nur vorübergehender Natur, da wir in Nürnberg im Klee-Center (Kleestrasse) lediglich ein kleines Büro mit befristeter Dauer mieten konnten. Als Geschäftsführer der „GFE mbH“ wurde Herr René Teichmann* eingesetzt. Herrn Teichmann* kannte ich schon seit ca. 2008/2009, da er damals in Bamberg mein unmittelbarer Nachbar war. Er war zum damaligen Zeitpunkt Filialleiter einer Supermarktkette. Insofern glaubte ich, ihn auf den Geschäftsführerposten ansprechen zu können, da er mit der bisher eingenommenen Position Führungsqualitäten nachweisen konnte. Mir war es aus vorgenannten Gründen leider nicht möglich, selbst als Geschäftsführer zu fungieren.

Wir vermittelten dann tatsächlich Photovoltaikanlagen für die Firma „M-Solar24*“. Dass diese letztendlich nicht realisiert werden konnten, lag nicht an der „GFE mbH“, sondern ganz eindeutig an Herrn Andreas Walter* der Firma „M-Solar24*“. Wir vermittelten mit unseren Vermittlern für ca. 1,3 bis 1,5 Mio. € Photovoltaikanlagen an Herrn Walter*. Finanzierungsanfragen unserer Kunden wurden an dessen Partner Göran Baum* weitergeleitet. Hierzu wurden alle Bonitätsunterlagen, die wir über unsere Vermittler erhielten, an Herrn Baum* geschickt. Dieser wiederum gab diese wohl in den meisten Fällen an die DKB. Diese Bank überwies dann bei erfolgreicher Prüfung den Kreditbetrag auf eines der Konten der Firma „M-Solar24*” oder dessen, nach heutigem Wissen, vorgespiegeltem Treuhandkonto. Dieser Geldtransfer wurde zwischen der Bank und unseren vermittelten Kunden, ohne unser Zutun, so vereinbart.

Insofern haben wir der Firma „M-Solar24*” nur unseren Provisionssatz in Rechnung gestellt und nach Erhalt den entsprechenden Anteil an unsere Vertriebsmitarbeiter überwiesen. Erst als der ursprünglich erste Baetermin der ersten

vermittelten Photovoltaikanlage, ich glaube, das war Anfang November 2009, von der Firma „M-Solar24“ bzw. Herrn Andreas Walter* nicht eingehalten wurde, wurden wir skeptisch und suchten ein sofortiges Gespräch mit ihm, welches dann auch im Beisein des Herrn Baum* auf einer Autobahn-Raststätte stattfand. Hier gab uns Herr Walter* zur Kenntnis, dass die Kundengelder auf dem sogenannten Treuhandkonto von der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main blockiert worden sind – aber das wäre nur eine Sache von ein bis zwei Wochen, denn er, Andreas Walter*, könne den gegen ihn erhobenen Verdacht wegen Geldwäsche relativ schnell aufklären. Außerdem seien die Gelder auf dem Konto ja von Kunden und für den Bau von Photovoltaikanlagen zweckgebunden. In unserer wohl damals naiven Art ließen wir uns von ihm darauf ein, noch ein bis zwei Wochen abzuwarten. Er, Herr Walter*, konnte ja nicht bauen, da ihm das Geld fehlte, um das entsprechend bereits bestellte Material abzuholen oder liefern zu lassen.

Erst nachdem diese und weitere Fristen, die sich bis zum Januar 2010 hinzogen, immer noch kein befriedigendes Ergebnis brachten, zogen wir über unseren Geschäftsführer Herrn Teichmann* einen Rechtsbeistand hinzu. Wir baten ihn, so schnell als möglich Strafanzeige gegen Herrn Walter* zu veranlassen. Da wir, die Herren Zumberg* und ich, bereits seit November 2009 sozusagen auf „heißen Kohlen“ saßen, haben wir natürlich über die Zukunft der GFE mbH und auch über weitere Produkte aus dem Bereich der erneuerbaren Energien nachgedacht und schließlich nach intensiver Recherche, auch im Einzelnen besprochen. Hierbei griffen wir auch auf die Idee der treibstoffreduzierten Blockheizkraftwerke in Containerbauweise zurück.

Uns war natürlich bekannt, das BHKWs in ihrer bisherigen Art

nicht wirtschaftlich waren. Aus diesem Grund konnten wir nur auf Basis, nachweislich bereits mit Treibstoffersparnis laufenden BHKWs, kalkulieren. Diesen Nachweis lieferte uns damals einerseits die eigene intensive Recherche und zum zweiten Herr Karl Meyer, seines Zeichens Kfz-Meister, der seine Lebensaufgabe darin sieht, sich um umweltfreundliche und treibstoffreduzierende Maßnahmen an Motoren zu widmen. Mit ihm hatten insbesondere Herr Zumberg* und ich später auch, viele diesbezügliche Gespräche geführt. Meine Recherchen wurden bestätigt und aus diesem Grund beschlossen wir dann, BHKWs als zukünftiges Produkt der GFE mbH anzubieten.

Es ist falsch, wenn wie im Haftbefehl behauptet wird, dass die Beschuldigten Karlheinz Zumberg* und Horst Kirsten, sowie René Teichmann* und Robert mit den weiteren Beschuldigten Wendel*, Schüsner*, Götze* gemeinschaftlich mit teilweise wechselnden Beteiligungen – fortlaufend Betrugsstraftaten begehen wollten.

Im Gegenteil: Wir kalkulierten die Kosten der BHKWs und kamen überein, mit den hieraus zu erzielenden Gewinnen die geschädigten Kunden der Firma „M-Solar24*“ zu entschädigen. Die durch unseren Vertrieb vermittelten Kunden hatten aufgrund der Nichteinhaltung der Verträge, der Firma „M-Solar24*“ gegenüber, einen Rechtsanspruch auf Rückabwicklung ihrer Verträge. Diesen Rechtsanspruch hatten sie nur gegenüber der Firma „M-Solar24*“, da sie bei der finanzierenden Bank, ohne unser Zutun, einer Überweisung direkt an den sogenannten Bauträger zugestimmt haben.

Wir haben eben diesen Kunden angeboten, ihnen den bereits gezahlten Kaufpreis zurück zu erstatten. Im Gegenzug solle der Kunde jedoch den Rechtsanspruch gegen die Firma „M-Solar24*“ an uns abtreten. Natürlich wurden die Kunden auch

darüber informiert, dass wir diese Rückerstattungen nicht sofort, sondern kontinuierlich vornehmen werden.

Übrigens: Seit Beginn des Vertriebes bzw. des Verkaufes von BHKWs haben wir, namentlich Herr Karlheinz Zumberg* und ich, beschlossen, aufgrund der hohen Gewinnerwartungen auch einen gewissen Anteil (5 € pro Einheit nach Formel des Marketingplanes) in einen Sozialfonds zu geben, der den Zweck haben soll, notleidenden Kindern in der Welt zu helfen. Dies sollte über Spenden oder Bereitstellung von Lebens- und/oder Arzneimittel oder anderen Materialien geleistet werden. Aus diesem Grund wurde dann auch der Verein „GFE – Future for Children e.V.“ gegründet. Ich bat meine Ehefrau und ihre Tochter, den Vorsitz in diesem Verein zu übernehmen. Ihre erste Aufgabe bestand darin, am Tag der offenen Tür, der Ende September 2010 in der Produktionshalle der GFE-Group stattfand, einen symbolischen Scheck über 12.000 € an die erste ausgesuchte Hilfsstelle zu übergeben. Dies geschah dann auch. Mit diesem Betrag sollte ein Jugendhaus, welches auch als Schule dient, nebst Möbel und Bücher finanziert werden. Diese Schule sollte auf den Philippinen gebaut werden. Aufgrund der Maßnahmen, die die Staatsanwaltschaft zu verantworten hat, warten dort viele hundert Kinder auf das Einlösen unserer Zusage. Deren Ausbildung wird unter den gegebenen Umständen niemals stattfinden.

Der TÜV Rheinland – warum auch immer dieser von der Staatsanwaltschaft für ein Verfahren in Süddeutschland beauftragt wurde – stellte in einem stümperhaften Gefälligkeitsgutachten fest, dass das Wasser-Rapsöl-Gemisch untauglich sei. Dabei wurde ignoriert, dass nicht wir, die GFE, diese Technologie erfunden, sondern sie nur seriell und effizient einsetzten.

Tatsächlich war diese Technologie bereits seit Jahren im Einsatz – bei der Firma EGM, aber auch im Motorsport. Später kam heraus, dass der Gutachter des TÜV Rheinlands enge Verbindungen zum Energielobbysten Geisfuß* unterhielt, das Gericht hatte jedoch keine Schwierigkeiten, quasi über Nacht ein neues Gefälligkeitsgutachten aus dem Hut zu zaubern.

Die angebliche Schadenssumme, die auch von der Presse begierig aufgenommen wurde, wurde mit 62 Millionen Euro beziffert. Tatsächlich muss man davon die 10 Millionen korrekt abgeführte Umsatzsteuer abziehen, das sichergestellte Bankguthaben von mehr als 20 Millionen Euro und Sachwerte im Bereich von ca. 5 Millionen Euro.

Von einem „Schneeballsystem“, wie immer wieder behauptet wird, kann also keine Rede sein. Richtig ist, dass Käufer, die neue Käufer vermittelten, sogenannte Optionen, also Vergütungen erhielten, doch das ist ein weitverbreitetes und keineswegs illegales Vorgehen.

15. Das Ende der GFE

Anfang 2011 wurde das Insolvenzverfahren zuerst gegen die GFE mbH und später gegen alle Tochtergesellschaften der GFE Group eingeleitet.

In der Presse, die sich nur allzu begierig auf den Fall GFE stürzte, war von vorneherein klar, dass die GFE schuldig war, obwohl es für einen Vorsatz, wie ihn die Staatsanwaltschaft unterstellte, keinerlei Beweise gab und alle Dokumente und Aussagen, die das Gegenteil hätten beweisen können, von Anfang an abgelehnt wurden.

Sowohl Hans-Ulrich Stamm* als auch ehemalige Käufer, die laut Staatsanwaltschaft doch alle von ihr sogenannte Betrugsoffer waren, reichten Petitionen beim bayerischen Landtag ein, die jedoch mit ausgesprochener Häme abgeschmettert wurden. Grünen-Politiker, die doch genau auf Seiten der GFE hätten sein müssen, setzten sich erst für den Fall GFE ein, um sich dann urplötzlich in erbitterte Gegner zu verwandeln. Für die Petitionsausschüsse wurden Wortprotokolle vereinbart – veröffentlicht wurden dann aber wiederum nur die Gedächtnisprotokolle der Abgeordneten.

Die erste Petition wurde am 12.07.2012 im Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags verhandelt. Sie wurde getragen von einer kleinen Gruppe ehemaliger GFE-Käufer, die ihre Abgeordneten dazu bringen wollten, die GFE-Technologie unbedingt auf den Markt zu bringen. Einer von ihnen hatte sogar noch einen funktionierenden Container auf seinem Privatgrundstück.

Am 25.07.2012 wurde die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Angeklagten entschieden, diese wurden aber erst am 15.08.2012 darüber informiert.

In der Zwischenzeit hatte sich Karl Meyer nach Tunesien begeben, um dort für Unterstützung für die GFE-Technologie zu werben, lange bevor die Eröffnung des Hauptverfahrens feststand, die ja erst während seiner Abwesenheit beschlossen wurde. Als er am 30.07.2012 zurückkehrte, wurde er bei seiner Einreise wegen Fluchtgefahr (!) verhaftet.

Am 08.08.2012 vernichtete ein aus ungeklärter Ursache entstandener Großbrand die noch verbliebene GFE-Technologie, mit der die Käufer für deren Weiterentwicklung hatten kämpfen wollen. An Zufälle wollte da von uns schon lange niemand mehr glauben.

Und das war nicht das einzige Ereignis, dass jeden mit gesundem Menschenverstand zum Zweifeln ob unseres Rechtssystems bringen sollte. Aus China erhielten wir auch sogenannte Gensets, das war die Einheit aus Motor und Generator. Noch während der Verhaftung verschwanden 100 Container auf dem Weg vom Hamburger Zollhafen zu uns spurlos.

Ganze dreimal wurde in der Zeit von Juli bis November 2011 auf dem Gelände der GFE eingebrochen, jedoch nichts gestohlen, allerdings wurde Zucker in die dort gelagerten BHKWs eingefüllt, um sie unbrauchbar zu machen.

Der Insolvenzverwalter der GFE, Herr Raab, konnte aufgrund der Situation nur wenig tun. Geräte und Mittel waren am 30.11.2010 von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden, so dass er gar keine Mittel hatte, das Insolvenzverfahren ordnungsgemäß durchzuführen. Dennoch überwies er sich gleich zu Anfang ein Vorab-Honorar von 470.000 Euro vom Konto der GFE.

Die angeblich „Geschädigten“ haben bis heute keinen Cent erhalten – die Ware, die BHKWs, die ja durchaus zur Verfügung

standen und die sie ja auch bestellt hatten, allerdings auch nicht. Wer kann angesichts dieser Umstände noch von Gerechtigkeit sprechen? Unsere Mitarbeiter ließ man führungslos zurück und gestattete ihnen, das noch verbliebene Interieur der Firma regelrecht auszuplündern, bis der Betrieb der GFE endgültig geschlossen wurde.

Von diesen Ereignissen erfuhr ich nur aus Briefen. Bis zum Prozessbeginn am 24.09.2012 wurde ich zu den Ereignissen weder verhört noch angehört. Es ist schwer zu beschreiben, wie ich mich in diesen Monaten fühlte. In den ersten Tagen nach meiner Verhaftung stand ich unter Schock. Alles erschien mir unwirklich, wie ein böser Traum, aus dem ich jeden Moment wieder erwachen könnte. Doch das geschah nicht. Dem Unglauben folgte hilflose Wut und großer Zorn auf unser Rechtssystem und unseren Staat. Ich begann zu verstehen, wie sich Menschen in Diktaturen fühlen mussten und verstand, dass wir von einer solchen nicht allzu weit entfernt waren. Der Bereich, in dem wir als Bürger uns bewegen dürfen, ist sehr schmal. Übertreten wir ihn und treten dabei noch mächtigen Konzernen und ihren Lobbyisten auf die Füße, schlägt der Staatsapparat mit voller Härte zu und bedient sich aller Mittel, die ihm zur Verfügung stehen.

In jedem zweiten Satz des Haftbefehls wurden uns irgendwelche kriminellen Handlungen unterstellt, die niemals stattgefunden hatten. Mein erklärtes Ziel war es, ein ehrliches und seriöses Unternehmen aufzubauen, was sicher viele Mitarbeiter bestätigen können. So viele kriminelle Gedanken, wie mir in dem Haftbefehl unterstellt und nicht bewiesen sind, lassen auf einen stark kriminell denkenden Verfasser schließen. All das, was seit der Verhaftung mit den Beschuldigten, und im Besonderen mit meiner Ehefrau und mir geschah, entspricht meines Erachtens

kriminellen Handlungen. Von Freiheitsberaubung, Diebstahl, Enteignung, Verhinderung und vielem mehr ist hier die Rede.

Diese Art kriminellen Handelns war und ist legal, weil sie eben von der Staatsanwaltschaft ausging, die nach wie vor keine Beweise für ihre Handlungsweise hatte. Meine oder besser unsere uns vorgeworfenen kriminellen Handlungen beruhten nur und ausschließlich aus Verdachtsmomenten – und das ist wohl schon ausreichend, um alles, wirklich alles zu vernichten.

Ein Betrugstatbestand setzt voraus, dass eine Täuschung über Tatsachen erfolgt. Damit soll ein Irrtum beim Geschädigten erregt werden, der zu einer Vermögensverfügung führt und letztlich einen Vermögensschaden verursacht. Weiterhin ist nur dann der Betrugstatbestand gegeben, wenn ein Vorsatz und die Absicht einer rechtswidrigen Bereicherung vorausgegangen sind. All diese Umstände haben im Falle der GFE-Group niemals stattgefunden. Weder wurde irgendeine Person oder eine Institution über Tatsachen getäuscht – noch hat es jemals einen Irrtum auslösen können.

Es kam zu einer Vermögensverfügung, die jedoch auf einem Kauf eines Produktes beruht. Somit wurde auch niemals ein Vermögensschaden verursacht. Am Anfang hielt ich die Verhaftung und die gegen mich erhobenen Vorwürfe für einen bösen Traum, so haltlos war das alles. Doch schon recht bald musste ich einsehen, dass es dem Rechtsstaat und seinen Handlangern bitterernst damit war.

Vor allem belastete mich die Situation meiner Frau, die man ebenfalls unschuldig in Haft gebracht hatte. Sofort nach meiner Verhaftung gab ich eine eidesstattliche Erklärung ab, dass sie mit der Geschäftsführung der GFE nichts zu tun hatte. Zwei weitere Angestellte wollten ebenfalls gleichlautende Aussagen machen,

doch sie wurden noch nicht einmal angehört. Meine Frau blieb in Untersuchungshaft.

Am 12.12.2012 wurde sie nach zwei Jahren und zwei Wochen aus der U-Haft entlassen, weil man ihre Unschuld erkannte.

Sie stand vor dem Nichts, hatte keine Wohnung, kein Geld und keine Perspektive. Heute lebt sie von Hartz IV. Das wurde ihr vom sogenannten Rechtssystem in unserem Heimatland Deutschland angetan.

In der Zwischenzeit gestand man ihr die lächerliche Entschädigungssumme von 11.025 Euro zu, also rund 14,86 Euro pro erlittenen Hafttag, die bis heute noch nicht ausgezahlt wurde.

Meine Ehefrau war bis zum Sommer des Jahres 2010 nicht in der GFE-Group beschäftigt. Sie hat als meine Ehefrau jedoch bemerkt, dass der Aufbau einer solchen Firma, mit all den unvermeidlichen Schwierigkeiten, sehr viel an meiner Kraft und meiner Energie gezehrt haben. Sie fragte mich dann, ob sie mir in irgendeiner Form helfen könne. Meiner Bitte, mir die vielen Bewerbungsgespräche innerhalb der GFE-Group abzunehmen, da ich dadurch wahnsinnig viel Zeit sparen könne und mich dann auf andere Aufgaben besser konzentrieren könne, kam sie gerne nach, auch verschönerte sie die Büroräume.

Sie war die „gute Seele“ des Betriebes, doch mit den Zahlen, Bestellungen oder Kunden hatte sie rein gar nichts zu tun.

16. Rechtsstaat Deutschland?

Neun Jahre Gefängnis für günstige und grüne Energie.

Vermutlich ist es für einen Außenstehenden sehr schwer, sich vorzustellen, wie es sich anfühlt, zu Unrecht im Gefängnis zu sein. Es ist schwer, dieses Gefühl zu beschreiben, denn es ist eine Mischung aus Wut, Verzweiflung und Ohnmacht, in die sich aber auch immer wieder Hoffnung mischt – denn was wären wir Menschen ohne die Hoffnung?

In den ersten Tagen nach meiner Verhaftung stand ich regelrecht unter Schock. Ich glaubte daran, dass sich dieser Irrtum innerhalb weniger Tage auflösen würde. Man brachte mich in eine sogenannte Zugangszelle, die ich mir mit zwei Mithäftlingen teilte, der eine war ein Junkie, der sich immer wieder erbrach und in seinem Erbrochenen schlief. Eine Unterhaltung mit ihm war nicht möglich. Der andere war ein Insasse mit hohem Aggressionsverhalten. Er hat einen farbigen Mitmenschen nur deshalb schwer verletzt, weil sein Hund von dem Opfer beleidigt wurde. Er war nur wenige Tage in Freiheit, zuvor saß er, weil er eine Schießerei mit der Polizei hatte. Mit diesen beiden Fremden, die mir unheimlich waren, war ich auf engstem Raum eingesperrt.

Jedem Beschuldigten in U-Haft steht es zu, sich auf seinen Prozess vorzubereiten. Da in meinem Fall Akten von mehr als 140.000 Seiten zu bewältigen waren, stellte man mir einen Computer zur Verfügung, der sich aber in einer gesonderten Zelle der JVA Nürnberg befand. Auf dem PC befanden sich nur zwei Programme: Der Adobe Acrobat Reader für PDFs und Open Office für Word-Dokumente, wobei es eigentlich nicht beabsichtigt war, dass ich Zugang zu einem Schreibprogramm erhielt. Doch ich wusste, dass ein solches auf jedem Rechner,

wenn auch vielleicht versteckt, zu finden war, und so suchte ich entsprechend, bis ich es fand. Da in der Haft die sogenannte „Besitzstandswahrung“ gilt, konnten sie mir die Verwendung auch nicht untersagen.

Nach einem entsprechenden Antrag erhielt ich sogar einen Drucker. Der Zugang zum Internet blieb mir verwehrt. Dennoch erreichten mich zahlreiche Zuschriften, vor allem aus dem Internet, die mir mein Sohn Timo ausdrückte und per Post zusandte. Er war es auch, der die Idee hatte, alle Ereignisse in einem Blog festzuhalten. Ich war überwältigt, wie viel Unterstützung ich von außen erhielt, auch von Menschen, die ich persönlich gar nicht kannte.

An dieser Stelle muss ich vor allem Herrn Hans-Jürgen Ahlers erwähnen, der über meinen Blog auf meine Geschichte aufmerksam wurde und mich seither auf verschiedenen Wegen unterstützt und dafür sorgt, dass mein Fall nicht in Vergessenheit gerät.

Vor meiner Verhaftung hätte ich mir die besten Anwälte der Republik leisten können, nun war ich mittellos und musste auf Pflichtverteidiger zurückgreifen. Ein Anwalt aus meinem privaten Freundeskreis, Herr Markus Kruppa aus Saalfeld, erklärte sich bereit, mich zu vertreten. Da das Verfahren so umfangreich war, hatte ich sogar Anspruch auf einen zweiten Pflichtverteidiger. Ein Mithäftling empfahl mir Dr. Hans-Jochen Schrepfer aus Würzburg.

Ich nutzte die Zeit, um mich auf den Prozess vorzubereiten und meine Verteidigungsschrift zu verfassen. Zusätzlich arbeitete ich als Lektor in der evangelischen Gefängniseseelsorge. Aufgrund der langen U-Haft und der Beschlagnahme meines Vermögens erstattete ich Anzeige gegen die Staatsanwaltschaft, die jedoch,

wie zu erwarten, abgeschmettert wurde.

Während der zwei Jahre in Untersuchungshaft bis zum Prozessbeginn wurde ich nicht ein einziges Mal von der Staatsanwaltschaft oder der Polizei vernommen, obwohl ich sogar persönlich darum gebeten habe.

Es ist wichtig, sich vorzustellen, was U-Haft bedeutet. Meine Frau und ich durften uns nicht sehen. Jedem gegenseitigen Besuch, wir wurden ja wie erwähnt in verschiedenen Anstalten untergebracht, wäre eine sogenannte „Verschubung“ vorausgegangen, bei der entweder meine Frau oder ich wochenlang von Haftanstalt zu Haftanstalt unterwegs gewesen wären, nur um während dieser Zeit eine einzige Stunde zusammen zu sein - und selbst das nur unter strengsten Auflagen, wie beispielsweise Trennscheibe, Anwesenheit eines Kripo-Beamten, etc..

Häftlinge dürfen in bayerischen Gefängnissen nur Anstaltskleidung tragen. Man ist zusammen mit Mördern, Vergewaltigern und Gewaltverbrechern. Gerade ausländische Kriminelle bilden in den Gefängnissen regelrechte Gangs, mit denen man sich besser nicht anlegt. Immer mal wieder kommt es zu wirklich brutalen Schlägereien. Die Einsamkeit, die Hoffnungslosigkeit und die vielen Demütigungen wie Zellen-durchsuchungen oder Leibesvisitationen lassen so manchen verzweifeln.

Im Laufe der Jahre habe ich so manchen Mithäftling den Verstand verlieren sehen. Ich war immer entschlossen, dass mir das nicht passiert, auch wenn ich Repressionen und schlechtem Essen ausgesetzt war.

Trotzdem alledem gab es auch selbst in der Untersuchungshaft Lichtblicke der Menschlichkeit. So arbeitete ich als Lektor für

den Anstaltspfarrer. Als ich erfuhr, dass meine Frau nach über zwei Jahren vom Frauengefängnis Aichach nach Nürnberg kommen würde, um eine Aussage zu machen, konnte ich sie wenige Augenblicke durch eine Plexiglasscheibe sehen. Unsere Gespräche wurden von einer Beamtin mitgehört. Der Anstaltspfarrer brachte meiner Frau auf meine Bitte hin eine Rose und umarmte sie fest. Diesen Moment werde ich niemals vergessen.

Ein anderes Mal erzählte ich einem Wächter, dass ich so gerne mal wieder ein Spiegelei essen wollte. Eines Sonntags weckte er mich und sagte mir, dass er mir eine Packung Eier in die Küche gestellt habe und ich mich besser beeilen sollte, bevor die anderen wach wurden. Doch diese Situationen waren die Ausnahme. Die meiste Zeit verbrachte ich damit, mich auf den Prozess vorzubereiten, meine Verteidigungsschrift zu verfassen und die Akten zu studieren.

17. Der menschenverachtende Prozess

Der Prozess begann am 24.09.2012 um 09:45 Uhr vor der 12. Großen Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth, fast zwei Jahre nach meiner Verhaftung am 30.11.2010.

Beschuldigte in diesem Prozess waren:

1. Karlheinz Zumberg*, fünfzigprozentiger Inhaber der GFE-Group, also mein gleichberechtigter Partner. Sein Zuständigkeitsbereich war der Vertrieb, während ich mich für die Verwaltung und die Produktion verantwortlich zeichnete. Herr Zumberg* erlitt während der U-Haft einen Schlaganfall, der ihn wenige Tage nach Prozessbeginn haft- und verhandlungsunfähig machte. Somit sollte er nur die ersten Tage an dem Prozess teilnehmen, bis man sein Verfahren von dem übrigen abtrennte. Seit dem Schlaganfall ist Herr Zumberg* schwerbehindert. Er sitzt im Rollstuhl und wird von seiner 80jährigen Mutter gepflegt.
2. René Teichmann*, er war, wie bereits dargestellt, der Geschäftsführer der GFE - Gesellschaft zur Förderung Erneuerbarer Energien mbH.
3. Dipl.-Ing. Hubert Klaus*, Geschäftsführer der GFE Production GmbH, allerdings nur bis im November 2010.
4. Frank Wendel* war freiberuflich für die GFE tätig und wurde von Herrn Zumberg* zum Chef des gesamten freiberuflichen Vertriebs ernannt. Ich selbst hatte nur wenige Berührungspunkte mit ihm.

5. Peter Schüsner*, freiberuflicher Mitarbeiter und Helfer unter Herrn Wendel*.
6. Silvia Kirsten, meine Ehefrau, die in der GFE überhaupt keine Führungsposition innehatte, wie ich dem Ermittlungsrichter bereits vor Prozessbeginn eidesstattlich versichert hatte.
7. Antonin Kemper*, ebenfalls freiberuflicher Mitarbeiter, später Bindeglied zwischen Außen- und Innendienst.
8. Miljenko Ferwich*, einer meiner engsten Vertrauten, mit verschiedenen Aufgaben innerhalb der GFE. Er übernahm auch die Vorbereitung für die Firmengründung in der Schweiz. Er hatte vollen Einblick in alle Konten der gesamten Firmengruppe.
9. Jürgen Reisser*, ebenfalls freiberuflicher Mitarbeiter im Vertrieb.
10. Peter Leopold*, ebenfalls freiberuflicher Mitarbeiter, jedoch mit der Besonderheit, er war Referent für vertriebsbezogene Seminare bei der GFE.
11. Eugen Beyer*, Partner von Herrn Leopold* und ebenfalls freiberuflicher Mitarbeiter.
12. Guido Krahwinkel*, ebenfalls Mitarbeiter aus dem Vertrieb
13. Karl Meyer, seines Zeichens ein eingefleischter KFZ-Meister, der sich schon lange vor der Gründung der GFE

mit Wassereinspritzung beschäftigt hatte. Herr Meyer war der Chef unserer Forschungs- und Entwicklungsabteilung in Nürnberg.

Ich habe dem Tag des Prozessbeginns mit Nervosität und Unruhe entgegengesehen, zugleich aber auch mit der festen Hoffnung, nun endlich Stellung nehmen zu können zu den an mich gerichteten Vorwürfen. Trotz meiner bisherigen Erfahrungen glaubte ich noch daran, dass uns im Gericht Gerechtigkeit widerfahren würde. Wie sehr ich mich täuschte, erkannte ich erst in den folgenden zwei Verhandlungsjahren.

Die im Gerichtssaal anwesende Staatsanwältin war bis wenige Tage vor Prozessbeginn als Richterin am Landgericht für meine Belange und Anträge in der Untersuchungshaft zuständig und hat durchweg alle Anträge auf Besuchszusammenführung mit meiner unschuldig inhaftierten Ehefrau abgelehnt. Konnte es ein Zufall sein, dass sie kurz vor dem Beginn des Verfahrens zur Staatsanwältin am Landgericht berufen wurde und mein Verfahren zugeteilt bekam?

Die bis zum Prozessbeginn ermittelnde Staatsanwältin wurde gleichzeitig zur Richterin am Landgericht ernannt und stand im Prozess nicht einmal als Zeugin zur Verfügung. Das Gericht lehnte einen meiner diesbezüglichen Beweisanträge ab. Es ist wichtig zu erklären, dass Richter nicht von Rechts wegen verpflichtet sind, alle Beweise gleichwertig und neutral zu betrachten. Unter dem Titel „Freie Beweisführung“ obliegt es allein dem Richter, welche Beweise er wie wertet und welche er überhaupt zulässt. Einem Richter Befangenheit oder Vorurteile zu beweisen, ist nahezu unmöglich, ebenso wie ein Revisionsverfahren zu erreichen. Im deutschen Rechtssystem sind Richter allmächtig und unfehlbar, Eigenschaften, die im Allgemeinen nicht menschlich sind. Menschen, auch Richter,

machen Fehler. Doch es gibt kein funktionierendes System, um diese zu verringern oder zu korrigieren.

Als erstes entschieden die Richter, das Verfahren gegen den Mitangeklagten Guido Krahwinkel* vom Verfahren der übrigen Beschuldigten abzutrennen, da dieser nicht zur Verhandlung erschien und zur Fahndung ausgeschrieben wurde. Anschließend verlas die Staatsanwaltschaft die 55-seitige Anklageschrift. Der erste Verhandlungstag musste bereits nach knapp zwei Stunden beendet werden, da der Mitbeschuldigte Karlheinz Zumberg*, ehemaliger Mitgesellschafter der GFE, aufgrund seines Schlaganfalls, den er mit Sicherheit durch den psychologischen Druck in der Haft erlitt, nur bedingt verhandlungsfähig war.

Guido Krahwinkel* wurde zwischenzeitlich gefasst und saß deshalb am nächsten Verhandlungstag mit uns anderen auf der Anklagebank. Er sorgte für Irritation seitens des Gerichts, als er auf Frage nach seiner Staatsangehörigkeit erklärte: „Germanitien“. Ich konnte mir angesichts der verwunderten Blicke unter Staatsanwaltschaft und Richtern ein Schmunzeln nicht unterdrücken.

Die Anklageschrift musste erneut verlesen werden. Anschließend wurde beschlossen, das Verfahren gegen Herrn Zumberg* vom übrigen Verfahren abzutrennen. Dieser erklärte, bevor er mit seinen Rechtsanwälten den Gerichtssaal verließ, dass er weder eine Aussage machen noch als Zeuge zur Verfügung stehen würde. Der Staatsanwaltschaft wurde an dieser Stelle noch einmal deutlich, dass ihr Plan, uns Beschuldigte gegeneinander auszuspielen, wohl nicht funktionieren würde. Nun hatte ich Gelegenheit, 105 Seiten aus meiner in Haft wahrheitsgemäß verfassten 385-seitigen Verteidigungsschrift vorzulesen, was ich am nächsten Tag fortsetzte.

Aus meiner Strafanzeige gegen die Staatsanwaltschaft durfte ich nicht zitieren, da man mir mit einer Verleumdungsklage drohte. Auch am vierten Verhandlungstag las ich immer noch aus meiner Verteidigungsschrift vor.

Ein Ingenieur erklärte deckungsgleich mit meinen Aussagen seine Unschuld. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft beruhte darauf, dass die BHKWs nie funktionieren konnten und wir als GFE Führung das von Anfang an wussten. Dennoch hätten wir Geld von Investoren und Käufern eingesammelt, dann aber die versprochene Gegenleistung nicht erbracht.

Alle Beweisanträge, die sehr einfach und deutlich gezeigt hätten, dass die von uns verwendete Technologie nicht nur einwandfrei funktionierte, sondern auch schon an verschiedenen Orten auf der Welt eingesetzt wurde, ja dass es funktionierende BHKWs auf dem Firmengelände gab, wurden ignoriert und abgeschmettert.

Ein uns vorgeworfenes „Schneeballsystem“, welches aber nie bewiesen wurde, bedeutet, dass Geld eingesammelt wird und Renditen versprochen werden. Doch das Geld wird nicht zur Produktion der eigentlich versprochenen Ware eingesetzt, sondern die Renditen werden nur aus den Einzahlungen immer neuer Investoren bedient. Am Nachmittag des 10. Oktobers 2012 war endlich Karl Meyer mit seinen Auslassungen dran.

Er beschrieb den Werdegang von Forschung und Entwicklung deutlich und verständlich bis in das kleinste Detail. Selbst ein vollkommener Laie hätte verstehen können, um was es ging. Er betonte, dass es den Gründern der GFE, zu denen er ja zählte, nie vorrangig um den Profit gegangen sei, sondern tatsächlich um eine umweltfreundliche Technologie im Dienste der Gesellschaft.

Am sechsten Verhandlungstag wurden erstmals Zeugen gehört – Zeugen der Anklage, wie man betonen muss. Es handelte sich dabei um verschiedene Gutachter, die mit fadenscheinigen Vermutungen und Halbwissen ihre Unfähigkeit offenbarten. Alles zielte darauf ab, zu erklären, dass Stromproduktion mit dem von uns verwendeten Gemisch unmöglich sei. Offenbar mussten wir alle bei unseren Tests, die die Wirksamkeit der Technologie mehrfach deutlich bewiesen hatten, unter Drogen gestanden und halluziniert haben. Während der Vorträge der Gutachter schwankte ich zwischen Amüsement und Verzweiflung.

Der Prozess erschien mir nach und nach immer mehr wie eine schlecht gespielte Narrenposse. Prof. Dr. Ing. Wiesner* von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg bestritt schlicht, dass die Energieabgabe bei einer Rapsöl-Wasser-Mischung möglich sei, wie er auf einer bunten Powerpoint-Präsentation darzustellen versuchte. Er war vom Landgericht mit einem Gutachten beauftragt worden. Wofür war aber dann die Firma EGM mit dem Innovationspreis ausgezeichnet worden?

Am siebten Verhandlungstag wurden die bei der Durchsuchung am 30.11.2010 beteiligten Polizisten befragt, unter ihnen Kriminalhauptkommissar Kerner*. Seine Aussage bestand aus vagen Aussagen und Vermutungen. Wieder und wieder verwies er auf ein Video, das bei der Durchsuchung angefertigt worden sein sollte – doch, so erklärte die Staatsanwaltschaft, fehlte von diesem Video jede Spur. Wo sind die GFE-Videos geblieben?

Es wurde der Antrag gestellt, dieses Video zu suchen und als Beweis zuzulassen.

Dann wurde Dr. Metzner*, der Sachverständige des Landeskriminalamtes in den Zeugenstand gerufen. Er erklärte, bei einer

Überprüfung der Technik sei der Kraftstoff von Hand gemischt worden und der Motor immer wieder abgestorben.

Ich machte von meinem Recht zur Befragung Gebrauch und fragte ihn: „Ist Ihnen bekannt, dass es diese Emulsion, die mittlerweile schon als Treibstoff mit einem Mischungsverhältnis, wie dem unseren, auf dem Weltmarkt käuflich zu erwerben gibt?“

Diese Frage verneinte er. Als Sachverständiger hätte er das wissen müssen. Bis zum Nachmittag war dann der von der Kripo erwähnte Film der Durchsuchung gefunden und wurde vorgeführt. Dieser Film beinhaltete die Vorführung eines jeden Büro- und Konferenzraumes, sowie ausführlich die Außenanlagen, sowie die Forschungs- und Entwicklungsabteilung und nicht zuletzt auch die Produktionshalle.

Dieser Film führte bei meiner Frau zu einem Zusammenbruch mit sehr vielen Tränen, wobei ich nicht verhehlen möchte, dass auch mich eine große Wehmut überfiel – wie auch bei den meisten Beschuldigten, die ihr ganzes Herzblut in diese Firma gesteckt hatten.

Für die Verteidiger, die unser Unternehmen ja bislang nur aus Akten kannten, war die Vorführung eine Offenbarung, sodass nach der Vorführung eine der Verteidigerinnen auf die Staatsanwaltschaft zugeht und dieser zurief:

**„Wenn man diesen Film gesehen hat,
dann kann ich nur noch sagen:
„Ihre Anklageschrift ist ein Skandal!“**

Tatsächlich ist es so, dass alle relevanten Fakten in der Anklageschrift verniedlicht wurden, sodass der Eindruck entstehen musste, die GFE-Group wäre nur eine Scheinfirma und eine Bastelstube.

In folgenden Verhandlungstagen widmeten sich die Richter dem sogenannten „Sachverständigen“ des TÜV Rheinlands, Herrn Dipl.-Ing. Stubber*.

Für einige Unruhe sorgte die Erklärung von Herrn Rechtsanwalt Hornung*, der für seinen Mandanten Herrn Teichmann* eine Erklärung abgab, die von Seiten der Staatsanwaltschaft und später der Presse als „Geständnis“ gewertet wurde. Gehört wurde auch Herr Martin Fritz*, ein ehemaliger Mitarbeiter bei der GFE, der als Zeuge der Anklage galt, sich aber bald als das Gegenteil entpuppte.

Seine Aussagen waren zum größten Teil sehr widersprüchlich zu seinen damals bei der Polizei getätigten Aussagen, was die Vermutung zulässt, dass man ihm damals bei der Polizei die Worte in den Mund legte, was hier bei der Verhandlung auch einige Anwälte zum Ausdruck brachten. Auf alle Fälle bestätigte Herr Fritz* einen immer besser werdenden Container-Serienbau und die Lauffähigkeit der Motoren.

Auch dass wir über den Ankauf extern angeschlossener und stillgelegter BHKWs im Gespräch waren, wurde von seiner Seite bestätigt. Er gab auch zu verstehen, dass er für die bereits angeschlossenen Container regelmäßig Reports erstellte (die über das Fernwartesystem ermittelt wurden) und diese an die entsprechenden zuständigen Personen innerhalb der GFE-Group weiterleitete. Dabei gab er auch zu verstehen, dass die Container in Heilsbronn und Reckendorf längere Zeit ohne Unterbrechungen liefen.

Über die Tätigkeit meiner Frau Silvia Kirsten gab er an, sie als helfende Hand in der Firma wahrgenommen zu haben. Niemals hatte er das Gefühl in einer „Scheinfirma“ zu arbeiten. Er bestätigte, dass es in der Produktion sehr wohl eine

Serienfertigung gab und mit vielen Arbeitern zeitgleich an mehreren Containern gearbeitet wurde. Er gab zu verstehen, dass er gerne bei der GFE gearbeitet habe.

Laut seiner Aussage benannte er meine Frau Silvia Kirsten nur deshalb als „Chefin“, weil sie die Frau vom Chef war.

Der nächste Verhandlungstag hielt eine Überraschung bereit: Aufgrund meiner von der Justiz kontrollierten Kommunikation nach „draußen“, stellte der vorsitzende Richter fest, dass ich beabsichtigte, den Film der Kripo online zu stellen. Er wies mich darauf hin, nochmals mit meinen Anwälten diesbezüglich Rücksprache zu halten, da ich mit der Veröffentlichung dieses Films womöglich gegen die Urheberrechte verstoße, was logischerweise Rechtsfolgen für mich haben könne.

Es wird deutlich erkennbar, dass man mich mit solch einer Drohgebärde davon abhalten wollte, entlastendes Material der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Kripo und Staatsanwaltschaft hatten offenbar einiges zu verbergen und fürchteten um die Gunst der öffentlichen Meinung. Schweren Herzens entschied ich mich, den Film nicht ins Netz zu stellen.

Nach der Mittagspause wurde eine weitere Mitarbeiterin als Zeugin gehört, Frau Gemmel*. Auch sie gab zu bedenken, dass sie nur deshalb bei der GFE verblieb, weil sie, so wörtlich zu diesem Zeitpunkt „für diese Firma lebte“. Es zeigte sich also, dass diese von der Staatsanwaltschaft als Belastungszeugen vorgeladene Zeugen nur wenig dazu beitragen konnten, mich oder die GFE zu belasten.

Auch am 10. Verhandlungstag wurde zunächst ein weiterer ehemaliger Mitarbeiter gehört. Wie bereits bei den zuvor gehörten Zeugen versuchte die Staatsanwaltschaft, ihn dazu zu drängen, Aussagen zu treffen, die den Vorwurf der Anklage

bestätigen würden, dass es sich bei der GFE um eine „Scheinfirma“ gehandelt habe, also wir nur den Anschein eines Produktionsbetriebs aufrecht erhalten hätten, um Geld von Kunden einzusammeln. Herr Spitzer wies das aber in deutlichen Worten von sich. Im Gegenteil brachte er zum Ausdruck, dass sich die GFE-Group alle Mühe gab, das erklärte Ziel zu verwirklichen. Er bestätigte auch, dass er sich sicher sei, dass die GFE in einem 2-Schicht-Betrieb ab Januar 2011, jeden Tag zehn betriebsbereite Container hätte herstellen können. Weiter bestätigte er, dass selbst im Dezember 2010 ein Bau von ca. 120 Containern möglich gewesen wäre.

Der nächste Verhandlungstag begann damit, dass die Dolmetscherin Frau Basel* die diversen Gutachten des TÜV-Süd Czech in deutscher Sprache vorlas. Die Gutachten des TÜV Süd Czech waren von der GFE in Auftrag gegeben worden, weil uns der TÜV Süd Czech von der TU Wien in diesem Zusammenhang empfohlen worden war. Das ursprüngliche Gutachten lag in Tschechisch vor, weshalb die Dienste der Dolmetscherin notwendig waren.

Daraufhin stellten mehrere Anwälte den Antrag, eine deutsche Übersetzung zu erhalten, was zuerst vom Gericht in der Art zurückgewiesen wurde, jeder Anwalt könne sich doch selbst eine Übersetzung besorgen. Nach einigem Hin und Her gab das Gericht dann diesen Anträgen statt und beauftragte die Dolmetscherin eine deutsche Übersetzung zu erstellen, welche auch allen Parteien zur Verfügung stehen wird.

Nach Auskunft der Dolmetscherin würde sie hierfür jedoch noch einige Zeit benötigen. Mein Rechtsanwalt Herr Kruppa wies die Staatsanwaltschaft darauf hin, dass bei ordentlicher Ermittlungsarbeit schon längst (während der Ermittlungsphase) eine solche Übersetzung hätte erfolgen müssen, zumal es sich

bei diesen Gutachten um die Kernaussage ihrer Vorwürfe gegen die Beschuldigten handle. Anschließend wurde dann der Zeuge Dr. Sochal* vom TÜV-Süd Czech gehört.

Er gab an, mit der GFE-Group selbst nicht in Kontakt gestanden zu haben und selbst bei den Tests sowie bei der Erstellung diesbezüglicher Gutachten nicht dabei gewesen zu sein. Er sei lediglich der Chef der beiden Prüfer, die bei der GFE-Group vor Ort die Tests durchführten.

Durch die Bank waren die Anwälte sich einig, dass hier der falsche Zeuge geladen wurde, der nichts zur Wahrheitsfindung beitragen könne. Es ist sehr verwunderlich, weshalb man die beiden Prüfer, die diesbezügliche Aussagen treffen können, nicht als Zeugen geladen habe. Daraufhin stellte Rechtsanwalt Kruppa den Antrag die beiden betreffenden Herren (Mitarbeiter des TÜV-Süd Czech) als Zeugen zu laden.

Die Gerichtsbarkeit machte daraufhin deutlich, dass Beweisanträge nur in schriftlicher Form zu erfolgen haben, womit Herr Kruppa nicht einverstanden war. Herr Kruppa bestand darauf, den Antrag zu Protokoll zu nehmen und fragte nach, ob hier in Bayern andere Gesetze gelten, als im Rest der Bundesrepublik Deutschland.

Das Gericht zog sich daraufhin zur Beratung zurück, wobei man sich hier ca. 20 Minuten Zeit ließ. Es ergingen dann folgende Beschlüsse: Erstens, dem Antrag des Rechtsanwaltes Kruppa wurde stattgegeben, die beiden Zeugen werden geladen und zweitens: Alle Beweisanträge in diesem Prozess haben nur noch in schriftlicher Form stattzufinden.

Ich schwankte zwischen Belustigung und Fassungslosigkeit. Nie hätte ich mir auch nur träumen lassen, dass eine solche Anhäufung von Inkompetenz und Schlampigkeit in einem

deutschen Gerichtssaal möglich sein konnte. Nach der Mittagspause wurde Herr Dr. Benke* von der DEKRA gehört, der ebenfalls eines der Gutachten erstellte, auf denen die Anklage fußte. Vor seiner Anhörung ließ mich das Gericht durch meinen Anwalt wissen, dass ich in meinem Prozesstagebuch⁴ keine Zeugen zitieren dürfe, weil man das als Zeugenbeeinflussung werten könne.

Unterm Strich brachte Herr Dr. Benke* zum Ausdruck, dass bereits Ende September 2010 (Zeitpunkt des DEKRA-Prüfberichts) der getestete Motor längere Zeit mit der Rapsöl-Wasser-Emulsion lief.

Er gab auch bekannt, dass es in der Folgezeit zwischen der GFE-Group und der DEKRA aufgrund des eindeutig eingefärbten Berichtes des ZDF-Magazins Frontal21 zu Missverständnissen kam. Auf meine Fragen, ob er bestätigen könne, dass ich mit Herrn Zehner*, einem meiner engsten Mitarbeiter gerade deshalb, sprich: zur Ausräumung dieser Missverständnisse und der Terminierung eines Langzeit-Gutachtens ihn in Stuttgart besuchte, antwortete er positiv.

Auf den 12. Verhandlungstag freute ich mich besonders. Endlich sollte Herr Tobias Stubber* vom TÜV Rheinland gehört werden, der ein weiteres Sachverständigenurteil für die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth verfasst hat.

Zur Entstehung dieses Gutachtens ist folgendes wichtig zu wissen: Im Dezember beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft im Nachhinein ein in der Forschungsabteilung der GFE-Group befindliches BHKW, um es dann, wohl aufgrund bisher fehlender Beweismittel, vom TÜV-Rheinland testen zu lassen und somit in

⁴ <http://www.horstkirsten.de/> - die Seite wird ständig aktualisiert.

den Besitz eines Gutachtens zu kommen, das die Betrugs-
vorwürfe untermauern sollte. Das Ergebnis dieses Gutachtens
ließ eigenartigerweise sehr lange auf sich warten. Andere
Gutachten gleicher Art wurden bisher innerhalb einer Woche
abgegeben. Das Ergebnis dieses Gutachtens wurde in der
Folgezeit von der Staatsanwaltschaft bewusst oder unbewusst
falsch interpretiert und als Negativ-Meldung, wie viele vorher,
an die Presse weitergeleitet.

Anlässlich eines Haftprüfungstermins hatte ich im Beisein der
Staatsanwältin, dem Ermittlungsrichter das Ergebnis dieses
amateurhaften Gutachtens erklärt. Nach meinen Ausführungen
gab er zu verstehen, dass er von dieser Materie keine Ahnung
habe und somit von der Richtigkeit der gegen mich erhobenen
Vorwürfe ausgeht. Er hätte eine Woche Zeit gehabt, sich bei
einem Fachmann zu informieren – stattdessen verlängerte er
meine U-Haft um weitere drei Monate, wohl wissend, dass er
damit nicht nur einen Menschen unschuldig der Freiheit
beraubt, sondern alle in U-Haft einsitzende Beschuldigte.

Die Staatsanwaltschaft benutzte dieses Gutachten aber, um
zahlreiche Falschmeldungen an die Presse herauszugeben,
welche diese nur allzu begierig aufbauschte. Durch die vielen mit Halb- und Unwahrheiten gespickten
Pressemitteilungen, hat die Staatsanwaltschaft aktiven Rufmord
betrieben und Menschenrechte auf das Schärfste verletzt. Somit
hat automatisch eine Vorverurteilung aller Beschuldigten
stattgefunden. Bei dieser Vorgehensweise darf es nicht
verwundern, dass man da an Vorsatz der betreffenden
Staatsanwälte denkt.

Unter diesen Voraussetzungen machte Herr Stubber* also seine
Aussage. Besonders auffallend war an seiner Aussage, dass Herr
Stubber* sich häufig mit den Worten „*ich gehe davon aus*“,

„vermutlich“ und „Stand der aktuellen Technik“ äußerte. Er erläuterte sein damals abgegebenes Gutachten und erklärte der Gerichtsbarkeit und den anwesenden Rechtsanwälten die Abbildungen in seinem Gutachten. Unter anderem gab er zu bedenken, dass er die Schräglage (Neigungswinkel) des damals benutzten Vorlagebehälters aufgrund einer Fotografie errechnet hat.

Seine Aussage beinhaltete für mich viele Widersprüchlichkeiten. So hatte beispielsweise am 07.11.2012 der Zeuge Dr. Benke* der DEKRA Stuttgart klar zum Ausdruck gebracht, dass er den damals von ihm erstellten Bericht deshalb nicht als Gutachten, sondern als Prüfbericht deklarierte, weil er nicht mit kalibrierten Messinstrumenten arbeiten konnte, was letztendlich für jedermann logisch und plausibel erscheint.

Nun hat jedoch Herr Stubber* sein „Gutachten“ nicht auf einem Motorprüfstand, sondern direkt vor Ort in der Dieselstraße (GFE-Forschungslabor) erstellt und das ohne irgendwelche kalibrierten Messinstrumente. Beispielsweise nahm er die Zeitmessung mit seinem handelsüblichen Handy vor, den Treibstoffverbrauch maß er mit einem handelsüblichen Zollstock in einem in Schräglage befindlichen Vorlagebehälter und die Temperatur des Rapsöls maß er mit einem herkömmlichen Küchenthermometer. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Ein TÜV-Gutachten wird mit Handy, Zollstock und Bratenthermometer erstellt.

Herr Stubber* war zweimal vor Ort um die Maschine zu prüfen und musste schon beim ersten Mal feststellen, dass vor Ort keine kalibrierten Messgeräte für ihn bereitstanden – selbst bei seinem zweiten Besuch verzichtete er auf das Mitbringen TÜV-eigener Messinstrumente.

Der echte Skandal dieses Gutachtens bestand jedoch darin, dass nicht das von uns angegebene Mischungsverhältnis getestet wurde, sondern 100-prozentiges Rapsöl. Es darf deshalb nicht verwundern, dass dieses Gutachten keine Treibstoffersparnis beweisen konnte.

Weiter wurde im TÜV-Rheinland-Gutachten von Wartungskosten in Höhe von 3 ct/kWh ausgegangen. Es wurde darauf hingewiesen, dass eine diesbezügliche Abschätzung nur schwer möglich ist. Wir, die GFE-Group, boten dem Kunden mit dem Premium-Service-Paket eine Garantie von bis zu 20 Jahren an. Dies konnten wir nur deshalb, da bereits im Verkaufspreis eine hohe Spanne hierfür eingerechnet wurde. Weiter ist bei unseren Wartungsarbeiten in der Menge von einer ganz anderen Logistik auszugehen, die der Gutachter des TÜV-Rheinland nicht im Entferntesten ins Kalkül zog. Somit waren unsere prospektierten monatlichen Wartungskosten realistisch.

So entstand dann letztendlich sein Prüfbericht, den er allerdings „Gutachten“ nennen darf. Für mich war es vollkommen unverständlich, da sich die Staatsanwaltschaft nun schon seit zwei Jahren auf dieses Gutachten stützte und dieses Gutachten nicht zuletzt auch ein Grund, wenn nicht sogar der wichtigste Punkt ist, weshalb sich einige Beschuldigte nunmehr schon seit fast zwei Jahren in U-Haft befanden. Diesem Gutachten eine Alleingültigkeit zuzuschreiben grenzt schon an Dilettantismus.

Die zweite Merkwürdigkeit ist das „Fachwissen“, über das ein Gutachter doch verfügen sollte. Meiner Meinung nach ist Herr Stubber* in keinsten Weise auf dem neuesten Stand der Technik, wie er vorgibt.

Auf einige Fragen meinerseits, ob er schon vom „Papenburger Kraftstoff“ gehört habe und ob er wisse, dass ein BHKW mit der

gleichen Treibstoffmischung Grund dafür war, dass der Bundespräsident den "Erfinder" dafür sogar ausgezeichnet hatte, antwortete er mit einem "Nein", genauso auf die Frage, ob er Herrn Prof. Strey kenne, der mit dem TÜV-Rheinland, an der gleichen oder ähnlichen Technologie arbeitet und hierfür mit dem Umweltpreis ausgezeichnet wurde. Herr Stubber*, der vorgibt, Fachmann auf dem Gebiet der BHKWs zu sein, kennt somit nicht einmal die aktuell relevantesten, ja sogar revolutionären Veränderungen im technologischen Bereich seines Fachgebietes.

Auf Nachfrage erklärte Herr Stubber*, dass dies sein erstes Gutachten sei und er bisher noch niemals mit Wasserbeimischung und Wassereinspritzung zu tun hatte. Er gab auch an, von den betreffenden Motoren so gut wie nichts zu wissen, er kannte nicht einmal die Zylinderform, die maßgeblich für die Verbrennung zuständig ist. Weiterhin konnte er auch Fragen bzgl. Sauerstoffverbrennung nicht beantworten.

Auf meine Frage, ob er einen anderen Wirkungsgrad errechnet hätte, wenn er nur den Anteil des Rapsöls und nicht das Wasser berücksichtigt hätte, antwortete erst einer der Richter mit: *„Das hat er doch getan“*, worauf Herr Stubber* antwortete: *„Das habe ich doch getan“*. Eben nicht.

Insgesamt ist auffallend, dass die Richter sehr oft eingriffen, wenn Beschuldigte Fragen an die Zeugen stellen wollen, zumal die Beschuldigten sich nicht unbedingt im juristischen Stil ausdrücken können.

Wie in diesem Fall hat der Zeuge dann die Antwort aus dem Mund des Richters entnommen, die im Übrigen falsch war.

Am 13. Verhandlungstag wurde die ehemalige Mitarbeiterin der GFE Frau Karlsen* gehört, die auch für den Bereich der

Stellplatzsuche zuständig gewesen war. Frau Karlsen* gab bis in das kleinste Detail bekannt, was sie in der Abteilung für Stellplätze und als Sekretärin des Herrn Dipl.-Ing. Klaus* zu tun hatte. Auch ihre Aussagen mit Erklärungen zur Stellplatzsuche müssten das Gericht von einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung überzeugen. Sie gab zu verstehen, dass sie niemals den Eindruck hatte, in einer Firma zu arbeiten, die betrügerische Absichten hegt.

Zur Person meiner Ehefrau Silvia Kirsten machte sie fast gleichartige Aussagen, wie die schon vorher gehörten Zeugen. Insofern ist von einer entscheidenden Rolle meiner Ehefrau innerhalb der GFE-Group nicht auszugehen. Ich hoffte inständig, dass das Gericht endlich begreifen würde, welches Unrecht hier mit der Inhaftierung meiner Frau begangen wurde. Frau Karlsen* bestätigte auch die Stellplatzsuche und die aufgenommenen Gespräche diesbezüglich mit der Deutschen Bundesbahn und den Tankstellenbetreibern.

Auf die Frage meines Anwalts, ob Frau Karlsen* am Tag der Verhaftungen anwesend gewesen sei, antwortete sie: *„Ja, ein Polizist sagte mir damals sogar: Sie suchen sich besser eine neue Arbeitsstelle.“*

So ernst die Situation auch war, angesichts eines solch absurden Verhaltens der Exekutive (Polizei), die doch per Grundgesetz keine Urteile fällen darf, musste ich schmunzeln. Ob den Richtern dieses skandalöse Verhalten des Beamten klar wurde? Ich bezweifle es.

Als nächster Zeuge wurde Herr Kreise* gehört, der im weitesten Sinne mit der PR der GFE beauftragt wurde. Er erklärte, in meinem Auftrag ein Dossier erstellt zu haben, um mir alle damals bestehenden Schwachstellen unserer Außen-

kommunikation aufzuzeigen. Er ging dabei so vor, wie es jeder andere Journalist tun würde. Herr Kreise* bestätigte weiter, dass er in mir eine Person vorfand, der es daran gelegen war, alle Schwachstellen auszumerzen und die hierfür erforderlichen Maßnahmen ergriffen zu haben. Er gab auch zu verstehen, dass es der GFE-Group an Professionalität gelegen und die Firma mit der erwähnten Maßnahmenenergreifung auf dem besten Wege dorthin war.

Er betonte nachdrücklich, dass er bei der GFE-Group allseits offen empfangen wurde, auf offene Ohren stieß und niemals das Gefühl hatte, in einer unseriösen Firma tätig zu sein. Er war einer von vielen Zeugen, die mit ihren Aussagen den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft das Wasser abgruben. Bislang hatte keiner den Vorwurf der „Scheinfirma“ und des geplanten Betrugs auch nur im Ansatz bestätigt. Ich muss gestehen, dass ich zu diesem Zeitpunkt des Prozesses noch Hoffnung hatte, denn das Fundament der Anklage bröckelte sichtlich, ohne dass bisher die Entlastungszeugen überhaupt gehört worden waren. Ich glaubte, meine Unschuld beweisen und die Firma GFE reinwaschen zu können.

Herr Kreise* erinnerte sich noch sehr genau an das DEKRA-Gutachten (Prüfbericht vom September 2010) und dessen Veröffentlichung. Er schilderte auch den anschließenden Anruf bei der Pressestelle der DEKRA Stuttgart, um mit der Veröffentlichung auf der Website der GFE-Group ein von vornherein abgestimmtes Statement abzugeben. Ihm war auch bekannt, dass ich nach den durch die Ermittlungen von „Frontal21“ entstandenen Missverständnissen mit der DEKRA, extra hierfür nach Stuttgart fuhr, um eben diese Missverständnisse mit der DEKRA auszuräumen und um einen Termin für ein Langzeit-Gutachten zu vereinbaren. Er betonte

ausdrücklich, dass ihm auffiel, dass ich auf ein Langzeitgutachten großen Wert legte. Zu der Position meiner Ehefrau Silvia Kirsten meinte er, dass er sie als die *„gute Seele“* der Firma wahrnahm.

Die gleiche Auffassung vertrat auch der zweite an diesem Tag befragte Zeuge Herr Oder*.

Im Großen und Ganzen gab er fast die gleichen Erinnerungen weiter, wie zuvor Herr Kreise*. Er gab auch zu Protokoll, dass die GFE-Group sehr stark damit beschäftigt war, weiteres Fachpersonal zu suchen. In diesem Zusammenhang sprach er eine Hausmesse an, sowie die damals in Nürnberg stattgefundene große Plakataktion bezüglich der Anwerbung von neuem Personal. Seine Aussage zeigte, dass wir alle Anstrengungen unternahmen, um der Lieferengpässe Herr zu werden.

Der nächste Zeuge war ein ehemaliger Vertriebsmitarbeiter, der jedoch nur bis März 2010 für die GFE tätig gewesen war, also lange, bevor die Produktion überhaupt begann. Er bezichtigte uns mehrfach und aufgebracht des Betruges. Seine Aussagen gingen komplett an der nachweisbaren Realität vorbei. Seine damaligen Zweifel an der Geschäftstätigkeit der GFE-Group schöpfte und nährte er aus den unqualifizierten Aussagen seines Vertriebsdirektors und nicht zuletzt aus dem von Herrn Geisfuß* initiiertem BHKW-Infozentrum.

Am 15. Verhandlungstag wurde Herr Zehner* vorgeladen. Auf die erste Frage des Gerichtes, was seine Aufgabe bei der GFE-Group gewesen sei, antwortete er mit der Argumentation, für das „10+10“-Programm zuständig gewesen zu sein. Das „10+10“-Programm bedeutete, dass wir das Ziel hatten, zehn Container pro Tag zu produzieren und innerhalb von zehn Tagen an das Stromnetz anzuschließen. Diese Aussage allein genügte den

Richtern aus verständlichen Gründen nicht. Aus diesem Grund erwarteten diese eine detailliertere Erklärung über das Aufgabengebiet des Zeugen. Als Herr Zehner* daraufhin etwas zögerlich antwortete, unterbrachen einige Anwälte die Befragung und wiesen darauf hin, dass man Herrn Zehner* einen Zeugenbeistand zugestehen müsse, zumal auch er, Herr Zehner*, ins Visier der Justiz geraten war. Daraufhin zogen sich die Richter zur Beratung für ca. 25 Minuten zurück und beschlossen, dass diesem Antrag seitens der Anwaltschaft nicht stattgegeben werde. In der Folge beantragte dann Herr Zehner* selbst die Zuordnung eines Zeugenbeistandes – dem wurde dann vom Gericht zugestimmt.

Der Nachmittag jenes 15. Verhandlungstages wurde interessant. Herr Geisfuß* war geladen, jener emsige Widersacher, der von Anfang an eine PR-Schlacht gegen die GFE Group geführt hatte, die am Ende Erfolg gezeigt hatte. Er gab sich als Experte für BHKWs aus und verwies auf die Informationen, die er auch auf seiner Internetseite veröffentlichte. Seine selbstgefällige Art wurde jäh gestört, als die Befragung durch die Anwaltschaft begann. So wurde er beispielsweise von meinem Anwalt Herrn Kruppa gefragt, ob er einen Herrn Stubber*, den Gutachter des TÜV Rheinlands, kenne.

Seinem, Herrn Geisfuß*'s, Erinnerungsvermögen musste nachgeholfen werden, da er zuerst nur angab, den Namen schon einmal gehört zu haben. Als er dann auf Herrn Stubber* in Bezug auf den TÜV-Rheinland angesprochen wurde, erinnerte er sich schon ein wenig mehr an die angesprochene Person.

Daraufhin wurde ihm vorgehalten, dass Herr Stubber* auch als Referent bei Seminaren seines BHKW-Infozentrums, also bei ihm, Herrn Geisfuß*, aufgeführt werde und er im Umkehrschluss auch gemeinsam mit Herrn Stubber* Referenten von Seminaren

des TÜV-Rheinland sind. Sein Erinnerungsvermögen kam immer mehr und mehr zurück, wobei er nach wie vor angab, Herrn Stubber* nur aus diesen Gründen zu kennen.

Herr Geisfuß* räumte jedoch ein, dass er nach der Gutachten-Erstellung des TÜV-Rheinland, allerdings vor dessen Abgabe bei Gericht, ca. 15-25 Min. mit Herrn Stubber* telefoniert habe. Im Verlaufe der Befragung gab er auch zu, dass er auf seiner Website angibt, Maschinenbau an einer TU studiert zu haben – wobei er allerdings nicht angibt, dieses Studium nicht zum Abschluss gebracht zu haben.

Weiter wurde ihm vorgehalten, dass er auf der Website des BHKW-Infozentrums als Sponsor immer noch die Firma „Lindenberg-Anlagen“ mit dem Ansprechpartner Thomas Stubber* angegeben habe. Herr Geisfuß* führte dies auf eine nicht aktualisierte Website zurück. Es war also mehr als offensichtlich, dass zwischen Herrn Stubber* und Herrn Geisfuß* vielfältige geschäftliche Beziehungen existierten und die Neutralität des Gutachtens von Herrn Stubber* deshalb mehr als in Zweifel gezogen werden muss. Dass Herr Geisfuß* diese Verbindung zunächst bestritt und dann nur widerwillig einräumte, machte ihn als Zeugen vollkommen unglaubwürdig, doch offensichtlich sahen die Richter das anders.

Es blieb spannend. Am 15.11.2012 wurden zwei Container vom Gericht beschlagnahmt, um die Wirksamkeit des Rapsöl-Wasser-Gemisches zu überprüfen. Damit wurde der bereits bekannte Sachverständige Prof. Dr.-Ing. Michael Wiesner*, Inhaber des Lehrstuhls für Technische Thermodynamik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen beauftragt. Mit der Wiederherstellung der Lauffähigkeit des Blockheizkraftwerkes und etwaiger Feststellungen wurde der Sachverständige Dieter Hansen* beauftragt. Die beiden Sachverständigen erhielten den Auftrag.

das zu untersuchende Blockheizkraftwerk aus den o.a. Containern unter den Gesichtspunkten Machbarkeit der Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit und bestmögliche Aussagefähigkeit für die eingesetzte Technik insgesamt sowie Validität der Versuchsergebnisse auszuwählen. Anschließend wurde Kriminalhauptkommissarin Hanse-Müller* gehört, die bereits an einem der ersten Verhandlungstage eine mehr oder weniger unbrauchbare Aussage tätigte.

Es stellte sich heraus, dass die Zeugin mitverantwortlich in der Leitung der damals am 30.11.2010 vollzogenen Aktion war. Auf die Frage, ob sie damals selbst bei dieser Durchsuchungs-, Beschlagnahme- und Verhaftungsaktion auf dem Firmengelände zugegen war, antwortete sie mit „Nein“. Diese Frage ergab sich aus ihren vorangegangenen Antworten, da sie nicht sagen konnte, wie viele BHKWs und/oder Container auf dem Gelände der GFE vorhanden waren. Sie gab lediglich an, die GFE-Group hätte wohl nur deshalb eine scheinbare Produktion gehabt, um Ermittlungen entgegenzuwirken.

Auf die Frage, ob sie wenigstens in der Folgezeit bis heute das Betriebsgelände in Augenschein genommen habe, antwortete sie ebenfalls mit „Nein“. Sie gab auch zu, sich nicht einmal den von der Polizei gedrehten Film jemals angeschaut zu haben. Dabei hätte sie relativ leicht erkennen können, dass es sich niemals um eine „scheinbare“ Produktion gehandelt haben konnte. Es war an ihren Aussagen sehr leicht zu erkennen, ich spreche hier aus meiner Empfindung, dass diese Frau von Anfang an, von Betrug ausging und sich niemals selbst die Frage stellte, ob sie sich auch täuschen könnte. Hier fand meines Erachtens schon eine Vorverurteilung statt – insofern kann man nicht von einer fairen Ermittlungsarbeit ausgehen, weil der Fokus dieser Leiterin nur auf einen Betrug ausgerichtet war.

Dann wurde der Zeuge Herr Dambert*, ein Mitarbeiter der GFE, gehört und befragt. Herr Dambert* gab seine Tätigkeit mit allen Details dem Gericht zur Kenntnis. Er schilderte den Aufbau eines Systems zum Qualitätsmanagement, von der Erstellung von Stücklisten und nicht zuletzt den Aufbau von Arbeitsplänen, um die Abläufe in der Produktion zu optimieren und somit eine Kapazitätsplanung vorzubereiten. Er befand sich zum Zeitpunkt der Verhaftungsaktion am 30.11.2010 in der Vorbereitungsphase eines entsprechenden übergreifenden EDV-Programms.

Vor der nun geplanten Vernehmung der Zeugen des TÜV-Süd Czech (Herr Pavel Sterva* und Herr Lubos Tronka*) stellte mein Rechtsanwalt Herr Kruppa einen Befangenheitsantrag gegen den anwesenden vom Gericht bestellten Sachverständigen Herr Stubber* (TÜV-Rheinland) aufgrund seiner Verbindungen zu Herrn Geisfuß*. Im Verlaufe der bisherigen Vernehmungen von Zeugen habe sich gezeigt, dass Herr Stubber* gemeinsam mit Herrn Geisfuß* auf der Referentenliste des BHKW-Infozentrums stehe und sich diese beiden Herren kennen.

Beide Herren hatten im Übrigen auch Sachverhalte telefonisch ausgetauscht und Herr Stubber* habe mit seiner Herangehensweise an ein von der Staatsanwaltschaft beauftragtes Gutachten gezeigt, dass er hierzu nicht geeignet sei. Die Staatsanwaltschaft reagierte auf diesen gestellten Befangenheitsantrag sehr barsch und forderte das Gericht auf, diesen Antrag zurückzuweisen.

Das Gericht beschloss sodann, die beiden vorgenannten geladenen Zeugen inklusive ihrer Zeugenbeistände und Dolmetscher wieder zu entlassen und diese zu einem noch neu zu benennenden Datum erneut zu laden, da erst dieser Befangenheitsantrag seitens der Gerichtsbarkeit beraten werden musste.

Zum Abschluss dieses Verhandlungstages gab ich selbst noch eine Erklärung bzgl. der beschlagnahmten Container ab. Ich erklärte, dass ich in meiner Verteidigungsschrift, die dem Gericht bekannt ist, bereits erklärte, dass keiner der ausgelieferten Container auf die Treibstoffreduzierung ausgelegt sei, da ein solcher Umbau, der nur wenig Zeit in Anspruch genommen hätte, erst nach dem geplanten Langzeitgutachten der DEKRA-Stuttgart im Dezember 2010, erfolgt wäre. Außerdem würden diese Motoren jetzt schon seit mehr als zwei Jahre stillstehen. Ein auf Verbrauch neu zu erstellendes Gutachten würde also keinen Sinn machen, zumal die hier zu erwartenden Ergebnisse bzgl. des Treibstoffverbrauchs und der Wirkungsgrade sich von herkömmlichen BHKW nicht unterscheiden werden. Für mich ist dies völlig unverständlich, dass man nun nach zwei Jahren ein BHKW begutachten lässt, welches nachweislich schon in meiner Verteidigungsschrift und in anderweitigen Aussagen ohne Verbrauchsreduzierung ausgestattet ist. Hier werden Kosten produziert, die völlig unnötig sind und letztendlich keinen Sinn ergeben.

Ob die Gerichtsbarkeit hier meinen Ausführungen keinen Glauben schenkte oder ob man sich bei meinen Ausführungen dessen nicht bewusst war, vermag ich hier nicht zu sagen. Sollte das Gericht meinen Ausführungen gefolgt sein, so frage ich mich, was das Gericht mit einem Gutachten bewirken will, dass ganz normale Werte wiedergibt. Im Übrigen kann ich bis heute nicht verstehen, warum man innerhalb der letzten zwei Jahre, in denen wir uns ununterbrochen in U-Haft befanden, nicht einmal die Chance genutzt hat, ein auf verbrauchsreduzierende Maßnahmen erstelltes BHKW mit unseren Fachleuten Herrn Karl Meyer und Herrn Dipl.-Ing. Stamm* gemeinsam auszutesten und somit ein faires Gutachten erstellt hat, welches heute den kompletten Prozess um Monate verringert hätte.

Am 18. Verhandlungstag wurde Herr Gramm* gehört, der bei der GFE-Group für die Erstellung von Schaltschränken zuständig war. Ihm unterstanden einige Personen. Wie die meisten ehemaligen Mitarbeiter, die schon vor ihm als Zeugen gehört wurden, gab er sein Tätigkeitsfeld im Detail bekannt. In diesem Zusammenhang sprach er auch von 10 Containern, an denen regelmäßig in der Produktionshalle gearbeitet wurde. Weiter berichtete er auch von seiner Mitarbeit an der Erstellung von Stücklisten, die für eine optimale Serienproduktion vorbereitet wurden.

Der 19. Verhandlungstag befasste sich mit dem Insolvenzverfahren. Der Insolvenzverwalter Rabe* (GFE – Gesellschaft zur Förderung erneuerbarer Energien mbH) berichtete über seine Tätigkeit, soweit er dies aufgrund seiner Unterlagen nachweisen konnte. In seinen Ausführungen war häufig zu hören, dass er über das ein oder andere nicht informiert war.

Einen Insolvenzantrag musste er nach eigenen Angaben stellen, weil er über keinerlei Unterlagen (denn diese wurden seitens der Staatsanwaltschaft am 30.11.2010 beschlagnahmt), keinerlei finanzielle Mittel (diese wurden ebenfalls im November 2010 blockiert) verfügte und die Mitarbeiter der GFE-Group führungslos „umherirrten“ (die Führungskräfte der GFE-Group wurden allesamt am 30.11.2010 inhaftiert). Herr Rabe* erklärte, dass er gerne den Geschäftsbetrieb hätte weiterlaufen lassen, dies jedoch aus den vorgenannten Gründen nicht möglich war.

Im Anschluss daran wurde der Insolvenzverwalter Kaiser* (GFE Production GmbH + GFE Energy AG) gehört und befragt. Er berichtete von drei Einbrüchen in der Produktionshalle, die in der Zeit von Juni bis November 2011, also in einer Zeit, in der ich mich bereits seit mehr als ½ Jahr in Haft befand) stattfanden. Dabei wurden unter anderem die in der Halle befindlichen

Motoren zerstört, indem man dort Zucker in die Tanks füllte. Die Polizei hatte damals in ihrem Bericht nur festgehalten, dass „kein Sachschaden außerhalb der Einbruchsspuren“ zu finden sei.

Er berichtete (wie zuvor auch Herr Rabe*), dass die GFE-Group zum Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung über mindestens 131 Container verfügte, wobei die im Hamburger Hafen angelieferten Container noch nicht eingerechnet seien. Angeblich sollten sich außerdem im Nürnberger Hafen weitere 20 Container befinden bzw. befunden haben, was noch ermittelt werden müsse. Unterm Strich wären also 251 Container im Besitz der GFE-Group.

Das widersprach den Angaben, die die Staatsanwaltschaft bislang getätigt hatte. Auch ich wandte mich mit Fragen an den Insolvenzverwalter Rabe*: *„Haben Sie mit den anderen Insolvenzverwaltern der einzelnen Gesellschaften der GFE-Group eine gemeinsame Gesellschaft bzw. eine Bürogemeinschaft?“* Diese Frage wurde mit *„Ja“* beantwortet. Für mich war das mehr als aufschlussreich. Wie viel Insolvenzverwalter gibt es im Raum Nürnberg? Kann es da Zufall sein, dass alle Insolvenzverwalter der GFE in einem gemeinsamen Büro arbeiten? Ich war zu diesem Zeitpunkt bereit, das Wort „Zufall“ aus meinem Wortschatz zu streichen. Nichts, was in der GFE Affäre geschah, war ein Zufall.

Am 20. Verhandlungstag sollte eigentlich der Kriminalkommissar Panzer* zu den Ergebnissen der Telefonüberwachung der GFE befragt werden, doch zuerst wurden einige Anträge von Seiten der Anwälte behandelt.

Gleich zu Beginn stellte mein Rechtsanwalt Herr Kruppa den Antrag auf Unterlassung des Abspielens der einzelnen

Telefonate. Er widersprach der Einführung sämtlicher Erkenntnisse aus der in diesem Verfahren durchgeführten Telefonüberwachung in die Hauptverhandlung. Sollte eine Einführung in die Hauptverhandlung dennoch erfolgen, so widersprach er bereits jetzt der Verwertung der gewonnenen Erkenntnisse.

Herr Kruppa begründete seinen Antrag mit vier niedergeschriebenen Seiten. Unter anderem wies er darauf hin, dass die damals angeordnete Telefonüberwachung wegen des Verstoßes gegen den Subsidiaritätsgrundsatz rechtswidrig sei, was dazu führt, dass die gewonnenen Erkenntnisse einem Verwertungsverbot unterliegen. Die Telefonüberwachung ist nur zulässig, wenn sie unentbehrlich ist, weil andernfalls die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsorts des Beschuldigten wesentlich erschwert oder aussichtslos sein würde.

Ein Eingriff in die Inhalte der Kommunikation kommt folglich nur als ultima ratio, als letztes Mittel in Betracht. Von Aussichtslosigkeit ist dann auszugehen, wenn andere Ermittlungsmöglichkeiten ganz fehlen oder mit hoher Wahrscheinlichkeit keinen Erfolg versprechen. Zum Zeitpunkt der Anordnung der Telefonüberwachung war aufgrund der bis dahin geführten Ermittlungen die Firmenstruktur der GFE-Group und die Rolle der einzelnen Beschuldigten innerhalb derselben bereits vollständig aufgeklärt, zumal daraus durch die Beschuldigten auch gar kein Geheimnis gemacht wurde. Mehr als 11.000 Telefongespräche, zum Teil eindeutig privater Natur, wurden systematisch abgehört. Auch die Bankverbindungen, Zahlungseingänge und Zahlungsflüsse waren den Ermittlungsbehörden aufgrund der durchgeführten Finanzermittlungen umfassend bekannt. Dies ergibt sich aus dem am 02.11.2010

vorliegenden Akteninhalt. Fast alle anwesenden Anwälte schlossen sich diesem Antrag an, was letztlich dazu führte, dass sich das Gericht für ca. eine halbe Stunde zur Beratung zurückzog.

Anschließend verkündete der vorsitzende Richter, dass der Antrag zurückgewiesen wurde.

Diese Zurückweisung nahm ich zum Anlass, um selbst einen Antrag zu stellen, wobei ich dies vorab in mündlicher Form tat. Ich verwies die Gerichtsbarkeit auf den § 160 Abs. 2 und auf die Richtlinien für Staatsanwälte, worin allumfassend bestätigt wird, dass sich die Staatsanwaltschaft nicht nur um „belastende“, sondern auch um „entlastende“ Umstände zu kümmern hat, was in diesem Fall bislang nicht erfolgt war – so auch bei der Auflistung der hier zu hörenden abgehörten Telefonate.

Mit dem Abspielen dieser Telefonate würde eine einseitige „belastende“ Darstellungsweise ohne Zusammenhänge erbracht, argumentierte ich. Ich beantragte alle, also auch die „entlastenden“ Gespräche (Telefonate), die dem Gericht als „nicht relevante Gespräche“ vorlagen, in chronologischer Reihenfolge für jeden Beschuldigten abzuspielen. Nur so konnte meiner Meinung nach von einem fairen Prozess ausgegangen werden, denn keiner der hier anwesenden Beschuldigten konnte sich der einseitigen Ermittlungsarbeit in Sachen Telefonate erwehren, zumal diese Telefonate vor mehr als zwei Jahren geführt wurden. Wer kann sich noch detailliert an den Inhalt von Telefongesprächen vor mehreren Jahren erinnern?

Das Gericht gab mir daraufhin eine Viertelstunde Zeit, diesen meinen Antrag mit meinen Anwälten in eine schriftliche Form zu bringen.

Mit diesem schriftlich formulierten Antrag zog sich dann die Gerichtsbarkeit wieder für eine kurze Zeit zurück, um dann mit dem gleichen Ergebnis zu erscheinen wie zuvor zum Antrag meines Anwaltes.

Die Anwältin des Beschuldigten Karl Meyer stellte sodann den Antrag, die Anhörung der Telefonüberwachung solange zurückzustellen, bis sich die Anwälte mit dem Inhalt der „nicht relevanten Gespräche“ vertraut gemacht haben. Dieser Antrag wurde, wie zu erwarten war, ebenfalls zurückgewiesen. Was war aus dem rechtsstaatlichen Grundsatz geworden, dass jeder Beschuldigte ein faires Verfahren bekommen sollte? Mich erinnerte das Schauspiel – denn als etwas anderes konnte ich das Verfahren nicht mehr betrachten – an die Hexenprozesse der Frühen Neuzeit, die nur darauf abzielten, Schuldige hervor zu bringen und zu bestrafen.

Der vorsitzende Richter erklärte an dieser Stelle, dass zwei Beschuldigte, Herr Dipl.-Ing. Klaus* und Herr Teichmann*, ein Teilgeständnis abgelegt hätten.

Meines Erachtens sind diese sogenannten Teilgeständnisse, wie es die Gerichtsbarkeit benennt, nichts anderes als strategische Maßnahmen der beiden Beschuldigten um so schnell wie möglich wieder auf freien Fuß zu kommen.

Dieses Bedürfnis konnte ich, der damals bereits zwei volle Jahre in Untersuchungshaft saß, mehr als verstehen. Unterm Strich hat keiner der Beiden einen Betrug zugegeben – vielmehr haben sie lediglich eingeräumt, dass es eventuell so gewesen sein könnte, wie die Staatsanwaltschaft behauptete. Dagegen sprach doch ganz klar, dass einer dieser Beschuldigten im täglichen Geschäft der GFE-Group voll involviert war und auch an allen diesbezüglichen internen Besprechungen teilgenommen hatte

und der andere Beschuldigte selbst bei der GFE-Group ein BHKW erwarb, zu einer Zeit, in der er es laut seinem Teilgeständnis billigend in Kauf nahm, dass die Sache nicht funktionieren könnte.

Ein solches Verhalten macht keinen Sinn, und so sind die „Teilgeständnisse“ nicht anders zu verstehen, als dass man hier kollaborierte, um endlich nicht mehr mit der Inhaftierung belastet zu werden. Dennoch gönne ich diesen beiden Personen die wieder gewonnene Freiheit, denn letztendlich hat keiner der Beschuldigten irgendwann und irgendwie an einem Betrugsfall mitgewirkt.

Ich hatte zu diesem Zeitpunkt auch nichts dagegen, wenn das Gericht alle anderen Beschuldigten wieder nach „draußen“ entlassen würde – man könnte mich als einen der verantwortlichen „Chefs“ als Pfand hier belassen.

Erst am Nachmittag dieses ereignisreichen Tages wurden die ersten „belastenden“ Telefongespräche vorgespielt. Tatsächlich war von dem Gesprochenen kaum etwas zu verstehen. Von allen Seiten wurde bemängelt, dass man aufgrund der miserablen Tonqualität nichts verstehen könne. Damit wurde dieser Verhandlungstag beendet und versichert, man werde sich um eine bessere Wiedergabetechnik für den nächsten Verhandlungstag kümmern.

Am folgenden Verhandlungstag wurden weitere Telefonschnitte vorgespielt. Die Technik war ein wenig besser als am Verhandlungstag zuvor. Die ersten 30 Telefonate von 197 wurden gehört. In der Hauptsache handelte es sich hier um Gespräche, die meine Ehefrau Silvia mit verschiedenen Gesprächspartnern geführt hatte. Es war für sie, wie auch für mich, ein unbehagliches Gefühl, zumal hier sehr viele private

Einzelheiten in aller Öffentlichkeit preisgegeben wurden. Ob dies letztendlich zu einer objektiven Wahrheitsfindung führt, wage ich ernsthaft in Zweifel zu ziehen, wenn das Ziel öffentliche Demütigung und Verunsicherung war, so hat man damit in das Schwarze getroffen.

Doch dieser Tag brachte auch positive Nachrichten: Der Haftbefehl gegen meine Frau Silvia wurde aufgehoben – nach zwei Jahren und zwei Wochen Untersuchungshaft. Als das Gericht diese Entscheidung verkündete, brach meine Frau in Tränen aus. Ich kann auch nicht verhehlen, dass ich mit meinen Tränen und Emotionen kämpfte. Mir fiel ein wahnsinnig großer Stein von meinem Herzen. Um ehrlich zu sein: Ich hätte meiner Frau ein drittes Weihnachtsfest unschuldig hinter Gittern nicht mehr zumuten wollen.

Sicher werde ich irgendwann die Erlebnisse schildern, die einem hier als unschuldig geltender Mensch widerfahren. Nirgendwo konnte ich dies bisher in den Medien finden. Immer wird der Öffentlichkeit nur eine „heile Welt“ hinter Gittern vorgespiegelt.

Auch in den nächsten Verhandlungstagen ging es vor allem um die Mitschnitte. Es war eine quälende und langweilige Prozedur und jeder der Anwesenden kämpfte während dieser den ganzen Tag andauernden Prozedur mit dem Schlaf.

Es ist mehr als bezeichnend, dass hier vor Gericht insgesamt knapp 200 mitgeschnittene Telefonate vorgeführt wurden, die zum größten Teil nur „Small Talk“ und Beschimpfungen untereinander umfassten, jedoch nichts zur Sache, sprich zum Betrugsvorwurf, wiedergaben. Ging es darum, die Anwälte und die Angeklagten zu zermürben, sie unaufmerksam werden zu lassen?

Weitere Telefonate des Herrn Dipl.-Ing. Klaus* beinhalteten

Angebotseinholungen von Wärmetauschern, Katalysatoren, Treibstoffpumpen und doppelwandigen Treibstofftanks. Hinweise auf Straftaten waren diesen Telefongesprächen nicht zu entnehmen, im Gegenteil, es wurde deutlich, dass es der Geschäftsleitung ganz und gar auf das bevorstehende Langzeitgutachten ankam. Aus diesem Grund gab ich am Ende des Verhandlungstages eine Erklärung ab, in der ich nochmals ausdrücklich auf meine Verteidigungsschrift hinwies, zumal sich die Telefonate mit meinen darin aufgeführten Erklärungen decken. So kam in den abgehörten Gesprächen klar zum Ausdruck, dass es mir immer auf dieses Langzeitgutachten ankam, weiter im Dezember 2010 noch ca. 40 bis 40 Container an das Netz angeschlossen werden sollten und ab dem 01.01.2011 das Wärmekonzept greifen sollte.

Nach Weihnachten stellte die Rechtsanwältin des Herrn Karl Meyer den Antrag auf Außervollzugsetzung des Haftbefehls, hilfsweise auf Ausantwortung oder Ausführung zugunsten ihres Mandanten. Diesen Antrag gebe ich hier in Auszügen wieder:

„Hiermit beantrage ich, die Außervollzugsetzung des Haftbefehls gegen meinen Mandanten, hilfsweise die Ausantwortung oder Ausführung zum Zwecke der Beratung und Mitarbeit an der Wiederinbetriebnahme und Testung eines Blockheizkraftwerkes des beschlagnahmten Containers Nr. 10.“

Und weiter:

„Mit Beschluss des LG Nürnberg-Fürth vom 05.11.2012 wurde die Durchsuchung des Anwesens sowie die Beschlagnahme des Containers Nr. 10 samt darin verbauter Blockheizkraftwerke angeordnet.

Mit Verfügung des Vorsitzenden des LG Nürnberg-Fürth vom 15.11.2012 wurde sodann angeordnet, den Rapsöl-Verbrauch

sowie den elektrischen Wirkungsgrad eines der im Container befindlichen Blockheizkraftwerke zu ermitteln.

Zu diesem Zwecke wurde angeordnet, die Lauffähigkeit eines der BHKWs wiederherzustellen und eine durch das Gericht bestimmte Zahl aufgelisteter Komponenten sowie deren Zustand zu dokumentieren. Mit der Wiederherstellung der Lauffähigkeit des BHKW sowie Dokumentation der seitens des Vorsitzenden aufgelisteten Komponenten wurde der öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige Dieter Hansen* beauftragt, mit der Durchführung der Messungen und Feststellungen der bereits vernommene Sachverständige Prof. Dr. Michael Wiesner*. Angeordnet wurde weiter, aus den zur Verfügung stehenden BHKWs unter den Gesichtspunkten Machbarkeit der Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit, bestmögliche Aussagefähigkeit für die eingesetzte Technik insgesamt sowie Validität der Versuchsergebnisse eines der BHKWs auszuwählen und die Gründe für die getroffene Auswahl zu dokumentieren.

Eine Auswahl aus den vorhandenen BHKWs samt zugehöriger Peripherie sowie Inbetriebnahme ist nicht ohne die Beratung und Mitarbeit des Antragstellers zu treffen, der hierzu seine Bereitschaft erklärt.

Der Sachverständige Prof. Dr. Ing. Wiesner* nämlich hat in seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung am 15.10.2012 erklärt, dass er eine Einsparung des Rapsöl-Verbrauchs von 30%, die der Antragsteller in seiner Einlassung vor Gericht als seine durch die Firmenleitung gestellte Aufgabe bestätigte, „rechnerisch nicht zu erzielen“ sei.

Die Qualifikation des Sachverständigen Hansen* betreffend Blockheizkraftwerke auf Rapsölbasis in Containerbauweise ist hier nicht bekannt. Auch eine ausführliche Suche im Netz ergibt

lediglich den Namen und die Adresse des Sachverständigen sowie dessen Bezeichnung als „KFZ-Sachverständiger“.

Der beschlagnahmte Container Nr. 10 samt darin evtl. befindlicher BHKWs wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 2010 gefertigt. Nach Zerschlagung der Firma GFE wurde, soweit bekannt, der Container nicht mehr in Betrieb genommen. Bei den BHKWs handelt es sich um Dieselmotoren. Diese Motoren wurden seit Auslieferung des Containers, somit seit ca. zwei Jahren, weder benutzt, noch ordnungsgemäß gewartet oder Frostschutz aufgefüllt.

Dieselmotoren erleiden, so sie nicht in regelmäßigen Abständen gewartet und in Betrieb genommen werden, Stehschäden, insbesondere durch Verschlackung des darin befindlichen Öls sowie Korrosionsschäden insbesondere in den Wasserkanälen durch Zusetzung der Kanäle. Sämtliche in dem Container befindliche BHKWs sind somit nicht mehr mit den zum Zeitpunkt der Auslieferung gefertigten BHKWs in Containerbauweise vergleichbar.

Eine bestimmungsgemäße und aussagekräftige Inbetriebnahme und Testung ist nicht ohne die fachmännische Beratung und Mitarbeit ihres Konstrukteurs, des Antragstellers möglich. Insbesondere ist nur der Antragsteller in der Lage, festzustellen, ob unter den im Container Nr. 10 verbauten BHKWs eines zu den angeordneten Tests überhaupt noch verwendbar ist und alle Komponenten sich in ursprünglichem und unbeschädigtem Zustand befinden.

Der Antragsteller ist deshalb, um alle Möglichkeiten zur Aufklärung der materiellen Wahrheit auszuschöpfen, zur Auswahl, Vorbereitung und jedenfalls ggf. Wiederinbetriebnahme eines BHKW bereits aufgrund der

Amtsaufklärungspflicht des Gerichts aus § 244 II StPO, dem Rechtsstaatsprinzip, dem Prinzip des „fair trial“, Art. 20 III GG iVm Art. 2 I GG, Art. 6 11 MRK sowie dem Grundsatz des rechtlichen Gehörs, Art. 103 I GG, zwingend zur Beratung und Mitarbeit hinzuzuziehen, entweder im Wege einer Außervollziehung des Haftbefehls oder aber hilfsweise einer Ausantwortung oder Ausführung unter Begleitung von Polizeibeamten oder anderen Aufsichtspersonen.“

Nach dem Verlesen dieses Antrags war ich mehr als gespannt, wie das Gericht mit dieser expliziten und mehr als begründeten Aufforderung zur Wahrheitsfindung umgehen würde. Am nächsten Tag wies der Richter den Antrag zurück. Die Staatsanwaltschaft stellte im Anschluss aber den überraschenden Antrag noch weitere Telefonate abzuspielen (ca. 20 an der Zahl), unter anderem aus der Akte „nicht relevante Gespräche“. Meines Erachtens war diese Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft schon mehr als peinlich, wenn sie schon auf solch nichtssagende Telefonate zurückgreifen musste, um ihren Standpunkt festigen zu wollen. Nur wenige dieser Telefonate, die vielleicht ja sogar zu unserer Entlastung beigetragen hätten, wurden abgespielt, dann verhinderten technische Mängel, dass weitere Bänder gehört werden konnten. Zufall? Der geneigte Leser wird inzwischen wissen, was ich von diesem Wort im Zusammenhang mit dem Verfahren halte.

Der 17. Verhandlungstag fand am 17.01.2013 statt. Es wurden die beiden Zeugen der N-Ergie-Netz GmbH aus Nürnberg gehört. Beide Herren schilderten die Kontaktaufnahme und die „Zusammenarbeit“ mit der GFE-Group, wobei hier zu bemerken ist, dass Herr Müller* dies in sehr sachlicher Form darlegte, wobei der Zeuge Riegel* mit seiner Ausdrucksweise nicht

verhehlen konnte, dass er schon damals im Juni 2010 mit vielen Vorurteilen in Richtung GFE-Group belastet war. So sprach er unter anderem von einem „dubiosen Geschäftsmodell“ und von einem „Schneeballsystem“. Diesen Eindruck hatte er, nachdem er damals einen Prospekt oder Schriftstück „Die schuldenfreie Gemeinde“ von Herrn Dr. Kress* in Händen hielt.

Er gab an, dass er hier sofort an Betrug dachte und die anderen Netzbetreiber in Bayern hierüber in Kenntnis setzte und sie sozusagen vor der GFE-Group gewarnt habe. Beide Herren gaben auch an, dass seitens der GFE-Group viele Anfragen bzgl. Netzanschlüsse vorhanden waren – sie konnten die Anzahl derer jedoch nicht spezifizieren.

Bedenklich ist außerdem die Tatsache, dass beide Herren immer wieder von einem Wirkungsgrad sprachen, der zu keiner Zeit bei der GFE-Group eine Rolle spielte. Beide Herren sprachen auch von den minimalen Einspeiseerlösen, die die von der GFE-Group angeschlossenen Container erzielten.

Ich befragte Herrn Riegel*, der immer wieder von Betrug sprach, ob er denn die von der GFE-Group praktizierte Technologie kenne und ob er wisse, dass ein paar Monate vorher, im Frühjahr 2010, eine andere Firma in Deutschland für die gleiche Bauweise vom Bundespräsidenten ausgezeichnet wurde. Er verneinte diese Frage. Ich gab zu bedenken, dass er somit Rufmord an der GFE-Group begangen habe und schon zum damaligen Zeitpunkt die Geschäftstätigkeit unserer Firma in großem Maße behindert habe, was an den Reaktionen der anderen Netzbetreiber im Nachhinein zu erkennen ist.

Herrn Müller* wurde von mir befragt, ob er darüber informiert war oder ob es ihm zum damaligen Zeitpunkt bewusst war, dass die angeschlossenen Container der GFE-Group allesamt

Prototypen zuzuschreiben sind. Diese Frage musste nicht zuletzt deshalb gestellt werden, da man immer wieder auf die minimalen Einspeiseerlöse hinwies.

Herr Müller* verneinte diese Frage – er wusste es also nicht. Da man dann immer wieder darauf hinwies, die Rentabilität der BHKWs würde sich nur dann rechnen, wenn man gleichzeitig den erzeugten Strom und auch die Wärme veräußert – musste ich nochmals auf unsere Technologie eingehen und befragte hier Herrn Müller*. Daraufhin gab er zu, dass er mit Wassereinspritzung bzw. Wasserbeimischung nicht vertraut sei.

Auf meine Frage, ob sich ein BHKW dann rechnen würde, wenn für den Rapsöleinkauf nur ein Viertel aufgewendet werden müsse, antwortete er: *„Ja, auf alle Fälle rechnet sich das, selbst dann wenn man nur den erzeugten Strom veräußere“*. Weitere Fragen hielt ich dann nicht mehr für notwendig.“

Am 28. Verhandlungstag sollte eigentlich Dipl. Ing. Stamm* sprechen, der sich zu diesem Zeitpunkt jedoch weigerte, vor Gericht zu erscheinen, zumal er dieses Verfahren als rechtswidrig ansehe. Herr Stamm* war neben Herrn Meyer einer unserer Entwickler. Ich konnte die Beweggründe des Zeugen zwar nachvollziehen – gab aber klar zu bedenken, dass dieses Verfahren dennoch stattfindet und wir uns hier der Realität stellen.

Es war mittlerweile schon der vierte Zeuge, der entweder nicht erschien oder aber keine Aussagen tätigte, was mich hier doch sehr befremdete, zumal es gerade diese Zeugen waren, die maßgeblich zu der Wahrheitsfindung Stellung beziehen könnten. Hatte man sie eingeschüchtert? Bedroht? Fürchteten sie, ebenfalls verleumdet zu werden? An dieser Stelle kann ich nur spekulieren.

Der 29. Verhandlungstag begann damit, Ermittlungsergebnisse vorzutragen, die vorrangig aus dem Vertrieb stammten. Des Weiteren wurden mehrere Protokolle von Production-Sitzungen, an denen ich selbst zum größten Teil auch teilgenommen und diese oft auch geleitet hatte, zum Besten gegeben. Allein aus diesen wenigen Protokollen ist zu erkennen, dass sich die GFE-Group bis ins kleinste Detail um den Fortgang der Produktion kümmerte und von einem „Scheinbetrieb“ nicht die Rede sein kann.

Dann wurde eine Mitarbeiterin der E.ON Bayern AG gehört. Aus ihrer Aussage ging hervor, dass es der GFE-Group an einer Zusammenarbeit gelegen war und sehr wohl die Absicht hegte, neben den schon bestehenden auch weitere Container ans Netz anzuschließen. Nach ihr wurde ein weiterer Mitarbeiter der E.ON Bayern AG gehört.

Beide vorgenannten Zeugen gaben an, dass ein Antrag zur Energieeinspeisung bis zu zwei Monate Bearbeitungszeit in Anspruch nehmen kann. Weiter bestätigten sie, dass der endgültige Netzanschlussvertrag bis zu vier Monaten dauert. Sie bestätigten ferner, dass mehrere Anträge seitens der GFE-Group vorlagen, die allerdings nicht zum Abschluss gebracht werden konnten. Diese Anträge wurden im Oktober/November 2010 gestellt. Wir erinnern uns: Die GFE-Group konnte nach dem 30.11.2010 nicht mehr handeln. Bemerkenswert ist noch, dass die E.ON Bayern AG nach eigenen Angaben von der GFE-Group ca. 110.000 kWh erhalten und bis zum heutigen Tage nicht abgerechnet hat, da die von der GFE-Group beizubringenden Formulare nicht erbracht wurden.

Ein wenig anders stellte sich das bei den Stadtwerken Heilsbronn dar – hier sagte deren Mitarbeiter Herr Staller* aus. Er bestätigte, dass die GFE-Group auch hier Strom eingespeist habe

– solange bis der Container stillgelegt wurde. Der Grund für die Stilllegung war ihm nicht bekannt. Da auch hier von der GFE-Group die erforderlichen Unterlagen nicht erbracht wurden, haben die Stadtwerke Heilsbronn statt der knapp erwirtschafteten 8.000 Euro nur ca. 1.700 Euro an den Insolvenzverwalter der GFE-Group angewiesen.

Bis zum Ende dieses Verhandlungstages wurden dann weitere Dokumente und Schriftstücke aus den zahlreichen Akten verlesen, wobei hier neben den schon besprochenen Production-Sitzungen auch die ersten Protokolle der Innendienstbesprechungen zum Zuge kamen. Auch aus diesen Protokollen ist eindeutig ersichtlich, wie sehr es uns, der GFE-Group an einer ordentlichen Geschäftsführung gelegen war und nirgendwo ist auch nur der Hauch einer Betrugstat zu erkennen.

Am 30. Verhandlungstag Tag sagte meine ehemalige Sekretärin Frau Bach* aus. Die Aussagen Frau Bach's* weisen, wie schon viele andere Zeugenvernehmungen, auf einen ganz normalen Geschäftsbetrieb hin. Auch sie konnte keine kriminellen Äußerungen oder Handlungen innerhalb der GFE-Group erkennen – und das, obwohl sie meist in unmittelbarer Nähe meiner Person ihren Arbeitsplatz hatte.

Sie wurde auch zu den vielen Innendienstbesprechungen befragt, zumal sie darin als Protokollführerin aufgeführt ist. Man fragte sie auch, ob das Forum im Internet des Herrn Geisfuß* auch Thema bei diesen Besprechungen gewesen sei und ob man dort über den Verbrauch der BHKWs diskutiert habe, beispielsweise in der Art, dass einer der Beteiligten Zweifel daran gehabt hätte. Sie gab in ihrer diesbezüglichen Aussage klar zu verstehen, dass dem nicht so gewesen sei – im Gegenteil: Jeder der Anwesenden war von der Funktionstüchtigkeit unserer BHKWs überzeugt.

Sie, die immer im Anschluss die Protokolle der Innendienstbesprechungen in schriftlicher Form fertigte, gab diese vor Versendung an alle Beteiligten zur Korrektur weiter. Auf die Frage des Gerichts, ob ich darin Änderungen vorgenommen habe, machte sie folgende Aussage: *„Herr Kirsten prüfte lediglich den Inhalt, änderte aber nichts oder in dem ein oder anderen Fall nur die Formulierung.“*

Am Nachmittag wurde Frau Schüsner*, die Sekretärin des anderen Gesellschafters, Herrn Karl-Heinz Zumberg*, befragt, die zugleich auch die Verlobte von Herrn Teichmann* ist, und der sich kurze Zeit zuvor durch ein Teilgeständnis freigekauft hatte.

Sie äußerte sich sehr kritisch über die GFE. Es hatte fast den Anschein, man habe sie regelrecht aufgehetzt. Sie gab unter anderem an, dass ihr ein Honorar durch Herrn Zumberg* zugesagt worden war und sie nur Aufgaben für ihn vornahm, was unterm Strich lediglich ein Belegsortieren als Vorbereitung für die Buchhaltung gewesen sei.

Man fragte sie, ob der freigelassene Herr Teichmann* mit ihr über Probleme innerhalb der GFE-Group gesprochen habe. Diese Frage verneinte sie. Sie sprach lediglich davon, dass sie Herrn Teichmann* angeraten habe, einen „normalen“ Job anzunehmen – um mit ihm ein „normales“ Familienleben zu führen, da die Tätigkeit bei der GFE-Group viel zu stressig sei und sie beide aus diesem Grund nicht allzu viel Zeit füreinander haben. Für mich war es befremdlich, dass Herr Teichmann* einerseits in einem sogenannten „Teilgeständnis“ angab, er habe schon seit August 2010 das Gefühl gehabt, es könne sich bei der GFE-Group um Betrug handeln, andererseits war er Teilnehmer an allen Innendienstbesprechungen, in denen er niemals einen Zweifel anmeldete.

Des Weiteren hat er selbst im privaten Bereich bei seiner Verlobten niemals derartige Bedenken angemeldet – im Gegenteil: er bewarb sich ja auch noch für eine Stellung bei der GFE Group in der Schweiz.

Im Anschluss an die Vernehmung der Zeugin wurden vom Gericht weitere Dokumente aus den Ermittlungsakten vorgelesen. Dieses Mal handelte es sich um eine Vielzahl der von Frau Bach* erstellten Protokolle zu den Innendienstbesprechungen. In diesen Protokollen ist für jedermann ersichtlich, dass sich die Teilnehmer bis ins kleinste Detail um Verwaltung und Produktion kümmerten. Einige Rechtsanwälte konnten nur noch den Kopf schütteln und fragten mich im Anschluss fassungslos: *„Das soll ein Scheinbetrieb gewesen sein?“*

Am 31. Verhandlungstag wurde Herr Falke* von den Stadtwerken Schwabach gehört. Er gab an, dass die GFE bereits im Mai 2010 einen Netzanschluss in Schwabach beantragte. Bis zur Genehmigung dauerte es jedoch einige Monate, sodass erst am 23.11.2010 für diesen Anschluss eine Rechnung an die GFE gesandt werden konnte. Da diese nicht bezahlt worden war, da wir ja bereits am 30.11.2010 verhaftet wurden, kam es nicht zu dem besagten Netzanschluss. Er konnte jedoch weiter berichten, dass die GFE am bezeichneten Standort bereits zwei Container aufgestellt hatte. Ich gebe hier zu bedenken, dass die GFE-Group bereits im Mai 2010 Netzanschlüsse beantragt hatte, während die Staatsanwaltschaft behauptet, die GFE-Group habe dies erst zu einem späteren Zeitpunkt getan, um nicht als „Betrugsfirma“ aufzufliegen.

Nach ihm machte Herr Meter* von der Firma Silingo* seine Aussage, der für uns Flyer, Prospekte und anderes Werbematerial gestaltete und dafür Fotos in unseren Geschäfts-

und Produktionsräumen fertigte.

Auf meine Frage, ob er sich noch an eine Plakataktion in Nürnberg erinnere, gab er an, ja – hier ging es um eine groß angelegte Mitarbeitersuche im technischen Bereich. Diese Plakate wurden auch von ihm gestaltet und wurden im Nachhinein an den besten Plakatflächen in Nürnberg platziert. Auf eine weitere Frage meinerseits, ob er sich an die Teilnahme an einer Sitzung in der Schweiz erinnere, wo es darum ging, dass zukünftig alle Prospekte für die einzelnen Firmen der GFE-Group erneuert werden müssten und dies auch im Internet (Website) geschehen müsse, nicht zuletzt um eine klare Trennung dieser Firmen und deren Aufgabengebiete öffentlich zu machen – beantwortete er mit: „Ja.“.

Im Verlaufe seiner Aussage beschrieb Herr Meter*, dass er zum Zwecke der Prospekterstellung und für die Website sehr viele Fotos in der Produktionshalle gemacht habe. Ich fragte ihn dann, ob er diese Fotos digital gemacht habe und ob er diese noch auf einem Server habe. Seine Antwort erschütterte mich – vielleicht auch andere am Prozess Beteiligte.

Er antwortete sinngemäß: *„Der Server, auf dem diese Fotos gespeichert waren, wurde am 30.11.2010 von der Kripo beschlagnahmt.“* Als er diesen Server von der Kripo zurück erhielt, war dieser defekt und konnte nicht mehr hergestellt werden. In der Folge habe er dann diesen Server entsorgt. Während seiner Tätigkeit für uns hatte er nie das Gefühl gehabt, für eine Scheinfirma zu arbeiten.

Auffallend war an diesem Verhandlungstag, in welchem Umfang sich die Gerichtsbarkeit mit der technischen Skizze in einigen Prospekten der GFE auseinander setzte. Die Zeugen sollten angeben, woher diese Skizze stamme. Immerhin war auf der

Skizze ein „ESS“-System (Energy-Saving-System) eingezeichnet, auf das immer wieder Bezug genommen wurde. Wir haben mehrfach versucht, der Gerichtsbarkeit zu erklären, dass das ESS kein einzelner Bestandteil war, sondern die Umschreibung für die am Motor vorgenommenen Veränderungen, die zur Verbrauchsverringerung dienten. Dieses wurde als „ESS“ symbolhaft auf der Skizze dargestellt, existierte aber nicht als Kasten oder ähnliches, sondern war die Gesamtheit der Modifikationen, die nur bildlich verdeutlicht wurden.

Im Laufe des Tages wurden dann noch weitere Protokolle von Innendienstbesprechungen vorgelesen, wobei u.a. auch erkennbar war, dass wir schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt Gutachten von einer technischen Universität (Graz/Wien) angestrebt und mit diesen schon Kontakt aufgenommen hatten – zu einem Zeitpunkt, an dem wir aufgrund der langen Lieferzeiten aus China noch nicht einmal zwei Monate im Besitz dieser Motoren waren

Am darauffolgenden Verhandlungstag wurde der ehemalige Hausmeister der GFE, Herr Daniel Lieblich* befragt. Er gab an, ab Oktober 2010 als Hausmeister für die GFE tätig gewesen zu sein. Des Weiteren erklärte er, dass er mehrmals in der Produktionshalle der GFE gewesen sei und immer einen regen Betrieb und arbeitendes Personal wahrgenommen habe. Auf die Frage eines Richters, wie viele Personen er denn in dieser Halle habe arbeiten sehen, schätzte er deren Zahl auf 40 bis 50 Arbeiter. Außerdem sprach er von ca. 10 bis 12 Containern, die ständig in der Halle gewesen seien und an denen gearbeitet wurde. Weiter hatte er beobachtet, dass die Container nach der Fertigstellung immer Probeläufen unterzogen wurden.

Auf die Frage eines Anwaltes, ob er damals geglaubt habe, in einem „Scheinbetrieb“ zu arbeiten, erwiderte er empört:

„Niemals“ – immerhin habe er für die Anstellung bei der GFE sogar einen 5-Jahres-Vertrag seiner letzten Stelle aufgekündigt.

Am 33. Verhandlungstag machte Andreas Hacke* seine Aussage. Herr Hacke* war bei der GFE-Group für das Stellplatz-Management zuständig. Ihm wurde gleich zu Beginn mitgeteilt, dass gegen ihn ein Ermittlungsverfahren laut § 55 StPO läuft, wovon er bis zu diesem Augenblick nichts gewusst hatte.

Darauf lehnte sein Zeugenbeistand jedwede Aussage ab. Selbst die Frage seitens des Vorsitzenden Richters, ab wann er bis zur Durchsuchung der GFE-Group und für was er dort zuständig gewesen sei, wurde von dem Zeugen nicht beantwortet.

Der vorsitzende Richter wies ihn darauf hin, dass er hier kein Aussageverweigerungsrecht habe, was die Anwälte im Raum allerdings anders sahen. Es wurde deutlich, dass sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Richter über die Verweigerung von Herrn Hacke* mehr als erbost waren. Nach dieser Zeugenbefragung gab der Vorsitzende Richter noch zwei Beschlüsse bekannt.

Zum einen wurde der Antrag auf Ablehnung des Sachverständigen Dipl.-Ing. Thomas Stubber* wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt. Sieben DIN-A4-Seiten hat das Gericht mit Begründungen gefüllt, um dieser Ablehnung Stärke zu verleihen. Es ist schon sehr verwunderlich, dass ein so hohes Gericht einem solch stümperhaft erstellten Gutachten einen solchen Stellenwert zumisst. Die Ablehnungsgründe können von mir nicht ganz nachvollzogen werden, zumal sie im Endeffekt nicht den realen Umständen entsprechen. Hätte man damals bei der Verhaftung der Beschuldigten ähnliche Maßstäbe angesetzt – es wäre kein einziger der hier Angeklagten verhaftet worden.

Im Nachhinein dachte ich darüber nach, weshalb das Gericht

eine solche Ablehnung ausspricht. Es drängt sich der Verdacht auf, dass es der Gerichtsbarkeit wohl sehr schwer fiel, überhaupt ein belastendes Gutachten zu finden.

Die schon von der GFE-Group in Auftrag gegebenen Gutachten von DEKRA und TÜV Süd Czech aus dem Jahr 2010 wollte man nicht anerkennen, da diese die Unschuld aller hier im Prozess Beschuldigten bewiesen hätten.

Weiter wies ich das Gericht darauf hin, dass es sich bei dem zu begutachtenden Container durch Prof. Dr. Wiesner* nicht um bereits auf Treibstoffersparnis umgebaute Blockheizkraftwerke handelt – und aus diesem Grund wird dieses Gutachten nichts anderes bringen als die Ergebnisse eines ganz normalen Blockheizkraftwerkes.

Bereits in meiner Verteidigungsschrift erwähnte ich, dass es sich hierbei um Prototypen und Container der Null-Serie handelt. Dennoch war geplant, weitere Steuergelder zu verschwenden, um ein solches nichts bringendes Gutachten zu erstellen. Einen bereits auf Treibstoffreduzierung ausgerichteten Motor begutachten zu lassen, war nicht mehr möglich.

Die Kriminalpolizei hatte, übereinstimmend mit den Berichten der Insolvenzverwalter, angegeben, dass während der Haftzeit der Beschuldigten mindestens drei Mal bei der GFE-Group eingebrochen wurde und alle Tanks der sich noch dort befindlichen Motoren mit Zucker befüllt wurden, was zu einem Totalschaden führte. Also blieb dem Gericht erkennbar nichts anderes übrig, als das stümperhafte Gutachten eines Sachverständigen, der nach eigenen Aussagen so gut wie keine Erfahrung mit pflanzenölbetriebenen Blockheizkraftwerken hatte, eine Alleingültigkeit zuzuschreiben.

Selbst unser Angebot, den mittlerweile auch inhaftierten

Entwickler Herrn Karl Meyer mit Prof. Dr. Wiesner* zusammenarbeiten zu lassen, wurde vom Gericht abgelehnt.

Die Verhandlung wurde am 28.02.2012 fortgesetzt und der Zeuge Herr Neumüller* von der „infra fürth gmbh“ gehört.

Er gab zu Protokoll, dass die GFE-Group bereits im Mai 2010 dort einen Antrag auf Einspeisung von Strom ins öffentliche Netz beantragt hatte. Der Container, der dann zu einem späteren Zeitpunkt, nach Abschluss aller Formalitäten, in Fürth aufgestellt wurde, lief seinen Aussagen zufolge sehr unzuverlässig. Abgerechnet wurden dann mit dem Insolvenzverwalter ca. 96.000 kWh nach dem normalen Tarif, da die GFE-Group aufgrund der Verhaftungen nicht mehr den entsprechenden Nachweis erbringen konnte, nach dem EEG abgerechnet werden zu können.

Die Unzuverlässigkeit ist meines Erachtens darauf zurück zu führen, da es sich hierbei um einen der ersten Container handelte, der ebenfalls als Prototyp aufgestellt wurde und noch nachgerüstet werden sollte, was den reduzierten Treibstoffverbrauch angeht. Außerdem fiel dieser Container wegen einer Havarie für längere Zeit aus, da der Rapsöltank auslief. Schon damals vermuteten wir nach Begutachtung der Fehlerquelle, dass hier Sabotage im Spiel gewesen sein müsse, was wir allerdings und leider nicht beweisen konnten.

Am Nachmittag wurde der Zeuge Robert Schaub* in den Zeugenstand gerufen. Er sagte aus, er habe damals vorgehabt bei der GFE-Group eine größere Investition zu tätigen.

So habe er dann auch einen Termin direkt vor Ort bei der GFE-Group gehabt und dort auch mit mir gesprochen, wobei ich mich selbst nicht mehr daran erinnern kann. Auf die Frage des Gerichts, was er dann mit mir besprochen hätte, war seine

Antwort, ich hätte arrogant auf ihn gewirkt und hätte nur versucht, ihm unser Produkt zu verkaufen. Ich war doch sehr erstaunt eine solche Aussage hier vor Gericht in dieser Form zu hören, zumal ich niemals solche Gespräche dazu nutzte, Verkaufsgespräche zu führen.

Vielmehr war mir immer daran gelegen, dass Kunden nur dann investieren sollten, wenn sie von dem Produkt überzeugt seien. Insofern habe ich meist nur die Fragen beantwortet, die ein Kaufinteressent hatte, wobei ich sagen muss, dass derartige Gespräche bei mir fast schon an der Tagesordnung waren.

Zweifelnden Kunden riet ich immer, ihre Kaufentscheidung solange zurückzustellen, bis wir, die GFE-Group, aufgrund schon existierender angeschlossener Container, die prospektierten Werte bestätigen können. Herr Schaub* widersprach sich dann selbst in seiner Aussage, in dem er angab, ich hätte ihm gesagt, er brauche ja jetzt nicht zu kaufen, unser Produkt sei so gut, dass es nicht darauf ankomme.

Der Zeuge befragte nach dem Besuch bei der GFE-Group dann Herrn Geisfuß*, den er auf der Rückfahrt aufsuchte. Selbst die Stadtwerke Ulm hätten ihm mitgeteilt, dass sie es nicht für möglich hielten, einen solchen Motor herzustellen – und das ohne Wissen unserer angewandten Technologie. Über die feindselige Haltung eines Herrn Geisfuß* brauche ich hier sicher nicht mehr im Detail einzugehen.

Am 05.03.2012 wurde der 35. Verhandlungstag abgehalten. Es war für mich schon fast zum Verrücktwerden. Immer öfter wurden Zeugen geladen, die nichts mit den uns vorgeworfenen Taten zu tun hatten. So saßen hier im Gericht Menschen, die rein gar nichts zur Wahrheitsfindung beitragen konnten. Es handelt sich in der Hauptsache um Mitarbeiter von einigen

Außendienstmitarbeitern, die in keinsten Weise Einblick in die Geschehnisse der GFE-Group hatten. Somit verbrachten wir alle die Zeit im Gerichtssaal derzeit meist nur auf „Nebenkriegsschauplätzen“, was den Prozess verlängerte und somit die Haftdauer der unschuldig Inhaftierten unnötig in die Länge zieht. Immer öfter fragte ich mich, ob das die Absicht des Gerichts war.

So wurde beispielsweise an diesem Tag die Zeugin Marion Pold* (Sekretärin von Frau Julia Weinreich* bzw. Guido Krahwinkel*, einer unserer ca. 4800 Außendienstmitarbeiter) vernommen. Ihre erste Aussage war folgende: *„Ich weiß gar nicht, was ich hier soll.“* Sie berichtete, dass sie vom 01.11.2010 bis Februar 2011 für Frau Weinreich* tätig gewesen war. Man habe ihr damals die GFE-Group gezeigt und sie hatte dabei einen guten Eindruck von dieser Firma gewonnen. Sie gab auch an, dass sie nach dem besagten 30.11.2010 (dem Tag der Zerstörung der GFE-Group) sich mit weiteren Ex-Mitarbeitern im Cafe Southside in Nürnberg getroffen hatte, um über eine evtl. Fortführung der GFE zu sprechen.

Sie konnte sich auch noch daran erinnern, dass sie dort mindestens einmal den Rechtsanwalt Violina* antraf, welcher sich für die von der Staatsanwaltschaft geschädigten Kunden einsetzte.

Am nächsten Tag wurde Herr Walter Buster*, ein ehemaliger Vermittler im Auftrag der GFE angehört. Er war einer der vielen Vermittler der GFE-Group. Seine zahlreichen, teilweise falschen Informationen bezog er laut eigener Aussage aus den Informationen eines anderen Vertriebsmitarbeiters und nicht aus der Technikabteilung selbst, so beispielsweise, dass wir, die GFE-Group, unseren Rapsöleinkauf in der Ukraine gesichert hätten.

Diese These ist eindeutig falsch und wurde zu keinem Zeitpunkt von der GFE-Group propagiert. Außerdem sprach er immer wieder von einer magischen Box, die die GFE zum Zwecke der Treibstoffersparnis an die Motoren bauen wollte und dass er diese niemals sah. Auf meine Frage, wer ihm denn von einer magischen Box erzählt habe, zumal die GFE-Group in allen offiziellen Schriftstücken und auch in Seminaren nur das „ESS“ (Energy-Saving-System) angab, gab er an, dass er die Bezeichnung „magische Box“ sich wohl selbst zu eigen gemacht hatte.

Allerdings gab dieser Zeuge auch auf meine Frage hin zu, dass er etwa vier bis fünfmal persönlich bei der GFE vor Ort gewesen sei und er niemals den Eindruck hatte, dass diese eine betrügerische „Scheinfirma“ sei.

Im folgte Andrea Davelow* in den Zeugenstand, die ehemalige Chefbuchhalterin der GFE.

Sie gab zu Protokoll, vom 15.03.2010 bis 31.05.2011 für die GFE-Group tätig gewesen zu sein. Nach dem 30.11.2010 war sie noch mit dem Insolvenzverwalter zwecks Abwicklung der GFE dort mitwirkend. Ihre Aussage zeigte klar und eindeutig, dass es innerhalb der GFE-Group niemals irgendwelche rätselhaften Transaktionen gab. Auf die Frage, ob ich ebenfalls Kontovollmacht über die Konten der GFE-Group hatte, antwortete sie: *„Ja, allerdings hat Herr Kirsten niemals eine einzige Überweisung/Buchung selbstständig ausgeführt.“*

Sie als Hauptbuchhalterin habe auch nur Überweisungen veranlasst, die durch zwei Unterschriften auf den betreffenden Rechnungen freigegeben wurden. Diese Unterschriften mussten von den verantwortlichen Personen, meist die Geschäftsführer, und von Herrn Kirsten geleistet werden. Sie gab auch zu

verstehen, dass Überweisungen in die Schweiz stattfanden, wobei dies in mehreren Tranchen geschah.

Anmerkung meinerseits: Dies geschah nicht zuletzt, da die in der Schweiz ansässige GFE-Energy AG auch über ein in Deutschland befindliches Konto verfügte und die dort eingezahlten Kaufpreiszahlungen in der Schweiz benötigt wurden, um von dort die Kosten der Lieferanten und die Kosten der Produktion zu begleichen.

Auf die Tätigkeit meiner Frau Silvia befragt, antwortete Frau Davelow*: *„Sie war die gute Fee des Hauses.“* Zweifellos wurde bei der Aussage dieser Zeugin klar, dass sich die GFE-Group immer wie ein ordentlicher Geschäftsbetrieb darstellte und ihre Rechnungen und weitere Verpflichtungen, wie beispielsweise Provisionen und Pachtzahlungen an Vermittler und Kunden, stets pünktlich bediente. Von irgendwelchen Verschleierungen könne keine Rede sein – diese wären ihr sofort aufgefallen. Außerdem wurde jede einzelne Überweisung, seitens aller Firmen der GFE-Group mit entsprechenden Rechnungen und Belegen unterlegt, was bedeutet, dass jeder einzelne Buchungsvorgang heute noch nachvollziehbar ist. Im Übrigen wies ich schon in meiner Verteidigungsschrift darauf hin.

Der 37. Verhandlungstag war weiteren ehemaligen Mitarbeitern der GFE Group gewidmet, die einen sehr viel detaillierteren Einblick in die Abläufe hatten, als die vorangegangenen Zeugen.

So war als erster Zeuge dieses Tages Herr Michael Kohl* im Gericht. Zur eigenen Sicherheit hatte er einen Zeugenbeistand mitgebracht, wobei dieser jedoch nie eingreifen musste. Herr Kohl* gab an, dass er mit der GFE-Group einen Beratervertrag abschloss und Herrn Karl Meyer im Bereich der Treibstoffreduzierung unterstützte. Als er damals bei der GFE-

Group in der Forschungsabteilung anfang, hatte Karl Meyer, gemäß aufgezeichneten Protokollen schon eine Ersparnis des Rapsöls von 30 bis 50 % erreicht, wobei Herr Kohl* dies dann auch an Probelaufen der so ausgestatteten Motoren selbst nachprüfte. Ihm fiel dabei auf, dass die Motoren noch relativ instabil liefen.

Nach vielen Gesprächen konnte er dann Herrn Meyer davon überzeugen, dass zukünftig nicht mehr mit Brown-Gas (Wasserstoff) gearbeitet werden solle, sondern mit einer Rapsöl-Wasser-Emulsion.

Herr Kohl* beschrieb dem Gericht die Einzelheiten und Details der Motorenumrüstung für diese Verfahrensweise. So musste beispielsweise die Zylinderkopfdichtung erhöht werden und der messbare Druck in einigen Bereichen des Motors verändert werden, was auch in der Folgezeit geschah.

Ende September 2010 war man dann schon so weit, dass man die Motoren mit einem Mischungsverhältnis von einem Teil Wasser und vier Teilen Rapsöl bereits stabil laufen lassen konnte. Dies sollte dann auch nach Herrn Kohl's* Aussage so schnell wie möglich in Serie gehen.

Er sprach hier von einer Dauer von drei bis vier Wochen, was das Gericht dann dazu veranlasste, zu fragen, warum denn am 30.11.2010 die Motoren mit dieser Technologie immer noch nicht serienmäßig produziert wurden. An der Stelle konnte sich Herr Kohl* nicht mehr genau erinnern, wobei ich dies dann im Anschluss mit einer Frage an ihn beantworten konnte.

Wir, die GFE-Group, mussten erst für die von Herrn Kohl* benutzte Mischeinheit eine Nutzungsvereinbarung mit dem Erfinder abschließen und in der Folge hierfür ein Nutzungsentgelt bezahlen, was einige Wochen andauerte. Das

Gericht befragte Herrn Kohl*, ob ich über den Stand der aktuellen Fortschritte in dieser Technologie informiert worden war. Herr Kohl* antwortete, dass ich immer wieder auf neue TÜV- bzw. DEKRA-Gutachten gedrängt habe, um die erzielten Ergebnisse bestätigt zu bekommen. Herr Kohl* war selbst bei den meisten Gutachtenterminen dabei und sagte auch aufgrund meiner Fragestellung aus, dass es niemals ein „Gefälligkeitsgutachten“ gegeben habe. Im Übrigen war er bei der GFE auch anwesend, als die Kripo mit einem Sachverständigen (Herr Stubber*) einen der Motoren in der Forschungsabteilung prüfte. Er gab an, dass diese Aktion von ihm selbst mit einem Handy gefilmt wurde und auch die Kripo mit einer Kamera alles aufgenommen habe.

In seinem Film sei zu erkennen, dass der Motor über die gesamte Zeit von etwa zwanzig Minuten stabil lief, und das obwohl die Polizei nur einen Probelauf von fünf Minuten haben wollte. Herr Meyer habe den Motor dann nach etwa zwanzig Minuten abgeschaltet.

Im Anschluss an diese Aussage fragte mein Rechtsanwalt Markus Kruppa den Zeugen, ob er noch im Besitz dieses Filmes sei. Herr Kohl* bejahte dies und sagte, er werde dem Gericht diesen Film zur Verfügung stellen und außerdem habe dies auch die Polizei selbst gefilmt.

Bereits zum zweiten Male wurde hier im Gerichtssaal auf einen von den ermittelnden Behörden erzeugten Filmbeweis aufmerksam gemacht, der keinen Zugang in die Ermittlungsakten fand. Ich nahm mir vor, meine Anwälte zu bitten, diesen Film von der Kripo als Beweismittel in die Akten aufnehmen zu lassen und ihn vor Gericht vorzuführen. Wenn die Aussage des Herrn Kohl* der Wahrheit entspricht – und davon gehe ich aus –, so ist in den Filmen sicher zu erkennen, dass

erstens der Ermittlungsbericht der Kripo und zweitens das Gutachten beziehungsweise die Dokumentation eines Herrn Stubber* anzuzweifeln sind, zumal in deren Berichterstattung von einem nicht stabilen Lauf der Motoren die Rede ist.

Als zweiter Zeuge wurde Herr Dipl.-Ing. Hans-Ullrich Stamm* gehört, seines Zeichens technischer Leiter der GFE. Er wurde unter Polizeigewahrsam vorgeführt, weil er bereits zweimal zur Zeugenaussage nicht erschienen war. Das war seine Art, auszudrücken, dass er das gesamte Verfahren für rechtswidrig hielt – wie er es dem Gericht auch schriftlich mitteilte. Herr Dipl.-Ing. Stamm* versuchte, dem Gericht klar zu verdeutlichen, dass die dogmatische Lehre der Thermophysik – insbesondere Wasser als Energieträger – nicht den wirklichen Gegebenheiten entspricht und er sich, wie auch zuvor Herr Kohl* jederzeit einer Diskussion mit Herrn Prof. Dr. Wiesner* der Universität Erlangen stellen würde. Er, Herr Stamm*, habe sich mit Herrn Gesen von der Firma EGM getroffen, der bereits im Jahre 2009 eine Emulsion aus 25 % Wasser und 75 % Rapsöl herstellte und damit ein Blockheizkraftwerk betrieb. Herr Gesen wurde, obwohl er viele Auszeichnungen erhielt, in Deutschland jedoch derart behindert, dass er mit seiner „Idee“ in das Ausland abwandern musste. So stellt er heute in Malaysia millionenliterfach diese Emulsion bzw. diesen Treibstoff her und betreibt damit unter anderem auch in Dubai mehrere große Blockheizkraftwerke. Außerdem hat man Herrn Gesen auch schon aus den USA Mittel in Höhe von 270 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, um weiterhin an dieser Technologie zu arbeiten. Das Gericht zeigte sich völlig unbeeindruckt von dieser Aussage, was entweder darauf zurückzuführen ist, dass man nur ein sehr geringes Verständnis für physikalische Zusammenhänge hat – und damit in der Gänze als inkompetente Instanz für ein solches Verfahren zu betrachten ist – oder aber bereits eine vorgefasste Meinung

hatte, von der auf keinen Fall abgewichen werden sollte, ganz gleich, was für entlastende Beweise und Aussagen auftauchen. Letzteres ist in einem Rechtsstaat ein Skandal.

Es ist schon deprimierend zu wissen, was wir, die GFE-Group, hätten alles bewegen können, stattdessen müssen wir uns hier mit einem Staat herumschlagen, der voll und ganz auf das dogmatische Halbwissen baut und neuen Technologien gegenüber aus Gründen, die mir bis heute ein Rätsel sind, in keinster Weise gegenüber aufgeschlossen ist.

Am nächsten Tag wurde Herr Berg*. gehört, seines Zeichens Einkäufer bei der GFE. Er sprach von einer „Pionier-Arbeit“, die dort bei der GFE geleistet wurde und man merkte auch, dass er stolz darauf war, dabei gewesen zu sein. Er gab zu, dass sich die Produktion zwar noch in den „Kinderschuh“ befand, aber auf Hochdruck an der Technologie und der Serienreife gearbeitet wurde. Nach seinen Angaben wurde die Produktion und die Betankung der bereits angeschlossenen BHKWs durch Herrn Gerhard Zehner* blockiert, da dieser die Bezahlung von Rechnungen behinderte.

Dieser Herr Zehner* hatte im Anschluss an Herrn Berg's* Aussage die Gelegenheit, seinen Eindruck wiederzugeben. Herr Zehner* war Geschäftsführer der GFE Production GmbH (Nachfolger von Dipl.-Ing. Hubert Klaus*). Herr Zehner* erschien im Beisein eines Zeugenbeistandes und verweigerte jede Aussage, da er die Information erhalten hatte, dass nun auch gegen ihn ermittelt werden sollte. Ich bedauerte das, denn Herr Zehner* sowie auch andere Zeugen, die unmittelbar in meinem engeren Umfeld bei der GFE-Group tätig waren, könnten ohne Probleme eine Aussage tätigen, die uns keinesfalls be- sondern nur entlasten würde. Aus diesem Grund konnte und wollte ich nicht verstehen, weshalb gerade diese Zeugen von ihrem

Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen, zumal sie durch ihre Aussagen die U-Haft aller hier Beschuldigten hätten reduzieren können. Stattdessen zog sich der Prozess inzwischen wie ein Kaugummi, da das Gericht nun weiter auf Vermutungen bezüglich des Verhaltens der Geschäftsführung der GFE angewiesen war. Ich hatte dafür keine Erklärung, allerdings konnte ich mutmaßen: Entweder war es die Absicht der Staatsanwaltschaft allen maßgeblich entlastenden Zeugenaussagen im Vorfeld Einhalt zu gebieten, indem man diesen Zeugen ebenfalls indirekt in Aussicht stellt, inhaftiert zu werden oder die Zeugen sind sich ihrer Handlungsweise nicht bewusst, dass sie mit ihrer Verweigerung einer Aussage diesen Fall nicht voranbringen und somit allen hier Inhaftierten die Zeit nur verlängern.

Bedanken möchte ich mich in diesem Zusammenhang bei Herrn Dipl.-Ing. Stamm*, der zuerst auch keine Aussage tätigen wollte, da er, so wie auch ich, dieses Verfahren als rechtswidrig ansieht. Er betonte innerhalb seiner vor Gericht stattgefundenen Zeugenaussage, dass er nur deshalb hier Angaben mache, weil er mit mir befreundet sei und an die GFE-Group, sowie die Machbarkeit der prospektierten Werte glaube, zumal er diese selbst schon erreicht habe und bei einigen Tests direkt vor Ort anwesend war.

Der 39. Verhandlungstag fiel auf den 21.03.2013. Mehrere Gutachter wurden gehört, so Herr Lubos Tronka* vom TÜV-SÜD Czech, der gemeinsam mit Herrn Pavel Sterva* den Treibstoffverbrauch unserer BHKWs gemessen hatte. Beide Herren waren in Begleitung eines Zeugenbeistandes und einer Dolmetscherin. Sie erklärten übereinstimmend, dass die Treibstoffmessung damals bei der GFE-Group (insgesamt wurde dreimal gemessen) unter ordnungsgemäßen Bedingungen

stattgefunden hat und sie das von ihnen ermittelte Ergebnis in Form eines Gutachtens ablieferten. Beide Herren wirkten auf mich sehr verunsichert. Ich hatte das Gefühl, sie hatten ein wenig Angst vor der deutschen Gerichtsbarkeit. Dennoch gaben sie an, dass die Gutachten der Richtigkeit entsprachen.

Anschließend wurde Herr Prof. Dr. Ing. Wiesner* von der Universität Erlangen gehört, der dort einen Lehrstuhl für technische Thermodynamik innehat. Er bestritt, dass die von uns angewandte Technologie als bereits schon weltweit erfolgreich verwendete Technologie im Einsatz war. Er informierte über sein Gutachten, das er im Auftrag der Gerichtsbarkeit mit dem Datum des 04.03.2013 erstellte, wobei ich hier bemerken muss, dass ich das Gericht schon im Vorfeld darüber informiert hatte, dass jenes zu prüfende BHKW noch nicht auf die Treibstoffreduzierung ausgerichtet worden war. So brachte dann auch das Ergebnis des hoch dotierten Professors Werte eines ganz normalen BHKW, wobei Herr Prof. Dr. Ing. Wiesner* auch angab, dass der Motor ohne große Schwierigkeiten über Tage hinweg lief. Er bemängelte die Gutachten des TÜV-Süd Czech und der DEKRA. Bei den TÜV-Süd-Gutachten sei die Dichte mehr am Wasser und bei dem DEKRA-Gutachten mehr am Rapsöl, erklärte er. Somit hätten beide öffentliche Institutionen falsche Wirkungsgrade gemessen, wobei ich auch hier wieder bemerken möchte, dass die Messung eines Wirkungsgrades bei der GFE-Group nie eine Priorität hatte. Herr Prof. Dr. Ing. Wiesner* bestätigte jedoch innerhalb seiner Aussage zweimal, dass der von beiden Instituten gemessene Treibstoffverbrauch der Richtigkeit entsprach. Er bezweifle, so weiter, jedoch die Zusammensetzung des Treibstoffgemisches. Beachtlich in seinem erstellten Gutachten war die Tatsache, dass er auf die Unvollständigkeit des Containers einging, aus dem er ein BHKW für seine Messungen entnahm. Hierzu hat er meiner Meinung

nach nicht dem Auftrag des Gerichtes entsprochen, da dieser Container noch nicht fertiggestellt war. Mehrfach hatten wir dem Gericht erklärt, dass an den Containern nach dem Eintreffen aus China noch letzte, aber entscheidende Modifikationen vorzunehmen seien, damit es den verringerten Kraftstoff- verbrauch aufwies, Modifikationen, die wir "Energy Saving System" nannten. Um festzustellen, ob unsere Technologie funktionierte, war es absurd, ein BHKW zu testen, das noch nicht auf diese Technologie angepasst worden war.

Er, Herr Prof. Dr. Ing. Wiesner*, hätte sich auch an einem bereits angeschlossenen Container bedienen können und dann wären diese Punkte wohl erledigt gewesen, die er hier mit aller Vehemenz versuchte, uns zu unterstellen. Meine Frage, ob er überhaupt schon einen angeschlossenen Container besichtigt hätte, verneinte er. Laut seiner Aussage hat ihm die Polizei und auf seine Nachfrage auch das Gericht empfohlen, ein BHKW aus einem nicht angeschlossenen Container zu begutachten.

Am 40. Verhandlungstag wurden weitere Zeugen gehört. Frau Elena Karg* war zusammen mit Frau Schüsner* bei Herrn Zumberg* in der Propsteistrasse/Nürnberg als seine Sachbearbeiterin tätig. Weiter war sie die Tochter von Frau Claudia Karg*, der Lebensgefährtin von Karl Meyer. Aus diesem Grund war Elena Karg* auch bei den erstmaligen Treffen in der Erbschänke in Schwanstetten zugegen, zumal sie dort als Bedienung dieses Hotels die Gäste betreute. Sie betonte ausdrücklich, dass diese Treffen (die laut Staatsanwaltschaft dazu dienten eine Bande zu gründen, um dann betrügerische gewerbsmäßige Straftaten zu begehen) niemals in separaten Räumen stattfanden. Die Gespräche wurden derart geführt, dass Außenstehende sie ohne große Probleme hätten mithören können. Sie selbst habe das ein oder andere auch

mitbekommen. Auf die Frage meines Anwaltes, was sie empfunden habe, nachdem die Staatsanwaltschaft am 30.11.2010 eingerückt war, gab sie die Antwort, dass alle Mitarbeiter geschockt waren, zumal dort stetig gearbeitet und produziert wurde. Allgemein ging man davon aus, dass sich dieser Irrtum sicher bald auflösen werde.

Die folgenden Verhandlungstage waren den angeblich durch die GFE geschädigten Personen gewidmet, wobei ich diesen Personenkreis nicht als Geschädigte der GFE-Group ansehe, sondern vielmehr als Geschädigte der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth. Der erste angeblich Geschädigte war Herr Albert*. Er gab an, selbständig zu sein – in der Solarbranche. Er habe 2010 drei BHKWs bei der GFE gekauft und gab zu bedenken, dass er seinerseits von dem Konzept der GFE begeistert gewesen sei. Einer seiner Bekannten habe Erfahrungen im Motorbereich und erklärte ihm damals, dass die von der GFE angewandte Technologie einerseits eine alte Technik und andererseits eine Neuauflage dessen sei. Der Zeuge erklärte weiter, selbst in Nürnberg gewesen zu sein, um sich von der Produktivität der GFE zu überzeugen. Zum damaligen Zeitpunkt war auch die Dekra dort gerade im Rahmen ihres Gutachtens tätig. Er hat alle drei gekauften BHKWs fremd finanziert und das habe ihn dann nach dem 30.11.2010 in eine schwere Krise gebracht. Weiter kam dann auch noch das Finanzamt dazu, dass von ihm jetzt die Umsatzsteuer in Höhe von 17.000 Euro wieder einforderte. Er sei jetzt in einer sehr schlechten finanziellen Lage, zumal er nun jeden Monat mit 559,50 Euro das damals erhaltene Darlehen abzahlen muss – und das 20 Jahre lang. Von Seiten der Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaft wurde er in einer Form befragt, die ich als suggestiv ansehe. So wurde er beispielsweise gefragt, ob er sich auch zum Kauf dieser BHKWs entschieden hätte, wenn man ihm

damals gesagt hätte, dass es diese Technologie noch gar nicht gibt und die GFE noch kein betriebsbereites Gerät hätte. Hier würde wohl, meines Erachtens, ein jeder Kunde die gleiche Antwort geben, die dem Gericht eine Bestätigung einer Täuschung in vermeintlicher Weise vorgibt.

Nachdem das Gericht, die Staatsanwaltschaft und die Anwälte mit ihrer Fragestellung fertig waren, meldete ich mich, um diesen Zeugen auch eine Frage stellen zu dürfen. *„Herr Albert*, ich werde mich jetzt der Fragestellung dieses Gerichtes und der Staatsanwaltschaft anpassen. Hätten Sie sich bei realistischer Vorstellung über die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth, die aussagt, dass in Deutschland mit dem Kauf einer Handelsware ein Bürger grundlos seiner Existenz beraubt werden kann, auf den Kauf von BHKW's eingelassen?“* Nach dieser Frage schritt gleich der vorsitzende Richter ein und gab zu bedenken, erst mal abzuklären, ob diese Frage überhaupt zulässig sei. Trotz der Schwere der Situation musste ich darüber grinsen. Offenbar wurde hier vor Gericht mit zweierlei Maß gemessen. Im gleichen Moment verzichtete ich von mir aus auf die Beantwortung meiner Frage.

Nach Entlassung dieses Zeugen wurde erst eine kleine Pause eingelegt – was bedeutete, dass ich wieder mit dem Fahrstuhl unter strengster Bewachung in eine Einzelzelle im Keller des Gerichtsgebäudes verfrachtet wurde. Zweieinhalb Jahre saß ich nun schon in Untersuchungshaft. Meine Frau konnte ich einmal im Monat für wenige Stunden sehen. Es fehlte mir an Geld für Wahlverteidiger, an der Möglichkeit, Informationen von außen zu erhalten, an Gesprächen. Ich fühlte mich hilflos, ausgeliefert und ohnmächtig. Ich wusste, dass ich nicht zulassen durfte, dass meine Wut und meine Empörung über diesen Scheinprozess meinen klaren Verstand vernebelten, denn dann hätten meine

Gegner gewonnen. Ich musste nüchtern und sachlich denken, auf jedes Argument und jeden Beweis eingehen, so absurd sie auch sein mochten. Ich musste verdrängen, dass ich eingesperrt war und vielleicht sogar noch eine lange Zeit bleiben würde. Während die anderen sich bei einer Pause entspannten, hatte ich unten im Gerichtskeller das Gefühl, an der Enge und der Gefangenschaft zu ersticken. Die Aussage von Herrn Albert* hatte mich sehr mitgenommen. Dieser Mann wurde für sein Vertrauen in eine Zukunftstechnologie vom Staat bestraft. Sein Schicksal ging mir sehr nahe, und gleichzeitig ärgerte ich mich maßlos über das selbstgefällige Verhalten des Gerichts.

Wieder im Gerichtssaal angekommen, saß schon der nächste zu vernehmende Zeuge auf seinem ihm zugewiesenen Platz. Ich bat das Gericht eine Erklärung abgeben zu dürfen, woraufhin der Zeuge wieder nach draußen geschickt wurde. Meine Erklärung war sinngemäß folgende: „Ich bitte meine Entgleisung von eben zu entschuldigen – aber gebe zu bedenken, dass mir das Schicksal von den geschädigten Kunden sehr nahe geht. Außerdem stört mich die selbstgefällige Art und Weise der hiesigen Staatsanwaltschaft, die eine suggestive Fragestellung an den Tag legt, um damit einen Straftatbestand herzuleiten, den es niemals gab.“ Diese meine Erklärung wurde in das Protokoll aufgenommen. Die Aussage musste ich einfach abgeben, da ich während der sehr emotionalen Aussage des vorangegangenen Zeugen bei der Staatsanwaltschaft ein leichtes Schmunzeln bemerkt zu haben glaubte.

Ich kann zwar nicht mit Bestimmtheit sagen, ob es sich hierbei um eine Reaktion auf die Aussagen dieses Geschädigten oder um eine andere Begebenheit gehandelt hat. Aber immerhin darf man von der Staatsanwaltschaft volle Aufmerksamkeit verlangen, wenn ein Geschädigter seine prekäre Situation

schildert. Ich hoffte, dass sich die erkennbare Ignoranz der Staatsanwaltschaft nicht so weit hinzog, bis ich das alles nicht mehr auszuhalten vermochte.

Ein weiterer ehemaliger Kunde der GFE, Herr Olaf Birkel* wurde gehört. Er sagte aus, er habe im Juli 2010 ein 150 kW-BHKW bei der GFE gekauft. Er fand das Angebot der GFE sehr attraktiv. Im August des gleichen Jahres habe er dann auf das von der GFE angebotene Pachtmodell umgestellt. Er habe auch immer pünktlich seine ihm zustehende Pacht erhalten – bis eben zu dem Datum Ende November 2010, an dem die GFE durchsucht worden war. Außerdem habe er vom Finanzamt seine damals beim Kauf des BHKW angefallene Umsatzsteuer ausgezahlt bekommen – wobei das Finanzamt diese Steuer jetzt wieder haben wolle. Seine Ansprüche gegen die GFE habe er beim Insolvenzverwalter angemeldet, wobei dieser seine Ansprüche zurückwies. Ich fragte ihn dann, ob der Insolvenzverwalter ihn auf sein Recht des Eigentumsvorbehalts (in Form des für ihn bereitstehenden 150 kW-BHKW) aufmerksam machte. Diese Frage wurde von dem Zeugen verneint. Das alles war so absurd.

Den Kunden wurde ihr Eigentum vorenthalten, und zwar sowohl von der Staatsanwaltschaft als auch vom Insolvenzverwalter und zugleich verlangte das Finanzamt für dieses vorenthaltene Eigentum Umsatzsteuer. Das klang so sehr nach einem absurden Schildbürgerstreich, dass man ihn sich kaum hätte ausdenken können. Doch das alles hier war bittere Realität, wie ich mir zwischendrin immer wieder vor Augen führen musste. Wie man früher Hexen auf ihre Zusammentreffen mit dem Teufel befragt hatte und dabei selbst vor Folter nicht zurückgeschreckt war, so führte man auch hier einen angeblichen Prozess, dessen Ende, nämlich die Verurteilung, von Anfang an feststand. Nachdem diese beiden „Geschädigten“ zu Wort gekommen waren,

entschloss ich mich, eine weitere Erklärung abzugeben, um meiner Wut und meiner Verwunderung Luft zu machen:

„Von der GFE-Group wurden bei Kaufpreiseingang immer und rechtzeitig die eingenommenen Umsatzsteuer an die entsprechenden Finanzämter in voller Höhe abgeführt. Sicher werden Sie alle verstehen, dass ich Ihnen hier aus der Haftanstalt heraus keine näheren Angaben machen kann. Eventuell kann Ihnen unser damaliges beratendes Steuerberatungsbüro weiterhelfen. Ich hoffe, Ihnen hiermit wenigstens ein Stückchen weiter helfen zu können.“ Der Wink an das Gericht war eindeutig. Ich, als doch vermeintlich der, der diese Zeugen geschädigt hatte, war nun trotz meiner durch die Haft sehr begrenzten Möglichkeiten bereit, ihnen zu helfen, während Richter und Staatsanwaltschaft das finanzielle Fiasko dieser Personen kalt ließ.

Bevor ich auf den Verhandlungstag zu sprechen komme, möchte ich an dieser Stelle einmal schildern, wie sehr an der Psyche der Beschuldigten, in diesem Falle meiner Person, gearbeitet wurde. Die Absicht, mich zu zermürben, war klar erkennbar.

Am oben beschriebenen 40. Verhandlungstag verkündete der Vorsitzende Richter, dass am nächsten Tag die Verhandlung erst um 10.30 Uhr beginnen würde, da die ersten geladenen Zeugen am Kommen verhindert seien. Dies teilte ich sodann auch gleich der JVA mit. Dennoch wurde ich am folgenden Tag pünktlich und dieses Mal viel zu früh 06.10 Uhr geweckt und aufgefordert, mich bis 06:45 Uhr für den Prozess fertig zu machen. Diese mir zur Verfügung stehende halbe Stunde reichte gerade mal aus, sich mit seiner Körperpflege und dem Anziehen zu beschäftigen. Für eine Tasse Kaffee oder gar ein Frühstück blieb keine Zeit.

Dann brachte man mich in jene bis auf eine Bank und einen Tisch vollkommen kahle Kammer, auf der Gefangene auf ihren Abtransport warten. In den Zellen neben mir kamen und gingen die Gefangenen, mich aber ließ man dort dann bis um 09.30 Uhr „schmoren“, um mich dann in das benachbarte Gerichtsgebäude zu bringen, wo ich wieder in eine Zelle gesteckt werde – und zwar solange bis die Verhandlung begann, mit knurrendem Magen und bereits mürbe vom langen und sinnlosen Warten über dreieinhalb Stunden. Es fiel mir schwer, den Aussagen auf das Genaueste zu folgen – und genau das war wohl beabsichtigt. Es wäre ein Leichtes, mich eine halbe Stunde vor Verhandlungsbeginn direkt zum Gericht zu bringen – was durch einen unterirdischen Tunnel leicht zu bewerkstelligen ist.

Im Übrigen geht es mir ähnlich, selbst wenn die Verhandlung bereits um 09.00 h beginnt. Ein weiteres Faktum, dass es uns inhaftierten Beschuldigten sehr schwer macht, ist die Tatsache, dass die JVA Nürnberg einem als Tagesverpflegung lediglich 0,41 Wasser oder Fruchtsaftgemisch und eine sogenannte „Stulle“ mitgibt, die für mich nicht genießbar ist. Sie besteht aus zwei dicken Scheiben altbackenem Brot mit einer hauchdünnen Schicht, die sich „Wurst“ oder „Käse“ schimpft. Auf der anderen Seite war es mir als Häftling verboten, dass man mir Kost aus der Gerichtskantine mitbrachte.

Es war mehr als ein beklemmendes Gefühl, wenn man mittags für mindestens eine Stunde im Keller des Gerichtsgebäudes in eine Zelle eingesperrt wird und nichts „Essbares“ hat, das man zu sich nehmen könnte, um gestärkt und mit voller Aufmerksamkeit wieder in den Prozess zu gehen. Oft überkamen mich dann starke Kopfschmerzen. Keine Sekunde lang sollte ich als Häftling vergessen, wo ich mich hier befand. Wasser und Brot werden mir ja verabreicht – und das sollte wohl genügen. Nur

fragte ich mich schon seit langem, wo hier die so hoch gepriesene Unschuldsvermutung blieb? Ich freute mich auf jeden Prozesstag, da ich einen schnellen Fortgang dieser Verhandlung begrüßte, um endlich unsere Unschuld zu beweisen – aber ich fürchtete mich auch vor jedem Prozesstag, der eine Zermürbung meiner Person durch stundenlanges Einsperren und unzureichende Nahrungszufuhr mit sich brachte.

Am darauffolgenden Prozesstag wurde eine weitere ehemalige Kundin, Frau Anwart* gehört. Sie schilderte, dass sie bei der DSL-Bank ein Darlehen von 250.000 Euro aufnahm, um einerseits Erbschaftssteuer in Höhe von 100.000 Euro zu tilgen und andererseits sich für 127.000 Euro ein BHKW zu kaufen. Bei Herrn Tänzer*, einem freiberuflichen Vermittler, schloss sie dann den angesprochenen Kaufvertrag ab. Für das erwähnte Darlehen habe sie ihr Haus belastet. Im Nachgang habe sie dann auch die von der GFE-Group prognostizierte Pacht in regelmäßigen Abständen erhalten – insgesamt dreimal – solange bis die GFE seitens der Staatsanwaltschaft lahmgelegt worden war. Weil die Pachtzahlungen nun nicht mehr bei ihr eingingen, musste sie ihr Haus verkaufen. Zur Zeit der Anhörung lebte sie in einer Eigentumswohnung und musste arbeiten gehen, wobei sie zusätzlich eine Putzstelle annehmen musste, um ihre monatlichen Verpflichtungen zahlen zu können. Sie gab auch an, dass sie des Öfteren an Veranstaltungen ihres Vermittlers in Leinfelden-Echterdingen teilnahm. Was sie an Informationen dort erhielt, waren meist nicht die Fakten, die die GFE-Group nach außen gab. Vielmehr muss ich davon ausgehen, dass hier Fehlinformationen weitergegeben wurden oder die Informationen von der Zeugin falsch verstanden und/oder interpretiert wurden.

Nach wieder mehr als einstündiger Wartezeit in einer Zelle des Gerichtsgebäudes wurde mit der Vernehmung des Zeugen Mirko Borchart* begonnen. Auch er schilderte das Zustandekommen des Kaufvertrages mit der GFE. Er kaufte mit seinem Bruder zusammen ein 150 kW-BHKW. Er selbst war von Beruf Steuerberater und fand das Konzept der GFE plausibel. Auch sein Bruder Herr Martin Borchart* wurde an diesem Tag gehört. Er erklärte, Sicherheits-Ingenieur zu sein und durch diese Geschichte kurz vor der Privatinsolvenz zu stehen. Er habe derzeit eine monatliche Rate von 722,00 Euro und sein Haus abzubezahlen. Weiter schilderte er, dass er damals bei einer Besichtigung der GFE-Produktion dabei gewesen sei und alles für plausibel hielt. Die monatliche Pacht habe er immer von seinem Bruder erhalten – dieser wiederum regelmäßig von der GFE. Vom Gericht wurde er gefragt, ob man ihm damals bei der GFE etwas von einem Rapsöl-Wasser-Gemisch erzählt hätte. Dies verneinte er. Anmerkung meinerseits: Seine Antwort musste „nein“ lauten, weil wir damals nach außen hin nur von einem vermindertem Rapsölverbrauch sprachen, um unsere Technologie nicht komplett preiszugeben – nicht zuletzt aus Wettbewerbsgründen. Hierüber wurde das Gericht in meiner Verteidigungsschrift mehrfach informiert.

Der letzte Zeuge dieses Tages war Herr Robert Baier*, nach eigenen Angaben von Beruf Elektro-Ingenieur und derzeit selbständig im Bereich von technischen Dienstleistungen. Seine Schilderung war die folgende: Nachdem er Kenntnis von dem Angebot der GFE-Group hatte, nahm er an einer Veranstaltung der GFE teil und wollte Vermittler dieser Firma werden – dies nicht zuletzt aus Eigennutz, da er zuerst selbst ein 150 kW-BHKW kaufte und somit als eigener Vermittler hierfür die Provision einstreichen konnte. Er machte keinen Hehl daraus, dass er hierfür eine Fremdfinanzierung über seinen Vater in Höhe von

133.000 Euro benötigte, zumal sein Vater die Sicherheiten für ein solches Darlehen stellen konnte. Er gab auch an, dass er an Veranstaltungen der GFE in Fürth und in Österreich teilnahm und sich reichlich selbst im Internet informiert habe. Dabei habe er dann damals schon festgestellt, dass die von der GFE angebotene Technologie schon uralt sei – und aus diesem Grund habe er sich auch für den Kauf eines solchen BHKW entschieden. Er sprach von Kampfflugzeugen im Zweiten Weltkrieg und vom Rennsport, wo man diese Art von Technologie schon lange anwendet. Ihm war klar, dass bei richtiger Anwendung dieser Technologie ein weitaus besserer Verbrauch, als der von der GFE prospektierte Wert, erreicht werden kann – davon sei er auch noch heute überzeugt. Er betonte auch, dass er seitens der GFE immer pünktlich seine Pachtzahlungen erhalten habe – bis dann die GFE von der Justiz zerschlagen wurde. Er gab auch zu Protokoll, dass er im Anschluss daran an der Gläubigerversammlung teilnahm, die vom Insolvenzverwalter geleitet wurde. Dort war niemand und er kenne auch keinen, der sagt, ihm wäre ein BHKW aufgedrängt worden.

Diese Haltung der angeblich „Geschädigten“ zog sich wie ein roter Faden durch die Zeugenaussagen. Sie alle hatten das Angebot der GFE für plausibel gehalten, pünktlich ihre Pacht erhalten und waren in allererster Linie verärgert über das Verhalten der Staatsanwaltschaft und der Insolvenzverwalter. Weitere Zeugen wurden gehört, deren Aussagen sich alle mit den vorangegangenen deckten, ganz gleich wie viel sie wann in die BHKWs der GFE investiert hatten.

Die Befragung ehemaliger Kunden – also der vermeintlich Geschädigten der GFE ging auch während der nächsten Verhandlungstage weiter.

So wurde am 43. Verhandlungstag Herr Edwin Engler* gehört, seines Zeichens Inhaber eines Reiseunternehmens. Er erklärte, dass er sich schon seit über zehn Jahren für den Bereich der Erneuerbaren Energien interessiere. Sein erstes 150 kW-BHKW hatte er im August 2010 bei der GFE gekauft. Später erwarb er noch zwei weitere BHKWs, investierte also rund 380.000 Euro. Er selbst war zu zwei oder drei Gelegenheiten in Nürnberg vor Ort und habe sich dort auch direkt mit dem Entwickler und Kfz-Meister Karl Meyer unterhalten. Herr Engler* ist heute noch davon überzeugt, dass dieses von der GFE angebotene Prinzip funktionieren kann. Für ihn sei das alles plausibel, betonte er. Selbst am von der GFE veranstalteten „Tag der offenen Tür“ war er zugegen und fand dort weitere etwa 1000 interessierte Besucher vor.

Für ihn hatte die Firma GFE einen seriösen Hintergrund. Außerdem habe er selbst bei seinen zwanzig Omnibussen den Treibstoffverbrauch um bis zu 20% reduzieren können. Im Gespräch mit Herrn Karl Meyer war auch damals schon die Wasserbeimischung aktuell. Die Pachtzahlungen in Höhe von ca. 31.500 Euro habe er stets pünktlich seitens der GFE erhalten. Von seinem Vermittler habe er den DEKRA-Prüfbericht erhalten, der die Verbräuche der GFE-Motoren attestierte. Auch über die zukünftige Wärmenutzung wurde gesprochen. Er gab weiterhin an, dass man ihm etwas über einen 10-Jahres-Liefervertrag bzgl. des Rapsöls erzählt habe.

Das ließ mich aufhorchen. Im Nachhinein betrachtet stelle ich fest, dass dies von mehreren Vermittlern nach außen getragen wurde, obwohl dieses niemals offiziell von der GFE propagiert wurde. Auch er wurde wie alle anderen Geschädigten nicht auf einen Eigentumsvorbehalt seitens des Insolvenzverwalters hingewiesen.

Alle Zeugen, die als „Geschädigte“ gehört wurden, wurde vom Gericht mit den bereits bekannten Suggestivfragen regelrecht dazu gedrängt, eine mich oder die GFE beschuldigende Aussage zu machen. Glücklicherweise ließen sich die wenigsten auf dieses Spiel ein, doch in mir brodelte es. Um meinem Ärger Luft zu machen, verfasste ich eine Erklärung, doch meine Anwälte rieten mir davon ab, diese laut vorzulesen. Da sie aber meine Wahrnehmung des Prozesses, der weder gerecht noch fair war, widerspiegelt, gebe ich sie hier wieder:

„Ich protestiere hiermit gegen die Art der Fragestellungen, die hier vor Gericht praktiziert wird. Die Fragen, ob ein Kunde auch dann ein BHKW bei der GFE erworben hätte, wenn er gewusst hätte, dass dieses Produkt noch nicht existiert oder wenn er davon in Kenntnis gesetzt worden wäre, dass die ihm versprochene Rendite nicht erzielt werden könne, suggerieren den Zeugen, dass es bei der GFE keine BHKWs in der ihm angebotenen Form gab und dass eine Pachtzahlung auf Dauer, ebenfalls in der ihm angebotenen Höhe, nicht möglich gewesen wäre.

Hierbei wird die Meinungsbildung der Zeugen negativ beeinflusst. Fakt ist jedoch, dass es BHKWs mit der von der GFE angebotenen Technologie schon weitaus früher auf dem Markt gab und die GFE selbst verfügte bereits über diese Technologie, sodass immer gewährleistet werden konnte, dass der Kunde das von ihm erworbene BHKW mit den angebotenen technischen Voraussetzungen erhält. Das hat die GFE schon im Vorfeld mit mehreren Gutachten und Prüfberichten vom TÜV-Süd Czeck und von der DEKRA Stuttgart bestätigt und nachgewiesen.

Das vom Gericht bestellte Gutachten des TÜV Rheinland wurde, wie dies auch schon einige Zeugen von sich gaben, sogar vom Gutachter selbst, nur mit amateurhaften Instrumenten gefertigt,

wobei die von der GFE vorgelegten Gutachten und Prüfberichte weitaus professioneller erstellt wurden. Selbst das von der TU Erlangen erstellte Gutachten, was im Übrigen aufgrund meiner vorausgegangenen Erklärung, dass es sich hierbei um ein noch nicht auf Treibstoffreduzierung umgebautes BHKW handelt, lässt keine Aussagekraft zu.

Dennoch habe ich, als einer der Beschuldigten, das beklemmende Gefühl, dass man dem TÜV Rheinland-Gutachten eine Alleingültigkeit zuweisen will. Ich erinnere hier an die Ablehnung des Befangenheitsantrags des betreffenden Gutachters, der diesem Gericht auch als Sachverständiger dienlich ist.

Weiter ist die vom Gericht sogenannte „Rendite“ eine Pachtzahlung, die bei wirtschaftlicher Betrachtung ohne Weiteres langfristig möglich war und ist. Dies resultiert nicht zuletzt daraus, dass die soeben erwähnten technischen Voraussetzungen bereits bestanden und das wirtschaftliche Ergebnis in einem kausalen Zusammenhang damit steht. Weiter ist es für mich sehr befremdlich, dass man es seitens des Gerichtes nicht zuließ, Herrn Karl Meyer, den Entwickler dieser Technologie bei der GFE, – wie beantragt – diese Technologie in Zusammenarbeit mit der TU Erlangen (Prof. Dr. Wiesner*) beweisen zu lassen. Diese Tatsache und die Antwort des Gerichtes auf meine Frage, weshalb man derartige Fragestellungen anwendet, die da war, bei „Betrug“ frage man halt so – lässt darauf schließen, dass es hier nicht um Wahrheitsfindung, sondern eher darum geht, uns, den Beschuldigten, irgendetwas vorwerfen zu können, was zu einer Verurteilung führen soll. Dies kommt einer Vorverurteilung gleich.

Meines Wissens ist hier lediglich von einem „Betrugsverdacht“ auszugehen. In Anbetracht der Tragweite dieses Verfahrens

sollte man hier von Fakten und nicht von „Was wäre wenn ...“-Fragen ausgehen, um uns, den Beschuldigten einen fairen Prozess angedeihen zu lassen. Ich, als einer der Beschuldigten, hege den Verdacht, dass diese vom Gericht zugelassene Fragestellung dazu führen soll, uns eine Täuschung der Kunden vorzuwerfen, was in keinem Falle geschehen ist.

Von Beginn an ging die Kripo fälschlicherweise nur aufgrund von Vermutungen, Hypothesen, Unterstellungen und Verdächtigungen gegen uns vor, was bei der Staatsanwaltschaft ohne größere und intensive Prüfung seine Fortsetzung fand. Hier, vor Gericht, erwarte ich, dass man Fakten und nicht Hypothesen in Form von „Was wäre wenn ...“ berücksichtigt, denn die Fakten sprechen eine andere Sprache, was selbst schon einige der „Geschädigten“ Zeugen von sich gaben.“

Auch wenn diese Erklärung ihr Ziel nie erreichte, mich befreite es, sie aufzuschreiben und so meinem Ärger Luft zu machen. Es ist schwer zu beschreiben, was der Prozess mit mir machte. Jeden Tag musste ich miterleben, wie haltlose Vorwürfe und Verleumdungen ausgesprochen wurden, ja, wie das Gericht eine regelrechte Hexenjagd auf mich und meine Mitangeklagten betrieb und wir waren somit die meiste Zeit zum Schweigen verurteilt. Magen- und Kopfschmerzen sind das kleinste Übel, wenn man während eines solchen Marathon-Verfahrens auf der Anklagebank sitzt. Für mich war es vor allem nur schwer auszuhalten, dass ich mich mit niemandem austauschen konnte, dass es niemand gab, der das Erlebte mit mir teilte. Stattdessen wurde ich nach jedem Verhandlungstag in meine Zelle gebracht, wo ich meinen trüben Gedanken überlassen wurde, in die sich Angst, Aufregung und Zorn in Bezug auf den nächsten Verhandlungstag mischten.

In den folgenden Prozesstagen wurden vor allem ehemalige Kunden gehört, deren Aussagen sich fast zu 100 Prozent mit denen der vorangegangenen deckten.

Am 23.04.2013 stellte die Rechtsanwältin meiner Frau den Antrag, das Verfahren meiner Frau von dem Hauptverfahren abzutrennen, da die bisherige Beweislage umfassend klar machte, dass die gegen sie erhobenen Vorwürfe nicht haltbar waren. Für eine Mittäterschaft gab es keine Beweise, die Anwältin sprach stattdessen von „Sippenhaft“, was in meinen Augen die Ereignisse sehr gut beschreibt. Die Staatsanwaltschaft erklärte, über diesen Antrag erst einmal nachdenken und eine entsprechende Erklärung verfassen zu müssen. Offenbar war der Justiz kein Mittel zu schade, um das Verfahren in die Länge zu ziehen und ich konnte mir an dieser Stelle einen tiefen Seufzer nicht verkneifen, was mir wiederum einen strafenden Blick des Vorsitzenden Richters einbrachte.

Am 45. Verhandlungstag am 15.05.2013 stellte mein Anwalt daraufhin ebenfalls den Antrag, meinen Haftbefehl auszusetzen und mich aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Die Begründung zitiere ich hier wörtlich:

„Mein Mandant befindet sich im vorliegenden Verfahren seit dem 30.11.2010 ununterbrochen in Untersuchungshaft. Die weitere Aufrechterhaltung des Haftbefehls verletzt meinen Mandanten in seinem Grundrecht aus Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG, wonach die Freiheit der Person unverletzlich ist. Der mit dem Haftbefehl verbundene Eingriff in die Freiheit ist zunächst nur dann hinzunehmen, wenn und soweit einerseits wegen dringenden Tatverdachts begründete Zweifel an der Unschuld des Verdächtigen bestehen, andererseits der legitime Anspruch der staatlichen Gemeinschaft auf vollständige Aufklärung der Tat und rasche Bestrafung des Täters nicht anders gesichert werden

kann als dadurch, dass der Verdächtige vorläufig in Haft genommen wird. Weder die Schwere des Verbrechens noch die Schwere der - noch nicht festgestellten - Schuld rechtfertigen für sich allein die Verhaftung.

Es müssen vielmehr stets Umstände vorliegen, die die Gefahr begründen, dass ohne Festnahme des Beschuldigten die alsbaldige Aufklärung und Ahndung der Tat gefährdet sein könnte. Ist die Untersuchungshaft zur Sicherung dieser Zwecke nicht mehr nötig, so ist es unverhältnismäßig und daher grundsätzlich unzulässig, sie anzuordnen, aufrechtzuerhalten oder zu vollziehen [...]

Im vorliegenden Verfahren hat die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth erst am 25.03.2012 Anklage erhoben. [...] Das Hauptverfahren wurde durch Beschluss der 12. Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth am 26.07.2012 eröffnet. Mit der Hauptverhandlung wurde am 24.09.2012 begonnen. Die Hauptverhandlung dauert damit seit nunmehr 33 Kalenderwochen an. Seither haben zusammen mit dem heutigen Verhandlungstag insgesamt 45 Hauptverhandlungstermine stattgefunden, was den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht genügt. Nach derzeitiger Planung der Kammer soll die Beweisaufnahme noch bis mindestens zum 02.10.2013 andauern, wobei Beweisanträge der Verteidigung (noch) nicht gestellt worden sind. Die Verhandlungsdichte wird insbesondere im August und September 2013 weiter abnehmen. Im Rahmen der bislang durchgeführten Beweisaufnahme hat sich die Ansicht der Staatsanwaltschaft, bei der GFE-Group habe es sich um eine Scheinfirma gehandelt, in der ein Geschäftsbetrieb nur vorgespiegelt worden sei, als unzutreffend herausgestellt.

Ferner ist deutlich geworden, dass die Angeklagten allesamt von der Tragfähigkeit des entwickelten Geschäftsmodells überzeugt

waren, was auch eindeutig in der von meinem Mandanten verlesenen Stellungnahme zur Anklageschrift zum Ausdruck kommt.

[...]Herr Kirsten hat sich in seiner Einlassung vollumfänglich zu seiner Verantwortung für die Geschicke der GFE-Group bekannt und lediglich den Vorwurf des Betruges zurückgewiesen. Aus seiner Erklärung geht eindeutig hervor, dass ihm daran gelegen ist, sich dem Verfahren zu stellen, um die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft entkräften zu können. Auch seine Ehefrau hat sich dem Verfahren nach der Aufhebung des gegen sie ergangenen Haftbefehls weiterhin gestellt. Grundsätzlich darf nur einem rechtskräftig Verurteilten die Freiheit vollständig entzogen werden. Der Entzug der Freiheit eines der Straftat lediglich Verdächtigen ist wegen der Unschuldsvermutung, die ihre Wurzel im Rechtsstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 3 GG hat und auch in Art G Abs. 2 EMRK ausdrücklich hervorgehoben ist, nur ausnahmsweise zulässig. [...]

Da das Verfahren nicht durchgängig mit der in Haftsachen erforderlichen Beschleunigung betrieben worden ist und auch künftig nicht betrieben werden kann und die Untersuchungshaft seit nunmehr bald zwei Jahren und sechs Monaten andauert, ist der Haftbefehl aufzuheben, zumindest aber gegen geeignete Auflagen außer Vollzug zu setzen.“

Das Gericht nahm diesen Antrag zur Kenntnis und ging wieder zur Tagesordnung über, die in der Befragung ehemaliger Kunden und angeblicher Geschädigter der GFE bestand.

Plötzlich aber wurde die Verhandlung durch eine Meldung des Anwaltes meiner Frau unterbrochen. Er verlangte eine kurze Unterbrechung der Hauptverhandlung, da es meiner Frau nicht gut gehe und sie den Gerichtssaal verlassen müsse. Nicht nur

ich, sondern viele andere beobachteten bereits seit Längerem mit wachsender Sorge, wie sehr sich meine Frau bemühte, dem Prozess so einigermaßen zu folgen. Die Verhandlung wurde kurz unterbrochen und meine Frau ging mit wankenden und unsicheren Schritten Richtung Ausgang. Kein einziger der anwesenden Gerichtsbeamten bemühte sich, ihr zu folgen, geschweige denn zu helfen. Nach langen zwei Minuten stand eine Anwältin des Mitangeklagten Karl Meyer auf und bemerkte, sie werde mal nach Frau Kirsten schauen, da sich hier keiner dafür als zuständig erweise. Die anwesende Staatsanwaltschaft, Schöffen, Gerichtsbeamten und Richter ignorierten diese Aufforderung.

Nach einer weiteren Minute kam sie wieder herein und sagte, dass meine Frau kaum ansprechbar auf dem Fußboden der Damentoilette lag. Tatsächlich fühlte sich nun eine der Schöffinnen, die wohl Ärztin ist, bemüßigt, aus dem Saal und zu den Toiletten zu laufen. Ich selbst war mittlerweile so außer mir vor Sorge, dass ich gleich hinterherrennen wollte, was allerdings ziemlich unsanft von dem Wachpersonal verhindert wurde. Um ehrlich zu sein, ich war kurz vor dem Durchdrehen.

Nachdem der Richter bemerkte, dass mich die Beamten kaum aufhalten konnten, gab er einem von ihnen ein Zeichen und dieser ließ mich durch. In der Damentoilette fand ich meine Frau noch immer am Boden liegend vor. Sie war blass und kaum ansprechbar. Mein Herz sprang mir beinahe aus der Brust, als ich sie so sah. Der Notarzt war bereits informiert. Noch bevor dieser eintraf, sperrte man mich ohne weitere Information zum Zustand meiner Frau wieder in die Wartezelle im Keller.

Fast eine dreiviertel Stunde ließ man mich dort ohne weitere Informationen über den Zustand meiner Frau. Wie ein Tiger im Käfig lief ich in dieser Zelle nur noch aufgeregt hin und her und

zündete mir eine Zigarette nach der anderen an. Dann endlich, nach einer gefühlten Ewigkeit, kam eine nette Beamtin auf mich zu und teilte mir mit, dass meine Frau eigenen Fußes zum Notarzwagen gelaufen sei – sie wollte keinesfalls in das Krankenhaus, sondern dem Prozess weiter folgen. Der Notarzt erlaubte ihr das nicht. Für die nächsten 24 Stunden solle sie im Krankenhaus unter Beobachtung stehen. Der Notarzt erklärte, dass meine Frau einen stressinduzierten Asthmaanfall gehabt habe. Dieser unselige Prozess hinterließ mittlerweile seine Spuren bei uns allen.

Die Verhandlung wurde für diesen und den nächsten Tag ausgesetzt, bis meine Frau wieder an dem Prozess teilnehmen konnte.

Der Zeuge Peter Heder*, Elektriker, sorgte bei einem der folgenden Verhandlungstage noch einmal für eine Überraschung. Auch er hatte ein 150 kW Blockheizkraftwerk über einen Vermittler der GFE erworben, den er bereits seit 20 Jahren kannte. Die von der GFE mit ihm vereinbarte Pachtzahlung habe er viermal erhalten, bis dann die GFE aufgrund des Zugriffes der Staatsanwaltschaft nicht mehr liquide war. Für den Kauf habe einen Betrag von 50.000 Euro finanziert. 100.000 Euro habe er aus den Erlösen eines Geschäftsverkaufs realisiert. Derzeit habe er eine monatliche Belastung von ungefähr 480 Euro. Seit einem Jahr arbeitet er bei einer Firma, die BHKWs mit Biogasmotoren herstellt. Er gab weiter an, dass der gesamte Auftritt der Firma GFE seriös und glaubhaft war. Von diesem Unternehmen war er überzeugt.

Umsatzsteuer hatte er bis zum heutigen Tage noch nicht zurück erhalten. Er hat dagegen Einspruch eingelegt. Sein letzter Satz gab mir zu denken. Er erklärte, dass er nicht ansatzweise daran geglaubt habe, dass hier Betrug im Gange war. Lange habe er

daran festgehalten, dass es sich hier um keinen Betrugsfall handelt. Auf meine Nachfrage, wann er denn von Betrug ausging, gab er an, von seinem Hausanwalt erfahren zu haben, dass es sich hier um Betrug handele. Eigenartigerweise ist dieser Anwalt der dem Mitbeschuldigten Schüsner* zugewiesener Pflichtverteidiger Rechtsanwalt Willi Sindel*. Ich blieb sprachlos zurück. In was für einen Sumpf sind wir hier geraten?

Dieser Verhandlungstag sollte noch besser werden: Nachmittags hörten wir Richard Lux*, der als selbstständiger Kaufmann in der Investmentbranche tätig war. Er hatte gleich vier BHKWs gekauft. Mit seinem Vermittler fuhr er zur GFE und sprach dort mit einigen Leuten. Kurz vor dem Zugriff der Staatsanwaltschaft habe er erst den Kaufpreis (ca. 350.000 Euro) überwiesen, was dazu führte, dass er nie Pachtzahlungen erhalten hatte.

Vor dem Besuch der Firma GFE habe er, so nannte er es, eine „suspekte Veranstaltung“ der GFE besucht. Dort habe er dann auch Verkaufsunterlagen erhalten, weil er das Produkt der GFE-Group auch selbst vermitteln wollte. In der Produktionshalle der GFE sah er mehrere Container, in die bereits BHKWs eingebaut waren. Ihm kam alles schlüssig vor. Er gab weiter an, die Beschuldigten nicht persönlich zu kennen und er wisse auch nicht, ob diese wirklich an Betrug dachten oder die Energie-Szene verändern wollten, die derzeit auch nur Betrug am Bürger sei. Den Kaufpreis hat er aus liquiden Mitteln bezahlt und der Verlust würde ihn auch nicht einschränken. Er sehe die Sache sportlich: Das Geld ist ja nicht weg, es hat jetzt nur ein anderer. Auf Fragen der Gerichtsbarkeit gab er an, dass er einmal Gelegenheit hatte, mit zwei Geschäftsführern der GFE zu sprechen. Er konnte sich noch an den Namen eines Herrn Zehner* erinnern – die andere Person beschrieb er nur als große männliche Person im Anzug. Von dort erhielt er die Auskunft,

dass die prospektierten Werte des eingesparten Kraftstoffverbrauchs mittlerweile sogar unterschritten werden. Man sprach über Gutachten, die diese These untermauern. Er selbst bekam auch Einsicht in diese Gutachten.

Über das Internetforum von Herrn Geisfuß* hatte er die Info, dass das Geschäftsmodell der GFE-Group nicht funktionieren könne. Daraufhin sei er persönlich zur GFE gefahren und wurde dort vor Ort von der Machbarkeit überzeugt. Insgesamt war er drei Mal bei der GFE, dann kam der Kaufvertrag zustande. Auf die Frage des Richters, ob er denn ein Risiko bei diesem Geschäft gesehen hätte, gab er als Antwort, dass nichts ohne Risiko sei.

Er erwäge sogar den Freistaat Bayern zu verklagen, weil man ihm die Umsatzsteuer bis heute noch nicht zurückerstattet habe, erklärte er. Einer der Richter machte ihn dann darauf aufmerksam, dass ein Professor einer Uni hier aussagte, dass die Technologie der GFE-Group überhaupt nicht funktionieren kann – er meinte natürlich Professor Dr. Wiesner*. Der Zeuge zeigte sich davon unbeeindruckt. *„Geht nicht, gibt es nicht“*, antwortete er. *„Vor 25 Jahren hätte auch niemand geglaubt, dass wir mit Handys telefonieren oder ohne das Internet nicht mehr leben können.“* Diese Antwort gefiel mir gut und wieder konnte ich mir ein Schmunzeln nicht verkneifen, während das Gericht sichtbar verärgert war.

Doch auch dieser Lichtblick konnte meinen Ärger über die Suggestivfragen der Staatsanwaltschaft und der Richterschaft nicht verscheuchen. Immer wieder wurde seitens des Gerichtes die suggestive Frage gestellt, ob er, der Zeuge, auch in ein BHKW investiert hätte, wenn es keine Erträge erbracht hätte und man ihm dies vorzeitig gesagt hätte. Es gab bis dato nur wenige Zeugen, die diese Frage mit einem *„Ja“* beantwortet hatten, was der Normalität entspricht.

Welch ein Mensch kauft schon eine Ware, aus der er keine Vorteile für sich sieht? Es ist schon im Vornherein klar, welche Antwort die einzelnen Zeugen von sich geben. Fast jeder der Befragten, gab an, dass er dann nicht gekauft hätte. Selbst von mir würde der Richter eine solche Antwort bekommen. Mehrmals wurde diese Art der Fragestellung schon reklamiert, was jedoch zu keinem Ergebnis führte. Im Gegenteil, mich befiel sogar das Gefühl, dass jetzt erst recht diese Frage gestellt wird. Mit dieser Frage suggerierte das Gericht dem Zeugen, dass es diese von der GFE angebotene Technologie noch gar nicht gab und somit könnten auch solche Renditen seitens der GFE-Group nicht versprochen werden.

Wenn nun die Zeugen, wie vom Gericht gewollt, meist mit einem klaren „Nein“ antworteten, dann war für mich schon jetzt erkennbar, dass sich das Gericht am Ende des Prozesses auf diese Antworten beziehen und dies als Täuschung am Kunden auslegen würde, was mit einem Betrugstatbestand einhergeht. So werden Beweise erschaffen, die es gar nicht gibt!

Das Gericht ignorierte schlichtweg, dass das von uns angebotene Produkt bereits, und auch mit den versprochenen Renditen, vorhanden war. Ich vermutete, dass man zu dem Schluss kommen würde, dass wir den Kunden bewusst Gutachten wie das von Herrn Professor Dr. Wiesner* vorenthalten hätten, um die Kunden in die Irre zu führen. Das wäre dann eindeutig Betrug und somit zu verurteilen.

Es soll sich ruhig jeder selbst die Frage stellen, was von einer Gerichtsbarkeit zu halten ist, die keine konkreten Beweise von der Staatsanwaltschaft einfordert und den Prozess ohne wirklich bewiesene Betrugstatbestände eröffnet und in einer derartigen Frageform eine Beeinflussung vornimmt um am Ende zu dem

von der Justiz anscheinend schon im Vorfeld bedachten Verurteilung zu kommen.

Gerade zu dieser Zeit, dem Sommer 2013, sorgte der Fall Gustl Mollath für Schlagzeilen. In der Bevölkerung regte sich breiter Widerstand, dass ein Mann, der für die Wahrheit gekämpft hatte, für acht Jahre in einer geschlossenen Psychiatrie verschwand, weil ihn Gutachter, ohne den Mann je persönlich getroffen zu haben, dort einwiesen. Vermutlich steckten seine Frau und ihr Arbeitgeber, eine große Bank dahinter.

Die Empörung war so groß, dass die bayerische Landesregierung schließlich nachgab und Gustl Mollath heute wieder auf freiem Fuß ist. Seine Geschichte hat einen Schatten auf unseren Rechtsstaat und das Gebaren unserer Gerichte geworfen. Es gibt mächtige Interessen, die mit allen Mitteln Tatsachen schaffen, aus der Wirtschaft, der Politik und dem Finanzwesen und die unsere angeblichen unabhängigen Richter zu ihren Handlangern machen.

Der Rechtsstaat und die Gewaltentrennung werden zu einer Farce, wenn es um mächtige Interessen wie das Bankensystem oder die Energielobby geht, das zeigen die Fälle von Gustl Mollath und der GFE mehr als deutlich. Sie sind keine tragischen Einzelfälle, sie sind Teil des Systems. Jedem von uns, der solchen Interessen bewusst oder unbewusst auf die Füße tritt, kann es ähnlich gehen.

Von der Illusion, dass wir ein Anrecht auf Gerechtigkeit haben, müssen wir uns verabschieden. Immerhin gibt es dank Gustl Mollath nun ein Bewusstsein dafür, dass viele Menschen gesund in Psychiatrien eingesperrt werden. Dafür, dass viele Menschen unschuldig im Gefängnis sitzen, interessieren sich nur wenige. Unser Rechtssystem gilt als unantastbar.

Ich will hier nicht unbedingt die Gerichtsbarkeit an sich an den Pranger stellen, aber es muss mir wohl erlaubt sein, mein Bauchgefühl in dieser Art und Weise wiederzugeben, zumal sich einer der hier am Prozess beteiligten Richter immer wieder mit der suggestiven Frageform hervortat und auch den Ausspruch „*Hier geht es nicht um Recht, es geht um eine Straftat!*“, tätigte. Also, eine klare Vorverurteilung aus dem Munde eines Richters. Weiter gab er an, dass man seitens des Gerichtes auch anscheinend unsinnige Fragen stellen dürfe. Genau dieser Richter griff immer sofort ein, wenn von der anderen Seite Fragen an den Zeugen gestellt werden, die seiner Meinung nach nichts mit dem Fall zu tun hatten.

Wie das ablief, verdeutlicht folgendes Beispiel: Oft lagen mir von den Zeugen die Vernehmungsprotokolle vor, die deren Zeugenaussagen bei der Polizei wiedergaben. Darin sagten viele der hier vernommenen Zeugen aus, sich nicht von der GFE betrogen zu fühlen, da die GFE immer ihren vertraglichen Verpflichtungen ihnen gegenüber nachgekommen sei. Nun aber, beim Prozess, nachdem mehr als zwei Jahre seit ihrer Vernehmung vergangen sind, fühlte sich verständlicherweise der ein oder andere Kunde im Zeugenstand betrogen, da er seit dem 30.11.2010 auf sein Geld wartet und die entsprechenden Presseberichte verfolgt hatte, in denen ich und die GFE bereits abgeurteilt wurden.

Jedem Zeugen stellte ich die Frage, nachdem ich sie an ihre Aussagen im Zeugenprotokoll erinnert hatte, ab welchem Zeitpunkt er sich denn betrogen gefühlt habe. Diese Frage wurde dann seitens des Gerichtes sofort als unzulässig abgeschmettert, was ich zu akzeptieren hatte. Mir ging es bei dieser Fragestellung doch nur darum, ob die von mir vermutete Meinungsbildung durch die Staatsanwaltschaft, bedingt durch

deren mit Halb- und Unwahrheiten gespickten Pressemitteilungen, ihre Wirkung zeigte.

Zwischen den Zeugenaussagen der angeblich „Geschädigten“ wurden immer wieder Akten über und von der GFE vorgelesen, so auch am Nachmittag des 48. Verhandlungstages am 11.06.2013. Aus diesen Urkunden war wieder einmal ersichtlich und klar zu erkennen, wie sehr es uns daran gelegen war, unseren Betrieb auf gesunden Beinen stehen zu lassen. Ich gab daraufhin eine Erklärung ab:

„Aus diesen und vielen schon vorher vorgelesenen Urkunden aus diversen Akten ist eindeutig zu erkennen, wie viel Arbeit, Zeit und Herzblut im Aufbau dieser Firma stand. Wie viele Mitarbeiter diese Firma mit ihrer Arbeitskraft und dem Glauben an das Modell dieses Modell gestützt haben. Weiter ist auch zu erkennen, dass die GFE-Group sich einen Containerstapler für mehrere Hunderttausend Euro angeschafft hat, um das Verladen vor Ort auf dem Firmengelände zu gewährleisten. Da die Staatsanwaltschaft diese Anschaffung in dieser Größenordnung in ihrer Anklageschrift als unsinnig ansieht, zeugt nur von wenig Fachwissen.“

Am 49. Verhandlungstag, dem 12.06.2013 wurde vormittags der Zeuge Ewald Mendel*, Angestellter bei der Stadt Neumarkt, in den Gerichtssaal gerufen, damit dieser seine Aussage machen könne. Er war bei Recherchen im Internet auf die GFE gestoßen. Anfangs erschien ihm die Höhe der Pacht zu hoch aber letztlich war es für ihn nicht relevant, solange das Geld kam. Vier Mal habe er diese Pachtzahlungen auch pünktlich erhalten. Bei seinem Besuch in der GFE habe er viele Container wahrgenommen und es wäre da auch ein Haufen Leute in der Produktionshalle tätig gewesen, erklärte er dem Gericht. Er sei dort alleine gewesen. Sein Vermittler hätte vor Ort auch viele

Bilder gemacht. Insgesamt habe er zwei 150 kW-BHKWs zum Preis von 250.000 Euro gekauft. Er betreibe nebenbei auch eine Landwirtschaft. Nachdem er einen Teil seiner Landwirtschaft, seine Tiere und die Milchquote verkauft hatte, konnte er den Kaufpreis für die BHKWs selbst aufbringen, nahm jedoch trotzdem ein Darlehen auf, was er dann nach dem Ausbleiben der Pachtzahlungen sofort wieder ablöste. Er erhielt viele Fehlinformationen seitens seines Vermittlers, dessen Name er nicht angeben wollte, zumal ihm der Name nicht mehr einfiel. Diese Fehlinformationen beruhen darauf, dass er angab, man habe ihm gesagt, wenn die Betriebskosten dieser BHKWs zu hoch werden, dann würde die Allgefahren-Versicherung dafür eintreten.

Ich möchte dies hier richtig stellen: Wir hatten bei einer großen deutschen Gesellschaft eine Versicherung, die Allgefahren und auch einen Betriebsausfall absicherten, nicht aber die Höhe der Betriebskosten. Dennoch hat im Endeffekt die Aussage gestimmt, dass selbst wenn die Betriebskosten nach oben gingen, würde dies nichts an der Höhe der Pachtzahlungen verändern.

Die GFE-Group trug mit Abschluss das unternehmerische Risiko, niemals der Kunde. Im gleichen Zusammenhang möchte ich hier auch auf die immer wieder aufkommende Behauptung eingehen, die GFE hätte langfristige Verträge bzgl. des Rapsöls geschlossen, um den Preis auf einem niedrigen Niveau zu halten. Das ist so nicht ganz richtig. Die GFE-Group gab ihren Kunden eine Preisgarantie über viele Jahre, da man mit der von ihr angewandten Technologie immer weniger Rapsöl über die Jahre benötigt hätte. Die Preisgarantie kam also direkt von der GFE-Group, nicht von irgendeinem Rapsöl-Lieferanten. Leider haben

das einige Vermittler falsch interpretiert, was das Gericht nur allzu leicht dazu bewegte, dementsprechende Fragen zu stellen.

Nach dem 30.11. habe Herr Mendel* einen Rechtsanwalt beauftragt, seine Rechte geltend zu machen. Dann verstarb dieser Rechtsanwalt – und er, der Zeuge, hatte dann seitens der Gerichts- bzw. Justizkasse eine Rechnung von 9.000 Euro erhalten. Er gab weiter an, eigene schlechte Erfahrungen mit der Justiz gemacht zu haben. Seine Ehefrau lag aufgrund eines nicht belangten ärztlichen Kunstfehlers seit Jahren im Koma. Auch die nächste Zeugin, Frau Monika Meurer*, wusste Interessantes zum Fall der GFE zu sagen. Ein technisch versierter Bekannter hat sie auf die GFE aufmerksam gemacht. Ihr wurden auch TÜV- und DEKRA-Gutachten vorgelegt. Herr Martin Götze* (ihr Vermittler) ging mit ihr und weiteren Interessenten zur GFE und dort überzeugten sie sich von der Technologie.

Sie investierte als eigens hierfür errichtete „MB Energie GmbH“ in ein BHKW der GFE. In dieser Gesellschaft gab es vier Gesellschafter. Ihr technischer Berater war ein Herr Kotter*. Sie selbst war Geschäftsführerin dieser MB Energie GmbH*. Im August 2010 kaufte man dann ein 150 kW-BHKW.

Nach dem Zusammenbruch der GFE hat man dann als MB Energie GmbH* versucht, das Geschäftsmodell der GFE in eigener Regie weiterzuführen. Da hat man sich auf die Herren Kotter* und Martin Götze* verlassen. Herr Kotter* war des Öfteren in Kontakt mit dem Motorenentwickler Karl Meyer. Sie kenne Herrn Kotter* schon seit 30 Jahren und er sei auch deshalb so kompetent, weil er unter anderem auch Maschinenbau studiert habe, erklärte sie. Später erfuhr sie auch, dass mit Wasserbeimischung gearbeitet wurde, was man dann in der Folge auch bei der MB Energie GmbH* versucht habe. Risiken habe sie aufgrund der vielen Besprechungen und der

Recherchen des Herrn Kotter* nicht gesehen – für sie war alles plausibel.

Ihre monatlichen Pachtzahlungen seitens der GFE waren 4.500 Euro, die sie auch pünktlich erhielt. Ihr war auch klar, dass die GFE diese Pachtzahlungen aus den Einspeiserlösen erwirtschaften wird. Sie hatte niemals das Gefühl, dass die Leute von der GFE sie „übers Ohr hauen“ wollten. Sie war auch am „Tag der offenen Tür“ bei der GFE zugegen. Dort bestand reges Interesse. Es kamen Leute aus der ganzen Bundesrepublik. Zweimal war sie mit Herrn Kotter* bei der GFE.

Aufgrund dieser Investition ist sie lt. ihren Angaben nicht arm geworden. Keiner der Gesellschafter der MB Energie GmbH* musste für diese Investition ein Darlehen aufnehmen. Die GmbH hat die Umsatzsteuer erhalten und musste diese auch nicht wieder zurück zahlen. Irgendwie kam über eine Verwertungsfirma, die vom Insolvenzverwalter der GFE beauftragt wurde, ein BHKW der GFE in ihren Besitz – zu einem sehr geringen Preis (Schrottpreis). Dort wurde dann unter Mithilfe von Herrn Karl Meyer versucht, das Projekt weiterzuführen, musste aber wegen fehlender Finanzmittel eingestellt werden.

Ihre Aussagen wurden von dem nächsten Zeugen, Herrn Martin Kotter* bestätigt. Herr Kotter* gab an, Maschinenbau studiert zu haben und anschließend war er auch über vierzig Jahre in diesem Bereich tätig. Heute sei er in Rente. In Kontakt mit der GFE kam er über einen Bekannten, für den er die angebotene Technologie der GFE prüfen sollte. Im Bereich der Verbrennungstechnik verfügt er über sehr viel Erfahrung. Er hatte auch bei der NASA an der Entwicklung der Ariane-Rakete mitgewirkt. Bei der GFE führte er ein längeres Gespräch über die Öl-Wasser- Emulsion mit Herrn Karl Meyer.

Herr Meyer erklärte ihm, entgegen meines Wissens, bereits zwei Patente in diesem Bereich zu haben. Für Herrn Kotter* war das Gespräch nicht befriedigend, denn viele Details wurden ausgelassen. Im Ergebnis war es jedoch so, dass Herr Meyer sagte, es würden noch einige Monate benötigt, um die richtigen Werte zu erzielen. Das Interesse seiner Recherchen wurde angeregt durch die vorher gehörte Zeugin Frau Meurer*, seiner Lebensgefährtin und von seinem Bruder. Nach Aussagen des Herrn Karl Meyer gab er, Herr Kotter*, erstmal Empfehlungen vorerst nicht zu investieren. Er bat dann den Vermittler Herrn Martin Götze*, ihm vor Auftragsvergabe Gutachten zur Verfügung zu stellen. Beim zweiten Gespräch mit Karl Meyer war sein Bruder, der ebenfalls technisch versiert ist, dabei. Das Gespräch war dann so überzeugend, dass sein Bruder bereit war, hier zu investieren.

Wasserzuführung ist für Herrn Kotter* kein unbekanntes Faktum, da dies weltweit mit teilweise geringeren Anteilen praktiziert wird. Herr Karl Meyer habe ihm erklärt, dass die Einsparung von 30% möglich ist. Daraufhin habe er sich von China alle Leistungsmerkmale eingeholt. Derselbe Motor (Deutz) von vielen unterschiedlichen Herstellern. Die Verbrauchswerte differieren von 190-248 g/h, was abzüglich der 30% Einsparung im besten Falle 135 g/h bedeuten würde. Herr Meyer habe ihm ein Datenblatt vorgelegt, wobei er, Herr Kotter*, davon ausgegangen sei, dass hier ein Umrechnungsfehler entstanden sei. Sein Bruder und er wollten hierfür einen Nachweis. Über die hier eingesetzte Technologie wurde intensiv gesprochen – u.a. auch wie derartige Motoren langfristig betriebsbereit gehalten werden. Die Antworten des Herrn Meyer (Spezial-Motorenöl, Spezial-Filter, Verdichtungen) waren überzeugend. Nachweise wurden Herrn Kotter* dann einige Tage nach dem „Tag der offenen Tür“ durch Herrn Martin Götze* in Form von TÜV- und

DEKRA-Gutachten erbracht. Er war sogar erstaunt, dass die darin enthaltenen Werte unter den von der GFE prospektierten Werten lagen. Für seinen Bruder und ihn selbst sei klar gewesen, dass dies eine zertifizierte Prüfung war.

Nach dem die GFE am 30.11.2010, wie er aussagte, „platt gemacht“ worden sei, habe ihn das sehr verwundert, zumal die Pachtzahlungen bis zu diesem Termin immer bezahlt wurden. Später hatte er Kontakt mit mehreren Herren, die die Technologie der GFE auch nach dem 30.11.2010 voranbringen wollten. Einer davon, Herr Gerstner*, wollte an dieser Sache weiterarbeiten – er hätte 30 Millionen Euro zur Verfügung, die er ursprünglich bei der GFE investieren wollte, erklärte er den anderen bei einem Treffen. Er, Herr Kotter* gab Herrn Gerstner* zu verstehen, dass es Sinn machen würde, die Entwicklung weiter zu führen. Es gibt ein Protokoll von dieser Besprechung, welches dem Gericht vorliegen müsse. Dies wisse er von dem hiesigen Gerichtsreporter. Zwei BHKWs gingen damals vom Insolvenzverwalter an einen Gläubiger der GFE. Diese wurden dann zum einen an die MB Energie GmbH* verkauft, das zweite BHKW an eine Einzelperson.

Diese Anlagen wurden dann mit einem Rapsöl-Wasser-Gemisch betrieben. Mit Herrn Karl Meyer gab es zwischenzeitlich jedoch gewisse Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf das Mischungsverhältnis. Es wurden verschiedene Versuche gemacht, bei denen zum Teil ein Erfolg erzielt wurde und zum Teil nicht. Die Anlage war zwar am Netz, lief jedoch nur teilweise. 162 g/h innerhalb einer halben Stunde bei einem Mischungsverhältnis 1:4 (1 Teil Rapsöl : 4 Teilen Wasser) wurden erreicht. Die hierfür erzeugte Emulsion war konstant und homogen, was auch von einem Institut in Berlin bestätigt wurde. Man hätte diese Emulsion tagelang stehen lassen können.

Wasserstoff verbrennt in Verbindung mit Sauerstoff als Knallgas auch wenn dies von verschiedenen Professoren bestritten wird. Somit habe Herr Karl Meyer mit der These: "Wasser hat Energie" vollkommen Recht. Herr Kotter* zog sich dann späterhin aufgrund einer bevorstehenden schweren Operation Ende 2012 zurück und wurde dann von einem Herrn Kowalski* abgelöst. Laut dessen Aussage würde Herr Karl Meyer Betrug betreiben, was dazu führte, dass Herr Meyer im Februar 2013 seine Mitarbeit aufkündigte, hauptsächlich mit der Argumentation, dass die vom Nachfolger Herrn Kowalski* eingeführte neue Technologie nicht mit seinen Vorstellungen übereinstimme. Alle Tests und Versuche wurden fotografiert und dokumentiert.

In den folgenden Tagen wurden weitere, verschiedene Käufer gehört. Sie stammten aus allen Branchen und waren auf verschiedenen Wegen zur GFE gekommen. Sie alle waren von dem Konzept überzeugt und hatten alle Pachtzahlungen bis zum 30.11.2010 erhalten.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal kurz auf den Vorwurf des Schneeballsystems eingehen. Das Gericht unterstellte uns, dass wir die Pachtzahlungen für die bereits verkauften BHKWs nur aus dem Verkauf weiterer finanzieren konnten und die Kunden mit Vergütungen dazu anhielten, neue Kunden zu werben. Aus der Einspeisung der Energie wäre, so die Staatsanwaltschaft, nie genug Rendite entstanden, da die Technologie ja nicht funktionierte. Dazu ist festzuhalten, dass wir überzeugend belegen konnten, dass die Technologie des Wasser-Rapsöl-Gemisches einwandfrei funktionierte, wir lediglich mit der Serienreife noch Probleme hatten, die wir aber im November 2010 so gut wie gelöst hatten. Da wir unsere Kunden aber nicht warten lassen wollten, bezahlten wir die vertraglich zugesicherte Pacht tatsächlich aus unseren Gewinnen

neuer BHKW-Verkäufe, doch das war nur eine Zwischenlösung, die bis spätestens dem Frühjahr 2011 durch die Renditen aus der Energie-Einspeisung abgelöst werden sollten.

Zahlungsunfähig war die GFE zu keinem Zeitpunkt, sondern wurde erst durch das Eingreifen der Staatsanwaltschaft und der Kripo und die Beschlagnahmung aller Produktionsmittel dazu gemacht.

Zwischen den Vernehmungen der angeblich Geschädigten, wurde auch die Kriminalhauptkommissarin Hanse-Müller* noch einmal gehört, weil sich das Gericht schwer damit tat, über den Antrag der Anwältin meiner Frau über die Abtrennung ihres Verfahrens von unserem Verfahren zu entscheiden. Frau KHK Hanse-Müller* sollte aus ihrer Erinnerung die Vernehmung meiner Frau Silvia Kirsten nach der Verhaftung schildern. Es war spürbar, dass sie sich nicht gut erinnern konnte und immer wieder das Bedürfnis hatte, in ihren Unterlagen nachzublättern, wobei dies dann aufgrund eines Einspruches der Rechtsanwältin meiner Frau unterblieb. Frau Hanse-Müller* interpretierte in ihre Aussagen, Bestandteile der Vernehmung, die so nicht ausgesprochen worden waren. So sprach sie von offenen Türen, zwischen dem Büro meiner Frau und meinem Büro, wie auch von der Verwendung von Kundengeldern und nicht zuletzt auch von dem Wort „präparieren“, das angeblich von meiner Frau als Beweis für die Täuschung angegeben worden war. Ihr ganzer über fast eineinhalb Stunden dauernder Vortrag wurde mit Worten und Sätzen untermauert, die eine andere als die wirkliche Schlussfolgerung zulassen, genau wie der Polizeibericht, der der Staatsanwaltschaft damals dazu diente, die GFE samt und sonders zu zerschlagen. Es war erkennbar, dass die Beamtin eine Vorverurteilung vorgenommen hatte und ihren Bericht entsprechend einfärbte.

So verwendete die Beamtin in Bezug auf die Vernehmung meiner Frau ständig folgende Formulierungen: „*Sie hat mitbekommen, dass ...*“ „*Sie hat gewusst, dass ...*“ „*Man erzählte ihr, dass ...*“ Nicht ein einziges Mal sprach sie über irgendeine Handlung meiner Frau, die einen Tatbestand begründen konnten.

Weiter zeigte sie sich entrüstet darüber, dass man ihr während der Vernehmung nicht erlaube, in den Protokollen zu blättern. „*Das ist das erste Mal, dass man das nicht darf*“, sagte sie und warf einen regelrecht hilfeschuchenden Blick in Richtung der Richter. Es konnte von allen beobachtet werden, dass Frau Kriminalhauptkommissarin Hanse-Müller* nur Sicherheit ausstrahlte, solange sie das in ihrer eingangs erwähnten Art vortrug. Die spontane Beantwortung einiger Fragen löste bei ihr eine gewisse Unsicherheit aus. Im Übrigen ist dies nicht alleine meine Meinung, wie ich aus einer kurzen Rücksprache mit anderen Teilnehmern an dem Prozess erfuhr.

Am Nachmittag dieses Tages wurde der Zeuge Otto Rieger* gehört, der ebenfalls ein BHKW gekauft hatte. Er hatte sich vor dem Kauf eingehend informiert und die Prospekte der GFE regelrecht studiert. Er brachte Bilder mit, die seine Frau in der Produktionshalle und auf dem Gelände der GFE gemacht habe, diese waren datiert mit Juni/Juli 2010. Weiterhin gab der Zeuge an, auch von Wasser und Rapsöl gewusst zu haben, was bei der GFE als Treibstoff genutzt wurde. Er sah zwar das Problem mit den evtl. steigenden Rapsöl-Preisen, ging aber davon aus, dass die GFE dann auf anderes Öl übergegangen wäre. Aus den Pachtzahlungen hätte man problemlos den aufgenommenen Kredit bedienen können. Seine abschließenden Worte waren: „Es hat ja alles wunderbar geklappt, bis ich durch das Eingreifen der Staatsanwaltschaft geschädigt wurde.“ Der Zeuge wollte

dann vom Gericht wissen, wer denn damals die Staatsanwaltschaft eingeschaltet hätte. Er vermute nämlich genau diesen Kritiker, einen Herrn Geisfuß*, zumal dieser am 30.11.2010 vor Eintreffen der Staatsanwaltschaft/ Polizei bei der GFE, bzw. auf dem GFE-Gelände, zugegen war und damals bereits der vorher anwesenden Presse ein Interview gab, was er, der Zeuge, als sehr merkwürdig empfand. Die Antwort des Gerichts auf seine Frage war, dass dies nichts zur Sache tut. Auf die Frage des Gerichtes bezüglich der Umsatzsteuer, gab er an, diese bis heute nicht erhalten zu haben.

Für den 25.06.2013 war der 52. Verhandlungstag angesetzt. Nachmittags wurde die Zeugin Ingrid Fahrenberg* befragt, die ebenfalls ein BHKW erworben hatte. Sie hatte auch an Informationsveranstaltungen der GFE teilgenommen. Dort wurden auch kritische Fragen beantwortet. Das Gericht fragte nach, ob ihr der Name Geisfuß* etwas sage. Sie erinnerte sich und gab an, dass dieser Herr im Internet nur gegen die GFE schoss. Sie selbst sandte ihm eine Email. Sie wunderte sich heute noch über dessen überzogenen Behauptungen. Ihr war Herr Geisfuß* etwas suspekt. Außerdem habe sie recherchiert, dass ein Jahr zuvor eine andere Firma für den gleichen Treibstoffverbrauch und dessen Reduzierung den Innovationspreis erhalten habe.

Ihr war auch klar, dass die GFE erst seit Kurzem am Markt war und das Produkt noch ausgereift werden musste. Laut den Infos des Insolvenzverwalters konnte man ihr kein BHKW zuordnen, da es hierfür keine Aufzeichnungen geben sollte. Ich notierte für mich, denn diese Aufzeichnungen waren sehr wohl vorhanden: Jedes einzelne BHKW war einem Kunden zugeordnet, womit auch klar und eindeutig zu erkennen war, dass es sich hier um das Privateigentum der Kunden handelte, was den

Insolvenzverwalter nicht hinderte, dieses Fremdeigentum in die Insolvenzmasse der GFE zu geben, was sicher auch Auswirkungen auf sein Honorar hatte. Umsatzsteuer hatte die Zeugin ebenfalls nicht zurück erhalten.

Durch das Ausbleiben der Pachtzahlungen erlitt sie wirtschaftliche Einschränkungen massiver Natur. Sie gab noch an, dass sie insgesamt dreimal die GFE vor Ort aufgesucht habe, wobei einer der Besuche vor dem Kauf stattfand. Als die Befragung dieser Zeugin beendet war und der Richter sie auf die Kasse aufmerksam machte, wo sie ihre Aufwendungen erstattet bekomme, meldete sie sich mit einer Frage noch einmal zu Wort: *„Was muss eigentlich passieren, bis das Gericht davon überzeugt ist, dass diese Technik funktioniert?“* Einer der Richter antwortete darauf recht barsch: *„Das werden wir hier nicht mit Ihnen diskutieren!“* Dieser Satz offenbarte, wie sehr das Gericht von Anfang an bemüht war, den Beweis zu führen, dass die Technik nicht funktionieren konnte und jede Kritik an sich abperlen ließ.

Die Befragung der ehemaligen Kunden der GFE war noch immer nicht abgeschlossen, allerdings wurden die oben beschriebenen Suggestivfragen nicht mehr nur von dem Vorsitzenden Richter, sondern im Wechsel auch von der Staatsanwaltschaft gestellt. War es nicht verwunderlich, dass die Zeugen bei ihren Kaufmotiven Gewinnerzielungsabsichten angaben und man ihnen dann im Anschluss eine derartige Frage stellte, ob sie denn auch gekauft hätten, wenn keine Gewinne zu erwarten gewesen wären? Schon alleine aus diesem Grund war bei dieser Fragestellung viel Kopfschütteln und Unverständnis im Gerichtssaal zu sehen.

Zwischen den Zeugenaussagen wurde immer wieder aus Dokumenten vorgelesen, die die Gründung von Tochter-

gesellschaften der GFE GmbH und deren Ausbau zur GFE Group belegten. Für mich war das der Anlass, eine weitere Erklärung abzugeben:

„All das was Sie, das hohe Gericht, hier in der letzten halben Stunde vorgelesen und gezeigt haben, ist ein Beweis dessen, dass wir uns bei der GFE bis ins kleinste Detail auf die Gründung der GFE-Group, sprich weitere Firmen, wie beispielsweise, die FI Holding AG, die GFE Energy AG und anderen vorbereitet haben, um Zuständigkeiten und Arbeitsbereiche für die Finanzbehörden und die Kunden klar darzulegen. Es handelt sich hierbei um eine ganz normale Geschäftserweiterung und nicht, wie es die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift formuliert, um ein „Firmengeflecht“.“

Anschließend stellte ich dem Gericht die mehr als berechtigte Frage, was eigentlich im Weiteren mit einer Erklärung wie der meinen geschah. Dies tat ich nicht zuletzt aus dem Grund, weil ich beobachtete, dass man meine Erklärungen nicht protokollierte. Vom Vorsitzenden Richter erhielt ich dann die Antwort, dass man hier nur notierte, dass ich eine Erklärung abgab, und nicht deren Inhalt, woraufhin sich dann noch eine weitere Richterin zu Wort meldete und mir erklärte, sie würden hier doch alle mitschreiben, auch das hohe Gericht. Mir kam es so vor, als ob sich das Gericht über diese meine Frage empörte – aber vielleicht war das auch nur meine Wahrnehmung.

Am 54. Verhandlungstag wurde der bereits berentete Wilhelm Schäfer*, ebenfalls ein angeblich Geschädigter, gehört. Nach seinen Ausführungen zum Kauf der BHKWs, sagte er etwas aus, was mich aufhorchen ließ: Er sagte aus, den BHKW-Kauf aus einem ganz anderen Grund getätigt zu haben, als viele andere Kunden der GFE. Da er sehr stark im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe engagiert sei, wollte er einen solchen

Motor selbst einsetzen. Er selbst habe auch schon an einem solchen Deutz-Motor geschraubt und eine Treibstoffreduzierung erreicht. Ihm war klar, und das schon vor dem Kauf, dass genau ein 75 kW-Motor von Deutz das optimale Gerät ist. Im April 2010 besuchte er die GFE vor Ort und tauschte sich dort intensiv mit Herrn Meyer aus. Seine Erfahrungen deckten sich zu 100 Prozent mit den Angaben von Herrn Meyer.

Er gab an, froh darüber gewesen zu sein, endlich einen Menschen gefunden zu haben, der diese Technologie vorantrieb.

Etwa zur gleichen Zeit, als die GFE von der Staatsanwaltschaft stillgelegt wurde, erlitt Herr Schäfer* einen Schlaganfall. Als es ihm wieder besser ging, suchte er dann im Juli 2011 Herrn Meyer privat auf. Er gab an, dass er bemerkt habe, wie den meisten Geschädigten von RA Violina* und den Insolvenzverwaltern nur noch weiteres Geld aus der Tasche gezogen wurde. Aufgrund der Schließung der GFE wurde auch die Lieferung seiner bestellten BHKW's nicht mehr ausgeführt. Daraufhin beschaffte er sich anderweitig, einem anderen Kunden bereits gelieferte BHKW's und schloss diese in Zusammenarbeit mit Herrn Meyer an das Netz an. Dies geschah in der von ihm bereits im Vorfeld erworbenen Halle. Durch ein Mischsystem wurden den Motoren Wasser beigemischt und die Motoren liefen. Zusätzlich hat er auch noch ein Ing.-Büro eingeschaltet. Für seine BHKW's hat er dann eine eigene Kalkulation aufgestellt und sich in keinsten Weise an die Berechnungen der GFE-Group gehalten. Ab dem 01.12.2012 musste dann laut Gesetz dem Treibstoffgemisch Zitronensäure zugegeben werden. Daraufhin hat man Speiseöl (Rapsöl) verwendet und alles lief wieder. Bei diesen Motoren wurde eine Treibstoffersparnis von 35% erreicht.

Den Kaufpreis zahlte er damals aus dem Betriebsvermögen und einer Auszahlung einer Lebensversicherung. Da er nie einen Pachtvertrag abschloss, wurden ihm auch keine Pachtzahlungen zuteil. Die technischen Daten des Motors erhielt er über den Prospekt und von Herrn Meyer. Anfangs wurde ein Verbrauchswert von 170 g/kWh ermittelt – nach Umstellung auf ein anderes Mischsystem kam man dann auf 162 g/kWh. Herr Meyer sagte ihm dazu, dass, und das erschien ihm logisch, diese Ersparnis schon alleine durch die Rapsölvorerwärmung zustande kam. Später habe man auch über die Wasserbeimischung gesprochen.

Es kamen seitens des Gerichtes Fragen, die er, der Zeuge als nicht dem Zwecke dienlich erachtete. Er brachte zum Ausdruck, dass er „keinen Bock“ darauf habe, auf solches Juristendeutsch zu antworten. Die Frage, was er denn noch alles mit Herrn Meyer besprochen habe, war der Auslöser seiner Reaktion. Herr Schäfer* gab an, er selbst fühle sich vom Freistaat Bayern und vom Finanzamt betrogen.

Dann kam man wieder zurück zum Thema. In der von ihm erworbenen Halle arbeitete man konstant an den Motoren. Die Wasserbeimischung sollte als Emulsion eingespritzt werden – es ging darum, wie man diese Emulsion erzeugt und konstant hält. Mit dem Mischsystem „Alpha II“ war dies allerdings kein Problem. Das Gericht brachte den Zeugen dann wieder durch gezielte Fragen in die Zeit zurück, als es um die GFE ging. Daraufhin gab der Zeuge an, dass er seine Ansprüche beim Insolvenzverwalter geltend gemacht habe, aber was hier geschehen ist, sei eine riesige Schweinerei. Seitens des Insolvenzverwalters gab es nur tausend Ausreden.

Dann kam die Frage des Gerichtes, ob er denn sein BHKW gewinnbringend betreiben wollte. Er antwortete mit der

Gegenfrage, was das Gericht denn denke, immerhin kauft jeder Kaufmann gerade wegen eines Gewinnes. Er wurde noch gefragt, ob ihm ESS etwas sage. Vom ESS wusste er, dass es hier um Einsparungsmöglichkeiten im gesamten System ginge.

Der Zeuge kam dann wieder auf die Zeit nach dem 30.11.2010 zu sprechen. Er gab an, dass Herr Meyer ihm bei der Aufstellung seiner Motoren behilflich war. Herr Meyer wurde von ihm bezahlt. Logischerweise kam die Frage, ob diese Motoren heute noch laufen. Seine Antwort:

„Am 29.07. wurde Herr Meyer verhaftet und inhaftiert und am 08.08. brannte meine große Halle inkl. dieser Anlagen ab. Die Gedanken sind frei.“ Bei diesem Satz hätte ich am liebsten gejubelt, wies er doch daraufhin, dass niemandem verboten werden konnte, aufgrund der zeitlichen Nähe dieser beiden Ereignisse entsprechende Schlüsse zu ziehen.“

Der nächste vom Gericht zu hörende Zeuge war Franz Heller*. Durch einen Bekannten, einen Finanzberater, wurde er damals auf das GFE-Modell als gute Anlagemöglichkeit aufmerksam gemacht. Von diesem hat er auch einen Prospekt der GFE erhalten. Von seinem Berater wurde ihm erzählt, dass bedingt durch die verbesserte Effizienz der Motoren eine hohe Rendite erreicht werden kann. Er habe sich die Sache dann auch mehrmals „durch den Kopf“ gehen lassen. Für den Kauf eines BHKW hat er dann sein Privatvermögen, welches er in Form von Aktien angelegt hatte, aufgelöst. Ursprünglich sollte dieses Geld für seinen Hausbau verwendet werden. Somit musste für den Kauf des BHKW kein Darlehen aufgenommen werden. Er persönlich, so gab er an, war niemals in Nürnberg vor Ort. Sein Berater hingegen mehrmals. Dieser berichtete ihm immer von diesen Besuchen und auch von der Teilnahme am „Tag der offenen Tür“ bei der GFE.

Herr Heller* erwarb in der Folge ein 150 kW-BHKW, welches er im Oktober 2010 mit ca. 128.000 Euro bezahlte. Er kaufte noch ein zweites BHKW und erhielt hierfür am 29.11.2010 eine Auftragsbestätigung. Zu einer Kaufpreiszahlung kam es allerdings nicht mehr wegen der behördlichen Aktion am 30.11.2010. Für ihn war das ganze Konzept der GFE logisch und nachvollziehbar. Laut seinem Wissensstand sollten die BHKW mit Rapsöl betrieben werden. Er ging davon aus, dass der Rapsölpreis sich nach oben bewegen könnte und dies dann evtl. Niederschlag auf die Pachtzahlungen haben würde. Die Berechnungen der GFE kamen ihm schlüssig vor. Er erkannte, dass diese Berechnungen auch einen Puffer enthielten. Umsatzsteuer hat er nicht zurückgefordert.

Auf die Frage des Gerichtes gab er an, sein Kaufmotiv war die Kombination eines BHKW mit einer Pacht und somit die Risikoübernahme vom Käufer auf den Pächter. Soweit er sich noch daran erinnern kann, sollte die Effizienz der Motoren durch Beimischung von Wasser mit dem Rapsöl erreicht werden. Er ging auch davon aus, dass dies funktioniert und das haben ja auch einige Gutachten bestätigt. Sein Haus steht derzeit im Rohbau. Er selbst sei ein konservativer Mensch und nehme keine Schulden auf. Insofern fehlt ihm zwar das Geld, aber er hat bis auf den Abbruch des Hausbaus keine Einschränkungen. Die Staatsanwaltschaft stellte fest, dass der Zeuge Pachtzahlungen von der GFE erhielt, da dieser sich während seiner Auslassung nicht mehr daran erinnern konnte. Am Ende gab der Zeuge noch an, diesen Kauf des BHKW als leicht risikobehaftet angesehen zu haben, jedoch nicht hoch spekulativ.

Im Anschluss wurde dann der Zeuge Bernd Klug*, Landwirtschaftsmeister vom Gericht gehört. Ein guter Kollege hatte ihn damals auf die GFE angesprochen. Ihm kam alles sehr

schlüssig vor. Im Internet besuchte er nur die Seite der GFE-Group. Ihm hat das ganze Konzept gut gefallen. Er war auch bereit, der GFE Stellplätze für die Container zur Verfügung zu stellen. Ursprünglich wollte er sein BHKW selbst betreiben und spielte schon mit dem Gedanken, sein Investment zu erweitern.

Die Rechenbeispiele in den Prospekten waren für ihn schlüssig und nachvollziehbar, zumal er wusste, dass die Technologie immer weiter verbessert wird. Er wäre sogar bereit gewesen, auf seinen Feldern Raps anzubauen. Die GFE selbst besuchte er erst nach dem Zugriff der Staatsanwaltschaft. Gekauft hatte er ein 150 kW-BHKW zu einem Preis von ca. 127.000 Euro, welches er fremd finanzierte. Der mtl. Kapitaldienst hierfür beträgt 860 Euro. Die Pachtzahlungen von jeweils über 5000 Euro hat er von der GFE erhalten. Nach dem 30.11.2010 war er dann gezwungen, einen Acker zu verkaufen. Die Darlehensraten sollten durch die Pachtzahlungen beglichen werden. Sein Kaufmotiv war in erster Linie "weg von der Kernenergie" und den Monokulturen bzgl. Mais für Biogas-Anlagen.

Dann kam wieder die berüchtigte Frage des Gerichtes. Klar, wollte der Zeuge auch einen Ertrag erzielen. Er schilderte, dass der Pachtvertrag für ihn eine sichere Sache war, da damit das unternehmerische Risiko bei der GFE lag. Ihm war auch bekannt, dass Tests und Versuche bei der GFE liefen und es auch entsprechende Gutachten gab. Er selbst sah darin keine Probleme, da er davon überzeugt war, dass die Technologie funktioniert.

Nach dem 30.11. 2010 beauftragte er RA Violina*. Seine Forderungen machte er auch beim Insolvenzverwalter geltend. Allerdings habe er bis heute keinen Cent zurück erhalten. Er gab weiter noch an, dass die GFE ihm mit der damaligen Auftragsbestätigung die Nummer seines BHKW mitteilte. Als er

das GFE-Gelände nach dem 30.11.2010 aufsuchte, fand er dort viele Container vor, in denen Motoren standen. Die Container waren offen und auf den Motoren (BHKWs) waren auch die Nummern angebracht. Er ist heute noch von dem Konzept und der Technologie überzeugt.

Am 56. Verhandlungstag, mehr als vier Wochen nach der Antragstellung, gab die Staatsanwaltschaft bekannt, dass sie sich mit den Anwälten meiner Frau Ende Juli zusammen besprechen würden, was die Anklagen bandenmäßiger Betrug und Beihilfe zum Bankrott angingen und ob diese überhaupt verhandelt werden würden.

Bei der Befragung der Zeugen, die in ein oder mehrere BHKWs investiert hatten, wurde deutlich, dass die Vermittler, die freiberuflich für die GFE tätig waren, zum Teil unhaltbare und auch unseriöse Versprechungen über die zu erwartende Höhe der Renditen gemacht hatten. An dieser Stelle muss ich einräumen, dass ich von einem solchen Verhalten nichts wusste und es auch niemals gutgeheißen hätte.

Mir und der restlichen Geschäftsführung kann man zum Vorwurf machen, dass wir so sehr mit dem Aufbau der GFE-Group und der Serienreife der BHKWs beschäftigt gewesen waren, dass wir die Tätigkeiten der Vermittler nicht eng genug überwachten und ihnen zu sehr vertrauten.

Am 57. Verhandlungstag, der am 11.07.2013 stattfand, wurde Herr Bernd Lander* gehört. Er gab an, dass er die GFE kennengelernt habe, weil er Grundstücke hatte, die bzgl. der Aufstellung von Containern geeignet waren. Ich hätte mich mit ihm einmal zum Mittagessen getroffen, um die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auszuloten. Gegenstand dieses Gespräches waren die Geschäftsidee und die BHKWs der GFE.

Herr Lander* sagte: *„Ich treffe Entscheidungen grundsätzlich aus dem Bauch heraus und bei dem Gespräch mit Herrn Kirsten stimmte einfach die Chemie. Ich hatte das Gefühl, dass er ehrlich von der vorgestellten Technologie überzeugt war.“*

Bei seiner Befragung und der der folgenden Zeugen fiel mir auf, dass das Gericht offensichtlich seine Taktik änderte. Immer öfter wurde seitens des Gerichts die Frage gestellt, ob der Kunde im Glauben war, ein fertiges Produkt gekauft zu haben. Für mich ist das alles nicht mehr verständlich, denn hätte man meinen Erklärungen aufmerksam zugehört, dann wüsste man, dass dieses Produkt schon so gut wie fertig aus China angeliefert worden waren. Was die Technologie angeht, so war auch diese schon längst vorhanden. Zu vergleichen ist das mit einem Autohaus. Wenn man dort ein Fahrzeug kauft, dann kann man sicher davon ausgehen, dass das Produkt schon fertig ist oder ganz sicher fertiggestellt wird. Es muss nur noch produziert und geliefert werden. Bei Lieferung ist normalerweise jedes Fahrzeug fahrtüchtig. Soweit meine Anmerkungen zu der Ermittlungsarbeit der Staatsanwaltschaft, die mit ihrer Fragestellung immer wieder suggerieren will, wir hätten ein Produkt verkauft, das es noch gar nicht gäbe. Eine Prozessführung auf diesem Niveau zu führen ist beinahe schon peinlich.

Auch die Fragestellungen der Richter zielten nur darauf ab, in irgendeiner Form etwas Negatives vom Zeugen zu hören. Ich machte das an den Vorhaltungen fest: Wenn ein Zeuge damals bei der Polizei etwas Negatives geäußert hat, so wird er darauf angesprochen, ob er denn dies heute noch so sehe. Wenn in diesen Vernehmungsprotokollen positive Aussagen zu finden war, so wurden ihm diese niemals vom Gericht, höchstens von den Anwälten der Beschuldigten vorgehalten.

Am Nachmittag des 60. Verhandlungstages, der für den 22.07.2013 festgesetzt worden war, wurde schließlich Herr Kriminalkommissar Panzer* vernommen. Er wurde nach den Containern in Reckendorf und der Maybachstrasse in Nürnberg befragt.

Seinen Angaben zufolge hat er den Auftrag erhalten, beide Container zu beschlagnahmen. In Reckendorf auf dem Gelände der Ziegelei Groß* hat er den Container von innen und außen fotografiert. Kriminalhauptkommissar Panzer* sagte aus, dass die Dämmung im Inneren des Containers nicht mehr vorhanden war und außerdem standen darin drei Motoren. Ihm fiel auch eine Lücke auf, in der wohl noch ein weiterer Motor stand. In der Maybachstrasse fotografierte er ebenfalls. Bei diesem Container fiel ihm auf, dass das Schloss geöffnet worden war. Die Beschlagnahmen fanden in der Zeit vom 26.10.2012 bis zum 05.11.2012 statt.

Auf meine Frage, ob denn wegen des fehlenden Motors (BHKW) in Richtung Einbruchsdiebstahl ermittelt werde, erhielt ich die Antwort, dass dies nicht sein Auftrag war und er insofern auch keine Ermittlungen eingeleitet habe.

Wäre es hier nicht erforderlich gewesen, entweder den Insolvenzverwalter oder den Eigentümer dieses BHKW zu informieren, damit diese eine Anzeige erstatten können?

Am Ende dieses Gerichtstages las das Gericht einen Beschluss vor, in dem festgehalten wurde, dass nur noch bis zum 06.08.2013 (Ende der Beweisaufnahme) angeblich Geschädigte als Zeugen gehört werden sollten. Nach dieser Information fanden sich Richter, Rechtsanwälte und Staatsanwaltschaft noch zu einem Gespräch zusammen, dessen Ergebnis wir am nächsten Verhandlungstag erfuhren.

So wurde beschlossen, dass das Ermittlungsverfahren gegen den Mitangeklagten Herrn Ferwich* gegen Zahlung von 15.000 Euro eingestellt und meine Frau vom Betrugsvorwurf entlastet würde. An dem Vorwurf der „Beihilfe zum Bankrott“ und der „Insolvenzverschleppung“ wollte man aber festhalten. Mit dieser Entscheidung wurde noch einmal deutlich, dass meine Frau zwei Jahre und zwei Wochen schuldlos im Gefängnis gesessen. Auch die noch gegen sie erhobenen Vorwürfe waren völlig haltlos, doch einen vollständigen Irrtum konnte oder wollte sich die Staatsanwaltschaft wohl nicht eingestehen.

Am 62. Verhandlungstag stellte mein Rechtsanwalt drei Beweisanträge. Der erste forderte, sämtliche Vermittler, die im Auftrag der GFE tätig gewesen waren, in den Zeugenstand zu rufen, da in den Vernehmungen der vorangegangenen Zeugen, namentlich der „geschädigten“ Kunden der GFE deutlich geworden war, dass diese sich zum einen nicht mehr detailliert an die Gespräche mit ihren Vermittlern erinnern konnten, zum anderen, dass die Vermittler immer wieder falsche Aussagen tätigen. Weiter beantragte mein Anwalt, drei Sachverständige, Herrn Dipl.-Ing. Dieter Ahlers, Herrn Dipl.-Ing. Jürgen Ritters und Herrn Dipl.-Ing. Lars Schlüter von der Zech Ingenieursgesellschaft, als Entlastungszeugen zu laden. Wörtlich hieß es im Antrag:

„Die Zeugen werden bestätigen, dass sie bereits im Jahre 2009 ein Gutachten zu einem BHKW erstellt haben, das mit Rapsölraffinat in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen mit Wasser betrieben wurde, wobei das untersuchte BHKW mit den von der GFE-Group vertriebenen BHKWs vergleichbar ist. Sie werden weiter bekunden, dass der von ihnen damals ermittelte Kraftstoffverbrauch dem Kraftstoffverbrauch entspricht, der in den Prospekten der GFE-Group angegeben wurde. Aus den

Aussagen der Zeugen wird sich ergeben, dass die bisherige Einschätzung der Kammer, die GFE-Group habe ein tatsächlich nicht funktionierendes Produkt verkauft, unzutreffend ist.“

Im dritten Antrag ging es um die Ladung von Herrn Dr. Stefan Knetsch*, ebenfalls ein Entlastungszeuge.

Herr Knetsch* hatte Lobbyarbeit für die GFE-Group geleistet und in diesem Zusammenhang frühzeitig tiefe Einblicke in die Geschäftstätigkeit der GFE-Group nehmen können. Er hatte intensive Kontakte zu Herrn Kirsten, aber auch zu zahlreichen Mitarbeitern und Vermittlern der GFE-Group. Er könnte bestätigen, dass Herr Kirsten und auch alle weiteren Kontaktpersonen von ihm zu keinem Zeitpunkt an der Tragfähigkeit des Geschäftsmodells der GFE-Group gezweifelt haben und innerhalb der GFE-Group die feste Absicht bestand, alle vertraglichen Verpflichtungen den Kunden gegenüber zu erfüllen. Herr Knetsch* könnte außerdem bezeugen, dass sämtliche Aktivitäten innerhalb der GFE-Group auf eine Verbesserung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes ausgerichtet waren, was eindeutig gegen den angeklagten unterstellten Betrugsvorsatz sprach. Seine Aussagen können weiter den Vorwurf, die GFE sei eine Scheinfirma gewesen, umfangreich entkräften. Das Gericht würde in den kommenden Tagen über diese Anträge entscheiden.

Am Nachmittag wurde Herr Klaus Knerr* gehört, ein Handelsvertreter im Bereich Erneuerbare Energien. Er konnte Interessantes zu den Umtrieben von Herrn Geisfuß*, unserem Gegner aus dem Internet, berichten. Herr Knerr* berichtete dem Gericht, im Internet viele Hinweise auf die treibstoff-reduzierende Technologie gefunden zu haben, die auch die Machbarkeit und die Existenz bestätigten.

Nur eine Stimme im Internet befand das alles als unmöglich: ein gewisser Herr Geisfuß*. Der Zeuge war rund ein dutzend mal selbst auf dem Gelände und in der Firma der GFE und hatte dort mehrmals laufende BHKWs beobachtet. Er habe sogar einen der Container selbst betreten und sich von allen Einbauten überzeugen können. Bei seinen Besuchen hatte er die Gelegenheit, mit verschiedenen Mitarbeitern der GFE zu sprechen. Oft habe er auch Betriebsführungen belauscht, wobei er betonte, dass auch dort keine Frage unbeantwortet blieb. Wenn die Leute der GFE nicht gewusst hätten, wie das alles funktioniert, dann hätten sie es auch nicht erzählen können.

Ab September 2010 hat er die Pacht für sein erstes BHKW, und ab Oktober zusätzlich für sein zweites BHKW erhalten. Nach Ausbleiben dieser Pachtzahlungen geriet er in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Da er jedoch einen Wald besitzt, konnte er die Verluste durch einen erhöhten Holzverkauf ausgleichen. Nach der Schließung der GFE beauftragte er den bereits bekannten Rechtsanwalt Violina*, der rund 100 Mandate angeblich Geschädigter innehatte, mit der Einbringung seiner Forderungen.

Auf die Frage eines Rechtsanwalts gab er an, dass die vorhandenen Risiken damals bei der GFE immer angesprochen wurden, denn diese gibt es immer. Seitens der GFE wurden diese Risiken mit dem Pachtmodell von der GFE übernommen. Ich fragte dann den Zeugen, ob er denn bei der Veranstaltung, bei der ich die kritischen Fragen beantwortet habe, auch Notizen gemacht habe. Seine Antwort war, dass er an diesem Tage 41 Fragen notiert habe – er aber leider die Antworten nicht wiederfinde.

Am Ende dieses Tages beschied das Gericht, dass das Verfahren gegen Herrn Ferwich* nunmehr gegen Zahlung von 5000 Euro

eingestellt werde. Eine weitere Zahlung von 10.000 Euro an zwei gemeinnützige Einrichtungen wurde ihm ebenfalls auferlegt. Die Entscheidung zu meiner Frau wurde auf den nächsten Verhandlungstag vertagt.

Wir hatten nun den ganzen Sommer des Jahres 2012 damit verbracht, einen Zeugen nach dem anderen anzuhören, der erzählte, wie er von der Anlagemöglichkeit der BHKWs der GFE gehört habe, wie viel er oder sie investierte und dass die Zahlungen bis zum 30.11.2010 pünktlich gekommen waren. Nicht ein Zeuge hatte erklärt, dass das Konzept der GFE unseriös erschienen wäre, noch dass er sich von der GFE geprellt fühle. Daran konnten auch die Suggestivfragen von Richter und Staatsanwalt nichts ändern.

Nun, Anfang September, war es endlich soweit, dass von Seiten der Anwälte, entlastende Zeugen und Beweise vorgetragen werden konnten, doch gleichzeitig beschränkte das Gericht die Frist für die einzubringenden Beweisanträge dramatisch. Wer kann bei solchen Entscheidungen noch von einem fairen Prozess sprechen? Mir war das alles ein Rätsel, doch ich war fest entschlossen, gemeinsam mit meinem Anwalt meine Unschuld zu beweisen.

Der nächste Verhandlungstag begann mit Herr Kriminaloberkommissar Panzer*. Er gab an, am 26.07.2013 von der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth die Aufforderung erhalten zu haben, die Bilder, bzgl. Basis I und Basis II -Seminare, von der Website des Herrn Kirsten (www.horstkirsten.de) zu sichern. Diese Bilder wurden sodann in Augenschein genommen. Es ist mir bis heute völlig schleierhaft, weshalb man genau diese Bilder hier in den Prozess einführen wollte, zumal ein jedes von diesen unverfänglich war. Hätte man sich da mal besser alle Bilder angeschaut, dann hätte man erkennen können, dass es

sich hier niemals um eine betrügerische Firma handeln konnte. Meines Erachtens ist das alles hier schon mehr als peinlich, wenn sich die Staatsanwaltschaft an solchen nichts aussagenden Bildern festhält.

Im Anschluss an diese nichtssagende Vernehmung gab das Gericht die Entscheidung, bekannt, dass das Verfahren wegen Betrugs gegen meine Frau eingestellt wird, weil sie sich der „Beihilfe zum Bankrott“ schuldig erklärt hatte, also einen „Deal mit dem Teufel“ eingegangen war. Die Hauptverhandlung für die Beihilfe zum Bankrott wurde auf den 20.09.2013 beim Landgericht Nürnberg-Fürth festgesetzt. Ich war erleichtert, dass die Tortur für meine Frau zunächst beendet war.

Herr Karl Meyer ließ es sich daraufhin nicht nehmen, eine Erklärung abzugeben, wobei er darin bekannte, sich nur vor Gott rechtfertigen zu müssen. Er sprach auch das Misstrauen gegenüber diesem Gericht aus, zumal einer der Richter den Satz prägte, dass es hier nicht um Wahrheitsfindung und Gerechtigkeit ginge, der wie ein Motto über dem ganzen Prozess zu stehen schien. *„Es geht hier weder um Gerechtigkeit, noch um die Wahrheit“*, sagte er wörtlich, was mich und die anderen Beschuldigten fassungslos zurückließ.

Die Verhandlung wandte sich nun den entlastenden Beweisen in Bezug auf Herrn Wendel*. zu. Herr Wendel* war als freier Vermittler für die GFE tätig und gemeinsam mit dem Rest der GFE Führungsriege des gewerbs- und bandenmäßigen Betrugs beschuldigt. In diesem Zusammenhang wurde Herr Rechtsanwalt Dr. Klaus Otter* gehört.

Dieser betonte ausdrücklich, einen sehr positiven Eindruck von der GFE gehabt zu haben. Er selbst war auch des Öfteren bei der GFE vor Ort und hat mit mir mehrere Gespräche geführt. Ich

interessierte mich für den Inhalt dieser Gespräche. Er bestätigte, dass ich mit ihm das Vertragswesen der GFE-Group besprochen und ihm den Auftrag erteilt hatte, alles in juristisch saubere Form zu bringen. Weiter erhielt er den Auftrag für die GFE einen Businessplan zu erstellen. Er begann mit dieser Arbeit, dann wurde diese abrupt durch das Eingreifen der Staatsanwaltschaft abgebrochen. Seitens der derzeit eingesetzten Insolvenzverwalter hat er bis heute auch noch nicht das damals vereinbarte Honorar erhalten. Er bestätigte auch, dass ich ihn bzgl. eines Pachtvertrages angesprochen habe, den die GFE dann zukünftig mit den Eigentümern der BHKW abschließen würde. Hier verwies er allerdings auf einen seiner Kollegen, der diesen Pachtvertrag für die GFE erarbeitete.

Bei dem nächsten Zeugen handelte es sich um den Steuerberater von Herrn Wendel*, Herrn Michael Engelbert*. Er durfte geschlagene zwei Stunden auf dem Zeugenstuhl Platz nehmen, davon aber höchstens eine Viertelstunde lang sprechen. In seinem Fall wurde mehr als deutlich, wie wenig Interesse das Gericht an entlastenden Zeugenaussagen hatte. Herr Engelbert* erklärte, dass sich Herr Wendel* bei ihm über die Modalitäten der europäischen Gesellschaftsform EWIV informiert habe. Da Herr Engelbert* in seiner Funktion als geschäftsführender Gesellschafter der OSW Steuerberatungsgesellschaft* auch die Steuerberatung der GFE-Group erledigte, folgten logischerweise auch Fragen, die in diese Richtung gingen. Hier betonte Herr Engelbert*, dass er keine Angaben machen könne, solange er nicht von seiner Schweigeverpflichtung entbunden werde. Ich meldete mich sodann, um diese Schweigeverpflichtung aufzuheben, zumal ich in der damaligen Funktion als Verwaltungsratspräsident mit ihm auch die Steuerberatung veranlasste.

Das Gericht war mit einer so einfachen und unkomplizierten Lösung nicht einverstanden – wen wunderte das, wenn es doch hier um entlastende Beweise ging? Eine Aufhebung dieser Schweigeverpflichtung könne nur und ausschließlich von den einzelnen Insolvenzverwaltern eingeholt werden. Einer der anwesenden Anwälte fragte dann gleich das Gericht, weshalb man seitens der Gerichtsbarkeit dies nicht schon im Vorfeld getan habe. Die Antwort lautete: „*Das ist nicht unsere Sache.*“ Wenn ein Anwalt einen diesbezüglichen Beweisantrag stelle, dann müsse dieser auch sicherstellen, dass die Schweigeverpflichtung des Zeugen aufgehoben wird. Das sahen viele Anwälte jedoch völlig anders. Der Richter gab dann auch zu bedenken, dass das Gericht an diesen Zeugen keine Fragen habe.

Das verwundert mich dann doch sehr. Immerhin saß hier eine komplette Firmengruppe auf der Anklagebank – und ausgerechnet deren Steuerberater, der doch den besten Einblick in alle Zahlungsflüsse, Konten und Zusammenhänge hat, will man dann ausgerechnet seitens des Gerichts nicht befragen? Eigenartig, schon deshalb, weil dieser vieles, was die Staatsanwaltschaft behauptete, hätte widerlegen können.

Das Gericht zog sich im Laufe des Streitgesprächs mit den Anwälten im Gerichtssaal mehrmals zur Beratung zurück. Am Ende, als sich eine Einigung abzeichnete, gab der Zeuge zu verstehen, dass er jetzt auch bei einer Entbindung seiner Schweigeverpflichtung keine Aussage mehr tätigen werde, weil er sich nicht selbst belasten wollte. Offenbar hatte die Einstellung des Gerichts diesen Zeugen gründlich eingeschüchtert. Er verließ den Zeugenstand nicht, ohne zu erklären, dass er bei der GFE-Group keine Anhaltspunkte für ein sogenanntes „Schneeballsystem“ oder gar eines „banden-

mäßigen Betruges“ hatte erkennen können. Für mich war das der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Bis zu diesem Tag hatte ich tief in mir noch so etwas wie einen Rest Vertrauen gespürt, dass das Gericht bei Aufnahme der entlastenden Beweise und Zeugenaussagen Gerechtigkeit würde walten lassen. Diese Illusion hatte mir jener Gerichtstag endgültig genommen.

Der 64. Verhandlungstag war für den 05.09.2013 angesetzt. Am Vormittag wurde Herr Jürgen Golz* gehört, der im Januar 2010 sein erstes BHKW gekauft hatte. Im August 2010 kaufte er sogar noch ein zweites. Beide BHKWs verfügten über jeweils 75 kW. Auf das erste BHKW angesprochen, gab er an, dass dieses vertragsgemäß geliefert und angeschlossen worden sei. Später bot ihm dann der Insolvenzverwalter der GFE an, sein BHKW abzuholen. Dieses BHKW stellte er dann Herrn Meyer und Herrn Schäfer* für ihre Tests zur Verfügung. Auf mysteriöse Weise ist dieses BHKW dann abgebrannt. Er, der Zeuge, habe im Vorfeld selbst recherchiert und kam zu dem Ergebnis, dass es sich bei der Technologie der GFE nicht um eine neue Technik handelte. Mehrmals wurde er auf die Wasserbeimischung angesprochen und auch der Begriff „ESS“ sage ihm etwas. Auf die Frage, ob er denn für seine beiden BHKWs die Umsatzsteuer seitens des Finanzamtes zurück erhalten habe, lächelte er leicht, denn für das erste BHKW hatte er die gezahlte Umsatzsteuer zurück-erhalten; für das zweite BHKW bis heute noch nicht, und das, obwohl es sich hier um dasselbe Finanzamt handele. Für dieses Finanzamt habe er extra einen Film vom laufenden BHKW gedreht, um die Ernsthaftigkeit des Vorhabens zu untermauern. Herr Meyer und Herr Schäfer* hatten damals das von ihm beim Insolvenzverwalter ausgelöste BHKW soweit umgebaut, dass die Verbrauchswerte weit unter dem lagen, was die GFE in ihren Prospekten angab.

Dann tätigte Herr Dr. Stefan Knetsch* seine Aussage, Geschäftsführer und Inhaber einer europäischen Verbraucherberatung, der freiberuflich die PR- und Lobbyarbeit für die GFE betrieb und der bei der Stürmung des GFE Geländes durch die Kriminalpolizei zugegen war, weil er mit Herrn Dipl.-Ing. Klaus* Termine beim Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, beim Finanzministerium Baden-Württemberg und bei der EnBW wahrnehmen wollte. Diese kamen leider nicht zustande, weil auch Herr Klaus* an diesem Tage von der Kripo, genauer: der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth, festgenommen wurde.

Diese Schilderung ging dem Gericht zu schnell. Man bat Herrn Dr. Knetsch*, den Sachverhalt genauer darzustellen. Nun gab der Zeuge an, dass er aufgrund seines Auftrages, für die GFE Lobbyarbeit zu betreiben, jeden Montag in Nürnberg bei der GFE gewesen sei, um sich regelmäßig vor Ort über die Fortschritte zu informieren. Er habe sich über alles ein genaues Bild gemacht und hatte zu allen Abteilungen und auch zur Produktionshalle Zugang. Im Sommer 2010 baute er dann Kontakte zu einigen Energieversorgern auf, so zum Beispiel bei der E.ON Bayern AG. Er war dort mehrmals zu Gesprächen, die jeweils immer in Begleitung eines Mitarbeiters der GFE-Group stattfanden. Sein Ansprechpartner bei der E.ON Bayern AG war ein Herr des technischen Vorstands. So wurden dort auch persönliche Gespräche mit dem Vorstandsvorsitzenden der E.ON Bayern AG, mit dem Leiter der strategischen Unternehmensplanung und vielen weiteren Führungskräften geführt. Alle Personen erhielten durch persönliche Übergabe die GFE-Prospekte mit allen technischen Einzelheiten.

Am 12.07.2010 wurde von ihm eine GFE-Präsentation bei der E.ON Bayern Vertriebs GmbH durchgeführt. Das Gleiche geschah

am 17.09.2010 bei der E.ON Bayern AG Netzbetrieb und am 17.11.2010 direkt beim Vorstand der E.ON Bayern AG.

Ähnliches spielte sich kurz darauf bei der RWE AG ab. Er führte ein persönliches Gespräch mit dem Geschäftsführer der RWE Westfalen-Ems-Verteilnetz GmbH. Ein weiteres Gespräch führte er mit dem Leiter Netzzugang/Netznutzung. Auch diesen Herren wurden die Prospekte der GFE persönlich übergeben. Weiteren Personen der RWE wurden Prospekte zugesandt. Das Resultat dieser Kontaktaufnahme war eine Einladung nach Recklinghausen, wo es um die Themenbereiche Netznutzung und Netzanschluss, sowie um die Prüfung geeigneter Container-Stellplätze und um die Prüfung im Investmentbereich der erneuerbaren Energien gehen sollte.

Dem von ihm bereits aufgenommenen Kontakt zur EnBW AG sollte ein Termin am 30.11.2010 folgen, der aus bekannten Gründen nicht wahrgenommen werden konnte, wobei die Geschäftsführung EnBW Regional AG und der Leiter Koordination und Technik EnBW Regional AG schon im Vorfeld mit Prospekten der GFE-Group ausgestattet wurden.

Aus besagten Gründen musste auch ein erneuter Termin bei VATTENFALL abgesagt werden. Herr Dr. Knetsch* erklärte dem Gericht, dass er zu diesem Zeitpunkt bereits mit dem Leiter Netzanschluss Vattenfall Europe Distribution Berlin GmbH und dem Leiter Kommunikation & Public Affairs Vattenfall Europe Distribution Berlin GmbH einen persönlichen Kontakt pflegte und diesen auch die Prospekte der GFE-Group zukommen ließ. Beim damaligen Bundesumweltminister wurde ihm ein Termin für Januar 2011 in Aussicht gestellt.

Herr Dr. Knetsch* wurde bald zu unserer Allround-Waffe, wenn es irgendwo bei Partnern hakte. So schaltete er sich ein, als der

auf dem Betriebsgelände stehende Container bei der N-ergie nicht angeschlossen wurde und dies mit „tausend Ausreden“ begründet wurde. Er führte daraufhin am 05.08.2010 ein Telefonat mit einer Bundestagsabgeordneten, welches er mit einem Schreiben vom 06.08.2010 untermauerte. Die Bundestagsabgeordnete reagierte sofort und bat in einem Schreiben vom 09.08.2010 den Vorsitzenden des Vorstandes der N-ergie AG um Abhilfe, diesen Container kurzfristig ans Netz zu bringen. Am 12.08.2010 wurde der Container an das Netz der N-ergie AG angeschlossen.

Herr Dr. Knetsch* kann also zu Recht als wahrer Kötter auf seinem Gebiet betrachtet werden. Seine Kontakte und das Netzwerk, das er für die GFE aufbaute, bezeugen einmal mehr, dass es sich bei der GFE nicht um eine „Scheinfirma“ handeln konnte. Sollte es so gewesen sein, so hätte jeder Mitarbeiter der GFE einen Oskar für filmreife schauspielerische Leistung und den entsprechenden Kulissenbau in Form von mehreren hundert schweren Containern, Produktionshallen und Gewerberäumen verdient.

Sich einen solchen Betrug vorzustellen, sprengt wahrlich jede Vorstellungskraft und liefert Stoff für einen Hollywood-Film, nicht aber für die Realität. Warum die Kripo, die Staatsanwaltschaft und das Gericht, deren Aufgabe weniger kreative Vorstellungskraft, sondern die nüchterne Suche nach Wahrheit und Gesetzestreue ist, gerade bei der GFE über Jahre hinweg so viel Fantasie an den Tag legen konnte, darüber können wir nur spekulieren. Tatsächlich betrachte ich den Prozess gegen mich, meine Frau und die anderen Beschuldigten als einen Schauprozess, der nur dazu diente, der Öffentlichkeit, allen voran den Medien, eine glaubhafte Begründung dafür zu liefern, warum Energiepolitik auch in Zukunft weiter von den

großen Energiekonzernen gemacht wird – und günstige und grüne Energie in weite Ferne gerückt ist. Mit der Angst vor dem Klimawandel lässt sich nämlich jede Menge Geld verdienen.

Doch zurück zum Prozess und Herrn Dr. Knetsch*. Auch weil die Landratsämter der bayerischen Gemeinden sich gegenüber der GFE plötzlich „quer“ stellten, wurde er von der GFE um Hilfe gebeten. In diesem Falle handelte es sich um das Landratsamt Ansbach, welches für die Aufstellung eines Containers eine Baugenehmigung verlangte. In anderen Bundesländern, wie beispielsweise Baden-Württemberg war das nicht erforderlich. Auch die bisher in Bayern beantragten Aufstellungen von Containern waren bis zum besagten Datum ohne eine Baugenehmigung möglich. Herr Dr. Knetsch* nahm daraufhin Kontakt zum Bayerischen Staatsministerium des Innern auf und telefonierte mit dem zuständigen Ministerialrat, schilderte das Problem und bat um Abhilfe. Dieses Gespräch fand am 12.11.2010 um 10.30 Uhr statt. Um 10.50 Uhr des gleichen Tages wurde dem Ministerialrat eine E-Mail mit der Problembeschreibung zugesandt. Daraufhin erhielt Herr Dr. Knetsch* schon um 11.21 Uhr per E-Mail eine schriftliche Stellungnahme vom Ministerialrat, in der eindeutig belegt wird, dass keine Baugenehmigung benötigt werde.

Da sich ab einem gewissen Zeitpunkt auch die Finanzämter bzgl. des Konzeptes der GFE gegen die Rückerstattung der Umsatzsteuer an die Kunden wehrten und diese aktiv verzögerten, wurde seitens Herrn Dr. Knetsch* in Zusammenarbeit mit der Buchhaltung der GFE Kontakt zu dem bayerischen Staatsministerium für Finanzen und dem Finanzministerium Baden-Württemberg aufgenommen. Das Problem war das folgende: Ein Kunde der bei uns ein BHKW erwarb, zahlte den Kaufpreis plus 19 Prozent Umsatzsteuer, die

wir immer fristgerecht an das Finanzamt abführten. Da nun der Kunde aber das von ihm erworbene BHKW nicht selbst nutzte, sondern es an die GFE verpachtete, übte er damit ein nicht anmeldepflichtiges Gewerbe aus, ähnlich einer Vermietung von Gewerberäumen. Somit wurde der Kunde automatisch umsatzsteuerpflichtig in Bezug auf alle Einnahmen, die er aus der Verpachtung erzielte. Das wiederum brachte es mit sich, dass die aus dem Kauf des Verpachtungsobjektes, in diesem Fall das BHKW, entstandene Umsatzsteuer beim zuständigen Finanzamt vom Kunden zurückgefordert werden konnte. Von der Ministerialrätin des Bayerischen Finanzministeriums erhielt Herr Dr. Knetsch* am 21.10. und 15.11.2013 die Antwort, dass die Vorsteuerabzugsberechtigung bei BHKWs nach dem EEG vor kurzem auf Bund-Länder-Ebene besprochen wurde und zukünftig einheitlich gehandhabt werde. Diese Angelegenheit würde hinsichtlich des Textentwurfes nochmals in einer Sitzung beraten. Somit könne Herr Dr. Knetsch* davon ausgehen, dass er eine Übersendung des dann abgestimmten Textes erhalten würde. Dazu sollte es dann nicht mehr kommen, da die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth die GFE-Group am 30.11.2010 festsetzte. Das Gleiche galt für den Termin am 30.11.2010, den Herr Dr. Knetsch* im Finanzministerium Baden-Württemberg bei dem leitenden Ministerialrat (in der Abteilung III Steuern Referat 34 Umsatzsteuer) vereinbart hatte.

Es würde jetzt zu weit führen, all die schon von Herrn Dr. Knetsch* im Auftrag der GFE-Group anberaumten Kontakte und Termine, sowie Gespräche mit hochrangigen Personen im Einzelnen zu schildern. Ich werde versuchen, dies in einer Kurzform darzustellen:

Auch beim Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg sollte ein Termin am 30.11.2010 wahrgenommen werden, der leider

aufgrund der staatlich verordneten Maßnahmen am gleichen Tage abgesagt werden musste. Hier hatte Herr Dr. Knetsch* Kontakt zum leitenden Ministerialdirektor. Bei diesem Gespräch sollte es um eine Prüfung gehen, inwiefern die Container der GFE-Group nicht wie in Bayern als Anlagen der technischen Gebäudeausrüstung verfahrensfrei sind. Das Ziel war es, eine offizielle Stellungnahme für alle Bauämter in Baden-Württemberg zu erhalten.

Selbst mit den kritisch zur GFE-Group eingestellten Verbänden wurden Gespräche geführt bzw. auch ein schriftlicher Kontakt aufrechterhalten. Es handelt sich hierbei einerseits um den BKPV – Bayerischer Kommunaler Prüfungsverband und andererseits um den VBEW Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft. Beide Verbände wünschten eine Zusendung diverser Gutachten, was auch geschah. Herr Dr. Knetsch* übersandte diesen Verbänden den DEKRA-Prüfbericht, das TÜV-Süd Czech-Gutachten, TA Luft und TA Lärm und verwies weiter auf das noch zu erstellende und schon geplante Langzeitgutachten der DEKRA.

Ein persönliches Anschreiben mit allen GFE-Prospekten in der Anlage erhielt auch der EU-Kommissar für Energie, seines Zeichens Mitglied der Europäischen Kommission. Herr Dr. Knetsch* erhielt hierauf auch eine Antwort mit einer persönlichen Zusage einer Unterstützung mit EU-Fördergeldern für den Bereich Forschung & Entwicklung. Auch dieser Kommission wurden alle Gutachten im Vorfeld zugesandt.

Herrn Dr. Knetsch's* Ansprechpartner im Europäischen Parlament war der Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Mitglied des Europäischen Parlaments. Diesem wurden ebenfalls die Prospekte der GFE-Group sowie alle vorhandenen Gutachten zugesandt, was ihn dann dazu bewegte, Herrn Dr. Knetsch*

mitzuteilen, dass es sich in der Tat um ein sehr interessantes Konzept handele, welches für die weitere Entwicklung der Kommunen von besonderer Bedeutung ist. Das gesteckte Ziel der GFE-Group war es, über Herrn Dr. Knetsch* eine Zusammenarbeit auf europäischer, bundesdeutscher und bayerischer Ebene zu erreichen.

Selbst bei der Deutschen Bundesregierung, hier in diesem Falle beim agierenden Bundesverkehrsminister wurde über den Zeugen das Konzept der GFE-Group in Form von Zusendung der Prospekte vorgestellt. Im Speziellen ging es hier um eventuell von der Regierung zur Verfügung zu stellende Container-Stellplätze. Aus dem Ministerium erfolgte dann eine Empfehlung von Bundesminister selbst, wir sollen doch Kontakt zum Vorstand der Deutschen Bahn AG / DB Services Immobilien GmbH, der namentlich genannt wurde, aufnehmen. Herr Dr. Knetsch* vereinbarte dann dort einen Termin, der am 22.10.2010 stattfand.

Um auch Unterstützung seitens der bayerischen Staatsregierung zu erhalten, wurde der amtierende bayerische Ministerpräsident von Herrn Dr. Knetsch* direkt angeschrieben, wobei diesem Anschreiben auch die Prospekte der GFE-Group beilagen. Der Ministerpräsident antwortete auch auf dieses Schreiben und betonte, dass gerade in einer Zeit, in der die Finanzlage der Kommunen angespannt ist, er sich über ein „*solch interessantes Konzept*“ freue.

Bezüglich Messebeteiligungen der GFE-Group auf internationalen Fachmessen und angedachter Delegationsreisen mit dem bayerischen Wirtschaftsminister wurde ein persönlicher Kontakt zum Geschäftsführer der Bayern International / Bayerische Gesellschaft für internationale Wirtschafts-

beziehungen GmbH aufgebaut (Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie).

Mit dem Außenwirtschaftszentrum Bayern, welches dem gleichen Ministerium angehört, wurde Kontakt aufgenommen, um deren Zielsetzung zu unterstützen. Ziel des Außenwirtschaftszentrums ist es, bayerischen Firmen bei der Erschließung neuer Märkte zu helfen, und zwar durch internationale Geschäftskontaktbörsen, Unterstützung bei der Erschließung neuer Märkte und Online-Informationen zum Auslandsgeschäft. Weiter angesiedelt beim gleichen Ministerium ist Bayern Innovativ / Gesellschaft für Innovation und Wissenstransfer GmbH. Hier war der Geschäftsführer der persönliche Kontakt von Herrn Dr. Knetsch*. Auch diesem wurden alle Prospekte der GFE-Group zur Verfügung gestellt. Hier ist das bayerische Energie-Forum zu Hause, welches sich für rationelle Energienutzung, erneuerbare Energien und neue Energietechnologien verantwortlich zeichnet. Die Ziele des bayerischen Energie-Forums sind u.a. den Anteil der regenerativen Energien am gesamten Energieverbrauch in Bayern zu erhöhen, den Energieeinsatz sparsam und effizient zu gestalten, Impulse zur Weiterentwicklung neuer Energietechnologien zu setzen und innovative Konzepte auf dem Energiesektor weiter voran zu bringen .

Vom bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, im Speziellen mit dem dort angeschlossenen Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe wurde Herr Dr. Knetsch*, nachdem er dieses Ministerium mit Prospekten der GFE-Group bestückt hatte, zu einem Experten-Hearing im Oktober 2010 eingeladen, was leider aus Terminüberschneidungsgründen abgesagt werden musste.

Persönlichen Kontakt pflegte Herr Dr. Knetsch* dort mit dem Sachgebietsleiter / Biogene Kraft-, Schmier- und Verfahrensstoffe und dessen Stellvertreter.

Einen weiteren Kontakt hatte Herr Dr. Knetsch* im Auftrag der GFE-Group mit dem bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit. In diesem Ministerium pflegte er den Kontakt zum amtierenden bayerischen Umweltminister. Auch dieser erhielt die GFE-Prospekte mit allen technischen und wirtschaftlichen Daten persönlich vom Zeugen übergeben.

Herr Dr. Knetsch* schilderte auch den Kontakt zum bayerischen Gemeindetag. Er sprach den Termin an, den er mit mir, als dem Vertreter der GFE-Group, bei dem Vorsitzenden wahrnahm. Das Ergebnis dieses persönlichen Gespräches war, so gab es Herr Dr. Knetsch* hier vor Gericht an, dass der Vorsitzende so begeistert war, dass er sogar in Erwägung zog, sich selbst ein BHKW mit dieser angebotenen Technologie zu kaufen. Auf alle Fälle sprach der Vorsitzende eine Empfehlung für alle bayerischen Gemeinden aus und ließ es zu, dass Herr Dr. Knetsch* an alle 2029 bayerischen Bürgermeister ein Schreiben schickt und diesen auch die GFE-Prospekte beilege. Weiter erfolgte noch eine Einladung zum Kooperationsforum "Kommunale Energiekonzepte", welches am 16.06.2010 in Regensburg stattfand. Dort wurden an 180 Forumsteilnehmer die Prospekte der GFE persönlich übergeben. Es folgten daraufhin viele schriftliche Rückantworten interessierter Gemeinden mit Bitte um Kontaktaufnahme. Auch ich führte während meiner Tätigkeit als GFE-Verwaltungsratspräsident viele Gespräche mit bayrischen Gemeinderäten und Bürgermeistern.

Ähnliches spielte sich auch beim bayerischen Städtetag ab. Der dortige Ansprechpartner war der Präsident des Bayerischen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Regensburg. Auch

ihm wurden die Prospekte der GFE-Group persönlich übergeben. Es erfolgte auch hier eine Einladung zum Bayerischen Städtetag am 20.07.2010 in Straubing. Die Resonanz ist gleich der bereits geschilderten Reaktion des Gemeindetages.

Beim bayerischen Landkreistag hatte Herr Dr. Knetsch* dem geschäftsführenden Präsidialmitglied die GFE-Prospekte selbst übergeben, was dazu führte, dass alle Landräte der 71 bayerischen Landkreise mit Prospekten der GFE-Group anlässlich des bayerischen Landkreistages am 20.05.2010 in Essenbach bestückt werden durften, was ebenfalls auf persönlicher Ebene stattfand.

Weiter wurden von Herrn Dr. Knetsch* noch die CSU, ihres Zeichen Christlich-Soziale Union Bayern, bzw. deren Vertreter mit Prospekten der GFE-Group angeschrieben. So wurden hier alleine 63 CSU-Bundestagsabgeordnete, 37 CSU-Bundeswahlkreisgeschäftsführer, 92 CSU-Landtagsabgeordnete, 82 Bezirksräte, 10 Bezirksvorsitzende, 99 Kreisvorsitzende, 2278 CSU-Ortsvorsitzende und 48 Mitglieder des Landesausschusses der Jungen Union mit Informationen über die GFE versorgt.

Die DEKRA Industrial GmbH, die eine Langzeitstudie über die Leistungsfähigkeit der GFE-BHKWs erstellen sollte, war ebenfalls durch den Geschäftsführer mit Herrn Dr. Knetsch* in Kontakt.

Sogar beim bayerischen Bauernverband wurde Herr Dr. Knetsch* vorstellig. Im Einzelnen ging es hier um Rapsmühlen und um Container-Stellplätze. Persönliche Gespräche fanden in der Regel mit dem Bezirkspräsidenten direkt und dem Referenten für nachwachsende Rohstoffe statt. Vom Präsidenten wurde der Zeuge zur Sitzung des Landesfachausschusses für nachwachsende Rohstoffe eingeladen, wo er an alle Teilnehmer die Prospekte der GFE übergeben durfte.

Einer der wichtigsten Termine, fand am 02.08.2010 bei der Firma Tecomar GmbH* statt. Teilnehmer dieses Besprechungs-termins waren Herr Dr. Knetsch* selbst, Herr Dipl.-Ing. Klaus* von der GFE-Group und der Geschäftsführer der Tecomar* GmbH. Tecomar* ist der größte bayerische Rapsöl-Produzent, der kaltgepresstes Rapsöl in Bayern herstellt. Die Produktionskapazität beträgt 150.000 Tonnen pro Jahr. Tecomar* verfügt weiter über ein Tanklager mit 2 Mio. Liter Rapsöl und betreibt die Logistik bundesweit mit Hausspeditionen.

Bei der Deutsche Bahn AG kam auch der vom Bundesminister empfohlene Termin zustande. Die Terminvereinbarung fand auf dem schriftlichen Wege mit dem Vorstand der Deutsche Bahn AG (DB Services Immobilien GmbH) statt. Persönliche Gespräche fanden dann allerdings mit dem Geschäftsführer (DB Energie GmbH) und dem Leiter (Beschaffung Gas/Wärme & Energiesparmanagement DB Energie GmbH) statt. All diesen vorgenannten Herren wurden die GFE-Prospekte persönlich übergeben. Da die Deutsche Bahn AG über 8000 ha Fläche in Deutschland verfügt, war es naheliegend sich über geeignete Container-Stellplätze zu unterhalten. Die Reaktion der Deutsche Bahn AG war die, eine Prüfung geeigneter Stellplätze vorzunehmen und ein alternatives Energiekonzept zu entwerfen. Ziel beider Verhandlungspartner, sprich der GFE-Group und der Deutsche Bahn AG war die An- bzw. Vermietung geeigneter Stellplätze, die zuhauf vorhanden sind.

Im Zuge einer geplanten einer CE-Zertifizierung der GFE-BHKWs hatte Herr Dr. Knetsch* Kontakt zur TÜV Süd Industrie Service GmbH und auch diesbezügliche Gespräche mit mehreren Herren, unter anderem auch mit dem Vorstand geführt.

Die TÜV Süd Immobilien Service GmbH sprach von 312 Container-Stellplätzen, die man der GFE-Group vermieten

könne. Am 08.11.2010 folgte Herr Dr. Knetsch* einer Einladung zum TÜV Süd nach München.

Auch zur DEKRA Automobil GmbH pflegte er bzgl. Container-Stellplätze engen Kontakt. Dort teilte man ihm mit, dass etwa 490 Standorte in Deutschland in Frage kommen könnten. Container-Stellplätze wurden von Herrn Dr. Knetsch* auch bei vielen Hafenverwaltungen und etlichen Tankstellenbetreibern thematisiert. Das ging sogar weiter bis hin zum Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer e.V. sowie dem deutschen Speditions- und Logistikverband.

Der Grund, warum ich diese Kontakte, die bis in die höchsten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungskreise reichten, an dieser Stelle so detailliert aufführe, liegt nahe: Ist es möglich, dass alle diese Fachleute und Experten, mit denen Herrn Dr. Knetsch* im Auftrag der GFE Gespräche führte, sich von ein paar schönen Broschüren täuschen ließen? Welches Zeugnis würde das unserer Wirtschaft und unseren Politikern ausstellen? Ein Armutszeugnis! Können sie alle einer Art Massenpsychose unterlegen haben, die ihnen etwas suggerierte, was gar nicht existierte. Oder ist es nicht sehr viel naheliegender, dass diese Entscheider das Potenzial der GFE-Technologie erkannten und deshalb Tür und Tor dafür öffneten? Diese Entscheidung überlasse ich an dieser Stelle dem geneigten Leser.

Herr Dr. Knetsch* hatte im Rahmen seiner Tätigkeiten auch einen Jahresbericht für die GFE geschrieben, um diesen bei Meetings vorlegen zu können. Nach der Zerschlagung der GFE übergab er ihn der Staatsanwaltschaft, die diesen jedoch nicht als Beweis aufnehmen wollte. Warum das? Dieser Jahresbericht enthielt sogar eine Bestandsliste aller Container. Die Staatsanwaltschaft fragte Herrn Dr. Knetsch*, was er denn von meiner Person halte. Er antwortete sinngemäß: Er sei schon

seit 1989 im Geschäft und ich der seriöseste Geschäftsmann, den er in diesen vielen Jahren kennengelernt habe. Herr Kirsten hat in diese GFE sein ganzes Herzblut und Engagement eingebracht und war von dieser Firma mehr als nur überzeugt, so seine Aussage. Niemals habe er, Herr Dr. Knetsch*, nur einen Hauch von Betrug wahrgenommen. Seine Antwort berührte mich so sehr, dass mir Tränen in die Augen stiegen. Nach all den Anschuldigungen, Erniedrigungen und Entrechtungen durch die Justiz war es vollkommen ungewohnt, dass sich jemand an mich als Geschäftsmann erinnerte, der mit ganzem Herzblut hinter der Sache der GFE gestanden hatte. Im Kontrast zu seiner Sichtweise, der die GFE und mich selbst persönlich über einen längeren Zeitraum erlebt hatte, wirkten die Verleumdungen noch viel absurder.

Auf Herrn Geisfuß*, unseren Widersacher, angesprochen, erklärte Herr Dr. Knetsch*, dass er diesen Herrn nach wie vor über das Internet beobachtete. Er konnte die Aktionen des Herrn Geisfuß* als Lobbyist sogar nachempfinden, da Herr Geisfuß* auch Aufträge von Kommunen erhielt. Wäre das Konzept der GFE-Group zum Tragen gekommen, wäre Herr Geisfuß* erledigt gewesen - das formulierte er in aller Deutlichkeit. An dieser Stelle hakte ich noch einmal nach und daraufhin sagte Herr Dr. Knetsch*, dass er wusste, dass die drei bis vier bereits aufgestellten Container mehr oder weniger als Prototypen anzusehen seien. Er brachte auch den Begriff Null-Serie in das Gespräch und gab an, dass dies mit ihm auch besprochen wurde. Auf meine Frage, er habe doch mindestens 5000 hochrangige Personen mit unseren Prospekten bestückt, die auch technische und wirtschaftliche Berechnungen erhielten - ob erstens diese Personen unser Konzept niemals geprüft hätten und zweitens wie viele kritische Rückfragen bei ihm ankamen. Er erklärte sogar, dass er sehr viele Personen über die

Technologie der GFE-Group informiert habe und andere Personen, die er mit Prospekten bestückte, hatten teilweise komplette technische Abteilungen hinter sich. Er habe nicht eine einzige Rückmeldung erhalten, die diese Technologie in Zweifel gestellt habe.

Zuerst wollte ich Herrn Dr. Knetsch* sogar fragen, ob er sich vorstellen könne, dass eine „betrügerische Firma“ es sich erlauben könne, derart viele Kontakte (mindestens 5000 an der Zahl) hochrangiger Natur anzugehen, ohne am Ende ein riesengroßes Risiko einzugehen, entlarvt zu werden. Diese „suggestive“ Frage wurde vom Gericht beanstandet, so dass ich sie nicht stellen durfte. Suggestivfragen durften nur das Gericht beziehungsweise die Staatsanwaltschaft stellen, dachte ich bei mir, schwieg jedoch wie so oft.

Nun wurde das Gericht allerdings von den Anwälten gefragt, ob es nicht den vom Zeugen benannten „Jahresbericht 2010“ zu den Akten nehmen könne. Zuerst wurde dies von den Richtern verneint. Als allerdings einer der Anwälte den Antrag stellte, ihm diesen Jahresbericht zuleiten lassen zu dürfen, schlossen sich viele Anwälte diesem Antrag an, was dann letztlich dazu führte, dass das Gericht nun doch diesen Jahresbericht zu den Akten nehmen wird. Da die Anwälte nicht nur den Jahresbericht beantragten, sondern auch die Verlesung desselben, zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Nach einer kleinen Pause wurde dann verkündet, dass der Jahresbericht nicht verlesen werde, weil dem Antrag der Anwälte ein Beweisgrund fehlte. Eventuell könne ein neuer Antrag gestellt werden. Ich enthalte mich hier an dieser Stelle lieber der Darstellung meiner Gedanken.

Am nächsten Verhandlungstag wurden weitere Kunden der GFE gehört. Jedes Mal verlief die Zeugenvernehmung nach dem gleichen Muster. Nach der Mittagspause gab ich eine Erklärung

vor Gericht ab, die ich hier nur sinngemäß wiedergeben kann. Es ist wohl verständlich, wie viel Irritation und auch Frust das Verhalten des Gerichts und seine ganz klar subjektiven Entscheidungen in mir auflösten. Ich bat das Gericht mit folgenden Worten um Gehör:

„Ich fühle mich hier vor diesem Gericht nicht mehr fair, neutral, objektiv und gerecht behandelt. Von einem fairen und gerechten Verfahren sind wir meilenweit weg. Ich will es gerne auch begründen.

Fast jeder, der mittlerweile weit über 100 gehörten Zeugen wird vor diesem Gericht nur nach belastenden Umständen gefragt. Sollte der Zeuge, was in der Vergangenheit sehr oft vorkam, positive Sachverhalte schildern, dann wurde er geradezu vom Gericht in einer suggestiven Form befragt, die dem Zeugen doch wenigstens eine negative Antwort entlocken muss. Sollte diese dann auch kommen, dann werden etliche Fragen in die Tiefe gestellt, um den Sachverhalt in eine Schiene zu bringen, die das Gericht will. Positive Aussagen werden von den Richtern und auch von der Staatsanwaltschaft nicht hinterfragt. Das geht sogar so weit, dass Zeugen derart verängstigt und eingeschüchtert werden, dass sie am Schluss überhaupt keine Aussage treffen wollen und somit von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen. Jeder einzelne dieser Zeugen läuft Gefahr, sich bei dieser Vorgehensweise des Gerichts selbst zu belasten – und das, obwohl all diese Zeugen nichts Unrechtes getan haben.

So wurde beispielsweise der Steuerberater Michael Engelbert von der OSW Steuerberatungsgesellschaft* eingeschüchtert. Das Gericht machte ihm eindeutig klar, von ihm nichts wissen zu wollen – und das, obwohl dies einer der wichtigsten Entlastungszeugen hätte sein können. Weiter hat es die Staatsanwaltschaft*

sehr gut verstanden, Herrn Dr. Knetsch verunsichern zu wollen. Da versuchte man ihm doch tatsächlich zu unterstellen, dass er überhaupt keinen Dokortitel führen dürfe und seine Anschrift hier in Deutschland auch nicht gemeldet wäre. Herr Dr. Knetsch* konnte beides relativ leicht entkräften. Aber an der Aktion der Staatsanwaltschaft ist eindeutig zu erkennen, dass man diesem Zeugen, wie einigen anderen zuvor, die Glaubwürdigkeit in Zweifel ziehen will.*

Außerdem pflegt das Gericht mich immer zu unterbrechen, wenn ich deren Meinung nach, unerlaubte Fragen stelle. Das Gericht selbst lässt es jedoch zu, derartige Fragen selbst zu stellen, was es auch der Staatsanwaltschaft zubilligt. Insofern bin ich davon überzeugt, und da bin ich hier im Gerichtssaal sicher nicht der einzige, das ich hier keinem fairen und gerechten Verfahren ausgesetzt bin."

Darauf antwortete dann der Vorsitzende Richter, dass es Aufgabe der Verteidiger sei, Fragen zu entlastenden Umständen zu stellen. Außerdem dürfe ich auch gleich einwenden, wenn mir eine Frage nicht als rechtens vorkomme. Aber er wolle mit mir hier nicht darüber eine Diskussion führen. Meine Antwort war: „*Ich auch nicht!*“

Was mich an diesem Verhandlungstag befremdete, war die Tatsache, dass sehr viele Zuschauer im Saal Platz nahmen. Weiter fiel mir ein erhöhtes Justiz-Aufgebot auf. Viele Polizisten und Sicherheitsbeamte liefen mit schusssicheren Westen umher und platzierten sich auch zwischen den Besuchern dieser Verhandlung. Mir war bewusst, dass dies am nächsten zu hörenden Zeugen lag, der das Gericht schon vorzeitig darüber informierte und weitere Prozessbeobachter ankündigte.

Einen Prozesstag zuvor fragte der Richter die anwesenden Anwälte und Beschuldigten, ob wir auf die Einvernahme dieses Zeugen bestehen, was eindeutig mit „Ja“ beantwortet wurde. Das Gericht fürchtete hier einen Aufmarsch der rechten Szene, da Herr Roder* dafür bekannt ist, die sogenannte „BRD GmbH“ und ihre Gerichtsbarkeit nicht anzuerkennen. Die Sorge des Gerichtes vor einem Tumult bei seiner Vernehmung erwies sich jedoch als unbegründet.

Der Zeuge Herr Roder* gab an, Versicherungsmakler zu sein und bejahte die Frage bzgl. der Richtigkeit seines Namens. Als er jedoch weitere Auskünfte zu seiner Person abgeben sollte, bat der Zeuge das hohe Gericht, hier im Speziellen den Vorsitzenden Richter um dessen Legitimation. Mit einem leichten Grinsen nahmen die Richter seine Frage an und gaben zu verstehen, dass er hier keine Fragen zu stellen habe. Dies obliege nur der Gerichtsbarkeit. Die Fragen nach seinen Personalien wurden wiederholt, worauf der Zeuge dann antwortete, er werde gerne auf alle Fragen eingehen, wenn sich die Richter legitimieren.

Im Übrigen ist noch erwähnenswert, dass der Zeuge von einer Anwältin als Zeugenbeistand begleitet wurde. Nun wurde der Richter etwas ungehalten und drohte dem Zeugen mit der Verhängung eines Ordnungsgeldes, wenn er nicht auf die Fragen der Richter eingehen würde. Einer der Richter sagte ihm, dass es für ihn, den Zeugen hier nicht gut enden würde, wenn er so weitermache. Nach langem Hin und Her wurde dem Zeugen eine Ordnungshaft angedroht, die sofortige Gültigkeit habe. Man räumte dem Zeugen eine Pause ein, in der er sich mit seiner Anwältin besprechen könne.

Nach dieser etwa fünf -bis zehnminütigen Pause war Herr Roder* dann bereit die Fragen des Gerichts zu beantworten. Da er als Vermittler der GFE tätig gewesen sein soll, wurde er vom

Gericht dementsprechend belehrt. Er, der Zeuge, gab an, nicht für die GFE-Group, sondern für die ABF* (Firma der Mitangeklagten Herren Leopold* und Beyer*) tätig gewesen zu sein. Anfang 2010 wurde er auf die GFE aufmerksam gemacht. Im Februar oder März des gleichen Jahres nahm er an einer Veranstaltung teil und schloss einen Vermittlervertrag mit der ABF*. Im Wesentlichen wurde dort das GFE-Prospekt besprochen und Verkaufsgespräche eingeübt. Die in den Prospekten angegebenen technischen Werte waren ihm, dem Zeugen, schon von seiner früheren Tätigkeit bei einer anderen Firma bekannt. Wasserbeimischung zum Rapsöl ist doch schon seit Jahren bekannt. Er selbst war mehrmals in unregelmäßigen Abständen in der Dieselstraße in Nürnberg (Firmensitz der GFE) und hat sich vom Fortgang der Produktion überzeugt. Er habe sich oft im Beisein seiner Kunden die BHKWs von Herrn Meyer erklären lassen. Herr Meyer hat auch die Wasserbeimischung thematisiert. Der Zeuge gab an, aufgrund seiner Überzeugung, selbst mehrere BHKWs bestellt zu haben. Nach der staatlich verordneten Firmenschließung hat er auch insgesamt ca. 16-18 bereits aufgestellte Container in der Region besichtigt.

Auch der 67. Verhandlungstag sollte kein Verhandlungstag wie alle anderen werden. Dieser Tag wurde offensichtlich durch das Verhalten eines Richters geprägt, der schon zu einem früheren Zeitpunkt seine Meinung, dass hier Wahrheit und Gerechtigkeit keine Rolle spielen würden – hier gehe es um einen Strafprozess, lautstark geäußert hatte. Wir sind derzeit in einem Stadium in diesem Prozess angekommen, die Zeugen der Verteidigung zu hören. Ich habe sehr stark den Eindruck gewonnen, dass die hier zu hörenden entlastenden Aussagen von Zeugen, nicht in das Konzept dieser Gerichtsbarkeit passen. Aber beginnen wir erst von vorne:

Der erste geladene Zeuge dieses Tages war Herr Uwe Rankovic*, Groß- und Einzelhandelskaufmann. Er schilderte, dass er durch seinen Nachbarn, der bereits für die GFE-Group tätig war, auf die BHKWs der GFE-Group aufmerksam gemacht wurde. Daraufhin besuchte er ein von der GFE veranstaltetes Seminar, welches in der Pyramide/Fürth stattfand. Dort wurden sowohl die wirtschaftlichen als auch die technischen Eigenschaften des Produktes erläutert. Soweit sich der Zeuge noch erinnern konnte, fand dieses Seminar im Sommer 2010 statt. Durch den sparsamen Verbrauch erbrachten die BHKWs der GFE-Group hohe Renditen. Von den Teilnehmern wurden viele Fragen gestellt, die allesamt überzeugend beantwortet wurden. Für die Teilnehmer dieses Seminars war es das Wichtigste, die BHKWs selbst zu sehen. Soweit sich der Zeuge noch erinnern kann, wurde auch die Thematik Wasserbeimischung besprochen. An Details konnte er sich jedoch nicht mehr erinnern.

Den Teilnehmern des Seminars wurde im Anschluss auch eine Besichtigung der Produktionsstätte angeboten, was zum großen Teil angenommen wurde. In dieser Produktionshalle war auch ein Fachmann, der den Fragenden Rede und Antwort stand. Die von der GFE-Group angewandte Technologie wurde dort genau erklärt. Nach einer gewissen Überlegungszeit entschloss sich der Zeuge, selbst ein 30 kW-BHKW zu erwerben. Er wurde auch als Vermittler für die GFE-Group tätig und hat seiner Lebensgefährtin und deren Vater jeweils auch ein 30 kW-BHKW verkauft.

Anschließend sagte der Zeuge Wolfgang Färber* aus. Er gab an, das Produkt der GFE-Group mit vertrieben zu haben. Er hatte auch die Absicht selbst ein BHKW zu erwerben. Von einem Bekannten erfuhr er von der GFE. Das war schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt, als die GFE noch Photovoltaikanlagen anbot.

Zweimal hat er das Seminar in Fürth besucht und sich überall, auch im Internet, informiert. Dann gab er an, dass er in seiner langen Berufslaufbahn noch nie eine Firma gefunden hatte, die ehrlicher als die GFE-Group und deren Geschäft war. Im Übrigen kenne er auch Fuhrunternehmer, die ihre LKWs mit Rapsöl betanken. Die von der GFE-Group angebotene Technologie sei doch schon längst bekannt gewesen. Es war für ihn nichts wirklich Neues. Im Seminar fielen ihm insbesondere die Herren Leopold* und Kirsten als Referenten auf. Herr Leopold* habe zumindest das zweite von ihm besuchte Seminar geleitet.

Herr Kirsten, also ich, habe beide Male die von der Teilnehmerschaft gestellten Fragen überzeugend beantwortet.

Dann gab der Zeuge an, dass sein Bruder bereits im April 2010 ein BHKW bei der GFE gekauft hatte. Er selbst konnte sich erst im August 2010 ein BHKW kaufen, da er erst zu diesem Zeitpunkt finanziell dazu in der Lage war. Von der Wasserbeimischung erfuhr er erst ca. drei Monate nach den Besuchen der Seminare. Nach intensiven Recherchen im Internet und Rückfragen bei den Fuhrunternehmern erfuhr er, dass diese Technologie schon längst angewendet wird. Er besitze viele Ausdrucke aus dem Internet, die dies bestätigen können. (Diese Ausdrucke stellte der Zeuge der Verteidigung zur Verfügung – Danke, an dieser Stelle!) Aufgrund seiner Begeisterung habe er dann in der Folge etwa zehn weitere BHKWs vermittelt.

Auf die Frage meines Anwaltes, was er denn von der Nürnberger Justiz halte, gab er zur Antwort, er wolle sich dazu hier an dieser Stelle lieber nicht äußern. Die Frage meines Anwalts war sicher nicht unberechtigt, zumal man seitens der Staatsanwaltschaft und auch des Gerichts, diesem Zeugen unbedingt etwas Negatives entlocken wollte – in einer Art, die meines Erachtens

nichts mehr mit objektiver und fairer Umgangsweise zu tun hat. Mit der Art der Fragestellung wurden hier offenbar entlastend aussagende Zeugen verunsichert, was wohl dazu führen soll, diese Zeugen am Ende als unglaubwürdig darstellen zu können.

Nach der Mittagspause, die ich wie immer in einer Einzelzelle im Keller des Gerichtsgebäudes verbringen durfte, erschien Herr Prof. Dr. Wiesner* (TU Erlangen), der uns mit seinem dogmatischen Fachwissen schon des Öfteren als sogenannter „Sachverständiger“ des Gerichts zur Verfügung stand. Der Professor wurde aufgrund der folgenden Zeugenaussagen geladen:

Es erschienen vor Gericht die Zeugen Dipl.-Ing. Dieter Ahlers (Chemie) und der Dipl.-Ing. Jürgen Ritters. Die beiden Ingenieure hatten mit einem dritten Dipl.-Ing. (Lars Schlüter), der leider aufgrund eines Auslandsaufenthaltes an diesem Tag nicht erscheinen konnte, aber noch einmal geladen werden sollte, ein umfangreiches und professionelles Gutachten im Namen der Zech Ingenieursgesellschaft für die EGM international erstellt.

Hierbei handelte es sich um ein sich in Betrieb befindliches BHKW, welches ebenfalls mit einem Rapsöl-Wasser-Gemisch läuft. Dieses Gutachten wurde bereits im Jahre 2009 erstellt, also zu einem Zeitpunkt, als die GFE-Group dieses Produkt noch nicht in ihrem Portfolio hatte. Ich nenne diese Zeugen hier in einem Abschnitt, da beide Aussagen in den meisten Punkten deckungsgleich waren. Ursprünglich sollte der von der EGM in Auftrag gegebene Vorgang nur die Messung der Abgase dieses BHKWs beinhalten. Umso mehr waren die Prüfer dann überrascht, als man ihnen beim ersten Gutachtenstermin offerierte, dass dieser Test nicht nur den Betrieb mit reinem Rapsöl, sondern auch einer Rapsöl-Wasser-Mischung 1:1, sowie einer Mischung 1:3 ausgeführt werden soll.

Beim ersten Gutachtenstermin standen diese Mischungen schon vom Auftraggeber vorbereitet zur Verfügung. Da bei einer späteren Gutachten-Analyse festgestellt wurde, dass hier Ergebnisse erzielt wurden, die nicht erklärbar waren, hat man einen zweiten Termin vereinbart und dafür Sorge getragen, dass die angesprochenen Mischungen erst vor den Augen der Gutachter hergestellt werden sollten, was in der Folge auch geschah. Ich erspare mir hier an dieser Stelle jetzt die Erklärungen der Abfolge des Vorgehens bei diesem Test. Es bestätigten beide Zeugen, dass sie der Herstellung dieser Emulsion beigewohnt haben, die durch einen von der Firma EGM selbst hergestellten Wirbelwandler gemischt wurde. Beide sprachen von einer konstanten und stabilen Emulsion, die dem Motor des BHKWs anschließend zugeführt wurde. Es handelte sich wieder um die gleichen Mischungsverhältnisse wie beim ersten Test. Der Vorgang dieser Emulsionsherstellung dauerte rund 30 Minuten. Das Rapsöl entnahm man dort aus einem Vorratsbehälter, das Wasser aus einer ganz normalen Wasserleitung. Die dadurch erzielten Ergebnisse deckten sich mit der bereits vorher getätigten Begutachtung. Das BHKW lief mit diesen beiden Mischungen einwandfrei und ohne irgendwelche Leistungsverluste. Auf meine Frage, ob der Motor dieses BHKWs irgendwelche Anbauten hatte oder etwa ein besonderer Motor gewesen sei, wurde die Frage verneint. Ich fragte weiter:

“Kann mit dieser Emulsion jeder beliebige Dieselmotor betrieben werden?”

Die Antwort war ein klares „Ja“. Nach diesen und weiteren Aussagen wurden die Zeugen vom Gericht entlassen.

Im Anschluss daran wurde seitens der Gerichtsbarkeit die komplette Ausarbeitung des Gutachtens der Zech

Ingenieurgesellschaft verlesen, aus dem u.a. auch hervorgeht, dass der Verbrauch bei einem Mischungsverhältnis ein Teil Rapsöl und drei Teile Wasser nahezu deckungsgleich ist, wie in den Gutachten, die die GFE-Group beim TÜV-Süd Czech und der DEKRA in Auftrag gab.

Zu guter Letzt wurde noch dem „sachverständigen“ Professor Wiesner* das Wort erteilt. Er gab an, dass ihm die Vorgänge, die von den beiden Zeugen geschildert wurden, nachvollziehbar und glaubhaft erschienen. Dann begann er allerdings wieder einmal die Testmethoden in Zweifel zu ziehen, indem er wiederholt angab, dass die Treibstoffzufuhr in den Motor sicher höchstens einen Wasseranteil von 10% betrug. Er leitete dies daraus ab, weil man die Treibstoffbehälter, aus denen der Motor gespeist hatte, nicht vollkommen leer werden ließ und womöglich nur den Kraftstoff nutzte, der sich an der Oberfläche dieser Emulsion befand und dieser hatte, seiner Meinung nach, weitaus mehr Rapsöl- als Wasseranteile. Somit könne auch dieses Gutachten angezweifelt werden. Ich veranschaulichte dann dem Professor, dass die Kraftstoffentnahme durch eine „Lanze“, ein stählernes Wasserrohrstück aus dem Tank durchgeführt wurde - so hatten die beiden zuvor gehörten Zeugen dies geschildert - und somit würde der Kraftstoff ja vom unteren Teil des Kraftstoffbehälters entnommen worden sein. Auch dies wurde von ihm wieder bestritten, denn diese „Lanze“ sei ja fest montiert gewesen. An dieser Stelle konnte ich mich nicht länger beherrschen und fragte ihn, ob er sich über die Tragweite seiner Behauptungen hier überhaupt bewusst sei. Ich fragte ihn dann weiter, ob er denn nun alle bisher erstellten Gutachten, die von vielen Ingenieuren erstellt wurden, wie TÜV-Süd Czech, TÜV-Rheinland, DEKRA und nun auch von der Zech Ingenieurgesellschaft in Frage stelle. Immerhin haben all diese Institutionen unabhängig voneinander ähnliche Verbrauchs-

werte ermittelt, die sich zwischen 0,1 bis 0,15 l/kWh bewegen. Selbst bei dem von der Staatsanwaltschaft in Auftrag gegebenen Gutachten des TÜV-Rheinland hatte man, bei richtiger Interpretation dessen, diese Ergebnisse erzielt. An dieser Stelle wurde ich dann erstmalig vom beisitzenden Richter unterbrochen, ich solle dies erst mal belegen. Ich verwies ihn auf meine zu diesem Zeitpunkt bereits verfasste Verteidigungsschrift, in der ich dies in leicht verständlicher Sprache wiedergab.

Nach dieser Unterbrechung versuchte ich meine Fragen an den Professor weiter zu stellen, indem ich ihn fragte, ob er all die Ingenieure in Frage stellen wolle, die ihre Aufgabe mit Sicherheit ernst nehmen, zumal die meisten dieser Prüfer aufgrund der zuerst ermittelten Ergebnisse einen zweiten Test fuhren, um ganz sicher zu sein. Und wieder wurde ich vom beisitzenden Richter lautstark unterbrochen, weil er mir zu verstehen geben wollte, dass ich nur Fragen bzgl. der Fakten stellen dürfe. Dieses Mal wurde auch meine Stimme lauter, denn im Laufe des gesamten Prozessverlaufes wurde ich meist von nur diesem Richter wegen meiner Fragen an die Zeugen gerügt. Ich bat ihn nun auch lautstark, mich doch nicht immer unterbrechen, denn ich würde hier vor Gericht schließlich auch den Anstand wahren, andere nicht zu unterbrechen.

Nachdem das Gericht die Zeugen entlassen hat, konnten die Behauptungen des sogenannten „Sachverständigen“ nun nicht mehr geprüft werden, denn meine Frage an diesen ging genau in diese Richtung, weshalb er denn nicht bei Anwesenheit dieser Zeugen derartige Fragen gestellt hat, um seine jetzt im Nachhinein aufgestellten Behauptungen zu untermauern. Der beisitzende Richter, dem diese Frage anscheinend wieder nicht gefiel, unterbrach mich erneut. Ich kam nicht mehr dazu, dem Richter eine dementsprechende Antwort zu geben, denn nun

musste mein Anwalt eingreifen, der sich das ganze lautstarke Schauspiel zunächst nur angeschaut und angehört hatte. Er ergriff ebenfalls lautstark das Wort und rief dem Richter zu, er solle mich doch nun endlich ausreden lassen und mir nicht immer ins Wort fallen. Er habe nun genug und werde jetzt einen Antrag stellen, für den er nun 20 Minuten Zeit benötige. Daraufhin wurde vom Gericht die Verhandlung für 20 Minuten unterbrochen.

Nach dieser Pause las dann mein Verteidiger in meinem Namen einen Befangenheitsantrag gegen den beisitzenden Richter vor, der in schriftlicher Form dem Gericht übergeben wurde. Im Vorfeld entließ man den „sachverständigen“ Professor, für den alle bisher prüfenden Institutionen und deren Ingenieure inkompetent waren. Ich fragte, wie viele Gutachten dieses Gericht noch benötigte, um endlich anzuerkennen, dass es sich getäuscht hat. Wenn sich ein Gericht mit derartigen Sachverständigen umgibt, wie es damals der nicht mehr beim TÜV-Rheinland tätige Herr Stubber*, der mit den einfachsten Messgeräten, wie Handy, Zollstock und Bratenthermometer einen gerichtlichen Sachverständigen abzugeben vorspiegelte, wohlweislich er noch nie mit der Materie eines rapsöl-angetriebenen BHKWs zu tun hatte, dann zeugt das von einem mangelnden Interesse an der Wahrheitsfindung.

Heute hatten wir nun einen gerichtlich bestellten sogenannten Sachverständigen, der die Realität der technischen Entwicklungen nicht wahrgenommen hat und nicht wahrnehmen will und mit aller Vehemenz alle öffentlichen und privaten Prüfstellen in Frage stellt, nur um sein dogmatisches Lehrstuhl- wissen zu verteidigen, dann lässt dies sehr viele Vermutungen zu, die sicher eines Rechtsstaates nicht würdig sind.

Der Befangenheitsantrag wurde noch von den mitbeschuldigten Herren Leopold*, Beyer*, Meyer und Schüsner* mitgetragen. Daraufhin zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Nach etwa einer Viertelstunde wurde dann verkündet, dass die am nächsten Tag folgende Verhandlung abgesagt werde, die geladenen Zeugen werden umgeladen. Dann wurde noch verkündet, welche Strafkammer diesen Befangenheitsantrag bearbeiten werde. Damit wurde dieser Prozesstag beendet. Das war nun wirklich ein ereignisreicher Prozesstag, doch ich hatte das gute Gefühl, dem Schauprozess dieses Gerichtes nicht länger tatenlos beigewohnt zu haben.

Der nächste Prozesstag begann wie erwartet. Das Gericht gab bekannt, dass der Befangenheitsantrag gegen den beisitzenden Richter abgelehnt wird. Der dementsprechende Beschluss wurde den Anwesenden bereits zugestellt. Dieser lag mir allerdings nach wie vor nicht vor. Eigenartig, wo ich doch der Antragsteller war, dem sich mehrere Beschuldigte anschlossen.

Im Anschluss wurde eine Stellungnahme des Professors Dr.-Ing. Wiesner* verteilt, die Folgendes zum Inhalt hatte:

„Stellungnahme zu den vom Landgericht Nürnberg-Fürth mit Schreiben vom 06.09.2013 übersandten Unterlagen:

1) Artikel der Neue OZ online

<http://noz.de/archiv/vermishtes/artikel/257594/kraftwerk-lauft-mit-papenburger-kraftstoff> Ausgabe: Meppener Tagespost
Veröffentlicht am: 14.11.2009.

2) Wichtige Mitteilung der EGM vom 02.09.2009.

3) Messbericht Nr. LX5397.1/03 der Zech Ingenieurgesellschaft vom 04.11.2009.

Kurzbeschreibung des Inhalts der Unterlagen:

Die beiden erstgenannten Quellen berichten {ohne technischen Details} über einen „Papenburger Kraftstoff“ – ein Gemisch aus 75% Wasser und 25% Rapsöl, das mit Hilfe von CO₂ gemischt wird und erfolgreich zum Betrieb von Dieselmotoren eingesetzt wurde. Der Messbericht der Fa. Zech beschreibt Herstellung und Nutzung des Kraftstoffgemisches, wobei Kraftstoffverbrauch, Abgasvolumen und Abgaszusammensetzung gemessen wurden und Herstellung und Anwendung des Kraftstoffs dokumentiert wurden. Eingesetzt wurden reines Rapsöl, eine Mischung aus 50% Rapsöl und 50% Wasser sowie eine Mischung aus 75% Wasser und 25% Rapsöl. Der gemessene Kraftstoffverbrauch zeigt grob gleichbleibende Werte zwischen dem Betrieb mit reinem Rapsöl und der 50/50-Mischung. Für die 3/1-Wasser/Rapsöl-Mischung wurde eine deutliche Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs festgestellt.

Abgaswerte und Kraftstoffverbrauch:

Die gemessenen Werte – Kraftstoffverbrauch und Emissionen – und Beschreibungen sind stark widersprüchlich. Insbesondere ist auffällig, dass sich die gemessenen Abgaszusammensetzungen trotz der extremen Veränderungen des eingesetzten Kraftstoffs praktisch nicht verändern. So ändert sich beispielsweise der Wassergehalt im Abgas praktisch nicht, obwohl dem Motor nach Angabe massiv Wasser zugeführt wird. Die übrigen Abgaswerte, die sich ebenfalls kaum verändern, deuten auf einen gleichbleibenden Verbrennungsablauf hin, der bei einer derart starken Veränderung des Kraftstoffs auf keinen Fall zu erwarten wäre. Weiter ergeben sich aus der Betrachtung der Abgaswerte und der angegebenen Kraftstoff-Verbrauchswerte starke Widersprüche.

Erläuterung am Beispiel der stark wasserhaltigen Mischung (75% Wasser, 25% Rapsöl):

Laut Abgasmessung wurde der Motor 78 Minuten betrieben. Der Abgasvolumenstrom wurde mit 933 m³/h gemessen, also insgesamt ein Abgasvolumen von 78 Minuten x 60 Minuten/h x 933 m³/h = 1.212,9 m³ erzeugt. Dieses Volumen enthält nach der Abgasmessung einen Volumenanteil von 8% CO, als ein Volumen von 8% x 1.212,9 m³ = 97,0 m³. Die Dichte des Kohlendioxids im Abgas kann aus den Messdaten direkt zu 1,31 kg/m³ berechnet werden. Damit ergibt sich eine Masse an Kohlendioxid im emittierten Abgas von 97 m³ x 1,31 kg/m³ = 127,1 kg. Diese Masse CO₂ besteht zu 27,3% aus Kohlenstoff, also enthält das im 3. Versuch erfasste Abgas 127,1 kg x 27,3% = 34,7 kg Kohlenstoff. Dies ist deutlich mehr an Masse an Kohlenstoff als dem Motor über den Kraftstoff (insgesamt 22,5 kg, die ja zu drei Vierteln aus Wasser bestehen, das keinen Kohlenstoff enthält) oder die sehr geringe im Mischer über das CO₂-Gas zugegebene (ca. 5 Liter je Minute X 10 min X 1,31 kg/m³ = 0,0655 kg CO₂-Gas, entsprechend 0,0179 kg Kohlenstoff) zugeführt wurden. Dies ist ein starker Widerspruch zu dem gemessenen Kraftstoffverbrauch (Mischung) von 22,5 kg. Rechnet man mit den Abgaswerten und Leistungsangaben weiter und berücksichtigt einen Kohlenstoffanteil im Rapsöl (DIN V 51605) von 78,2% und einen Heizwert von 38,8 MJ/kg ergibt sich ein Kraftstoff-verbrauch von 42,2 kg Rapsöl und ein realistischer Wirkungsgrad von 42,9% (Spezifischer Verbrauch 217 g/kWh). Berechnet man den Wirkungsgrad aus dem angegebenen Kraftstoffverbrauch, den Leistungsangaben, dem Mischungsverhältnis und dem gleichen Heizwert ergibt sich ein völlig unrealistischer Wert von 322%."

Ich frage mich bis heute, was der gute Professor hier errechnet hat und vollkommen im Widerspruch zu den Gutachten der DEKRA und des TÜV Czech steht. Im Übrigen möchte ich hier auch klarstellen, dass wir, die GFE-Group schon alleine aus der

Vorerwärmung des Rapsöls eine Treibstoffersparnis von 30% erzielen. Keine der Prüfstellen, außer einer, die im Gericht nochmals gehört werden sollte, hat dies berücksichtigt.

Insofern mache ich hier auch einmal eine Berechnung auf, die weder das Gericht, noch die sogenannten Gutachter, bis heute nicht in Betracht zogen. Laut Herstellerdaten ist der Verbrauch eines Dieselmotors mit ca. 210 g/kWh angegeben. Bei einer Ersparnis von nur 30% rechnet sich das Modell der GFE-Group, sodass auch die wirtschaftlichen Prognosen der GFE-Group der Richtigkeit entsprechen. Die vom Gericht bestellten Sachverständigen, wie Herr Stubber* und der Professor haben diesen Sachverhalt niemals geprüft, weil man hierfür einen komplett fertig gestellten Container hätten prüfen müssen oder sich zumindest einen Fachmann der GFE-Group hätte hinzuziehen müssen. Ich zitiere weiter den zweiten, fast nicht zu glaubenden Teil der Stellungnahme:

„Wie konnte der Motor mit einer derartig wasserhaltigen Mischung überhaupt betrieben werden und lassen sich die Messwerte zumindest teilweise erklären? Im nachfolgenden Experiment wird eine Rapsöl-Wasser-Mischung (technisch korrektere Bezeichnung wäre „Emulsion“, aufgrund der Verständlichkeit soll aber der Begriff Mischung weiter verwendet werden) selber hergestellt und die Löslichkeit von Rapsöl in Wasser analysiert. Weiterhin wird die zeitliche Abhängigkeit der Entmischung beobachtet.

Aufbau:

Sechs Liter Wasser (= 6 kg) werden in einen Eimer gefüllt. Anschließend werden zwei Liter (= 1,84 kg; Dichte von Öl wurde in gesondertem Versuch ermittelt) Rapsöl hinzugefügt. Es ist zu

erkennen, dass sich das Öl zunächst oben im Behälter absetzt und noch keine Durchmischung stattfindet.

Das Gemisch wird nun mit einem Handrührgerät fünf Minuten lang intensiv durchgemischt. Man sieht hier, dass sich das Öl mit dem Wasser homogen vermischt, es entsteht eine milchig aussehende Flüssigkeit.

Nach einer, fünf, zehn und fünfzehn Minuten werden 200 ml des Gemisches oben abgeschöpft und gewogen. Aus Volumen und Wiegeergebnis wird die Dichte bestimmt. Anhand der Dichte (wie bereits früher betrachtet) kann nun der Wasser- und Öl-Gehalt des Gemisches bestimmt werden.

Ergebnisse:

Standzeit (Vol.%)	Gewicht (g)	Dichte (g/cm ³)	Wassergehalt
1 Minute	178,8	0,894	10,2
5 Minuten	178,4	0,892	8,5
10 Minuten	179,4	0,897	12,7
15 Minuten	179,0	0,895	11,0

Bewertung des Versuchsergebnisses:

Der Versuch zeigt, dass eine Wasser-Rapsöl-Mischung sich rasch wieder entmischt. Wird aus einem größeren Behältnis eine Teilmenge an der Oberfläche entnommen, so enthält diese Teilmenge vor allem das leichtere Rapsöl und nur wenig Wasser, auch wenn in das Behältnis zu 75% Wasser und nur zu 25% Rapsöl hineingegeben wurde. Tückisch an der Sachlage ist, dass sich das Aussehen der Mischung beim Blick von oben in dem untersuchten Zeitraum kaum verändert, so dass man geneigt ist anzunehmen, man habe weiterhin eine homogene Mischung im

zugegebenen Mischungsverhältnis vorliegen. Damit zeigt sich das im Bericht der Fa. Zech beschriebene Vorgehen insgesamt sehr geeignet zu falschen Schlüssen zu führen.“

Soweit die Stellungnahme des Herrn Prof. Dr.-Ing. Wiesner*, der diese Stellungnahme auch bebilderte. Herr Professor, Ihr Experiment in allen Ehren. Auf den Abbildungen ist zu sehen, dass die Mischung mit einem Küchen-Handrührgerät der Fa. Krups (3-Mix 8000) hergestellt wurde. Ist das jetzt ein Witz oder bedient sich jetzt tatsächlich ein vom Gericht bestellter Gutachter derartiger Kindergarten-Experimente?

Der extra für diese Zwecke erfundene „Wirbelwandler“ mit seinen besonderen Fähigkeiten zur Herstellung einer Emulsion aus Wasser und Öl der EGM wurde einfach ignoriert. Eine stabile chemische Mischung kann aber mit einem Handrührgerät sicher nicht erreicht werden.

Das Gericht verlas dann noch ein Schreiben vom ZDF im Zusammenhang mit der Sendung „Frontal 21“, aus dem hervorging, dass nur noch die DVD der damals im Dezember 2010 ausgestrahlten Sendung vorhanden wäre. Weiteres Material wäre nicht mehr vorhanden. Offenbar hatte man weiteres Filmmaterial, das bei der Ausstrahlung nicht verwendet wurde, angefragt. Eigenartig, dass dieses verschwunden ist – weil es ganz sicher zur Entlastung der GFE beigetragen hätte? Wir werden es nie erfahren. Generell hat die Presse bei der Berichterstattung über die GFE keine gute Figur gemacht. In fast allen regionalen und überregionalen Blättern wurde berichtet und fast überall kam die Berichterstattung einer Vorverurteilung gleich.

Es war außerdem mehr als bemerkenswert, dass Rundfunk, Presse und Fernsehen am 30.11.2010 vor dem Firmengelände

der GFE bereit standen und auf die Durchsuchung warteten, während ein Herr Geisfuß* fleißig Interviews gab.

Firmengründer Horst K. sitzt jetzt in U-Haft

Millionen-Betrug mit Heizkraftwerken?

Nürnberg - Im September feierte die Gesellschaft zur Förderung erneuerbarer Energien (GFE) mit einer Mega-Show den neuen Unternehmenszweig, der der Stadt 60 Arbeitsplätze bringen sollte - das Bürgerblockheizkraftwerk für jedermann.

Jetzt stellt sich raus: Das war nur heiße Luft! Der Staatsanwalt ermittelt wegen Anlagebetrugs in weit über 1000 Fällen. Schaden rund 50 Millionen Euro! 28 Wohn- und Geschäftshäuser wurden durchsucht, sieben Verdächtige wurden festgenommen. Firmengründer Horst K. sitzt in U-Haft! Laut Staatsanwalt sollten sie Blockheizkraftwerke verkauft haben, die es gar nicht gab. Die Anleger sollten die Kraftwerke dann an die GFE zurückverpachten und in 20 Jahren eine Rendite von 500 Prozent erzielen. müß

Firmengründer Horst K. soll 1000 Anleger geprellt haben

Das Gelände der Firma GFE in der Höfener Straße

Stefan Der Jahn

Hier ist die Recherche der Bild-Zeitung so „gut“, dass sie zum einen eine falsche Luftaufnahme darstellt und zum zweiten noch nicht einmal die richtige Firmenadresse angibt.

Insofern kann man sich über den weiteren Inhalt dieser Anzeige selbst seine Gedanken machen, zumal sie nur die Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft in anderen populistischen Worten darstellt.

Wen wundert es hier noch, wenn in den Medien von „Lügenpresse“ die Rede ist.

In den folgenden Anzeigen der Abendzeitung Nürnberg und der Nürnberger Zeitung wiederholt sich diese Vorgehensweise.

GFE: Die Luft wird immer dünner

**TÜV-Gutachten fertig:
Betrugsverdacht gegen
Nürnberger Firma hat
sich weiter verstärkt**

NÜRNBERG Jetzt ist es amtlich: Die Blockheizkraftwerke der Gesellschaft für erneuerbare Energien (GFE), die Privatleuten als wahres Energiewunder angepriesen wurden, dienen nur zur Abzocke der Kunden! Der Verdacht hat sich nach Fertigstellung eines Gutachtens nun weiter verstärkt.

Nach Angaben der Nürnberger Staatsanwaltschaft wurden die Ermittlungen auf mittlerweile 23 GFE-Mitarbeiter ausgeweitet. Sieben Beschuldigte aus der Chefetage des zwielichtigen Unternehmens am Fuße des Fernsehturms sitzen längst in U-Haft. Die Ermittlungsbehörde wirft ihnen Betrug im ganz großen Stil vor.



Bei der Razzia in der GFE-Firmenzentrale im letzten November stellten die Polizisten kistenweise Beweismaterial sicher. Foto: bayernpress

Das „Geschäftsmodell“, das tausende Interessenten zu Investitionen im fünf- und sechsstelligen Bereich bewegte und innerhalb weniger Monate rund 50 Millionen Euro auf die GFE-Konten schwemmte, hörte sich mehr als vielversprechend an: Rund 30 Pro-

zent Gewinn im Jahr, der durch den Verkauf erzeugter Energie möglich sei, zauberte den GFE-Kunden ein Leuchten in die Augen. Sie glaubten den Versprechungen, dass dies durch den hohen Wirkungsgrad (80 Prozent) der Kraftwerke leicht erreichbar sei.

Das Gutachten des TÜV Rheinland, der die Effizienz der Blockheizkraftwerke im Auftrag der Nürnberger Staatsanwaltschaft prüfte, dürft auch bei den letzten gutgläubigen GFE-Kunden für Ernüchterung sorgen. Antje Gabriels-Gorsolke, Sprecherin der Staatsanwaltschaft: „Der Sachverständige stellte elektrisch Wirkungsgrade von lediglich 33,6 Prozent fest.“ Hinzu komme: Brennstoff-, Wartungs- und Nebenkosten der Kraftwerke sind höher als die erzielbaren Erlöse!

Nach Einschätzung der Ermittler hatte die GFE von Anfang an die Absicht, die umfangreiche Produktion vor Kraftwerken nur vorzutäuschen, um Kunden für Investitionen zu ködern. Gabriels-Gorsolke: „Die Beschuldigten stehen im Verdacht, ein Schneeballsystem betrieben zu haben.“ **ht**

Abendzeitung 16.02.2011

Was die Polizei über die mutmaßliche Betrügerfirma GFE herausfindet

Verschleierte Millionengelder



Container für die Lagerung von Blockheizkraftwerken auf dem Firmengelände der GFE in Nürnberg. Das Firmengelände ist nur schwer durchschaubar, der mutmaßliche Betrugschaden geht in die Millionen. Fotos: Heinz Wraneschtz

Die Nürnberg-Schweizer GFE-Energy-Gruppe ist ein höchst undurchsichtiges Firmengeflecht. Scheinbar haben sie die Verantwortlichen von Anfang an aufgezogen, Geldflüsse zu verschleiern. Der Zwischenbericht des Nürnberger Kriminalfachdezernats 4* an die hiesige Staatsanwaltschaft, der der NZ vorliegt, lässt kaum einen anderen Schluss zu.

NÜRNBERG – Zwei Firmen der Gruppe sind bereits insolvent: die zentralen GFE-mbH und die GFE Production GmbH. Am Freitag erfahren – wie berichtet – die Gläubiger der „Production“ von Verwalter Jochen König, sie „können mit 1,15 Millionen Euro rechnen“ – etwa Prozent der Ansprüche, die Lieferanten oder Mitarbeiter gegen den Blockheizkraftwerks- (BHKW-) Hersteller haben.

Dagegen müssen sich jene Menschen und Firmen, die Geld von der GFE-mbH fordern, wohl nur mit einer wesentlich geringeren Quote bescheiden. Das hatte zuvor deren Insolvenzverwalter Hans Raab verkündet. Bei der Versammlung in der Nürnberger Gartenstadt waren rund 700 Gläubiger durch rund 150 Anwesende vertreten, mehr als in manchem weit größeren Verfahren*, verläutet aus Raabs Büro.

Der Grund steht im Polizeibericht: von den 60354694,31 Euro, welche die BHKW-Käufer zwischen Januar und November 2010 auf GFE-Konten überwiesen haben, mussten einige Millionen Euro Pachtzahlungen wieder

ausgeschüttet werden. Sonst wäre den Besitzern wohl aufgefallen, dass die „gekauften“ BHKW gar nicht existierten, geschweige denn Strom produzierten.

Denn nur für ein einziges Kraftwerk, jenes auf dem Firmengelände in Nürnberg, erhielt die GFE-Gruppe jemals Geld für ins Netz eingespeisten Strom: 6121,92 Euro wurden im November 2010 erlöst. Doch für diesen Monat hatte Geschäftsführer Jörg



Die Villa eines führenden Beschuldigten im GFE-Betrugsfall in der Propsteistraße in Nürnberg-Süd.

T. bereits mit 1,7 Millionen Euro Pachtzahlungen zu kämpfen – mehr als neue BHKW-Käufer an die Firma überwiesen.

Außerdem kassierten die Kraftwerks-Vermittler satte Provisionen, wie im Strukturvertrieb üblich. Laut Firmenstatistik der Wochen 24 bis 47 des Jahres 2010 gingen zwischen 17 und 77 Prozent der Einnahmen gleich wieder an die „Strukties“. So flossen auf zwei Konten einer als Vermittler genannten Dame 896995,74 Euro. Doch bei der Empfängerin, laut Polizeiangaben eine Nürnberger Prostituierte, nehmen die Ermittler an, sie sei nur die Strohfrau des führenden GFE-Beschuldigten Karlheinz Z.

Der wiederum finanzierte sich einen aufwändigen Lebensstil. So soll seine Villa in der Propsteistraße im Nürnberger Süden etwa eine Million Euro gekostet haben. Für die Eigentumswohnung von Silvia K., der Ehefrau von GFE-Partner Horst K., in der Schweiz sollen dagegen „nur“ 930 000 Schweizer Franken zu berapen gewesen sein.

Dennoch war „der Beschuldigten hienach bekannt, dass dieser Kauf lediglich durch den betrügerischen Verkauf von BHKW möglich war“, heißt es im Polizeibericht. Denn K. und Z. hatten wohl „insamlich noch Probleme“, wie die Polizei aus abgehörten Telefonaten zitiert. Sprich: Die beiden GFE-Energy-Chefs sollen sich zu der Zeit mit Privatinsolvenzen herumgeschlagen haben. Heinz Wraneschtz

Doch zurück zum Prozess: Eine Zeugenaussage jenes Tages ist mir besonders im Gedächtnis geblieben: Herr Carsten Ziegler*, der Infoveranstaltungen der GFE besuchte und im Anschluss ein BHKW erworben hatte. Zu den Pachtzahlungen der GFE, die ja bis zum 30.11.2010 pünktlich geflossen waren, sagte er: *„Wenn ich eine Wohnung anmiete, die ich nicht beziehe, dann muss ich trotzdem die Miete zahlen.“*

Im Verlaufe seiner weiteren Aussage sprach er davon, dass die GFE eine Idee umsetzte, die auf Dauer Atomkraftwerke unnötig gemacht hätten und dass schon alleine deshalb Lobbyisten hellhörig wurden. Allein die Vorerwärmung des Rapsöls hätte ausgereicht, um derartige Ergebnisse zu erzielen, dass die GFE-Group all ihren Verpflichtungen hätte nachkommen können. Die Weiterentwicklung des Treibstoffes mit Wasserbeimischung hätte nur zu besseren Ergebnissen führen können.

Am Ende des Tages wurde noch mein ehemaliger Gesellschafterkollege Karlheinz Zumberg* gehört, der sich jedoch in Abstimmung mit seinem Zeugenbeistand darauf berief, keine Aussage zu tätigen.

Am 70. Verhandlungstag wurde Herr Dr. Wilfried Pöller*, Patentanwalt und europäischer Patentvertreter, im Laufe des Vormittags gehört. Dieser wurde zuvor von den beiden Personen, die diese drei Patente (zwei deutsche und ein europäisches Patent) angemeldet haben, von der Schweigepflicht befreit. Die Patentanmelder waren Herr Karl Meyer und seine Lebensgefährtin.

Der Zeuge erklärte das ganze Prozedere einer Patentanmeldung und dass es sich bei den hier benannten Patentanmeldungen um zwei Bereiche handele. Der erste Bereich bezieht sich auf den Verbrennungsmotor mit Speisung einer Emulsion, der zweite

Bereich um BHKWs in Containerbauweise. Seitens der Behörden wurden Recherchen angestellt, ob es diese Idee schon gab. Fünf Dokumente wurden als relevant empfunden, wobei nur eines eine ähnliche Form hatte. Daraufhin wurden sechs Unterscheidungen herausgearbeitet, was auch den Grund darstellte, zusätzlich ein europäisches Patent anzumelden. Prüfungen seitens der Genehmigungsbehörden ergaben kein negatives Bild. Vielmehr gaben diese zu erkennen, dass die durch dieses Patent angemeldete Treibstoffreduzierung nicht gegen übliche Naturgesetze verstoße. Auf die Frage eines Richters gab der Zeuge an, dass es hier doch nicht darum gehe, einfach Wasser dem Rapsöl beizumischen. Es gehe darum, mit was und wie man dies bewerkstellige. Wie recht er doch hatte!

Anschließend gab Herr Karl Meyer (Entwickler und Beschuldigter) eine Erklärung ab, in der er angab, dass alles was in diesen Patentanmeldungen zu lesen sei, schon längst bei der GFE-Group vorhanden gewesen sei und es somit niemals einen Grund gab, all das in Frage zu stellen. Schon im Dezember 2010 habe er, nachdem die Staatsanwaltschaft rigoros zugeschlagen hatte, mehrere E-Mails und Faxe an die Kripo und die Staatsanwaltschaft gesendet, worin er diesen anbot, die Technologie mitsamt der Treibstoffersparnis vorzuführen. Es gab seitens dieser Behörden niemals eine Reaktion. Hätten sich die Herrschaften von der Kripo und/oder der Staatsanwaltschaft damals von ihren bequemen Sesseln erhoben und wären dieser Aufforderung nachgekommen, dann gäbe es heute keinen Prozess und der Schaden hätte sich in einem relativ geringen Maß gehalten.

Am Ende dieses Tages verlas mein Rechtsanwalt Markus Kruppa dann noch einen Antrag, aus dem ich hier einige Passagen zitiere:

„In der Strafsache gegen Herrn Horst Kirsten [...] beantrage ich erneut den Haftbefehl [...] aufzuheben, hilfsweise gegen geeignete Auflagen außer Vollzug zu setzen.

Mein Mandant befindet sich im vorliegenden Verfahren seit dem 30.11.2010, also seit inzwischen bald 3 Jahren, ununterbrochen in Untersuchungshaft. Die weitere Aufrechterhaltung des Haftbefehls lässt sich nicht rechtfertigen. Es liegt aufgrund der dazu ergangenen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf der Hand, dass die Fortdauer der Untersuchungshaft nicht mit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz in Einklang zu bringen ist. Auch besteht inzwischen kein Haftgrund mehr. [...]

Auch in Nürnberg dient die Untersuchungshaft nicht der Vorwegnahme der Strafhaft, sondern lediglich der Verfahrenssicherung. Dass Herr Kirsten sich dem Verfahren auch weiterhin stellen wird und somit keine Fluchtgefahr besteht, ergibt sich bereits aus seinem eigenen prozessualen Verhalten. Er hat sich stets zu seiner Verantwortung für die GFE-Group bekannt und während des Verfahrens deutlich gemacht, dass er an einer Aufklärung der erhobenen Vorwürfe [...] ein erhebliches Interesse hat.

Abschließend erlaube ich mir den Hinweis, dass Fälle überlanger Untersuchungshaft bereits mehrfach zu einer Verurteilung der Bundesrepublik Deutschland durch den EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) geführt haben. [...]“

Bevor der Verhandlungstag beendet wurde, meldete sich Karl Meyer noch einmal zu Wort und kritisierte, dass seitens des Gerichtes Herr Geisfuß* ständig als Quelle belastender Beweise erwähnt wurde.

Fast jeder Zeuge wurde nach kritischen Stimmen aus dem Internet gefragt und wenn diesem dann nichts einfiel, wird gleich danach gefragt, ob ihm der Name Geisfuß* etwas sagt.

Herr Meyer gab dem Gericht zu verstehen, dass während der ganzen GFE-Zeit nur eine einzige negative Stimme im Internet vorhanden war. Es sei Herr Geisfuß*, der im Leben noch nie selbst ein BHKW gebaut oder gar eines montiert hatte. Das Internet war zur gleichen Zeit voll mit positiven Stimmen zur GFE-Group, wobei die Staatsanwaltschaft hier nur eine einzige Richtung in der Ermittlungsarbeit verfolgte. Herr Geisfuß* wurde von der Justiz hier wie ein kleiner Gott gesehen. Ein Einziger, an dem sich das Gericht hier festhält und dann auch noch jemand, dessen Geschäftsinteresse es sein musste, uns auf diesem Markt zu verunglimpfen. Es war alles so augenscheinlich, so leicht durchschaubar, nur das Gericht hielt an seinem Konstrukt fest.

Der 74. Verhandlungstag am 14. November 2013 widmete sich zur Gänze Medienmaterial rund um die GFE, so der Beitrag des ZDF Magazins „Frontal 21“, der am 06.12.2010 ausgestrahlt wurde, der Werbefilm der GFE, ein Teil des Films, den die Kripo bei der Durchsuchung am 30.11.2010 in der Dieselstraße aufgenommen hatte und darüber hinaus noch Standbilder aus einem anderen Teil dieses Films sowie eine Power Point Präsentation der GFE-Website vom November 2010. In diesem Zusammenhang gab ich eine Erklärung ab:

„Ich verweise hier noch einmal auf unsere Website, die im Gegensatz zu der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft ganz klar die Firmenstruktur der GFE-Group erkennen lässt. Auf dieser Website ist jede einzelne Firma benannt und die Zuständigkeiten dieser Firmen für jedermann erkennbar dargestellt. Es ist nicht wie in der Anklageschrift ein Firmengeflecht, welches nur dazu dienlich sein soll, irgendwelche Verschleierungen oder Vertuschungen vorzunehmen.

Selbst im internen Bereich der GFE-Website sind die Unterlagen der GFE-Group nach Firmen gegliedert angegeben und waren so

auch bestellbar. Weiter ist auf der Website eindeutig zu erkennen, dass wir, was die Stellplatzsuche für unsere anzuschließenden Container angeht, uns nicht nur innerhalb der Fachabteilung darum kümmerten, vielmehr haben wir über dieses Medium Website weitere Stellplätze gesucht, was im Übrigen auch zahlreich von Usern genutzt wurde.

Zu guter Letzt will ich auch darauf aufmerksam machen, dass wir über unsere Website stetig Fachkräfte für den technischen Bereich gesucht haben.“

Nach der Mittagspause erschien Herr Kammerstein* mit Zeugenbeistand. Er gab an, beim ZDF als Redakteur für Frontal 21 tätig zu sein. Daraufhin wurde er vom Gericht nach § 53 Abs. 5 StPO belehrt. Dann berichtete der Zeuge, dass er eine Veranstaltung der GFE-Group in der Pyramide/Fürth mit versteckter Kamera beiwohnte. Er sei nicht alleine gewesen, denn er habe handschriftliche Notizen erstellt – insofern musste jemand anderes für die Filmaufnahmen dabei gewesen sein, dessen Namen er aus Quellenschutzgründen nicht nennen wird. Er habe sich damals unter falschem Namen angemeldet und sei einem Herrn Kemper* zugeordnet worden. Mit diesem führte er auch ein Gespräch über Vertriebsprovisionen und eine von ihm angekündigte vorgetäuschte Investition. Als Referenten benannte er Herrn Leopold*, der mit mir auf der Anklagebank saß, und Herrn Engert*. Herr Engert* hätte nur über das Insolvenzrecht gesprochen und Herr Leopold* habe ansonsten alle aufkommenden Fragen aus dem Publikum sofort beantwortet, selbst die technischen Fragen, wie beispielsweise aus den Bereichen Rapsölpreis, Rapsölbezugsquellen, ESS (Energy-Saving-System) und so weiter. Den Rapsölpreis habe Herr Leopold* mit 0,45 Euro pro Liter angegeben.

Zwei Tage später habe er, Herr Kammerstein*, die GFE-Group selbst (ebenfalls mit versteckter Kamera) aufgesucht und habe an einer Führung, geleitet von Herrn Manninger*, teilgenommen, die von ca. 17.00 Uhr bis 18.00 Uhr dauerte. Herr Manninger* habe auch seltsame Antworten gegeben und von einem ESS gesprochen, welches man beim Hineinblicken in einen Container nicht sehen kann. Ihm, dem Zeugen, kam alles seltsam vor. Herr Manninger* sprach auch von einem „DEKRA“-Gutachten, welches man ihm jedoch nicht aushändigen wollte. Er selbst bezweifelte deren Existenz. Es würde jetzt zu weit führen, all die Details wiederzugeben, die dieser Zeuge hier vor Gericht, trotz Zeugenbeistand, von sich gab.

Meine Anmerkungen hierzu: Sicher, ich war selbst nicht auf dieser von ihm besuchten Veranstaltung. Aber rund 100 gehörte Zeugen hatten vor Gericht bereits die Aussage getroffen, dass Herr Leopold* die aufkommenden technischen Fragen nur auf einen Flipchart notierte, damit diese gegen Ende der Veranstaltung von einem technisch versierten Fachmann beantwortet werden konnten. Anscheinend war das nur nicht der Fall, als „Frontal 21“ im Publikum war - schon sehr eigenartig. Weiter soll Herr Leopold* von einem Rapsölpreis von 0,45 Euro gesprochen haben. Der Zeuge, selbst wenn er unter falschem Namen diese Veranstaltung besuchte, wurde bereits im Eingangsbereich mit allen Prospekten der GFE-Group ausgestattet, aus denen ganz klar herauszulesen ist, dass die GFE-Group zum damaligen Zeitpunkt schon von 0,65 Euro ausgegangen ist. Weiter ist dies auch in der PowerPoint-Präsentation, die Herr Leopold* nutzte, in relativ großer Schrift dargestellt. Ein Referent würde sich unglaublich machen, wenn er ein Faktum angeben würde, welches weder in den vorliegenden Prospekten, noch in der vorgeführten Präsentation seine Übereinstimmung finden würde. Dies sind zwar nur zwei

Punkte, die für eine Wahrheitsfindung nicht unbedingt ausschlaggebend sind, die mir aber zeigen, mit welcher (schlampigen) „Sorgfalt“ vom Zeugen recherchiert wurde.

Er war wieder ein Zeuge, der mich fast auf die „Palme“ brachte, zumal das was er von sich gab, stümperhaft, unlogisch und oft vollkommen falsch dargestellt wurde. Es blieb mir wieder nichts anderes übrig, als mich notfalls vor Gericht mit meiner Fragestellung unbeliebt zu machen.

So fragte ich den Zeugen zuerst, ob ein Zuschauer von einem öffentlich-rechtlich Sender neutrale und objektive Berichterstattung erwarten darf. Beim Zeugen führte das nur zu fragenden Blicken, die sich hilfesuchend mit denen seines Zeugenbeistandes trafen. Ich wiederholte meine Frage, bis ich dann endlich ein Ja erhielt. Dann darf ich auch davon ausgehen, dass die Recherchen ebenfalls in einem sorgfältigen Rahmen erfolgten. Nach Meinung des Zeugen geschah dies.

Das war für mich dann der Anlass zu fragen, weshalb man im Bericht der GFE-Group nicht genauso recherchiert habe, wie in allen anderen Frontal 21-Beiträgen. Dort habe man die Geschäftsführer bzw. die Inhaber mit den Aufnahmen und Aussagen konfrontiert, damit diese Stellung zu den im Filmbericht erhobenen Vorwürfen beziehen können. Die Antwort war die, dass ich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zur Verfügung stand, da ich schon inhaftiert gewesen sei. Ungeachtet dessen, dass diese Schilderung des Zeugen gelogen war, denn die Aufnahmen für den Frontal 21-Beitrag wurden am 08. und am 10.11.2010 gemacht, glaube ich, war dem Zeugen nicht bewusst, an welcher Not bei tausenden von Menschen er mit seinem negativ eingefärbten Bericht mitgewirkt hat.

Meine Frage, ob er denn auch am 30.11.2010, dem Tag des „Überfalls“, in Nürnberg gewesen sei, beantwortete er nicht, mit Hinweis auf den Quellenschutz. Ich gab ihm zu verstehen, dass er von mir alle Antworten erhalten hätte und ich ihm sogar den DEKRA-Prüfbericht gezeigt hätte. *„Sie waren ja auch bei der DEKRA in Stuttgart und haben diesen die Aufnahmen vom Seminar, die Sie mit versteckter Kamera gefilmt haben, gezeigt“*, erklärte ich. Meine Frage, ob ihm die DEKRA dort auch mitgeteilt habe, dass sie ein Gutachten erstellt habe, verneinte er - kein Wunder, denn die DEKRA wollte sicher nicht in negative Schlagzeilen geraten, denn in diesem Filmbericht sind die Stimmen der Referenten unterdrückt und durch eine andere Sprecherstimme ersetzt worden. Selbst der Zeuge musste zugeben, dass die zu hörenden Antworten nicht Wort für Wort wiedergegeben wurden. Er habe die Antworten aus den von ihm handschriftlich notierten Notizen entnommen.

Im Filmbericht war als einer der moderierenden Sachverständigen Herr Geisfuß* zu sehen und dieser durfte seine Meinung zum Besten geben. Ich fragte den Zeugen, unter welchen Gesichtspunkten er Herrn Geisfuß* ausgewählt hatte. Auch hier kam wieder nur die Zurückziehung auf den Quellenschutz.

Die Anwältin des Herrn Karl Meyer fragte nach, ob er bei seiner Recherche die Qualifikation des Herrn Geisfuß* überprüft habe, und er dabei feststellte, dass Herr Geisfuß* nur über ein abgebrochenes Studium verfüge. Auch diese Frage ließ der Zeuge unbeantwortet. Der Zeuge schilderte in seiner Auslassung noch, dass er bei der Betriebsbesichtigung zwei BHKWs in einem geöffneten Container wahrnahm und dass Herr Manninger* das ESS als Blackbox bezeichnet habe. Weiter sprach Herr Manninger* von der Abgabe der Wärme ab dem kommenden

Jahr 2011. Er, der Zeuge, glaubte nicht daran, da er keine Fachleute wahrgenommen habe.

Ich wurde dann wieder einmal vom Richter gerügt, weil ich den Zeugen nicht nach Fakten befragt hatte. Meine Frage war in etwa, wie er solche Behauptungen aufstellen könne, zumal in der Produktionshalle schon Betriebsschluss war und ihm sei doch sicher das Verwaltungsgebäude der GFE-Group aufgefallen und ob er sich nicht vorstellen könne, dass genau in diesem Gebäude ausreichend Fachleute, auch für das Wärmekonzept, vorhanden waren, die er nur hätte befragen müssen.

Außerdem lag ihm ein Prospekt der GFE-Group vor (welches im Filmbericht mit einer Tabelle dargestellt wird) und in genau diesem Prospekt sei das ESS im Einzelnen beschrieben. Nach einem Disput mit einem der Richter beschränkte ich mich darauf, diesem Zeugen keine weiteren Fragen mehr zu stellen.

Ich konnte an dieser Stelle nur meine Enttäuschung zum Ausdruck bringen, da ich die Recherchen von öffentlich-rechtlichen Sendern, gerade von derartigen Magazinen wie „Frontal 21“ als weitaus professioneller eingestuft hätte. Eine Seifenoper in einem Privatsender hat sicher keinen geringeren Wahrheitsgehalt.

Derartige Journalisten sorgen dafür, dass die Presse in der Öffentlichkeit nicht mehr ernst genommen wird. Sie sind eine Schande für ihren Berufsstand.

Zu Beginn des 76. Verhandlungstages wurde Herr Lars Schlüter, Ingenieur für Emissionstechnik bei der Zech Ingenieurgesellschaft gehört. Der Zeuge konnte sich noch relativ gut an den Test erinnern, weil dieser Auftrag ungewöhnlich war. Er beschrieb nochmals den Prüfungsvorgang bei dem Blockheiz-

kraftwerk, welches mit einer Emulsion von 25 % Rapsöl und 75 % Wasser lief.

Da er von Anbeginn dieser Sache sehr skeptisch gegenüber gestanden hatte, hatte er auch genau zugeschaut, wie das Rapsöl-Wasser-Gemisch (im Verhältnis 1:1 und 1:3) hergestellt wurde. Das Blockheizkraftwerk wurde damit betrieben, blieb zwar ab und zu stehen, was in dem Gutachten der Zech-Ingenieurgesellschaft dokumentiert wurde, man konnte jedoch feststellen, dass Wasser im Brennraum des Motors war. Gemessen wurde am Standort des BHKWs in Hunteburg. Der Schadstoffausstoß nahm bei den Mischungen nicht ab, was von ihm als nicht plausibel angesehen wurde. Der Motor lief unter 150 kW Last.

Der Zeuge gab noch an, dass er Tage zuvor, vor dem eigentlichen Prüftermin, zum Testort gefahren sei, um sicher zu gehen, nicht hinters Licht geführt zu werden. Die Emulsion wurde in einem 150 Liter-Fass hergestellt. Er erörterte noch, dass es nicht ungewöhnlich sei, den Testort im Vorfeld aufzusuchen.

Das Gericht wollte diesen Zeugen dann entlassen, woraufhin ich hier Einspruch einlegte, da zu den Aussagen dieses Zeugen, nun im Nachhinein wieder der sogenannte Sachverständige Prof. Dr. Ing. Wiesner* gehört werden sollte. Insofern bat ich das Gericht, den Zeugen erst dann zu entlassen, wenn wir das Statement des Herrn Prof. Dr. Ing. Wiesner* gehört haben, zumal es in der Vergangenheit vom Gericht so gehandhabt wurde, erst die Zeugen nach Hause zu schicken und dann erst den Professor über deren abgegebene Aussagen zu befragen.

Das Gericht akzeptierte meinen Einspruch und entließ den Zeugen erst nach der Anhörung des Prof. Dr. Ing. Wiesner*, wobei sich aus dessen Aussagen nichts Neues ergab.

Nach einer Pause ging es dann Schlag auf Schlag: Das Gericht gab bekannt, dass dem Beweisantrag meines Anwalts RA Kruppa auf Vernehmung aller Vermittler der hier gehörten „geschädigten“ Kunden im Sinne einer Gleichbehandlung, nicht stattgegeben wird. Weitere Beweisanträge der Rechtsanwälte der Herren Beyer* und Leopold* wurden ebenfalls abgelehnt. In einem dieser Beweisanträge, ging es darum, sämtliche Geschädigte hier vor Gericht zu hören, da derzeit noch nicht einmal 10% der Geschädigten gehört wurden. Was nun folgte, war das Jämmerlichste, was ich in diesem Prozess erlebt hatte. Die Anwältin des Herrn Schüsner* las ein „Teilgeständnis“ ihres Mandanten vor und gab gleich an, danach keine Fragen zuzulassen. Dieses sogenannte Teilgeständnis ist mehr als nur armselig anzusehen, zumal der Beschuldigte hier zwei weitere Beschuldigte, wovon einer auch schon ein Teilgeständnis abgelegt hatte, mit Schuldvorwürfen behaftete, die jeder Grundlage entbehren. Es ist mir unerklärlich, wie eine Anwältin sich auf dieses Niveau herablässt, ein solches „Teilgeständnis“ für ihren Mandanten vorzulesen.

Sogar der Richter fragte ziemlich erstaunt nach, ob dieses Teilgeständnis wirklich sein Ernst sei. Mich regte dieses Schmierentheater dermaßen auf, dass ich im Anschluss gleich eine Erklärung in mündlicher Form abgab. Da ich jedoch bemerkte, dass Erklärungen hier vor Gericht nicht protokolliert wurden, nahm ich mir vor, diese Erklärung am nächsten Verhandlungstag in schriftlicher Form nochmals einzureichen. Der Prozesstag endete damit, dass das Gericht erklärte, die Beweisaufnahme so bald wie möglich abschließen zu wollen.

Das ließ ich mir nicht zweimal sagen und bereitete für den folgenden Gerichtstag zwei Erklärungen, einen Antrag und 15 Beweisanträge vor. Die Beweisanträge bezogen sich in der

Hauptsache auf Zeugen, die noch zu laden waren, auf einen von einem Zeugen aufgenommenen Film sowie auf Aufnahme von 143 Beweisfotos in die Ermittlungsakten. Der von mir eingereichte Antrag und meine beiden Erklärungen gebe ich hier wieder:

„In der Strafsache gegen Herrn Horst Kirsten u.a., Az.; 12 KLS 5073s 1612/2010 beantrage ich die Genehmigung des Landgerichts Nürnberg-Fürth mir noch eine gewisse Zeit bis etwa Ende Januar 2014 zu belassen, um evtl. weitere Beweisanträge zu stellen.

Begründung: Derzeit verfüge ich in der JVA Nürnberg über einen PC, auf dessen Festplatte aktuell 107 Ermittlungsakten mit jeweils mehreren hundert Seiten abgespeichert sind. Mir ist es bis zum heutigen Tage nur möglich gewesen, diese Seiten anzusehen. Ich konnte nichts ausdrucken, geschweige denn selektieren. Oft suche ich nach einer bestimmten Seite mehrere Tage. Erst kürzlich hat mich ein Mitgefangener, der sich im EDV-Wesen auskennt, darauf aufmerksam gemacht, dass ich die mir zur Verfügung gestellten PDF-Dateien, die im Fotoformat abgespeichert wurden, programmintern scannen kann, womit mir dann eine Suche nach Stichwörtern über alle Dateien möglich ist.

Der Aufwand, den ich hier betreibe ist riesig groß, denn das Einscannen einer einzigen Ermittlungsakte benötigt eine Zeit von ca. 4 Stunden. Da ich außerdem noch dadurch gehandicapt bin, die Zelle mit dem PC nicht jederzeit betreten zu können und wenn, dann bin ich am PC mit den Vorbereitungen auf den nächsten Verhandlungstag beschäftigt, kann ich täglich maximal 3 Ermittlungsakten scannen. Für das Scannen der restlichen Dateien benötige ich noch mindestens 20 Tage.

Durch die neu gewonnene Selektionsmöglichkeit konnte ich nun Sachverhalte zusammenfassen und erkennen, die mir vorher so detailliert nicht möglich waren. Insofern konnte ich für den heutigen Tag einige Beweisanträge fertigstellen, wobei ich mir nicht sicher bin, damit bereits all das getan zu haben, was meine bzw. die Unschuld der anderweitig Beschuldigten beweist.

Ich bitte diesem Antrag im Rahmen der Fairness und der Wahrheitsfindung statt zu geben."

und weiter:

„In der Strafsache gegen Herrn Kirsten u.a. Az.: 12 Kls 507 Js 1612/2010 gebe ich hiermit folgende Erklärung ab:

Die bei der GFE-Group eingesetzten BHKWs arbeiteten generell mit 1500 U/min, was bedeutet, dass 750 mal in der Minute je Zylinder Treibstoff in den Motor eingespritzt wird. Es erfolgen somit 4.500 Einspritzungen in der Minute bzw. 270.000 Einspritzungen in der Stunde. Der Prüfbericht der DEKRA-Stuttgart vom 24.09.2010 und das Gutachten des TÜV-Süd-Czech vom 29.09.2010 weisen aus, dass ein Verbrauch an Rapsöl von ca. 12 l/100 kWh an elektrischer Energie am Generator ausgegeben wurde. Rapsöl hat lt. dem Gutachten des TÜV-Rheinland einen Heizwert von 35 MJ/kg. Bei einem Verbrauch von 12 l/h entspricht dies einem Verbrauch von ca. 11 kg/h. Insofern ergibt sich eine Wärmeenergie aus dem eingesetzten Rapsöl von $11 \times 35 = 385$ MJ/h. Bezogen auf eine einzelne Einspritzung ergibt sich somit ein Wert von 1,426 kJ. Diese Wärmeenergie wird bei jedem Verbrennungsvorgang frei. Hierbei wird während dieser Einspritzung 0,041 g Rapsöl verbrannt.

Lt. Internetrecherchen kann hiermit Wasser verdampft werden, allzumal die Temperaturen im Brennraum des Motors

entsprechend hoch sind. Bei der Zündung des Rapsöls entsteht im Brennraum am oberen Totpunkt ein Druck von ca. 180 – 200 bar. Die Temperatur im Brennraum beträgt dann ca. 1.800 - 2.300 °C. Bei einer solchen Temperatur verdampft Wasser blitzartig, selbst bei diesem Druck. Im Fachjargon nennt man das eine Flash-Verdampfung. Den Beweis hierfür erbringen Wasserdampfatafeln, die im Internet einsehbar sind. So kann man dort u.a. lesen, dass für einen Dampfdruck von 220 bar nur eine Temperatur von 374 °C benötigt wird, die dazu nötige Verdampfungswärme 2.105kJ/kg beträgt. Das bedeutet, dass man mit der durch einen Einspritzvorgang freigesetzten Wärmeenergie von 1.426 kJ eine Wassermenge von 0,677g verdampfen kann. Das ist mehr als die zehnfache Menge des eingesetzten Rapsöls.

Bei dem Prüfbericht der DEKRA-Stuttgart und dem Gutachten des TÜV-Süd-Czech wurde maximal die dreifache Wassermenge eingesetzt. Diese Werte müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, dass das Wasser bereits mit einer Temperatur von ca. 100 °C zugeführt wird, was bei der GFE-Group geschah, auch das erhebliche Wärmeverluste über Zylinderwand, Zylinderkopf und den Kolben eintreten können. Es bleibt somit festzuhalten: Das Verfahren der Wassereinspritzung funktioniert, da die Wärmebilanz dies ausdrücklich ausweist, wobei noch ein wichtiger Aspekt nicht vergessen werden darf. Der oben erwähnte Heizwert von 35 MJ gilt nur für flüssiges Rapsöl. Da aber eine Verbrennung nur aus dem gasförmigen Zustand heraus möglich ist, wurde das Rapsöl bei der GFE-Group bereits soweit vorgewärmt, dass es in einem gasförmigen Zustand in den Brennraum eintrat. Der Übergang vom flüssigen in den gasförmigen Zustand geschah hierbei am Austritt aus der Düse, da das vorgewärmte Rapsöl, welches durch den Druck der Einspritzpumpe (ca. 200 bar) noch weiter erhitzt wurde, beim

Eintreten in den Brennraum, bedingt durch den dort wesentlich niedrigeren Druck (ca. 30 bar) explosionsartig verdampfte. Insofern entbehren dann alle Berechnungen hinsichtlich eines Wirkungsgrades nach herkömmlichen Berechnungsgrundlagen jeglicher Grundlage.

Dies deshalb, weil der Heizwert von gasförmigem Rapsöl in keiner Tabelle geführt wird. Die Unterschiede in den Heizwerten von flüssigen und gasförmigen Stoffen sind beträchtlich. Dies zeigt z.B. der direkte Vergleich zwischen flüssigem Methanol und gasförmigen Methan. Bzgl. dieser Erklärung beziehe ich mich auf Mitteilungen, die mir von Fachleuten hier in die JVA übersandt wurden. Gerne kann ich dem Gericht entsprechende Internetadressen nachliefern, die diese meine Erklärung untermauern."

Am Ende dieses Tages stellte Karl Meyer noch einen Befangenheitsantrag, der sich auf das Abspielen des ZDF-Beitrags (Frontal 21) bezog. Dort wurden alle Beschuldigten als „Betrüger“ bezeichnet. Nachdem das Gericht dies toleriert habe, lehne er, Herr Meyer, das gesamte Gericht als befangen ab. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück und eröffnete nach der Pause, dass diesem Befangenheitsantrag nicht stattgegeben werde, da dieser zu spät gestellt worden sei. Herr Meyer hätte gleich beim oder nach dem Abspielen dieses Films diesen Befangenheitsantrag stellen müssen.

Der Verhandlungstag wurde sodann beendet, wobei man mir so nebenbei im Weggehen noch einen Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth in die Hand drückte. Dieser sagt u.a. folgendes aus:

„[...] In der Strafsache gegen Kirsten, Horst Michael [...] erlässt die 12. Strafkammer durch die unterzeichnenden Richter ohne mündliche Verhandlung am 26.11.2013 folgenden Beschluss:

Der Antrag auf Aufhebung des gegen den Angeklagten Horst Kirsten bestehenden Haftbefehls [...], hilfsweise dessen Außervollzugsetzung, wird zurückgewiesen. [...] ”

Für die Begründung brauchte das Gericht noch weitere acht Seiten. Ich will hier nur ein paar Sätze zitieren, um die Willkür und die Ungerechtigkeit der Justiz zum Ausdruck zu bringen, wobei ich gleich zu bedenken gebe, dass dies sicher ein Resultat aus der diesbezüglichen Stellungnahme der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth ist. Es ist zwar nur eine Vermutung meinerseits, aber meine Erfahrungswerte in diesem Verfahren ließen nur diesen Schluss zu.

„[...] Der Haftbefehl stützt sich auf den Haftgrund der Fluchtgefahr [...]. Diese wird damit begründet, dass der Angeklagte [...] in Anbetracht der Vielzahl und des Umfangs der ihm zur Last gelegten Taten eine erhebliche Freiheitsstrafe zu erwarten habe, die schon wegen der Höhe nicht zur Bewährung ausgesetzt werden könne. Aus dieser Straferwartung ergebe sich ein massiver Fluchtanreiz. Ein zusätzlicher Fluchtanreiz wird mit dem Umstand, dass der Angeklagte sich Schadensersatzforderungen der BHKW-Käufer ausgesetzt sehe, begründet. Der Haftbefehl stützt sich schließlich darauf, dass der Angeklagte [...] über eine Firma in der Schweiz verfügt und sich vor seiner Verhaftung bemüht habe, seinen offiziellen Wohnsitz in die Schweiz zu verlegen, wo er sich auch häufig aufgehalten habe.“

Da spricht man von einem massivem Fluchtanreiz, und das, obwohl ich seit mehr als drei Jahren in all meinen Schreiben und Aussagen, auch öffentlich, bekannt gegeben hatte, diesen

Prozess bis zum Ende durchzuziehen, da ich die Unschuld aller hier Beschuldigten beweisen will.

Weiter hatte ich immer darauf hingewiesen, dass ich seitens des Staates eine Wiedergutmachung für alle Geschädigten forderte. Ein zusätzlicher Fluchtanreiz, weil ich mich angeblich den Forderungen der ehemaligen BHKW-Käufer ausgesetzt sehen würde, war absurd. Man hatte mich hier sozusagen zum „nackten Mann“ gemacht und würde mich auch so entlassen und diesem ist bekanntermaßen wohl kaum in die Tasche zu greifen.

Auch die Firma in der Schweiz konnte wohl kein Grund sein, mich dort niederzulassen, zumal die Staatsorgane es sich nicht haben nehmen ließen, all diese Firmen, auch die in der Schweiz, im Vorfeld zu vernichten. Dass ich dort, zu Zeiten der Geschäftstätigkeit der GFE-Group, einen Zweitwohnsitz geplant hatte und mich in dieser Zeit des Öfteren auch in der Schweiz aufgehalten hatte, war wohl der Natur der Sache geschuldet. Immerhin sollte ich als Verwaltungsratspräsident der GFE Energy AG mit Sitz in der Schweiz auch dort zugegen sein.

„[...] Der Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls war zurück zu weisen, da der Angeklagte [...] der ihm vorgeworfenen Taten nach wie vor dringend verdächtig ist, der Haftgrund der Fluchtgefahr weiterhin besteht und die Untersuchungshaft weiterhin verhältnismäßig ist.

Die Täterschaft und Schuld des Angeklagten [...] kann erst am Ende der laufenden Beweisaufnahme abschließend beraten und beurteilt werden. Der dem Haftbefehl zugrunde liegende Tatverdacht wurde aber bei vorläufiger Beurteilung durch die bisherige Beweisaufnahme nicht widerlegt und hat sich eher durch die Zeugenaussagen, die Ausführungen der

Sachverständigen, die Teilgeständnisse der Mitangeklagten Teichmann, Klaus* und Schüsner*, die verlesenen Urkunden und die abgehörten Gespräche aus der Telefonüberwachung – wenn auch mit Abweichungen im subjektiven Bereich – im Wesentlichen bestätigt. Hinsichtlich des dem Angeklagten [...] in der Anklage zur Last gelegten Bankrotts hat der Angeklagte in seiner Einlassung ein Geständnis abgelegt.“*

Meine Täterschaft kann also erst nach Abschluss der Beweisaufnahme abschließend beraten und beurteilt werden. Sehr interessant zu erfahren, dass das Gericht der dem Haftbefehl zugrunde liegende Tatverdacht noch nicht widerlegt sah, nachdem schon fast 150 Zeugen gehört wurden. Anscheinend hatte das Gericht andere Zeugen gehört, als mein Anwalt und ich. Keiner dieser Zeugen konnte diesen Tatvorwurf bekräftigten, es sei denn, er wurde von einem der Richter in der Form befragt, ob er denn auch ein BHKW gekauft hätte, wenn man ihm vorher gesagt hätte, dass die GFE-BHKWs nicht über die angebotenen Eigenschaften verfügen. Weiter wollte man mich nun wohl dazu verführen keine weiteren Beweisanträge mehr zu stellen, damit die Beweisaufnahme beendet werden konnte. Erst danach wollte man über eine evtl. Aufhebung des Haftbefehls nachdenken.

Kein einziger der gehörten Zeugen hatte diesem Gericht einen Beweis erbracht, der auf eine Betrugstat hinweist. Laut Gericht hatten diese Zeugen aber dafür gesorgt, dass bei vorläufiger Betrachtung der vorliegende Tatverdacht nicht ausgeräumt werden konnte. Nun, da konnte ich mir an meinen Fingern ausrechnen, wie mein Urteil ausfallen würde. Das Gericht hatte mich vorverurteilt und nahm keine entlastenden Umstände und Aussagen zur Kenntnis. Das bewies allein schon die Aussage, die Teilgeständnisse der Mitangeklagten Teichmann*, Klaus* und

Schüsner* hätten den Tatvorwurf verstärkt. So wie ich es sah, zog sich das Gericht auf diese Teilgeständnisse zurück, wohlwissend dass die Aktenlage genau das Gegenteil aussagte, was die hier sogenannten Geständigen von sich gaben. Eigenartigerweise ging das Gericht in Anbetracht dieser „falschen“ Teilgeständnisse nicht auf diese Aktenlage ein. So etwas nenne ich Befangenheit und ganz eindeutig Missbrauch der Amtsgewalt.

Sich auf die sogenannten Sachverständigen zusätzlich zu beziehen grenzt schon fast an Hohn. In Bezug auf diese Sachverständigen habe ich meine Ausführungen in der vorgenannten Erklärung dargelegt. Die vom Gericht verlesenen Urkunden stellten auch keinen Beweis einer Straftat dar. Im Gegenteil, diese deuten klar auf einen ordentlichen Geschäftsbetrieb mit seinen kleinen Fehlern, die in jedem Betrieb alltäglich sind und noch lange keine Straftat darstellten. Selbst die hier vor Gericht abgespielten Gespräche aus der Telefonüberwachung hatten keinen einzigen Beweis erbracht. Man hatte damit nur die Beschuldigten gegeneinander aufbringen wollen, was allerdings nicht gelang – nicht mehr und nicht weniger.

Wo blieb an dieser Stelle eigentlich die Unschuldsvermutung, an die auch dieses Gericht gebunden ist? Ja, die Anklage zum Bankrott habe ich eingestanden. Wenn ich mir etwas zu Schulden habe kommen lassen, dann stehe ich auch dazu. Dies hatte allerdings nichts mit dem GFE-Fall zu tun und ich habe in meiner Verteidigungsschrift hierzu nähere Auskünfte gegeben. Es handelte sich hier um Vorwürfe, die im Zusammenhang mit einer anderen Firma in Thüringen gegen mich erhoben worden waren. Damals hatte man allerdings die Ermittlungen eingestellt.

Als am 30.11.2010 die Beamten meine Wohnung stürmten und alles durchwühlten, fanden sie einen Ordner mit Unterlagen zu diesem Vorgang. Diesen Fund nahm man zum Anlass, sich mit der Staatsanwaltschaft in Thüringen in Verbindung zu setzen, so dass sie diese alten Ermittlungen wieder aufnahm. Auf diese Weise war es möglich, mich noch in der U-Haft für diese Vorwürfe zu verurteilen, so dass ich als Vorbestrafter in die Verhandlung um die Betrugsvorwürfe gegen die GFE ging.

Allerdings ließ ich mich vom hiesigen Gericht nicht auch noch zu einem Geständnis im Zusammenhang mit der GFE verleiten, auch wenn man mich noch so quälte. Man erwartete von mir ein Geständnis und setzte mich dahingehend mit allen Mitteln unter Druck. Die psychischen Folgen einer so langen Haftzeit, die für Deutschland mehr als ungewöhnlich ist, dürfen nicht unterschätzt werden. Ein Geständnis abzugeben wäre eine klare Falschaussage. Ich blieb bei der Wahrheit: Ich bzw. wir haben uns nicht im Sinne der Anklage wegen Betruges schuldig gemacht. Da änderte es auch nichts, wenn das Gericht anders lautende Aussagen einfach ignorierte.

„ [...] Aus der hohen Straferwartung ergibt sich ein massiver Fluchtanreiz, der durch die erheblichen drohenden zivilrechtlichen Schadensansprüche verstärkt wird. Das Gericht erkennt hierbei nicht die tiefe persönliche Bindungen des Angeklagten zu seiner in Deutschland lebenden Ehefrau, [...], sowie die Bindung an weitere in Deutschland lebende Familienmitglieder. Zu beachten ist aber auch, dass der Sohn seiner Ehefrau in Spanien lebt und dass der Angeklagte vor seiner Verhaftung selbst plante, seinen Lebensmittelpunkt zusammen mit seiner Ehefrau in die Schweiz zu verlegen. Es ist daher nicht auszuschließen, dass der Angeklagte – ggf. zusammen mit seiner Familie – nach einer Entlassung Deutschland verlassen könnte,

da er dies schon bereits vor seiner Inhaftierung plante. Zwar erklärt der Angeklagte, das er für die Geschehnisse bei der GFE-Group verantwortlich sei, er bestreitet jedoch den erhobenen Betrugsvorwurf in subjektiver und objektiver Hinsicht. Bei einer Gesamtbetrachtung aller Umstände ist die vorhandene Bindung an Deutschland somit nicht als ausreichend anzusehen, um die Fluchtgefahr zu beseitigen.“

Dazu fiel mir eigentlich nichts mehr ein. Seit nunmehr drei Jahren kämpfe ich für Gerechtigkeit im GFE-Fall und gab der Staatsanwaltschaft und dem Landgericht Nürnberg-Fürth in unzähligen Schreiben zu verstehen, dass ich mir diese Ungerechtigkeit nicht gefallen lasse und deshalb für das Recht aller Geschädigten in diesem Falle kämpfe. Dies hatte ich auch mehrmals öffentlich zum Ausdruck gebracht. Es ging von Anfang an nicht alleine um mich.

Jetzt stellte sich das Gericht derart auf, als wenn dies von mir in der ganzen Zeit nur als „Sprechblasen“ zu behandeln wäre. Natürlich konnte ich von diesem Gericht nicht erwarten, mir Vertrauen zu schenken. Aber vielleicht hätte sich das Gericht mal der Mühe unterziehen sollen, sich nochmals meine Verteidigungsschrift durchzulesen. Dabei wäre den Richtern aufgefallen, dass ich von Anfang an, die Wahrheit gesprochen hatte. Von den fast 150 gehörten Zeugen gab es keine einzige Aussage, die den Wahrheitsgehalt meiner Auslassung in Frage stellte. Ich bin übrigens in Deutschland geboren, meine gesamte Familie wohnt in Deutschland, mein soziales Umfeld lebt in Deutschland und ich hatte hier in Deutschland ein Unternehmen aufgebaut, welches mir der Staat Bundesrepublik Deutschland zerstört hat. Von Deutschland erwarte ich eine Wiedergutmachung und werde diesen Kampf bis zum Ende hier in Deutschland ausfechten. Flucht wäre für mich ein Zugeben einer

Straftat. Wenn ich dies hätte machen wollen, hätte ich schon vor drei Jahren den Betrug zugeben können und hätte mich dann auf einen „Deal“ mit der Justiz eingelassen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wäre ich dann schon längst in Freiheit. Soviel zu vermeintlichen Fluchtgefahr, die nur als Alibi für die Ablehnung der Haftbeschwerde steht.

„[...] Die Hauptverhandlung dauert zum derzeitigen Zeitpunkt seit knapp 14 Monaten an. In dieser Zeit haben 76 Verhandlungstage stattgefunden. Die Termine wurden stets frühzeitig nach teilweise komplexer Koordination der Verfügbarkeit der Verteidiger der Angeklagten bestimmt. [...] Neben dem berechtigten und auch vorrangigen Interesse des Angeklagten Kirsten an einer Verfahrensbeschleunigung aufgrund der Fortdauer der gegen ihn angeordneten Untersuchungshaft waren in dem Verfahren auch die anderen Mitangeklagten zu berücksichtigen. Für diese stellen die ständigen Abwesenheiten eine erhebliche Belastung für die berufliche Tätigkeit dar. [...] Die Kammer geht – wie bereits dargelegt – davon aus, dass ein Abschluss des Verfahrens absehbar ist. Die Beweisaufnahme ist aus Sicht der Kammer weitestgehend abgeschlossen.“

Dass die Verhandlung schon seit knapp 14 Monaten andauerte, war dem Umstand zu verdanken, dass man in diesen Prozess Mitbeschuldigte eingebunden hatte, die da überhaupt nichts verloren hatten. Dieser Umstand konnte nicht mir, sondern muss eindeutig der Justiz zur Last gelegt werden. Freiberufliche Mitarbeiter als Mitbeschuldigte in diesen Prozess einzubeziehen ist eindeutig nur auf eine Verlängerung des Prozesses ausgerichtet, da dieser Personenkreis nichts zur den hier erhobenen Tatvorwürfen zu sagen imstande war. Das war der Staatsanwaltschaft bereits vor Prozessbeginn bekannt. Dem

Gericht hätte dies auffallen müssen, als es den Prozess eröffnete.

Dass die Kammer nun mit einem schnellen Abschluss der Beweisaufnahme rechnete, war wohl nur dem Wunsch der Kammer zuzurechnen. Bis zum heutigen Tage wurden die wichtigsten Entlastungszeugen noch nicht einmal gehört. Außerdem hatte mir das Gericht mit der Zurverfügungstellung der unendlich vielen Ermittlungsakten auf einem PC (107 Akten mit ungefähr weit über 60.000 Seiten) keine Möglichkeiten gegeben, mit Suchbegriffen zu arbeiten, was dazu führte, dass ich erst zu diesem Zeitpunkt, nachdem ich alle Dateien entsprechend programmintern gescannt hatte, einen genauen Überblick erhalten habe, aus dem sich weitere Beweisanträge ergaben. Die dafür nötigen Informationen hatte ich von einem Mitgefangenen erhalten, nicht von der Justiz. Insofern sah ich die Beweisaufnahme für noch lange nicht abgeschlossen an.

„[...] Der Angeklagte Horst Kirsten befindet sich seit knapp 36 Monaten in Untersuchungshaft. In Anbetracht der hier im Raum stehenden Haftstrafen ist diese Dauer jedoch nicht als unverhältnismäßig anzusehen.“[...]

In einer Gesamtabwägung aller Umstände ist die Kammer überzeugt, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Fortdauer der Untersuchungshaft nicht unverhältnismäßig ist. Die Kammer erkennt nicht, dass der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Haftdauer auch unabhängig von der zu erwartenden Strafe Grenzen setzt und der verfassungsrechtlich in Art. 2 Abs. 2 GG verankerte Beschleunigungsgrundsatz in Haftsachen verlangt, dass das Strafverfahren mit der gebotenen Schnelligkeit abgeschlossen wird. Die Durchführung des vorliegenden Strafverfahrens entspricht aber, insbesondere unter Berücksichtigung von dessen erheblicher Komplexität, der gebotenen Schnelligkeit

Eine Außervollzugsetzung kommt in Anbetracht der genannten Umstände ebenfalls nicht in Betracht. [...]“

Richtig, zu diesem Zeitpunkt war ich schon seit 36 Monaten in Untersuchungshaft, wobei meine Ehefrau parallel über 24 Monate unschuldig in Untersuchungshaft verblieb, und man erst dann erkannte, dass sie die ganze Zeit unschuldig hinter diesen Mauern verbracht hatte. Es ist vieles geschehen in dieser ungenommenen Zeit. So verstarb die Ziehmutter meiner Frau, ohne dass wir sie in den letzten Stunden hätten begleiten können. Die Beerdigung fand auch ohne unsere Anwesenheit statt. Zwischenzeitlich hatten meine Tochter und mein Sohn geheiratet. Beide hatten ihre Hochzeit mehrmals verschoben. Als Vater konnte ich bei diesem wichtigen Ereignis, von Staats wegen, nicht dabei sein. Nun steht die Geburt meines vierten Enkelkindes bevor. Auch da werde ich fehlen. Mein Vater, schwer erkrankt und mittlerweile schon 85 Lenze alt, kam in diesem Monat gleich zweimal ins Krankenhaus. Er würde mich hier in der JVA leider nicht mehr besuchen können. Ich befürchtete das Schlimmste und das würde bedeuten, dass ich meinen Vater nie mehr zu Gesicht bekommen werde.

Ich spreche hier nicht davon, in welcher schlimmen Lage uns die Gerichtsbarkeit gebracht hat. Das habe ich bereits in mehreren Schreiben zum Ausdruck gebracht. Ja, das ist das Ergebnis von 36 Monaten unschuldiger Untersuchungshaft, die vom Gericht als verhältnismäßig angesehen wird. Im Vergleich zu der zu erwartenden Strafe ist das laut Gericht nicht unverhältnismäßig. Eine Untersuchungshaft darf jedoch nicht, auch nicht von diesem Gericht, als vorweggenommene Straftat bewertet werden, was hier eindeutig geschieht. Was den Beschleunigungsgrundsatz angeht, so ist dieses auf lange Zeit verschleppte Verfahren nur auf Ermittlungsfehler der

ermittelnden Behörden zurück zu führen. Auch die Aufnahme der hier nicht hin gehörenden Mitbeschuldigten führte zu einer Verfahrensverschleppung. Sollte ich mich nun bei diesem Gericht bedanken, dass ich nunmehr schon das vierte Weihnachtsfest und den vierten Jahreswechsel als Unschuldiger hinter Gittern, ohne meine Familie, verbringen durfte?

Bei nächster Gelegenheit gab ich zwei weitere Erklärungen ab:

„In der Strafsache gegen Herrn Horst Kirsten u.a., Az.I 12 KLS 507Js 1612/2010 gebe ich hiermit folgende Erklärung ab, um weiteren Missverständnissen, wie sie immer wieder hier vor Gericht angesprochen werden, entgegen zu treten:

Es wird seitens des Gerichtes und der Staatsanwaltschaft immer wieder unterstellt, wir, die GFE-Group, hätten niemals das Produkt „treibstoffreduziertes BHKW in Containerbauweise“ herstellen und schon gar nicht mit den versprochenen Eigenschaften verkaufen können. Dies ist besonders deutlich geworden in der Fragestellung des Gerichtes. Die Fragen wurden sinngemäß in folgender Form an die Zeugen gestellt:

„Wenn man Ihnen vorher gesagt hätte, dass es dieses Produkt gar nicht gibt und dass es nicht die versprochene Rendite erwirtschaftet, hätten Sie dann ein BHKW gekauft?“

Mit dieser Fragestellung wird unterstellt und dem Zeugen suggeriert, dass die von der GFE-Group prospektierten Werte zum Zeitpunkt des Verkaufes nicht bestanden. Dies ist eindeutig eine falsche Behauptung seitens des Gerichtes. Auch in der Anklageschrift wird dies in mehreren Passagen unterstellt. Ein kaufmännisch orientiertes Unternehmen, wie es die GFE-Group war, kalkuliert jedwedes unternehmerische Risiko im Voraus. Das habe ich in meiner Verteidigungsschrift eindeutig dargelegt. Um

dies jedoch zu verstärken, will ich Ihnen hier und heute nochmals folgendes zum Ausdruck bringen:

Die von der GFE-Group angebotenen Blockheizkraftwerke wurden schon betriebsbereit aus China geliefert. Man hätte sie direkt an das öffentliche Stromnetz anschließen können. Nachweislich waren von den ca. 1.400 durch Kunden bestellten BHKWs bereits 1.000 auf dem Betriebsgelände, auf Standorten, in den Häfen Nürnberg und Hamburg vorhanden. Weitere 400 sollten noch in Russland bestellt werden, damit sich zukünftig die Lieferzeiten reduzieren. Die Ernsthaftigkeit dieser Bestellung in Russland wird durch Zeugen, die als Abordnung der GFE-Group extra nach Russland flogen, noch bestätigt. Insofern ist der Vorwurf, wir hätten dieses Produkt nicht besessen, völlig haltlos. Also, das Produkt BHKW gab es und es war für jeden Kunden verfügbar.

Diese betriebsbereiten BHKWs wurden nun in der Produktionshalle der GFE-Group auf Rapsölbetrieb umgerüstet, was kein Hexenwerk darstellt. Dies wird Ihnen jeder Dieselmotorbetreiber bestätigen können. Weiter wurden diese BHKWs in Einheiten bis zu 150 kW in Container eingebaut, wobei hier die Vorerwärmung des Treibstoffes Rapsöl schon vorgesehen war. Diese Vorerwärmung erbrachte bzgl. der Herstellerangaben des Motors eine Treibstoffersparnis von 30%. Das ist nun ein Wert, der zwar leicht über dem prospektierten Verbrauchswert liegt, jedoch vollkommen ausreichte, um die prospektierten Versprechen an die Kunden zu erfüllen. Bereits hier war die GFE-Group schon in der Gewinnzone. Keiner der Kunden hätte während der gesamten Laufzeit des Pachtvertrages Einschränkungen hinnehmen müssen.

Als erste Sicherheitsstufe haben wir uns dann der Wasserbeimischung zugewendet, um die Treibstoffreduzierung zu

erhöhen. Unser Entwicklerteam unter Führung von Herrn Karl Meyer hat dies auch schon frühzeitig erreicht, was auch Prüfberichte und Gutachten vom TÜV und von der DEKRA bestätigten. Ein endgültiger Langzeittest war für Dezember 2010 geplant, wozu man es seitens der Justiz, trotz Wissen hierüber, nicht mehr kommen ließ.

Wir waren intern schon in der Lage eine Treibstoffreduzierung auf unter 0,1 l/kWh zu erreichen. Von den hier erwähnten Instituten wurden Ergebnisse von durchschnittlich 0,115 l/kWh bestätigt. Der prospektierte Verbrauch lag bei 0,135 l/kWh. Da dadurch die Kostenseite bzgl. des Treibstoffeinkaufs reduziert wurde, war die Sicherheit für jeden einzelnen Kunden größer als zuvor. Die GFE-Group konnte mit diesem Wert ihre Gewinne nach oben schrauben, was dazu führte, den Kunden die vereinbarten Pachtzahlungen schon vorzeitig auszuzahlen.

Bei all diesen Berechnungen wurde die Wärmeabgabe, die ab dem Januar 2011 nachweislich greifen sollte, überhaupt noch nicht in Betracht gezogen. Die Einnahmen aus der abgegebenen Wärme hätten variiert, zumal die GFE-Group hier individuelle Lösungen favorisierte. Zum Einen hätte die Wärme an den Standort-Besitzer abgegeben werden können, oder aber man hätte die Wärme, soweit vorhanden, in das Fernwärmenetz einspeisen können. Auch dies hätte wieder zu weiteren immensen Einnahmen geführt.

Dann plante die GFE-Group noch eine weitere Sicherheitsstufe. So wollte die GFE-Group aus ihren Gewinnen bereits stillgelegte Groß-BHKWs bis in hohe Megawattbereiche zu günstigen Preisen aufkaufen, die sie im Eigenbestand gehalten hätte. Diese Groß-BHKWs bestanden in der Regel aus Schiffsmotoren, die wir mit unserer Technologie, dem ESS ausgestattet hätten. All diese BHKWs hatten schon die Einspeiseerlaubnis nach dem EEG. Ein

einziges dieser Groß-BHKWs hätte Einspeisevergütungen erbracht, wie vergleichsweise 10 bis 100 der von uns aufgestellten Container. Die GFE-Group hätte damit eine Liquidität erreicht, wie sie seinesgleichen auf dem Markt sucht. Kein Kunde hätte eine sicherere Pachteinnahme über 20 Jahre auf dem Markt gefunden. Aber auch dieses Geschäft wurde durch die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth im Vorfeld zunichte gemacht. Diese Sicherheitsstufe wäre für die Erfüllung der Vorgaben nicht notwendig gewesen, jedoch im Hinblick auf den zu erwartenden Markt zweckmäßig dafür gewesen, zum Vorteil der Kunden in die Produktion weiterer umweltfreundlicher Energieerzeugungsquellen zu investieren.

Selbst wenn die prognostizierten Einnahmen, was als unmöglich galt, durch unvorhergesehene Ereignisse oder höhere Gewalt nicht mehr in dieser Höhe erreichbar gewesen wären, dann hätten wir die Verträge der Altkunden über die vollen 20 Jahre so bedient, wie wir es diesen Kunden vertraglich zugesichert haben. Neukunden hätten bei einem Abschluss eines Pachtvertrages einen geringeren Pachtzins erhalten. Diese Praxis wird weltweit bei steigenden Kosten oder geringeren Einnahmen so angewandt und bringt keinem einzigen Kunden irgendwelche finanziellen Nachteile.

Eine weitere Sicherheit boten wir den Kunden mit dem Premium-Service-Vertrag an. Wir haben eigens hierfür mit einer großen Versicherungsgesellschaft die Risiken abgesprochen, die ein solch komplexes Produkt automatisch mit sich bringt. Aus diesem Grund wurde eine Allgefahren-Versicherung für jedes einzelne BHKW bzw. für jeden einzelnen Container pauschal abgeschlossen. Selbst eine Betriebsausfallversicherung hat hier nicht gefehlt. Der Kunde hatte somit definitiv keine Risiken selbst zu tragen.

Was die Herstellergarantie angeht, so haben wir unseren Kunden nicht zumuten wollen und können, dass diese sich im Schadensfalle mit dem Motoren- oder Generatorenhersteller in China auseinandersetzen müssen. So haben wir mit den Herstellern in China eine Vereinbarung geschlossen, uns bei entsprechender Anzahl von Bestellungen eine gewisse Anzahl aller Ersatzteile und Ersatzmotoren kostenlos zur Verfügung zu stellen. Hierfür haben wir auf die Herstellergarantie verzichtet und konnten sie somit als GFE-Group unseren Kunden auf 20 Jahre anbieten, zumal wir mit der GFE Gesellschaft zur Förderung erneuerbarer Energien mbH als Betreibergesellschaft ein Eigeninteresse am Betrieb dieser BHKWs hatten.

Auf diese Risiken wurden die Kunden in jedem Seminar und in jedem Prospekt hingewiesen, wobei sie auch von den Versicherungen und der 20 Jahre andauernden Garantie erfuhren, womit zum Ausdruck gebracht werden sollte, dass der Kunde kein Risiko zu tragen habe, bis auf eines.

Das Insolvenzrisiko wurde von uns mit mehreren Anwälten im Vertrags- und Insolvenzrecht besprochen und daraufhin sind die entsprechenden Verträge mit Kunden auch ausgerichtet. Ein Kunde kauft sich bei uns eine Handelsware, die da war ein BHKW. Dieses BHKW verpachtet er an eine Betreibergesellschaft, die daraus Gewinne erzielt. Mit anderen Worten: Das BHKW bleibt immer Eigentum des Käufers, der lediglich als Verpächter auftritt. Sollte nun, aus welchem Grund auch immer, die Betreibergesellschaft in Konkurs gehen, so steht dem Verpächter sein Eigentum zu, über das er frei verfügen kann. Er hat also seinen Gegenwert des Kaufpreises auf alle Fälle sicher und kann dieses BHKW entweder selbst betreiben oder einer anderen Betreibergesellschaft verpachten.

Nachdem das Gericht die Insolvenzen über die Firmen der GFE-Group zugelassen hatte, wurden Insolvenzverwalter bestellt, die diesen Punkt in keinsten Weise beachtet haben. Jeder einzelne Kunde hätte sein BHKW zurückerhalten müssen und damit hätte ein jeder dieser Kunden seine Verluste, die ihm durch das Eingreifen der Staatsorgane entstanden sind, minimieren können. Jetzt sich seitens der Justiz derart aufzustellen, als hätten wir diesen Geschädigten etwas verkauft, was es nicht gibt, grenzt schon an Ironie, Wir, als GFE-Group, waren immer darauf bedacht, unseren Kunden gute Profite zu gewährleisten und ihnen keine Risiken zu überlassen.

Das Risiko eines staatlichen Eingriffes ohne Rücksichtnahme auf das Eigentum der Kunden konnten wir im Vorfeld nicht einmal erahnen und schon gar nicht kalkulieren.

All dies hier Geschilderte hätte bei sorgfältiger Ermittlungsarbeit auffallen müssen und damit wäre ein Betrugsverdacht innerhalb kürzester Zeit entkräftet worden.

Ein Betrugstatbestand zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass über Tatsachen hinweg getäuscht und damit bei den Käufern ein Irrtum erregt wird, die sie zum Kauf eines BHKWs animieren. Wir haben zu keinem Zeitpunkt die Kunden über Tatsachen getäuscht. In dieser Erklärung habe ich etliche Beweise erbracht, dass die von uns den Kunden versprochenen Renditen (Pachtzahlungen) jederzeit und auf Dauer bezahlt werden konnten. Somit wurde auch kein Irrtum beim Kunden erregt.

Von diesen unseren Kunden wurde eine Vermögensverfügung in Form einer Kaufpreiszahlung veranlasst, die dazu führte, dem Kunden einen Sachwert zu liefern, das BHKW. Wichtig bei einem Betrugstatbestand ist der Vorsatz eine betrügerische Handlung

zu begehen, eng verbunden mit der Absicht einer rechtswidrigen Bereicherung. Es fand also eine Vermögensverfügung statt – aber diese wurde über einen ganz normalen Kaufvertrag ausgelöst. Die Ware wurde geliefert und sie war in 1.000 Fällen schon im Eigentum der Kunden. Die letzten 400 Bestellungen waren schon in Arbeit, wobei jedoch gewährleistet war, dass der Kunde seine Ware mit den versprochenen Eigenschaften erhält.

Dem Kunden wurde deshalb zu keinem Zeitpunkt ein Vermögensschaden seitens der GFE-Group zugefügt, denn er zahlte lediglich die Ware, die er auch erhielt. Der hier entstandene Vermögensschaden wurde einzig und allein durch den vom Gericht bestellten Insolvenzverwalter ausgelöst, da dieser sich nicht an die Kaufverträge der Kunden hielt und sich wissentlich das Eigentum dritter Personen aneignete und teilweise verwertete.

Wie soll bei diesen hier in der Erklärung vollzogenen Vorgehensweise der GFE-Group jemand an Betrug gedacht haben, da diese Maßnahmen doch genau das Gegenteilige unter Beweis stellen?

Die Ermittlungen müssten doch ergeben haben, dass sich die Blockheizkraftwerke, also die gekaufte Ware, zumeist schon im Eigentum des Kunden befanden. Dass diese Ware auf dem GFE-Gelände und anderen Standorten zu finden war, ist dem Umstand zu verdanken, dass die Käufer diese Ware, das BHKW, an die Betreibergesellschaft verpachtete und mit ihrem Pachtvertrag einer direkten Lieferung dorthin zustimmten.

Ich erkläre hiermit, wir, die GFE-Group, verfügten über das Produkt mit den versprochenen Eigenschaften und der ganze Fall „GFE“ ist als ein rein normales Handelsgeschäft anzusehen und niemals, wie sie vermuten, ein Betrugsdelikt.“

Außerdem:

„In der Strafsache gegen Herrn Horst Kirsten u.a., Az.: 12 Kls 507 Js 1612/2010 gebe ich hiermit folgende Erklärung bzgl. des Mitbeschuldigten Herrn Karl Meyer ab:

Da hier im Gericht immer wieder Zweifel an der Tätigkeit des Herrn Karl Meyer bzw. dessen Aufgabengebiet gehegt oder benannt werden, möchte ich diese Unstimmigkeiten mit dieser Erklärung aus dem Wege räumen. Die einzige Aufgabe des Herrn Meyer bestand darin, die von der GFE-Group bestellten Motoren zu optimieren. Nachdem er uns eine 30 %ige Treibstoffersparnis durch die Vorerwärmung des Kraftstoffes versprach und auch nachwies, erhielt er die Folgeaufgabe eine höchstmögliche Einsparung des von uns verwendeten Rapsöls zu erzielen.

In der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2010 wurde seine Aufgabe insofern erweitert, dies durch Forschungen im Hinblick auf Einsatz einer Emulsion, bestehend aus Wasser und Rapsöl, noch weiter zu verbessern. Er hatte die Pflicht, uns dies in unregelmäßigen Abständen, d.h. immer bei Erfolg, durch TÜV- und DEKRA-Prüfungen nachzuweisen, was er auch tat. Die Ergebnisse dieser Institute bestätigten seinen Forschungserfolg.

Eine weitere Aufgabe des Herrn Karl Meyer bestand darin, das erfolgreiche Forschungsergebnis in einen serienbaureifen Zustand zu bringen. Dies sollte durch ein Langzeitgutachten der DEKRA Mitte Dezember 2010 unter Beweis gestellt werden, wobei die vorausgegangenen internen Tests dies schon bestätigten. Zu diesem Termin kam es aus bekannten Gründen leider nicht mehr.

Herr Karl Meyer war für die GFE-Group als Meister und Chef der Forschungs- und Entwicklungsabteilung tätig. Dies war seine einzige Aufgabe, wobei ich bzw. Herr Zumberg ihn kurzfristig*

auch in der Produktionshalle einsetzten. Herr Meyer war jedoch zu keinem Zeitpunkt in die Vermittlung, Verkaufs-, Vermarktungs- und/oder Werbeverhandlungen oder gar in den Verkauf der Blockheizkraftwerke involviert bzw. eingebunden. Er war auch nicht an der Erstellung der GFE-Werbebrochüren, Infomaterialien und Werbefilme beteiligt.“

Nachdem ich diese Erklärungen vorgelesen und in schriftlicher Form dem Gericht übergeben hatte, gab der Vorsitzende Richter bekannt, dass er nunmehr beabsichtige, die über einen Beweisantrag von mir eingereichten 143 Fotos⁵ in Augenschein zu nehmen. Ich nahm die Gelegenheit wahr und kommentierte all diese Fotos, da auf ihnen relevante Fakten zu erkennen waren, die die Staatsanwaltschaft in der Vergangenheit verunglimpft hatte.

Die Fotos dokumentierten die Seriosität der Basis I-Seminare im Hotel Pyramide/Fürth, zeigten die Empfangsbereiche im Erdgeschoss und in der ersten Etage des GFE-Verwaltungsgebäudes. Dies nicht zuletzt, um ankommenden Besuchern den Weg zu den für sie zuständigen Mitarbeitern der GFE-Group zu weisen. Die GFE-Group arbeitete kundenorientiert. Aus diesem Grund ließ die GFE-Group es auch zu, das wöchentlich mindestens zwei Besichtigungen der Produktionshalle für jeden Besucher ermöglicht wurde. Bis auf das „ESS“ (Betriebsgeheimnis zwecks Marktstellung der GFE-Group) hatten wir nichts zu verheimlichen.

Weitere Fotos zeigten die Produktionshalle und den Außenbereich der GFE-Production GmbH, wobei auf einzelnen Bildern die Ausstattung der durch uns produzierten Container erkennbar ist. Es sind auch einzelne Facharbeiter bei ihrer

⁵ Alle Fotos finden sich mit zusätzlichen Informationen auf www.horstkirsten.de

Tätigkeit, der Produktion von BHKWs in Containerbauweise zu erkennen. Die von der Staatsanwaltschaft bestrittene Serienproduktion wird hier bildhaft dargestellt. Das angeblich nicht serienreife Produkt ist in einer Vielzahl von weiteren Fotos zu identifizieren.

Im Übrigen ließen die Fotos die große Anzahl der auf dem Außengelände gelagerten Container erkennen, wobei ein großer Teil derer schon als bereits fertiggestellte Container erkannt werden kann. Das war laut Staatsanwaltschaft das scheinbar verkaufte Produkt, welches uns nicht zur Verfügung stand.

Auf weiteren Bildern war die Abholung, der Transport, die Aufstellung und die Übergabe einer Einheit (Container mit 150 kW Ausgangsleistung und ein Tankcontainer) in allen Einzelheiten zu sehen. Mit anderen Worten: Auf diesen Fotos wurde klar erkennbar dargestellt wie wir die von den Kunden gezahlten Gelder verwendeten, und zwar in der vereinbarten Weise, das heißt für Entwicklung, Herstellung und Betrieb von BHKWs.

Nach dieser meiner abgegebenen Erklärung wurde seitens des Gerichts mein Antrag auf Verlängerung der Frist zur Abgabe weiterer Beweisanträge abgelehnt.

Ich möchte die Entscheidung des Gerichtes an dieser Stelle nicht weiter kommentieren, denn nach Sichtweise des Gerichts hatte ich genügend Zeit, diese mir zusammenhanglosen vorliegenden fast 70.000 Seiten durchzublättern und zu lesen. Diese Sichtweise spricht für sich selbst.

Eine weitere, erschreckende Erfahrung für mich war, dass beinahe alle Zeugen, deren Anhörung ich zu meiner Entlastung beantragte, vom Gericht unter mehr oder weniger fadenscheinigen Begründungen abgelehnt wurden.

Mit der Anhörung dieser abgelehnten Zeugen hätte das Gericht feststellen können, ob die uns vorgeworfenen Delikte der Realität entsprachen. Es wäre niemals zu einem Prozess gekommen.

So zum Beispiel Wolfgang Gesen, Geschäftsführer der EGM international GmbH. Im Jahr 2009 wurde von der EGM international GmbH eine neue Technologie öffentlich vorgestellt, womit eine Emulsion aus 25 % Rapsöl und 75 % Wasser produziert werden kann. Unter anderem wurde diese Emulsion auch zum Betrieb von BHKWs verwendet. Der erzeugte Brenn- oder Treibstoff reduzierten Einstandspreis für die Grundversorgung um bis zu 70 %. Dieser Kraftstoff wurde in der Folge als „Papenburger Kraftstoff“ bezeichnet. Einem Pressebericht war zu entnehmen, dass genau dieses Kraftstoff-Gemisch die angestrebten Effekte und Werte erzielte, wie sie die GFE-Group nachwies. In diesem Pressebericht hieß es weiter, dass die Leistung des Kraftwerks trotz der Verdünnung immer gleich bleibe. Die GFE-Group sicherte somit als eine der ersten Firmen den Wirtschaftsstandort Deutschland und schaffte innerhalb kürzester Zeit ca. 100 Arbeitsplätze mit zunehmender Tendenz, ungeachtet der fast 5.000 freiberuflichen Mitarbeiter, die bei der GFE-Group ihre berufliche Heimat fanden und selbst weitere Arbeitsplätze einrichteten. Der vom Gericht abgelehnte Zeuge stellt inzwischen in Malaysia täglich mehrere Millionen Liter einer Emulsion aus 50 % Diesel und 50 % Wasser in großen Mengen her, wobei diese aufgrund der Stabilität nicht mehr als Emulsion, sondern als Treibstoff bezeichnet wird. Das Diesel-Wasser-Gemisch war der Situation geschuldet, weil damit in Dubai große BHKWs betrieben wurden. Dort ist Diesel weitaus geläufiger und günstiger als Rapsöl. Inzwischen ist die Technik schon so weit, dass damit problemlos Kraftfahrzeuge betrieben werden.

Dieser nicht geladene Zeuge wurde von der Bundesrepublik Deutschland mit dem Innovationspreis ausgezeichnet, für eine Technologie, die die Führungskräfte der GFE-Group ins Gefängnis brachte. Aus der Aussage dieses Zeugen hätte sich ergeben, dass der erhobene Vorwurf des Betruges völlig unzutreffend ist. Er hätte bezeugen können, dass beim Einsatz einer Kraftstoff-Mischung im Verhältnis 3:1 aus Wasser und Rapsöl es technisch möglich war, identische Ertragswerte mit einem Blockheizkraftwerk zu erzielen, wie beim ausschließlichen Betrieb mit Rapsöl. Er könnte weiter bestätigen, dass sich die Kosten durch den Einsatz dieser Kraftstoffmischung für den Kraftstoffeinsatz, aufgrund der Streckung des Rapsöls, auf 25 – 30 % der ursprünglich zugrunde liegenden Kosten reduzieren.

Doch für das Gericht war es unerheblich, dass der Zeuge bestätigen könne, eine Emulsion aus 25 % Rapsöl und 75 % Wasser produziert zu haben, die als „Papenburger Kraftstoff“ bezeichnet wird und hierdurch der Einstandspreis für die Grundversorgung um bis zu 70 % reduziert werden kann. Es ist unerheblich, so die Erklärung des Gerichts, dass in einem Pressebericht ausgeführt wird, dass dieses Kraftstoffgemisch die angestrebten Werte und Effekte erzielte, wie sie die GFE-Group nachgewiesen habe und dass die Leistung des Kraftwerks trotz der Verdünnung immer gleich bleibe. Der vom Zeugen hergestellte „Papenburger Kraftstoff“ wurde von der GFE-Group nicht verwendet. Etwaige Angaben über die Resultate dieses Kraftstoffs können somit nur Indizien für die Funktionsfähigkeit der von der GFE-Group verkauften Technik sein. Der Schluss auf eine Funktionsfähigkeit oder Realisierbarkeit der von der GFE-Group verkauften Technik mag zwar generell möglich sein. Es sei jedoch ausgeschlossen, dass die Kammer einen solchen Schluss ziehen würde. Unterstellt, dass der Zeuge die im Beweisantrag behaupteten Angaben machen würde, würde die Kammer nicht

den Schluss ziehen, dass die von der GFE angegebenen Verbrauchswerte für Blockheizkraftwerke erreicht werden können.

Oder der Zeuge Prof. Dr. Strey, der in der Forschung tätig ist. Seine Forschungsgebiete umfassen die physikalische Chemie der Grenzflächen und Tenside, die Strukturaufklärung, Thermodynamik und Kinetik von komplexen Fluiden. Anwendungstechnischen und materialwissenschaftlichen Aspekten wird von ihm besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Der ebenfalls nicht geladene Zeuge war maßgeblich an der Herstellung einer Diesel-Mikroemulsion als alternativem Kraftstoff beteiligt. Diese Diesel-Wasser-Mikroemulsion wurde bereits seit 2003 von der Universität zu Köln zum Patent angemeldet. Diesel-Wasser-Mikroemulsionen sind thermodynamisch stabil. Bei der vorliegenden Arbeit wurden Mikroemulsionen mit bisher nicht erreichter Effizienz entwickelt. In einer intensiven und erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen in Köln, Dresden, Trier und Karlsruhe gelang es, sowohl motorische Parameter zu optimieren, als auch neue Ideen für Einspritztechnologien zu entwickeln. Es zeichnete sich ab, dass bei stationär betriebenen Motoren die Nutzung der Wasser-Diesel-Mikroemulsionen mit einem konstanten Wassergehalt äußerst vorteilhaft ist. Prof. Dr. Strey hatte mit seinem Team Diesel-additive entwickelt, die die Mikroemulsionsformulierungen mit beliebig variierenden Wassergehalten ermöglichen. Zur Demonstration und Quantifizierung der Effekte wurde ein BMW 530d mit einer „on-board-mixing“ Technik ausgerüstet und im Praxisbetrieb sowie beim TÜV getestet. Messdaten zeigen, dass bei gleichzeitiger Erhöhung des Wirkungsgrades der Verbrennungsmotoren und Einsparung an fossilen (oder pflanzlichen) Energieträgern simultan diverse Emissionen drastisch gesenkt werden. Der vom Gericht nicht gewollte Zeuge

sieht die positive Wirkung des Wassers darin, dass das in den Nanostrukturen des Mikroemulsionskraftstoffs eingeschlossene Wasser bei der Einspritzung in den Verbrennungsraum eine positive Wirkung auf Gemischbildung wie die Verbrennung selbst entfaltet. Herr Dr. Strey publizierte u.a. Beiträge zur Kinetik der Koagulation, Lichtstreuung, Keimbildung, Elektronenmikroskopie, Neutronenkleinwinkelstreuung, Phasenverhalten und was vor allen Dingen für diesen Prozess von Bedeutung ist zu Nanostrukturen, Mikroemulsionsbildung und zu Mikroemulsionen selbst. Herr Prof. Dr. Strey ist des weiteren Mitglied des Erfinderbeirates des Rektorats der Universität zu Köln. Prof. Dr. Strey trat in den Ermittlungsakten immer wieder in Erscheinung, wobei die Staatsanwaltschaft keine Veranlassung sah, diesen äußerst wichtigen Zeugen zu laden oder zu vernehmen, zumal dieser als Fachmann der von der GFE-Group angewendeten Technologien gilt, wie beispielsweise die Nanotechnologie sowie das Rapsöl-Wasser-Gemisch (Emulsion). Laut Gesetz sollten die ermittelnden Behörden jeder „Spur“, ob be- oder entlastend, nachgehen, was in dem Fall der GFE-Group eindeutig nicht geschah.

Ich entschied mich deshalb, einen Befangenheitsantrag gegen alle anwesenden Richter zu stellen – denn anders als mit Befangenheit war das Verhalten des Gerichts nicht mehr zu erklären. Diesem Antrag schloss sich die Rechtsanwältin des Beschuldigten Karl Meyer an. Dieser Antrag wurde, wie nicht anders zu erwarten war, bereits am nächsten Verhandlungstag abgelehnt. Die Begründung dafür war so fadenscheinig wie nichtssagend. Natürlich war das Gericht sich keiner Schuld bewusst – und kann es überhaupt richtig sein, wenn ein Gericht selbst über die eigene Befangenheit urteilen soll?

In mir brodelte es. Ich wusste, dass ich mich zusammenreißen musste, denn jeder Ausbruch vor Gericht hätte für mich unangenehme Konsequenzen haben können. Dennoch konnte ich es mir nicht verkneifen, ein paar Fragen los zu werden:

„Ist ein Richter nicht auch dann befangen, wenn er einen Freispruch verhindert, denn dieser würde die gesamte Nürnberger Justiz blamieren?“

Ist er nicht auch dann befangen, wenn es bei einem Freispruch für mehrere Personen der Justiz berufliche Konsequenzen geben könnte und deshalb nur nach einer Verurteilung strebt?

Ist er denn nicht befangen, wenn er partout verhindert, dass wirkliche Fachleute im Prozess eine Aussage tätigen?

Ist er nicht befangen, wenn er dem Prozess stümperhafte „Sachverständige“ hinzuzieht, die mit dieser Technologie erstmals in Berührung kommen?

Darf ein Richter eine Person als Sachverständigen betiteln, wenn diese Person weder Fachwissen und Erfahrung von der zu begutachtenden Sache hat?

Sind Richter nicht befangen, wenn sie sich in der Folge des Prozesses immer wieder auf diese „fachkundigen“ Aussagen dieser inkompetenten „Sachverständigen“ berufen?

Sind Richter nicht befangen, wenn sie von Beginn des Prozesses an, nur Zeugen laden, die in keiner Weise etwas zur Wahrheitsfindung beitragen können?

Ist ein Richter nicht auch dann befangen, wenn er Beweisanträge ablehnt mit der Begründung, die Zeugenbefragung würde nur ergeben, dass es sich um Werturteile handelt, sich selbst aber dieses Recht der Zeugenvorladungen zubilligt?“

Die Antworten darauf blieb das Gericht mir natürlich schuldig. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Der 82. Verhandlungstag war für den 18.12.2013 angesetzt. Während sich draußen die Menschen auf Weihnachten vorbereiteten, verlebten wir im Gerichtssaal einen der langweiligsten Verhandlungstage überhaupt. Die Richter hatten die undankbare Aufgabe weitere Verlesungen vorzunehmen, die teilweise aus Beweisanträgen resultierten. Stundenlang wurde aus diesen Anträgen vorgelesen.

Der Vorsitzende Richter beendete diesen Verhandlungstag mit dem Hinweis, dass nunmehr bald die Beweisaufnahme abgeschlossen sei und man gedenke, die Beschuldigten baldigst zu ihren Lebensläufen zu befragen. So wie ich das sehe, will man nun seitens der Gerichtsbarkeit schnell zu einer Urteilsverkündung, sprich zum Schluss dieses Verfahrens, kommen. Im Hinblick darauf, dass dieser Prozess ein baldiges Ende nehmen würde, nutzte ich einen der nächsten Verhandlungstage dazu, eine schriftliche Erklärung abzugeben, die ich dem Gericht vorlas:

„In der Strafsache gegen Herrn Horst Kirsten u.a. Az.: 12 KLs 507 Js 1612/2010 gebe ich hiermit folgende Erklärung, die ich in Auszügen bereits am 18.12.2013 dem Gericht in mündlicher Form präsentierte, jetzt in schriftlicher Form ab, damit diese zu Protokoll genommen wird:

Es wird seitens des Landgerichts und der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth wiederholt unterstellt, wir, die Beschuldigten hätten uns zu einer Bande, in der Absicht zur fortgesetzten Begehung von Straftaten des Betrugs, verbunden, gewerbsmäßig uns einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschafft und das Vermögen unserer Kunden dadurch beschädigt haben, da wir

durch Vorspiegelung falscher Tatsachen einen Irrtum bei diesen erregten. Dass es sich hier nicht um eine Bandenbildung handelt, dürfte dem Landgericht Nürnberg-Fürth im Rahmen der Verhandlung schon aufgefallen sein.

Vor diesem Gericht habe ich bereits mehrfach erläutert, dass es sich hier definitiv um keine „Bande“ handelt, sondern lediglich um Firmengründer, Führungskräfte sowie um freiberufliche und angestellte Mitarbeiter. Wenn man das Treffen von, wie in der Anklageschrift angegebenen, ca. 40 Personen vor einer Firmen-gründung als bandenmäßig beurteilt, dann gibt es wohl ausnahmslos bandenmäßige Firmen in der Bundesrepublik Deutschland.

Fakt ist, dass die in der Anklageschrift erwähnten Personen sich zum Großteil im Dezember 2009 noch nicht einmal kannten. Selbst heute kennen sich die angegebenen Personen nicht alle persönlich. Das hätte die Staatsanwaltschaft bereits vor Ausstellung der Haftbefehle im Rahmen der Ermittlungen feststellen können. Die Personen, die sich in Schwanstetten trafen, waren allesamt nur als fachlich beratende und mithelfende Unterstützer in die Gründung und Ausgestaltung der GFE-Group, sowie in den jeweiligen Fachbereichen involviert, wie auch Zeugenaussagen klar und eindeutig darlegen. Es kann insofern schon nicht von einer Bandenbildung ausgegangen werden, denn dieser müsste eine Planung einer Straftat vorausgehen, was auch niemals geschah. Im Übrigen hat keiner der in der Anklageschrift benannten ca. 40 Beschuldigten vor der Kripo, vor der Staatsanwaltschaft und vor dem Landgericht eine anderslautende Aussage getätigt. Selbst Zeugen, die nicht in diesem Beschuldigtenkreis erwähnt werden und die das Gericht schon gehört hat, bezeugen, niemals eine Bandenbildung,

vielmehr die Planung einer Firmengründung, vernommen zu haben.

Der ganze Fall „GFE“ ist weiter als ein rein normales Handelsgeschäft anzusehen und niemals, wie man uns unterstellt, ein Betrugsdelikt. Ein Betrugsstatbestand zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass über Tatsachen hinweg getäuscht wurde und damit bei den Käufern ein Irrtum erregt wird, die sie zum Kauf eines BHKWs animieren. Daraufhin müsste eine Vermögensverfügung stattfinden, die dazu führt, dass dem Kunden ein Vermögensschaden entsteht. Wichtig bei einem Betrugsstatbestand ist der Vorsatz, eine betrügerische Handlung zu begehen, eng verbunden mit der Absicht einer rechtswidrigen Bereicherung. Die GFE-Group hat niemals die Kunden über Tatsachen getäuscht. Schon von Anbeginn an, war sichergestellt, dass jeder Kunde die ihm versprochenen Leistungen auch erhält.

Ich werde hier die genaue Begründung abgeben, weshalb niemals von einer Täuschung ausgegangen werden kann. Von Anfang an war gewährleistet, dass unser Entwickler Karl Meyer schon allein durch die Vorerwärmung des Treibstoffes eine Ersparnis von 30% erzielen wird. Da die in China von der GFE-Group eingekauften Blockheizkraftwerke der Marke Deutz einen prospektierten Verbrauch (lt. Herstellerangaben) von 0,195g/kWh Diesel auswiesen, zogen wir davon 30% ab, was zu einem errechneten Verbrauch von 0,136 l/kWh führte. In unseren Prospekten gaben wir dann einen Verbrauch (leicht abgerundet) von 0,135 l/kWh an. Dieser marginal kleine Unterschied stellte jedoch kein Problem dar, welches unser Versprechen an die Kunden gefährdet hätte.

Außerdem war von Anbeginn an festgestanden, dass es auf dem Markt schon BHKWs gab, die mit einer Rapsöl-Wasser-Emulsion im Verhältnis 1:3 liefen. Aus diesem Grund gaben wir unserem

mittlerweile größer gewordenen Entwicklerteam den Auftrag, selbst mit einer Emulsion zu experimentieren, um noch weitere Einspareffekte zu erzielen. Sollte das bis zum Ende des Jahres 2010 keinen Erfolg bringen, so würden wir, damit meine ich die Geschäftsleitung, uns diese Emulsion auf dem Markt besorgen, die nur noch den Blockheizkraftwerken (ohne Umbau) zugeführt werden müssen.

Es wäre definitiv kein Problem gewesen, diesen Treibstoff einzukaufen, wobei wir nach außen jedoch unser „Firmengeheimnis“ preis gegeben hätten. Diesen Marktvorsprung wollten wir uns für einige Zeit erhalten. Im Übrigen hat ein Zeuge, der die hier erwähnten BHKWs einer Fremdfirma (egm international gmbh) prüfte, bestätigt, dass diese Rapsöl-Wasser-Emulsion in jeden Dieselmotor eingefüllt werden kann und damit einen Betrieb ermöglicht, dessen Ergebnis nicht von dem abweicht, wie ein Motor, der mit reinem Rapsöl erreicht wird. Der damit zu erzielende Verbrauch lag in etwa bei dem, den wir, die GFE-Group, prospektierten.

Nun war unser Entwicklerteam aber dennoch erfolgreich, was auch einige Tests im Beisein des TÜV und der DEKRA bestätigen. Und wenn ich es nicht selbst mit eigenen Augen gesehen und miterlebt hätte, würde ich heute womöglich selbst daran zweifeln. Das Gericht hier hat es nämlich sehr gut verstanden, diese Tests, die mit Prüfberichten und Gutachten unterlegt wurden, als Gefälligkeitsgutachten abzutun. Stattdessen bediente man sich sogenannter „Sachverständigen“, die in ihren Aussagen vor Gericht selbst eingestehen mussten, mit dieser Technologie vorher nie in Berührung gekommen zu sein. Die vom Gericht verworfenen Prüfberichte und Gutachten der DEKRA-Stuttgart und des TÜV-Süd-Czech wurden weitaus professioneller erstellt, als die der Sachverständigen des Gerichts.

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, dass weltweit Motoren mit Wasserbeimischung betrieben werden. Das hätten auch zwei Professoren bestätigen können, die über beim Gericht eingereichte Beweisanträge von mir, als Zeugen gehört hätten werden können. Zwei Professoren, die sich in dieser Materie bestens auskennen und dabei nicht die Meinung eines vom Gericht bestellten Sachverständigen in Frage stellen, wo es darum ging, dass physikalische Naturgesetze, insbesondere der Energieerhaltungssatz und der Cano-Grundsatz, nicht verändert werden können. Es ist ja auch kein Geheimnis, und das wurde von den „Fachleuten“ des Gerichts in keinsten Weise in Erwägung gezogen, dass der Brennwert eines Treibstoffes im flüssigen und im gasförmigen Zustand ein ganz anderer ist. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meine vor Gericht in schriftlicher Form abgegebene Erklärung.

Immer wieder wurden seitens dieser von der Justiz bestellten und amateurhaften Sachverständigen Berechnungen aufgestellt, die den Brennwert im flüssigen Rapsöl anging. Der Brennwert, den man hier zur Grundlage nimmt, gilt nur für flüssiges Rapsöl. Da aber eine Verbrennung nur aus dem gasförmigen Zustand heraus möglich ist, wurde das Rapsöl bei der GFE-Group bereits soweit vorgewärmt, dass es in einem gasförmigen Zustand in den Brennraum eintrat. Der Übergang vom flüssigen in den gasförmigen Zustand geschah hierbei am Austritt aus der Düse. Die Unterschiede in den Brennwerten von flüssigen und gasförmigen Stoffen sind beträchtlich. Dies zeigt z.B. der direkte Vergleich zwischen flüssigem Methanol und gasförmigen Methan, worauf ich das Gericht bereits hinwies. Das bedeutet, dass man mehr als die zehnfache Menge Wasser des eingesetzten Rapsöls einspritzen kann.

Bei dem Prüfbericht der DEKRA-Stuttgart und dem Gutachten des TÜV-Süd-Czech wurde maximal die zwei- bis dreifache Wassermenge eingesetzt. Das Verfahren der Wassereinspritzung funktioniert, da die Wärmebilanz dies ausdrücklich ausweist, wobei noch ein wichtiger Aspekt nicht vergessen werden darf.

Keiner der vom Gericht bestellten Sachverständigen hat berücksichtigt, dass die GFE-Group aufgrund eines eigens hierfür angebrachten Mischsystems mit entsprechenden Düsen das Rapsöl in gasförmiger Eigenschaft in die Brennkammer spritzte, was zu ganz anderen Ergebnissen führt. Aber leider gibt es auf der ganzen Welt noch keine Tabelle, die den Brennwert des Rapsöls in gasförmigem Zustand wiedergibt.

Fakt ist jedoch, dass wir durch den TÜV und die DEKRA Messergebnisse nachzuweisen imstande waren, die sich bei durchschnittlich 0,115 l/kWh einpendelten. Es wird mir wohl für immer im Verborgenen bleiben, warum das Gericht meine Beweisanträge ablehnte, die zum einen den Beweis erbracht hätten, dass diese Rapsöl-Wasser-Emulsion auf dem Weltmarkt käuflich erwerbbar war und zum zweiten, weshalb man nicht den Professor lädt, der an der Entwicklung dessen beteiligt war und einen anderen Professor, der in Zusammenarbeit mit den Universitäten Köln, Dresden, Trier und Karlsruhe ein diesbezügliches Patent angemeldet hat, der weiterhin bestätigen könnte, dass Wasser als Treibstoffbeimischung schon in aller Welt genutzt wird.

Das Gericht bezieht sich in seiner Ablehnung darauf, dass man hier mit einer Wasser-Diesel-Emulsion gearbeitet habe, erkennt dabei aber die Tatsache, dass Diesel jederzeit durch Rapsöl ersetzt werden kann.

In einem Bericht der Universität Karlsruhe ist u.a. folgendes zu lesen:

„ [...] Diesel-Wasser-Emulsion wird momentan [...] nur an stationären Motoren verwendet, [...] Die Einführung dieses Kraftstoffs [...] scheiterte vor einigen Jahren an der Steuergesetzgebung, da es nicht möglich war, den beigemischten Wasseranteil von der Mineralölsteuer auszunehmen. [...]“

Das Gericht verhindert mit der Ablehnung meiner diesbezüglichen Beweisanträge also ganz klar, dass die Wahrheit ans Licht kommt. Mein dadurch erfolgter Befangenheitsantrag brachte ebenfalls keinen Erfolg, womit mir dann mehr als bewusst wurde, dass es schon längst eine Vorverurteilung gibt, aus welchen Gründen auch immer. Das bei der GFE-Group erzielte technische Ergebnis zieht das wirtschaftliche Ergebnis nach sich. Unsere prospektierten Werte bzgl. des Verbrauchs lagen sogar über dem von uns erreichten Wert, was zu einer Verbesserung und Sicherstellung der wirtschaftlichen Werte führte.

Also, womit oder wodurch sollen wir unsere Kunden getäuscht haben? Somit wurde auch kein Irrtum beim Kunden erregt - im Gegenteil: Wir haben ihm, dem Kunden, jedwede Möglichkeit offen gelassen, sich über die von uns versprochenen Eigenschaften selbst überzeugen zu können.

Anfangs haben wir unser Konzept in der Art geplant und verkauft, dass jeder Kunde monatlich seine Abschlagszahlungen erhalten sollte und wir für ihn ein internes Konto führen, welches jeweils am Jahresende abgerechnet wird. Die ersten Abschlagszahlungen sollte der Kunde nach Lieferung von ca. 12-16 Wochen erhalten. Eigens hierfür haben wir bei einer Bank im Vorfeld 500 Konten einrichten lassen, die im Sondervermögen

gehandelt werden sollten. Sondervermögen heißt, dass unabhängig vom Betriebsvermögen der GFE-Group das Sondervermögen im Eigentum der Kunden bleibt. Dies schon zu einer Zeit, in der wir laut Haftbefehl und Anklageschrift Zahlungen von Kunden erschlichen haben, um uns selbst zu bereichern.

Selbst ein Konkurs der GFE-Group hätte dem Kunden dann keine finanziellen Nachteile gebracht. Allerdings mussten wir relativ frühzeitig feststellen, dass dies innerhalb der Firma zu einer wahnsinnigen Man-Power geführt hätte und wir hierfür weitaus mehr Bürofläche und Mitarbeiter gebraucht hätten.

Auf der anderen Seite hatten wir mit der ersten Anlieferung vieler BHKWs aus China weitere Probleme, die es hieß, aus dem Wege zu räumen. So wurden in die Generatoren der BHKWs in China die falschen Controller eingebaut, die nur einen vorübergehenden Betrieb der BHKWs zuließen. Jetzt hieß es für uns, Controller auf dem Weltmarkt zu finden, die unseren Ansprüchen genügen, diese zu bestellen, liefern zu lassen und in die bereits vorhandenen Generatoren einzubauen. Dies konnten wir nur unter Zuhilfenahme einer Fremdfirma bewältigen und es dauerte fast sechs Wochen bis wir uns wieder den eigentlichen Aufgaben widmen konnten. Unser Lieferant in China wurde angewiesen, nur noch die von uns vorgegebenen Controller einzubauen, damit ein Dauerbetrieb der BHKWs gewährleistet ist. Das war der Grund der Lieferzeitverzögerung, welches aber nicht zum Nachteil für die Kunden sein durfte.

Wir hatten nun zwei Gründe, die es erforderlich machten, unser Konzept zu überdenken. So führten wir das Pachtmodell ein, dass jeden Kunden in die Lage versetzte, ab dem ersten des übernächsten Monats nach Kaufpreiszahlung schon in den Genuss zu kommen, seine monatliche Pacht zu erhalten. Für uns,

die GFE-Group, hatte das zwei Vorteile. Zum einen benötigten wir die immense Man-Power für die Kontenführungen nicht mehr und zum zweiten lag es nun an uns, wann wir die einzelnen BHKWs ans Netz bringen. Wir haben das Betreiberisiko übernommen und somit dem Kunden jedwede Sicherheit gegeben, die prospektierten wirtschaftlichen Erträge in Form einer Pacht rechtzeitig zu erhalten.

Unser Ansinnen war es sogar, zukünftig die BHKWs schon am Netz zu haben, bevor ein Kunde dieses erwirbt und an uns verpachtet. Womit oder wodurch wurde durch uns ein Irrtum beim Kunden erregt? Es fand zwar eine Vermögensverfügung statt - aber diese wurde über einen ganz normalen Kaufvertrag ausgelöst. Logischerweise muss bei einem Handelsgeschäft eine Vermögensverfügung stattfinden. Ware gegen Kaufpreiszahlung. Jetzt könnte man ja meinen, wir hätten die BHKWs vorab liefern können und dann erst den Kaufpreis abverlangen. Aufgrund der zu erwartenden vielen Bestellungen, seitens der von uns über den Vertrieb angeworbenen Kundschaft, wäre dies ein unmögliches Unterfangen gewesen, zumal wir bei unseren Lieferanten jeweils in Vorkasse treten mussten.

Keinem unserer Kunden wäre es dann vergönnt gewesen, sich auf diese Art und Weise am Geschäft der erneuerbaren Energien zu beteiligen. Seitens der GFE-Group wurde peinlichst genau darauf geachtet, dass nur der Teil des Kaufpreises in die Firma fließt, der ihr von Gesetz wegen auch zustand. Das Produkt sollte an den Kunden ausgeliefert oder zumindest musste eine Lieferung an den Kunden gewährleistet und sichergestellt sein.

Wie bereits erwähnt, hätte selbst eine Insolvenz dem Kunden keinen Schaden zugefügt. Das BHKW bleibt immer Eigentum des Käufers, der lediglich als Verpächter auftritt. Sollte nun, aus welchem Grund auch immer, die Betreibergesellschaft in Konkurs

gehen, so steht dem Verpächter sein Eigentum zu, über das er frei verfügen kann. Er hat also seinen Gegenwert des Kaufpreises auf alle Fälle sicher und kann dieses BHKW entweder selbst betreiben oder einer anderen Betreibergesellschaft verpachten. Ist es nicht legitim und ein ganz normaler Geschäftsvorgang, dass bei Kauf einer Ware üblicherweise eine Vermögensverfügung stattfindet?

Seitens der GFE-Group wurde also keinem einzigen Kunden ein Vermögensschaden zugefügt und dies wäre auch zukünftig niemals geschehen. Der Schaden stellte sich erst dann ein, als die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth am 30.11.2010 die GFE-Group handlungsunfähig machte. Da sie alle Konten blockierte, war eine weitere Auszahlung der bisher monatlich pünktlich erfolgten Pachtzahlungen an die Kunden nicht mehr möglich. Die GFE-Group konnte, aufgrund fehlender finanzieller Mittel und sämtlicher Kundenunterlagen, den Geschäftsbetrieb nicht mehr weiter aufrechterhalten. Die Folge daraus war dann der Konkurs der kompletten Firmengruppe GFE - und das, obwohl die Firmengruppe in sich finanziell gesund war.

Die vom Gericht bestellten Insolvenzverwalter hatten zuerst auch nichts anderes zu tun, als sich selbst an diesem Firmenvermögen in Form eines Vorabhonorars, in einem Falle sogar mit knapp 500.000 €, zu bedienen. Dass die vorhandenen BHKWs alle im Eigentum der GFE-Kunden waren, wurde von den Insolvenzverwaltern nicht berücksichtigt. Der hier entstandene Vermögensschaden wurde insofern einzig und allein durch die vom Gericht bestellten Insolvenzverwalter ausgelöst, da diese sich nicht an die Kauf- und Pachtverträge der Kunden hielten und sich wissentlich das Eigentum dritter Personen aneigneten und teilweise verwerteten. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft

haben doch ergeben, dass sich die BHKWs, also die gekaufte Ware, zumeist schon im Eigentum des Kunden befanden.

Wer hat nun den Vermögensschaden zu verantworten? Sicher nicht die GFE-Group. Ich verweise in diesem Zusammenhang an meine in schriftlicher Form abgegebene Erklärung vom 02.12.2013, in der ich klar zum Ausdruck brachte, welche Sicherheiten wir für das Vermögen und das Eigentum unserer Kunden installierten.

Keiner der Beschuldigten hat zu irgendeinem Zeitpunkt den Straftatbestand des Betruges in Erwägung gezogen. Es war nicht einmal ein Hauch von einem Betrugsgedanken vorhanden. Somit hat auch keiner der Beschuldigten vorsätzlich die ihm hier zu Unrecht vorgeworfene Straftat begangen. Kein einziger der Beschuldigten hat sich an den Geldeingängen rechtswidrig bereichert.

Wenn hier von Bereicherung die Rede ist, so kann dies sicher nicht bestritten werden, denn das Konzept der GFE-Group war auf gute und hohe Einnahmen für alle Beteiligten, die da waren die Kunden mit den Pachtzahlungen, die Verkäufer mit den Provisionen, die Mitarbeiter, die teilweise mit Umsatzbeteiligungen bedacht wurden und nicht zuletzt der GFE-Group selbst mit dem verbliebenen Gewinnanteilen, ausgerichtet.

Wenn allerdings von einer rechtswidrigen Bereicherung ausgegangen wird, dann frage ich mich, zu welchem Zeitpunkt wir uns schuldig gemacht haben sollen? Jeder der Beschuldigten hat lediglich die Beträge erhalten, die ihm aufgrund einer Provisionsvereinbarung bzw. einer Umsatzbeteiligung zustanden. Provisionen sind Einnahmen für Mitarbeiter, die dem Unternehmen Kunden zuführen. Eine Umsatzbeteiligung erhielten nur die Personen, die sich auf besondere Weise für das Unternehmen

auszeichneten. Weiter wurde hier und da eine Umsatzbeteiligung als Ersatz für andere Einkommen gewährt, da diese eine weitaus größere Motivation in sich birgt, sich für das Unternehmen einzusetzen.

Dass die beiden Inhaber der Firma, Herr Karlheinz Zumberg* und ich, uns jeweils nur 2 % aus der Umsatzsumme entnahmen, obwohl der Gewinn höher ausfiel, erwähnte ich in aller Ausführlichkeit schon in meiner Verteidigungsschrift und dies dürfte wohl unbestritten sein, zumal sich dies aus den Akten herauslesen lässt. Wenn ich nun in den kommenden Wochen für diesen „Betrug“ verurteilt werden sollte, dann werde ich für etwas verurteilt, dass ich mit eigenen Augen wahrgenommen habe. Nur eine Lüge könnte für mich, nach heutiger Sichtweise, eine Strafminderung bedeuten. Genauso ehrlich, wie ich den Kunden gegenüber war, werde und bin ich auch zu mir selbst und vor Gericht. Wenn das dann der Grund für eine Haftstrafe sein soll, dann werde ich im Sinne der Gerechtigkeit weiterkämpfen.

Wenn man sich seitens des Gerichtes seit mehr als 82 Verhandlungstagen darauf einschießt, mehr als 100 Zeugen zu laden und anzuhören - Kunden und Vermittler der GFE-Group -, die aber auch rein gar nichts zur Wahrheitsfindung beitragen können und sich nun verweigert, wirklich aussagekräftige Zeugen zu laden, die zu der Materie etwas zu sagen haben, dann bleibt bei mir von unserem Justizsystem nur noch ein bitterer Beigeschmack übrig. Wenn ich die vielen bis heute stattgefundenen Verhandlungstage analysiere, muss ich feststellen, dass...

... das Gericht nur geschädigte Kunden geladen hat, die in keinsten Weise etwas über den uns vorgeworfenen Betrugsverdacht aussagen konnten. Sie können nur das

wiedergeben, was sie in unseren Seminaren gehört und gesehen haben und das, was ihnen damals der Vermittler erzählt hat.

... das Gericht sich zuerst eines „Sachverständigen“ (Herr Dipl. - Ing. Stubber*) bediente, der nachweislich im Gericht angab, dass er es noch nie mit rapsölbetriebenen BHKWs zu tun hatte. Weiter hat dieser Sachverständige mit Werkzeugen gearbeitet, die eines Gutachters nicht würdig sind (Bratenthermometer zur Messung der Rapsöltemperatur, Handy zur Zeitmessung und einen Zollstock zur Messung des Treibstoffinhalts in einem schräg stehenden Treibstoffbehälter). Gegen diesen Sachverständigen wurde ein Antrag auf Befangenheit gestellt und vom Gericht nicht angenommen. Dieser Sachverständige hatte bereits in einer Zeit vor der Stilllegung der GFE-Group Kontakt zu einem Herrn Geisfuß*, der die GFE-Group im Internet immer wieder diskreditierte. Der Sachverständige hatte im Übrigen auch noch ein Telefonat mit Herrn Geisfuß* zugegeben, welches er, vor Abgabe seines „manipulierten“ Gutachtens bei Gericht, führte. Das Gutachten selbst hat gravierende Fehler. Zum einen ist die wirtschaftliche Berechnung grundsätzlich falsch und zum zweiten wurden Werte angegeben, die nach der Vorführung des mit einem Handy aufgenommenen Films eines weiteren Zeugen, nicht mehr in Einklang zu bringen sind. Dieser Sachverständige kam vom TÜV-Rheinland. Genau diese Organisation forscht und testet schon seit geraumer Zeit mit Wasserbeimischung. Aber einen Experten, einen hochrangigen Professor, aus dieser Abteilung hat das Gericht als Zeugen abgelehnt.

... das Gericht, obwohl es die Meinung vertritt, dieser o.a. Sachverständige würde ausreichen, nochmals einen Sachverständigen (Herrn Prof. Dr. Ing. Wiesner*) bestellt. Dieser neu bestellte „sachverständige“ Professor zeichnete sich dadurch aus, dass er meinte das beschlagnahmte BHKW ohne Mithilfe

des Entwicklers Karl Meyer in Betrieb nehmen zu können. So hat er auch gravierende Maßgaben nicht einhalten können, zumal er an einem BHKW herum hantierte, das noch nicht mit dem Rapsöl-Wasser-Mischsystem ausgestattet war, worauf ich im Vorfeld mit einer hier vor Gericht abgegebenen mündlichen Erklärung hinwies. Die Rapsölvorerwärmung, wie wir sie installierten, konnte er an einem einzigen Motor nicht testen. Weiter beachtete er nicht den Brennwert von gasförmigem Rapsöl. Und auch dieser glaubte mit einem Küchenmixer eine Emulsion nachahmen zu können, wie sie die GFE-Group verwendete.

... das Gericht das Angebot des Entwicklers Karl Meyer ablehnte, diesem Sachverständigen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, um somit die Ergebnisse abliefern zu können, wie sie die GFE-Group prospektierte. Dem Gericht erschien es wichtiger, den Beschuldigten in Haft zu belassen und auf seinen Sachverstand zu verzichten. Herr Meyer wäre sogar bereit gewesen, unter Bewachung an diesen Tests mitzuwirken.

... das Gericht es nicht zuließ, mehrere über Beweisanträge benannte fachkundige Zeugen zu laden und zu hören, die in dieser Technologie bewandert sind. Einer dieser Zeugen hätte sogar einen langfristigen Betrieb eines BHKWs mit der von der GFE-Group favorisierten Mischung 1:3 (Rapsöl-Wasser) bestätigen können. Die GFE-Group war schon weiter, als all die vom Gericht geladenen Sachverständigen wiedergeben können.

... das Gericht nur Beweisanträge zugelassen hat, indem man Zeugen aus dem Vermittlerkreis geladen und gehört hat, die nichts über die Technologie aussagen können und insofern in keinster Weise der Wahrheitsfindung dienlich sind.

... das Gericht sich nicht von Anbeginn der Verhandlung mit dem tatsächlichen Betrugsverdacht, die Technologie würde nicht funktionieren, nicht eingehend und schnell beschäftigt hat und stattdessen den Prozess durch „nicht der Sache dienliche“ Zeugen auf lange Zeit verschleppte.

... das Gericht bis zum heutigen Tage keinen einzigen eindeutigen Beweis erbracht hat, diesen Betrugsvorwurf zu untermauern. Es stützt sich lediglich auf die Aussagen ihrer fachkundigen Sachverständigen.

... das Gericht es billigend in Kauf nahm, freie Mitarbeiter der GFE-Group (Vermittler) in die Anklage mit aufzunehmen, die nachweislich nichts von der GFE-Group angewandten Technologie wissen konnten.

... das Gericht es zulässt, dass obwohl es keinerlei wirkliche Tatbestände gibt und sich lediglich auf Vermutungen stützt, einige Beschuldigte teilweise schon über drei Jahre in U-Haft zu belassen.

... das Gericht es zulässt, dass Mitbeschuldigte Teilgeständnisse ablegen, die in keinsten Weise mit der Aktenlage in Einklang zu bringen sind. Insofern werden die schon im Jahr 2010 verfassten Protokolle und Niederschriften sowie Kaufverträge, die im Gegensatz zu den abgelegten Teilgeständnissen stehen, von der Justiz ignoriert, nur des Geständnisses wegen.

... das Gericht, wider besseren Wissens, genau diese Teilgeständnisse nutzt, um diese als Argumentation gegen Haftbeschwerden u.a. bei anderen Mitbeschuldigten zu verwerten.

... das Gericht alle meine Beweisanträge ablehnt, die darauf abzielen, Zeugen zu laden, die andere Gründe für die Zerschlagung der GFE-Group benennen könnten und selbst schon

um Vernehmung baten, was seitens der Kripo und der Staatsanwaltschaft niemals geschah. Das Gericht schließt sich dem jetzt an.

... das Gericht es grundsätzlich nicht zulässt, durch Zeugen andere Gründe hören zu wollen, die für die Zerstörung der GFE-Group maßgeblich verantwortlich sind und damit den Betrugsvorwurf entkräften würden.

Durch die Aktenlage sind beispielsweise dem Gericht bekannt, dass...

... nach der Inhaftierung der Beschuldigten am 30.11.2010, im Hamburger Hafen mindestens 100, teilweise mit BHKWs beladene, Container verschwanden, die als Beweismittel abhandenkamen. Ermittlungen wurden eigenartigerweise nicht aufgenommen, zumal dem vom Gericht bestellten Insolvenzverwalter damit eine große Insolvenzmasse verloren ging. Schon allein im Interesse der hier Beschuldigten und nicht zuletzt der Geschädigten, hätten Ermittlungen aufgenommen werden müssen, was bis heute, meines Wissens, nicht geschah.

... nach der Inhaftierung der Beschuldigten am 30.11.2010, drei Einbrüche auf dem ehemaligen GFE-Gelände zu verzeichnen sind, die alle das Ziel verfolgten, die noch auf dem Firmengelände vorhandenen BHKWs mit Zucker zu befüllen und damit als Beweismittel unbrauchbar zu machen. Alle drei Einbrüche sind aktenkundig und wurden nicht weiter verfolgt.

... kurz nach der Inhaftierung der Beschuldigten am 30.11.2010 mehrere Schreiben bei der Staatsanwaltschaft eingingen, aus denen zu entnehmen ist, dass es andere Gründe für die Zerschlagung der GFE-Group gab und sich die Absender dieser Schreiben auch der Staatsanwaltschaft gegenüber äußern würden, wenn sie zu einer Vernehmung geladen worden wären.

Diese Zeugen wurden weder von der Kripo, noch von der Staatsanwaltschaft vernommen.

... ein weiteres BHKW durch Brand vernichtet wurde, welches aus der Konkursmasse seitens eines Kunden der GFE-Group gesichert wurde und in Zusammenarbeit mit Herrn Meyer erneut mit der Einspartechnologie versehen werden sollte, um als Beweismittel eingesetzt zu werden. Das Feuer brach aus, kurz nachdem Herr Meyer inhaftiert wurde.

Mit derartigen Merkwürdigkeiten ist die Ermittlungsakte reichlich gefüllt, wobei aber nicht eine davon, zu Ermittlungen führte, die hier vor Gericht mit einbezogen werden könnten. Ich rede hier nicht von einem Rechtssystem irgendeiner Bananenrepublik, sondern von dem Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland, welches im Grundgesetz die Würde des Menschen an oberste Stelle setzt.

Fakt ist doch sicher eines: Hätte die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth am 30.11.2010 nicht eingegriffen, dann gäbe es bis zum heutigen Tage keinen einzigen Geschädigten und schon mehrere tausend in Betrieb befindliche BHKWs. Fakt ist aber auch, dass der Staatsanwaltschaft am 30.11.2010, aufgrund der telefonischen Überwachung, sehr wohl bekannt war, dass die GFE-Group am 15.12.2010 einen Termin für ein Langzeitgutachten bei der DEKRA hatte. Dies bestätigte selbst der Geschäftsführer Herr Dr. Andreas Geiger der DEKRA Industrial GmbH am 30.11.2010 der Polizeibehörde in Stuttgart. Das Gericht hat sich nie damit auseinandergesetzt, dass es tausend Gründe geben könnte, die diesen Betrugsvorwurf entkräften.

Richtig ist, dass seitens der Justiz hunderte von Existenzen vernichtet wurden, Familien und Ehen zerrüttet wurden, viele Mitarbeiter in die Arbeitslosigkeit geschickt wurden, eine

Firmengruppe grundlos in Schutt und Asche gelegt wurde, mehrere Menschen unschuldig auf Jahre hinaus inhaftiert sind, der Ruf vieler Menschen einen nicht wiedergutzumachenden Schaden erlitt, viele Menschen den Glauben an den Rechtsstaat verloren, menschliche Schicksale verursacht wurden, über die sich die Staatsanwaltschaft nicht im Geringsten Gedanken macht, Lebensziele und Visionen zerstört wurden, wofür sich die betroffenen Menschen aufgearbeitet haben und dadurch ein volkswirtschaftlicher Schaden entstanden ist, den sich die Staatsanwaltschaft nicht im Entferntesten auszumalen vermag“.

Am 84. Verhandlungstag, dem ersten im neuen Jahr 2014, wurde der bereits erwähnte Jahresbericht des Herrn Dr. Knetsch* vorgelesen. Das war nicht zuletzt deshalb notwendig, weil das Gericht, was ich zwar gleich vermutete, später dann direkt bemerkte, dies als Grundlage benötigte, um fast all meine gestellten Beweisanträge abzulehnen.

Nach dieser Verlesung begann gleich die Ablehnungswelle. Bei den Beweisanträgen handelt es sich um eine Begehung des ehemaligen Firmengeländes der GFE, vor allem der Produktionshallen, weitere Zeugen, die hätten bezeugen können, dass es einen ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb gab und darüber hinaus die Anhörung von einer Bundestagsabgeordneten, die uns behilflich war. Auch die anderen Kontakte Herrn Dr. Knetsch* beantragte ich, vorzuladen, darunter auch den Bundesverkehrsminister und den damaligen Bundesumweltminister. Sie alle hatten das Konzept der GFE kennengelernt und für so tragfähig gehalten, einen näheren Austausch oder eine Partnerschaft mit uns einzugehen.

Am 87. Verhandlungstag am 30.01.2014 wurde uns ein von der Kriminalpolizei aufgenommener Film vorgeführt, der die Durchsuchung des privaten Anwesens von Herrn Karl Meyer in

Schwanstetten zeigte. Diese Durchsuchung fand am 03.05.2011 statt. In diesem Film ist ein im Hof des Anwesens abgestelltes BHKW zu erkennen, welches von der Staatsanwaltschaft als derart verrostet angesehen wurde, dass es wohl nicht mehr in Betrieb gehen könnte. Laut diverser Aussagen ist eben genau dieses BHKW in der Folge noch betrieben worden. Die geringen Rostspuren an diesem Genset entsprachen lediglich dem Augenschein eines gebrauchten Motors. Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass u.a. dieses BHKW vom Angeklagten zum Zwecke der Umrüstung in eine Halle verbracht wurde, die ca. 14 Tage nach seiner Festnahme den Flammen zum Opfer fiel.

Mein Mitstreiter Karl Meyer wollte sich mit der Flut der abgelehnten Beweis- und Befangenheitsanträge nicht zufrieden geben. Er stellte mehrfach einen Befangenheitsantrag gegen den vorsitzenden Richter, jeder davon wurde abgelehnt. Immer wieder musste das Gericht die Verhandlung unterbrechen und sich zu Beratungen zurückziehen.

Seitens dieses Richters wurde an diesem, dem 87. Verhandlungstag verkündet, dass mit diesem Tage die Beweisaufnahme abgeschlossen sei und der nächste Prozesstag dem Plädoyer der Staatsanwaltschaft vorbehalten sei.

Ungeachtet dessen gab die Verteidigerin des Herrn Meyer dem Vorsitzenden Richter noch zu verstehen, dass sie beim nächsten Termin noch einen Antrag auf ein erneutes Gutachten stellen werde. Hierauf erfolgte seitens des Gerichts keine Antwort.

Es mochte den Anschein haben, dass an diesem Tage im Gerichtssaal viel Zeit mit dem Fall GFE verbracht wurde. Für mich hingegen war dies einer meiner Horrortage, denn ich habe die meiste Zeit in einer Gerichtszelle verbracht, die nicht sonderlich gut eingerichtet war. So gibt es dort nur eine kleine

Holzbank, eine Toilette und ein Waschbecken. Morgens um 06.45 Uhr wurde ich abgeholt und durfte dann bis zum verspäteten Prozessbeginn dreieinhalb Stunden in einer solchen Zelle verbringen. Dazu summierte sich eine halbstündige und 2 Pausen mit jeweils zwei Stunden Dauer. Dabei durfte man nicht vergessen, dass ich erst eine Dreiviertelstunde nach Beendigung des Prozesses wieder in die JVA gebracht wurde. Ergo habe ich an diesem Tage für ca. 3 Stunden Verhandlung 8,75 Stunden in einer solchen Zelle verbracht. Was hatte diese Quälerei noch mit Menschenwürde zu tun?

Der 88. Verhandlungstag begann um 09:10 Uhr. Zu Beginn dieses Verhandlungstages stellte die Rechtsanwältin des Herrn Meyer und der Beschuldigte selbst weitere sieben Beweisanträge. Die Verlesung dieser Anträge dauerte etwa eine halbe Stunde. Nach einer fast vierstündigen Pause wurden seitens des Gerichtes, wie von mir erwartet, alle Beweisanträge zurückgewiesen.

Der Vorsitzende Richter schloss damit die Beweisaufnahme ab und ließ daraufhin die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth deren Plädoyer halten. Dieses Plädoyer brachte meiner Meinung nach keine neuen Erkenntnisse, außer dass die Staatsanwaltschaft in beschämender Weise die hier Angeklagten verhöhnte, wurde kein einziger Beweis erbracht, der die von ihr geforderten Strafen rechtfertigen würde. Unter anderem wurden abgehörte Telefonate im Duett zitiert, welche nur auf eine Vorverurteilung der betreffenden Personen abzielen sollten.

Ich hatte eigentlich vor, mein sogenanntes „letztes Wort“ nur in ein paar wenigen Sätzen zu formulieren, entschloss mich jedoch aufgrund dieses von der Staatsanwaltschaft mehr schlecht als recht „vorgeführten“ Plädoyers auf die uns vorgeworfenen Taten nochmals einzugehen. Ein derart abgegebenes Plädoyer

durfte nicht unkommentiert so im Raum stehen bleiben. Die Staatsanwaltschaft forderte in ihrem Plädoyer folgende Strafen:

Beschuldigter Horst Kirsten: 2 Jahre für den Vorwurf des Bankrottes und 9 Jahre für den Vorwurf des bandenmäßigen Betrugs = Gesamtstrafe von 10 Jahre und 9 Monate, für die anderen Beschuldigten wurden Freiheitsstrafen zwischen vier und achteinhalb Jahren gefordert.

Am nächsten Verhandlungstag führte die Staatsanwaltschaft ihr Plädoyer zu Ende, wobei sich die Ausdrucksweise zum vorhergegangenen Verhandlungstag nicht verbesserte. Auch heute wurde kein einziger Beweis ins Feld geführt.

Im Anschluss daran konnte der Rechtsanwalt des Beschuldigten Teichmann* sein Plädoyer zum Besten geben. Da Herr Teichmann* bereits ein sogenanntes Teilgeständnis abgelegt hatte, war auch von diesem Plädoyer nicht allzu viel zu erwarten. Der Rechtsanwalt, der seinen Mandanten aus der Schusslinie herausnehmen wollte, konnte dies nur insofern tun, den anderweitig hier Beschuldigten die Schuld dafür anzulasten, seinen Mandanten nur als „Marionette“ benutzt zu haben. Er forderte das Gericht auf, die Strafe für seinen Mandanten lediglich auf zwei Jahre und neun Monate zu beschränken.

Der 11.02.2014, der 90. Verhandlungstag und das Datum, an dem meine Rechtsanwälte ihr Plädoyer abgaben. In beeindruckender Weise machten sie dem Gericht klar, dass bis zum heutigen Tage kein einziger Beweis vorliege und des Weiteren viele entlastende Umstände hier keinen Niederschlag fanden. Da ich bzgl. des Bankrottvorwurfes bereits in meiner damals dem Gericht abgegebenen Verteidigungsschrift geständig war, forderten beide Anwälte folgendes Urteil: für den

Vorwurf des Bankrottes: 2 Jahre und für den Vorwurf des Betruges: FREISPRUCH

Auch die Anwälte des Dipl.-Ing. H. Klaus*, der innerhalb des Prozesses ein sogenanntes Teilgeständnis abgelegt hatte, waren sehr erstaunt über die Forderungen der Staatsanwaltschaft. Sie forderten für ihren Mandanten Freispruch.

Auch die weiteren Plädoyers der anderen Rechtsanwälte, brachten Entrüstung über das Verhalten des Gerichts zum Ausdruck. Alle Anwälte meiner Mitbeschuldigten forderten Freispruch für ihre Mandanten, nur bei dem Mandanten Peter Schüsner*, der im Vorfeld schon ein Teilgeständnis abgelegt hatte, haben dessen Anwälte ein Strafmaß von drei Jahren und sechs Monate verlangt.

Am 93. Verhandlungstag, einem Mittwoch (19.02.2014), durfte ich nach der Mittagspause als einer der ersten Beschuldigten mein „letztes Wort“ zum Besten geben. Ich zitiere:

„Hohes Gericht, verehrte Anwesende, ich möchte mein letztes Wort mit einem Zitat beginnen:

***Die letzte Stimme, die man hört, bevor die Welt explodiert,
wird die Stimme eines Experten sein, der sagt:
„Das ist technisch unmöglich!“***

Diesen Ausspruch von Peter Ustinov habe ich seit mehr als drei Jahren in meiner Gefängniszelle an der Pinnwand vor Augen. Diesen Ausspruch möchte ich hier kurz verändern, denn er gibt genau das wieder, was der aktuellen Wirklichkeit entspricht:

***Die ersten Stimmen, die man hört, wenn ein Fahrzeug durch die
Straßen fährt, welches mit einem hohen Wasseranteil
betrieben wird, sind die Stimmen zweier uns bekannter***

**Experten, die sagen:
„Das ist technisch unmöglich!“**

Hätten hier vor Gericht sachkundige Experten ihre wissenschaftlichen Ergebnisse wiedergeben dürfen, dann wäre der ganze Prozess schneller zu einem Ende gekommen oder er wäre erst gar nicht eröffnet worden. Gut und gerne hätte man auf mindestens 150 Zeugen verzichten können. Dazu später mehr, denn ich möchte zuerst auf die Vorwürfe eingehen, die die Staatsanwaltschaft und das hohe Gericht mir und anderen Beschuldigten unterstellen.

Eigentlich beabsichtigte ich, nur mit wenigen Sätzen mein sogenanntes „letztes Wort“ abzugeben. Aufgrund des bizarren Plädoyers der Staatsanwaltschaft bleibt mir leider nichts anderes übrig, als auf alle von ihr darin geäußerten Vorwürfe nochmals einzugehen, denn meine Lust die von ihr geforderte Strafe von 10 Jahren und 9 Monaten abzusitzen, hält sich in Grenzen.

Ich bin mehr als empört über das, was die Staatsanwaltschaft in ihrem Plädoyer von sich gab und frage mich ernsthaft, wo war die Staatsanwaltschaft in den letzten 90 Verhandlungstagen?

Dieser Prozess ist wohl komplett an der Staatsanwaltschaft vorbei gegangen, denn ansonsten hätte sie sich nicht in dieser Art aufstellen können. Im Grunde genommen hat sie genau das wiedergegeben was schon damals in der Anklageschrift zum Besten gegeben wurde. Schon damals war der Stil der gewählten Worte in der Anklageschrift höchst vorverurteilend und verunglimpfend den hier Beschuldigten gegenüber.

Ist nicht auch von der Staatsanwaltschaft bis zu einem rechtskräftig ergangenen Urteil die gesetzlich verankerte Unschuldsvermutung anzuwenden?

Das hier abgegebene Plädoyer der Staatsanwaltschaft übertrifft dies noch und bringt erschreckend zum Ausdruck mit welcher menschenverachtender Einstellung diese Behörde ihre Ermittlungen absolvierte und wie sie zu den Beschuldigten steht. Von Objektivität kann hier weit und breit keine Rede sein. Dieses Plädoyer hatte einen derart beleidigenden Charakter und musste in der Art einer hauseigenen Laienspielgruppe dargestellt werden, weil man kein einziges Argument einzubringen vermochte, welches die Betrugsvorwürfe untermauert oder gar bewiesen hätte. Die Dramaturgie sollte wohl vieles überspielen.

Das Plädoyer entlarvte, wie realitätsfremd sich diese Behörde gibt. Dieses Plädoyer bestätigte aber auch in einmaliger Form, dass die Staatsanwaltschaft sich niemals mit entlastenden Umständen befasste und sich nur darauf konzentrierte ihr eigenes Unvermögen den hier Beschuldigten anzulasten. Ich bin mir nicht sicher, ob das hier von der Staatsanwaltschaft Abgelieferte nicht sogar einen Straftatbestand darstellt, denn sie hat die Beschuldigten derart diffamiert und verunglimpft, dass dies einer Rufschädigung, wenn nicht sogar einem Rufmord gleichkommt und bereits am nächsten Tag in beschämender Form über die Medien veröffentlicht wurde.

Genau diese Vorgehensweise praktiziert sie schon seit dem 30.11.2010, um die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu bringen. Dieses Plädoyer sollte wohl die erhobene Anklage witzig, spritzig und „anschaulich“ rüberbringen. Lachen konnte dabei aber keiner im Saal. Das Gericht hier ist sicher auch nicht der Ort für solche Späße. Unterm Strich ist ein solch abgegebenes Plädoyer der Staatsanwaltschaft in keinster Weise würdig.

Es mag sein, dass ich mich hier um Kopf und Kragen rede, aber die Vorgehensweise der Nürnberger Staatsanwaltschaft darf nicht unkommentiert so stehen bleiben. Wie ich den

Ausführungen vieler Verteidiger entnehmen konnte, ist dies hier in Nürnberg wohl einzigartig. Schon wie in der Anklageschrift hatte man außer Hypothesen, Unterstellungen und Vermutungen nichts zu bieten. Man hatte keinen einzigen Beweis für den Betrugsvorwurf und keinen einzigen vor dem 30.11.2010 Geschädigten. Nicht einmal eine Bandenabrede konnte auch nur im Ansatz nachgewiesen werden.

Stattdessen wurden in der Art einer schlechten Theateraufführung einige wenige abgehörte Telefonate und Emails im Duett zitiert, womit man vehement versuchte, die Schuld der Angeklagten beweisen zu wollen. Die Staatsanwaltschaft berücksichtigte dabei nicht, dass sie hier zum größten Teil einen Personenkreis zitierte, der bezüglich des Betrugsvorwurfes keine Aussage treffen konnte. Auch hier wieder nur Mutmaßungen und Verdächtigungen.

Es wurde auch alles aus dem Zusammenhang gerissen, was dazu führt, dass gewisse Telefonate missverstanden werden. Ob dies in der Absicht der Staatsanwaltschaft lag, vermag ich nicht zu sagen. Die Vermutung liegt jedoch sehr nahe. Im Aufzeichnungszeitraum wurden von den ermittelnden Behörden weit mehr als zehntausend Telefonate mitgeschnitten und abgehört. Lediglich ein wenig mehr als 200 Telefonate wurden hier im Gerichtssaal vorgeführt. Von diesen gibt es nur wenige, die auf einen vermeintlichen Betrug deuten könnten, aber es nicht wirklich tun. Von den mehr als zehntausend aufgenommenen Telefonaten wurden bis auf die hier erwähnten alle gelöscht. Seitens der Justiz wurden diese als „nicht relevant“ eingestuft. Als Angeklagter hatte ich nicht den Hauch einer Chance, mir das ein oder andere Telefonat, das mit Sicherheit einen entlastenden Umstand hätte belegen können, heraus zu suchen.

Aufgrund der abgehörten Telefonate gab ich am 07.12.2012 dem Gericht zu bedenken, dass sich aus keinem der Telefonate ein Straftatbestand ergibt. Vielmehr war diesen Aufnahmen zu entnehmen, dass es der Geschäftsleitung ganz und gar auf das bevorstehende Langzeitgutachten ankam, dass im Dezember 2010 noch mindestens 40 bis 60 Container an das Netz angeschlossen werden sollten und dass ab dem 01.01.2011 das Wärmekonzept greifen sollte. Weiter hat es die Staatsanwaltschaft sich nicht nehmen lassen, die Vorstrafenregister der hier Beschuldigten zum Anlass zu nehmen, daraus eine betrügerische Bande zu konstruieren. Mir waren damals diese Vorstrafen, bis auf ein paar wenige, nicht bekannt.

Ich erinnere mich noch sehr genau an einen Bewerber, der mir offenbarte, dass er schon einmal im Gefängnis saß. Ich sah darin keine Veranlassung, ihn nicht einzustellen. Jedem Menschen sollte, nach Verbüßung seiner Strafe, eine erneute Chance gegeben werden. Hier in diesem Falle sollen die Vorstrafen unserer Mitarbeiter der Grund dafür sein, den bandenmäßigen Betrugsvorwurf zu untermauern. Anscheinend vertritt man seitens der Staatsanwaltschaft die vorverurteilende Meinung: Einmal Verbrecher, immer Verbrecher. Vielleicht war das auch der Grund der miserablen Ermittlungsarbeit, denn man war sich vermeintlich sicher, dass diese Verbrecher keinen seriösen Geschäften nachgehen können.

Aufgrund dieser Erfahrung kann ich zukünftig nur jedem Arbeitgeber raten, Vorsicht bei der Einstellung von bereits abgeurteilten ehemaligen Straftätern walten zu lassen, denn das könnte ihm, wie in meinem Fall, zum Verhängnis werden. Im Grunde genommen hat dieser Skandal schon mit einer miserablen Ermittlungsarbeit begonnen, was dann logischerweise zu vielen Missverständnissen führte, die man sich seitens

der Behörden im Nachhinein nicht mehr eingestehen wollte. Ich, als Beschuldigter, darf nicht nur erwarten, NEIN, ich muss erwarten, dass die Ermittlungen gegen mich und andere hier Beschuldigte gewissenhaft und sorgfältig erfolgen. Dies war von Anfang an niemals der Fall.

So wurde beispielsweise niemals ermittelt, dass die Funktionsfähigkeit der BHKWs in jedem Fall mit den beschriebenen technischen Daten gegeben ist. Dazu gleich mehr.

Der Staatsanwaltschaft fiel es auch nicht auf, dass sie es hier mit einem ganz normalen Handelsgeschäft zu tun hatte. Immer wieder versuchte sie die BHKW-Käufer als Anleger zu betiteln, nicht zuletzt, um uns ein sogenanntes Schneeballsystem anlasten zu können. Im Anlagegeschäft mag dies möglich sein. Hier jedoch hat der Kunde eine Handelsware erworben, diese bezahlt und erhielt die Lieferung derselben. Wie die daraus resultierenden Gewinne verwendet werden, dürfte sicher jeder Firma überlassen sein. Somit konnte die GFE-Group, ohne ein Gesetz zu brechen, anderweitige Betriebskosten und Verpflichtungen begleichen. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte zwar alle abgeschlossenen Kaufverträge mit den Kunden der GFE-Group, nahm aber die entsprechenden, ebenfalls in Beschlag genommenen, Zuordnungslisten nicht wahr. Dies musste ihr erst zu einer viel späteren Zeit vom bestellten Gutachter mitgeteilt werden. Schon alleine daraus hätte sie erkennen können, dass ein jeder Kunde seine bezahlte Ware schon erhielt oder zumindest die Lieferung gesichert war.

Zum Zeitpunkt der Zerstörung war die GFE-Group innerhalb der vereinbarten Lieferfristen und alles war von ihr auch schon bezahlt, zumindest angezahlt. Es fand insofern auch niemals eine Zweckentfremdung der vereinnahmten Kaufpreise statt. Dann sprach die Staatsanwaltschaft immer wieder von einer

Scheinfirma und das, obwohl ihr ein umfangreicher und viel aussagender Film bekannt war, der von der Polizeibehörde am Tag des Zugriffs aufgenommen wurde.

Nur durch eine zufällige Aussage eines bei der Durchsuchung anwesenden Polizeibeamten wurde die Existenz dieses Films bekannt. Ich nenne das Beweismittelunterdrückung. Dieser dem Gericht ursprünglich vorenthaltene Film wurde erst auf Antrag einiger Verteidiger in den Prozess eingeführt. Er beinhaltete Aufnahmen aller Büro- und Konferenzräume, sowie der Außenanlagen, der Forschungs- und Entwicklungsabteilung und nicht zuletzt auch der Produktionshalle der GFE-Group. Er stellte für die Verteidiger erstmals ein reales Bild der GFE-Group dar, sodass nach der Vorführung eine der Verteidigerinnen Richtung Staatsanwaltschaft ausrief, was viele bewegte:

„Ihre Anklageschrift ist ein Skandal.“

Tatsächlich ist es so, dass alle relevanten Fakten in der Anklageschrift verniedlicht wurden, sodass der Eindruck für jemanden, der die GFE-Group vorher nicht kannte, entstehen musste, diese Firma wäre nur eine Scheinfirma bzw. eine Bastelstube. Weiter gab die Staatsanwaltschaft unentwegt an, die GFE-Group wäre nur im Besitz ein paar weniger Container. Zum Einen waren in diesem Film sehr viele Container, zum großen Teil schon voll ausgestattet, um ans Netz zu gehen, zu erkennen und zum Zweiten stehen bis zum heutigen Tage noch zahlreiche Container auf dem ehemaligen Firmengelände. Innerhalb der Ermittlungen erkannte die Staatsanwaltschaft nicht einmal, dass im Hamburger Hafen noch mindestens 100 Container angeliefert wurden. Dies musste sie erst von dem Insolvenzverwalter erfahren, der meines Erachtens vorsätzlich und rechtswidrig eingesetzt wurde. Diese Container wurden während der Ermittlungsphase aus dem Hamburger Hafen

gestohlen und mir ist hier vollkommen schleierhaft, warum sich die Justiz oder zumindest der Insolvenzverwalter nicht um deren Beischaaffung bemühten, nicht zuletzt auch im Interesse vieler geschädigter Kunden, deren Eigentum sich in den Containern befand. Man muss sich das vorstellen: 100 Container mit BHKWs können nicht einfach so verschwinden. Man braucht pro BHKW einen LKW, um ihn abzutransportieren, und man muss diese Container am Hamburger Zollhafen erst auslösen, inklusive Identitätsprüfung. Wie ist so etwas möglich?

Am 05.12.2012 äußerte sich der Insolvenzverwalter Rabe hier vor Gericht derart, dass er seitens der Behörden über das ein oder andere nicht informiert war. Einen Insolvenzantrag musste er stellen, weil er über keinerlei Unterlagen, diese wurden seitens der Staatsanwaltschaft am 30.11.2010 beschlagnahmt, und über keinerlei finanzielle Mittel verfügte, denn diese wurden ebenfalls im November 2010 seitens der Staatsanwaltschaft blockiert. Die Mitarbeiter der GFE-Group irrten „führungslos“ umher, denn die Führungskräfte der GFE-Group wurden allesamt am 30.11.2010 inhaftiert. Herr Rabe* äußerte, dass er gerne den Geschäftsbetrieb aufrecht erhalten hätte, was jedoch aus vorgenannten Gründen nicht möglich war.*

Am 05.12.2012 äußerte sich der Insolvenzverwalter Kaiser ähnlich wie zuvor sein Kollege Rabe*. Er berichtete weiter, dass die GFE-Group zum Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung über mindestens 131 Container verfügte, wobei die im Hamburger Hafen angelieferten 100 Container nicht eingerechnet sind. Außerdem sollen sich im Nürnberger Hafen weitere 20 Container befinden bzw. befunden haben. Unterm Strich wären also 251 Container im Besitz der GFE-Group.*

Hohes Gericht, ich brauche Ihnen hier sicher nichts weiter auszuführen, denn Sie wissen selbst wie viele BHKWs wir in diese

Container einbauen. Richtig wäre es gewesen, wenn der Insolvenzverwalter die Existenz dieser Container von den ermittelnden Behörden, sprich von der Staatsanwaltschaft, erfahren hätte. Dies bestätigte auch der Insolvenzverwalter Kaiser* am 05.12.2012. Er gab an, erst zu einem späteren Zeitpunkt seitens der Staatsanwaltschaft über die Eigentumsverhältnisse der BHKWs und Container informiert worden zu sein. So kam es dann, dass der Insolvenzverwalter viele BHKWs über die Firma Carus verkaufte und somit sich rechtswidrig am Eigentum Dritter bediente, was man volksläufig als Diebstahl bezeichnen darf. Weitere Ungereimtheiten ergeben sich in der Vorgehensweise der ermittelnden Behörden, insbesondere der Staatsanwaltschaft. Zu ordentlichen Ermittlungen hätte es auch gehört, wenn man die Firmeninhaber im Vorhinein befragt oder auch vernommen hätte. Dies unterblieb vollkommen.

Man zog es vor, direkt einzugreifen. Damit einhergehend musste die Staatsanwaltschaft wissen, dass sie einen immensen Schaden anrichten wird. Man setzte die GFE-Verantwortlichen fest und überließ die GFE-Group ohne Führung ihrem Schicksal und betrieb keine Sicherung des Betriebsvermögens und des Inventars, was im Nachhinein zu Plünderungen führte.

Was weiter sehr zu Lasten der Staatsanwaltschaft geht, ist die Tatsache, dass sie zwar monatelang vermutete, dass hier Kunden in Millionenhöhe betrogen werden, sie aber lange Zeit diesen Personenkreis ins offene Messer laufen ließ. Als sie aber dann durch die telefonische Abhöraktion den von der DEKRA bestätigten Termin Mitte Dezember 2010 für ein Langzeitgutachten erfuhr, griff sie kurzfristig ein. Man muss sich hier ernsthaft die Frage stellen, warum sie diese 14 Tage, nachdem sie ja sowieso schon lange Zeit verstreichen ließ, nicht

abgewartet hat, um einen hundertprozentigen Beweis der Schuld oder Unschuld zu erhalten.

Eigenartig ist auch die Tatsache, dass selbst die am 15.10.2012 getätigte Aussage der Kriminalhauptkommissarin Hanse-Müller nicht einen einzigen Beweis zum Vorschein brachte. Ihre Auslassung war gespickt mit Vermutungen und Hypothesen, gleich dem Bericht, den man seitens der Kripo der Staatsanwaltschaft lieferte. Die erneuten Aussagen der Kriminalhauptkommissarin Hanse-Müller* am 26.11.2012 bezogen sich immer nur auf die fast schon auswendig gelernten Polizeiberichte und deren Hinweise auf die Aktenlage. Im Laufe dieser Aussage stellte sich heraus, dass die Zeugin verantwortlich in der Leitung der damals am 30.11.2010 vollzogenen Aktion war.*

Auf die Frage, ob sie damals selbst bei dieser Durchsuchungs- und Verhaftungsaktion auf dem Firmengelände der GFE-Group zugegen war, antwortete sie mit NEIN. Diese Frage ergab sich aus ihren vorausgegangenen Antworten, da sie nicht sagen konnte, wie viele BHKWs und Container vorhanden waren. Sie behauptete nämlich, die GFE-Group hätte wohl nur deshalb eine „scheinbare“ Produktion gehabt, um Ermittlungen entgegen zu wirken. Auf die weitere Frage, ob sie denn wenigstens in der Folgezeit das Betriebsgelände in Augenschein genommen habe, antwortete sie ebenfalls mit NEIN. Sie gab auch zu, sich nicht einmal den von der Kripo gedrehten Film, der als Beweismittel von der Staatsanwaltschaft abgelehnt wurde, angeschaut zu haben. Sie hätte aufgrund der in diesem Film sichtbaren Anzahl der BHKWs, der Container und der unzähligen Maschinen und Büroräume leicht erkennen können, dass es sich niemals um, wie von ihr unterstellt, eine „scheinbare“ Produktion handelt.

Diese Kriminalhauptkommissarin ging von Anfang an von Betrug aus und hat in einem nicht unerheblichen Maße dazu beigetragen, dass die Ermittlungsarbeiten nur einseitig betrieben wurden. Was von solchen Ermittlungen zu halten ist, überlasse ich der Phantasie eines jeden selbst.

Zum Zeitpunkt der Prozessöffnung gab es nicht einmal eine Aussage von mir, die ich gerne abgegeben hätte, aber über fast zwei Jahre nicht tätigen konnte, weil man mich, trotz mehrerer Bitten meinerseits, nicht anhören wollte. Zu dieser Zeit befand ich mich schon fast zwei Jahre in U-Haft. Ich kann mich bis zum heutigen Tage des Gefühls nicht erwehren, dass man mich nur deshalb nicht vernommen hat, weil meine Aussage Eingang in die Ermittlungsakten gefunden hätte und damit für fast jedermann zugänglich gewesen wäre und meine wahrheitsgemäß getätigte Aussage passte zu diesem Zeitpunkt nicht in das Gesamtbild der ermittelnden Behörden.

Auch die drei Einbrüche auf dem Firmengelände der GFE-Group während meiner Haftzeit interessierte weder die Staatsanwaltschaft, noch die Gerichtsbarkeit. Der Insolvenzverwalter Kaiser berichtete am 05.12.2012 von diesen drei Einbrüchen in die Produktionshalle, die in der Zeit von Juni bis November 2011 stattfanden. Dabei wurden u.a. die in der Halle befindlichen BHKWs zerstört, indem man Zucker in die Tanks füllte, was zum Totalschaden führte. Laut dem Bericht der ermittelnden Behörden sind keine nennenswerten Schäden dabei verursacht worden. Meines Erachtens besteht zwischen einem nicht nennenswerten und einem Totalschaden ein beachtlicher Unterschied.*

Auf das Abbrennen einer kleinen von Herrn Karl Meyer genutzten Halle, in der sich zwei BHKWs befanden, die als Beweismittel hätten dienen können, will ich nicht weiter eingehen. Zuerst

nahm man Herrn Karl Meyer fest und steckte ihn in U-Haft und dann brannte seltsamerweise 14 Tage danach diese Halle ab. Merkwürdigkeiten ohne Ende.

Weiter will ich hier an dieser Stelle die zahlreichen Fehlhandlungen der Ermittlungsbehörden mitsamt der Staatsanwaltschaft nicht aufzählen, obwohl noch etliche vorhanden sind. Ich habe schon des Öfteren vergeblich versucht, diese dem Gericht näher zu bringen. Im staatsanwaltschaftlichen Plädoyer fiel ein Satz, der da war: „Wasser kann nicht brennen“. Das ist richtig und aus diesem Grund hält das hohe Gericht auch an den Grundsätzen der Naturgesetze fest, die es als unabdingbar ansieht. Sie werden staunen, denn auch ich bin davon überzeugt, dass es nicht veränderbare Naturgesetze gibt. Aber geht es in diesem Fall überhaupt darum? Ich sage nein und will das auch begründen.

Wasser kann nicht brennen – das ist soweit richtig. Kein Mensch würde auf die Idee kommen, mit einem Streichholz Wasser anzünden zu wollen. Dennoch wissen alle Feuerwehrleute dieser Welt, dass man brennendes Öl niemals mit Wasser löschen darf, denn Wasser kann nicht brennen, aber explodieren. Dabei wird eine Energie frei, wie sie sie lange im brennenden Öl suchen müssen. Das haben sich viele Forscher auf dieser Welt zu Nutze gemacht und entwickelten im Laufe der Jahre immer besser werdende Techniken und Motoren, die diese Energie zu nutzen in der Lage sind. Und nun bitte ich das hohe Gericht darüber nachzudenken, weshalb man niemals auf meine Worte einging, die ich bereits in meiner schriftlich abgegebenen Einlassung und in mehreren Erklärungen dem Gericht zum Ausdruck gebracht habe. Auch die ermittelnden Behörden haben dies niemals beachtet. Ich zitiere hier an dieser Stelle aus meiner Verteidigungsschrift, woraus heute zu erkennen ist, dass sich das

Gericht nur auf die Ergebnisse ihrer Gutachter verließ, jedoch die einfachste und simpelste Art und Weise völlig außer Acht ließ. Man fokussierte sich im gesamten Prozess nur auf die bei der GFE-Group erzielten Ergebnisse. Bei mir erweckte dies den Eindruck, dass man meine Aussage zu keiner Zeit ernst genommen hat. In meiner Einlassung ist folgendes in Zusammenhang mit einer Firma, die ein Treibstoff-Gemisch (25% Wasser und 75% Rapsöl) produziert, zu lesen. Es handelt sich hier eindeutig um das gleiche Mischungsverhältnis, wie es die GFE-Group nutzte. Ich zitiere: „[...] Im Augenblick läge der Fokus [...] bei einem Großprojekt in Malaysia. Dort sollen täglich mehrere Millionen Liter Kraftstoff mit Wasser gestreckt werden, was dann problemlos in üblichen Motoren verbraucht werden könne. Inzwischen sei die Technik auch soweit gediehen, dass es sich nicht mehr um eine Emulsion handeln soll, sondern um normal flüssigen Kraftstoff, der auch problemlos in herkömmlichen Dieselmotoren eingesetzt werden kann. Man hätte mehrere PKWs damit am Laufen. Übrigens: Die GFE-Group verwendete ausschließlich Dieselmotoren. [...]“

Weiter geht es in meiner Verteidigungsschrift: „[...] Außerdem wussten wir bereits im Vorfeld, dass wir nur Dieselmotoren hätten kaufen müssen, was wir ja sowieso taten, und uns die am Markt käuflich zu erwerbende Emulsion (Rapsöl-Wasser-Gemisch im Verhältnis 1:3) hätten bestellen können, was allerdings dazu geführt hätte, das alle Welt gewusst hätte, mit welchem Treibstoff wir arbeiten. Das hätte uns den Marktvorsprung gekostet. Aus diesem Grund haben wir selbst im „Geheimen“ geforscht und es ist uns ja schlussendlich gelungen. [...]“

Ergo, war uns schon von Anbeginn an eindeutig klar, dass wir jederzeit in der Lage sein werden, den Kunden die bestellten BHKWs mit allen von uns versprochenen technischen Daten, auch

den Verbrauchsdaten, zu liefern. Viele der von mir über Beweisanträge benannten möglichen Zeugen hätten dem Gericht diese Wahrheit näher gebracht. Aber diese Zeugen wollte das Gericht nicht hören. Hohes Gericht, gleichgültig, welchen handelsüblichen Dieselmotor sie auch erwerben, er wird die technischen Voraussetzungen erfüllen, die wir in unseren Prospekten angeboten haben. Die einzige Frage, die sich Ihnen stellen wird, ist die Frage nach dem Treibstoff. Wenn Sie sich den schon damals in Malaysia hergestellten Treibstoff besorgen und ganz normal in Ihren Tank einfüllen, dann läuft dieser Motor.

Die Zeugen Herr Dipl.-Ing. Ahlers und Herr Dipl.-Ing. Ritters bejahten am 01.10.2013 meine Frage, ob denn mit diesem Treibstoff (Gemisch 25% Rapsöl und 75% Wasser) jedweder Dieselmotor laufen könne. Sie bestätigten weiter, dass der Motor für einen solchen Betrieb nicht einmal umgerüstet werden muss.

Einem neuen Presse-Artikel vom Oktober 2013 ist zu entnehmen, dass dieser bzw. ein ähnlicher Treibstoff mittlerweile auch hier in Deutschland hergestellt wird. Es handelt sich hierbei um ein Diesel-Wasser-Gemisch im Verhältnis 50:50. Derzeit werden alleine in Deutschland täglich zigtausend Liter dieses Treibstoffes hergestellt, wobei schon weitere Produktionsstätten in Planung sind oder sogar schon aufgebaut werden. Natürlich können Sie jetzt sagen, es handele sich hier um Diesel, nicht um Rapsöl. Viele der hier gehörten Zeugen und auch die vom Gericht bestellten Sachverständigen haben bestätigt, dass Diesel ohne weiteres durch Rapsöl ersetzt werden kann, was auch dem hier erwähnten Artikel in der Presse zu entnehmen ist. Im Übrigen ist dieser Treibstoff nicht mehr als Emulsion anzusehen, es ist definitiv schon ein Treibstoff, der sich auch auf Dauer nicht mehr entmischt. Insofern ist der Vorwurf, wir hätten schon zu einem Zeitpunkt BHKWs verkauft, in der wir noch gar nicht wissen

konnten, ob wir die technischen Möglichkeiten überhaupt erreichen, völlig haltlos. Jeder Dieselmotor war geeignet unsere Versprechungen einzuhalten.

Hohes Gericht, Sie sollten noch wissen, dass zwischenzeitlich schon 300 LKWs mit diesem Treibstoff-Gemisch laufen. Selbst ein Zeuge, der schon langfristig ein derart betriebenes BHKW besitzt, wurde vom Gericht abgelehnt. Ach ja, da fällt mir noch ein, dass die Staatsanwaltschaft in ihrem Plädoyer davon sprach, dass ein Verbrauch von 0,135 l/kWh überhaupt nicht möglich sei. Wäre die Staatsanwaltschaft ihrer Pflicht einer objektiven unparteiischen und sorgfältigen Ermittlungsarbeit nachgekommen, dann könnte sie diese Aussage nicht treffen. In ihrem Plädoyer sprach die Staatsanwaltschaft von einem Verbrauch von 0,225 l/kWh Diesel, die der Hersteller unserer Deutz-Motoren aus China angab. Wenn wir von diesem Verbrauch ausgehen und weitere 10% aufrechnen, da es sich hier nicht um Diesel, sondern um Rapsöl handelt, dann verzeichnen wir einen wirklichen Verbrauch von 0,248 l/kWh Rapsöl. Da dieser Treibstoff nur zu 50% aus Rapsöl besteht, haben wir einen endgültigen Verbrauch von 0,124 l/kWh Rapsöl, der Rest ist Wasser. Auf der Grundlage des von der Staatsanwaltschaft angegebenen Verbrauchs erzielen wir hier ein noch weitaus besseres Ergebnis, als das, was hier vor Gericht bestritten wird. Und für diese Berechnung wäre nicht ein einziger Gutachter notwendig gewesen. Der Hersteller dieses Treibstoffes spricht auch noch von einer zusätzlichen Treibstoffersparnis weiterer 10%, die ich hier vollkommen unberücksichtigt lasse. Nicht zuletzt wurden diesbezüglich schon Verträge mit einem chinesischen Mineralölkonzern und einer Fluggesellschaft abgeschlossen. Weiter bekundet selbst das US-Verteidigungsministerium großes Interesse an diesem Treibstoff.

Anfangs hat man auch diese Treibstoff herstellende Firma nur verhöhnt und ihr Misstrauen entgegengebracht. Selbst und gerade hier in diesem Gerichtssaal. Wenn ich also mein diesbezügliches Wissen jedermann zugänglich gemacht hätte, dann wäre von heute auf morgen die GFE-Group ohne ein Alleinstellungsmerkmal dagestanden. Jedem Mitarbeiter und Kunden wäre es möglich gewesen, Dieselmotoren und den entsprechenden Treibstoff anderweitig einzukaufen. Diesen Marktvorteil wollte ich in keinem Falle aufgeben und aus diesem Grund gab es bei uns eine Forschungs- und Entwicklungsabteilung. Diese Abteilung hat innerhalb von gerademal 5-6 Monaten beachtliche Ergebnisse eingefahren, die hier vor Gericht mit Vehemenz bestritten werden.

Unsere „Alchimistenküche“, wie die Staatsanwaltschaft unsere Forschungs- und Entwicklungsabteilung verhöhrend betitelt, hat Ergebnisse erzielt, die mit mehreren Verbrauchs-Gutachten und Prüfberichten seitens des TÜVs und der DEKRA bestätigt wurden. Lediglich die Staatsanwaltschaft und das Gericht schenken diesen öffentlichen Institutionen keinen Glauben und verunsicherten sogar die hier gehörten Prüfer. Selbst die Prüfer der Zech Ingenieurgesellschaft GmbH wurden hier in Frage gestellt und das obwohl diese eine Prüfung vorgenommen haben, die zu einem Innovationspreis der Bundesrepublik Deutschland führte.

Mit anderen Worten: Seitens der Justiz ist man anscheinend bereit, all diese kompetenten Personen und Institutionen ins Abseits zu stellen, nur um hier ein Urteil fällen zu können. Auf die im Plädoyer der Staatsanwaltschaft gestellte verhöhrende Frage: „Ja, wo laufen sie denn?“ gebe ich dem hohen Gericht folgende Antwort: Überall auf dieser Welt laufen derartige Motoren. Man hat sie nur noch nie in Serie hergestellt, weil dies

bisher immer unterbunden wurde. Man hat uns in diesem Prozess niemals die Chance gegeben, dies durch Zeugen belegen zu lassen, trotz zahlreicher, durch uns gestellter Beweisanträge. Weiter hätte die Justiz dies durch sorgfältige Ermittlungsarbeit selbst erkennen müssen. Man sollte sich also nicht wundern, wenn hier Vorwürfe gegen die Justiz laut werden, die auf eine schlampige Ermittlungsarbeit hinweisen.

Jedem Bürger der Bundesrepublik Deutschland war und ist es möglich, über das Internet jedwede Information zu erhalten, was im Übrigen auch viele Kunden der GFE-Group taten. Darin ist auch der Grund zu finden, weshalb sich viele Kunden für ein Produkt der GFE-Group entschieden. Nur der Nürnberger Justiz war diese Art von Recherche, aus mir unbekannten Gründen, nicht möglich.

Die Staatsanwaltschaft gab zu bedenken, dass die GFE-Group sich nur auf das vermeintlich vorhandene Wissen des Entwicklers Herrn Karl Meyer stützte und somit wäre der gesamte Firmenkompex nur von einer einzigen Person abhängig gewesen. Sie dürfen mir schon etwas mehr zutrauen als das, was hier im Plädoyer der Staatsanwaltschaft wiedergegeben wird. Ich erwähnte bereits, dass ich über Alternativen verfügte. Die Problematik, auf die hier die Staatsanwaltschaft aufmerksam macht, ist lediglich der Tatsache zu entnehmen, dass die Forschungs- und Entwicklungsabteilung unter starkem Zeitdruck stand. Immerhin verlangte ich von Herrn Meyer, dass ein im Dezember 2010 terminiertes Langzeitgutachten erstellt werden müsse, um seinen schon in internen Tests gezeigten Erfolg bestätigen zu lassen. Wenn dies, aus welchen Gründen auch immer, nicht erfolgt wäre, dann hätte ich von der Möglichkeit der bereits erwähnten Treibstoffbesorgung Gebrauch gemacht. Die GFE-Group war zu keiner Zeit nur von Herrn Meyer abhängig.

Auf der anderen Seite muss ich jedoch eingestehen, dass Herr Meyer seine bzw. unsere hochgesteckten Ziele erreichte und mir das, aufgrund der Geheimhaltung unserer angewandten Technologie, tausend mal mehr entgegen kam. Weiter hat Herr Meyer entscheidenden Anteil an der Entwicklung des „ESS“ (Energy-Saving-System), wobei ich hier an dieser Stelle nur die Vorerwärmung und die Nanotechnologie als Bestandteil des „ESS“ erwähnen möchte. Uns immer wieder eine leere Blackbox vorzuwerfen ist der Sache selbst nicht dienlich, sondern nur albern.

Weiter wirft uns die Staatsanwaltschaft vor, wir hätten nur einen Betrieb ohne entsprechendes Fachpersonal aufrecht erhalten. Ich bin zum Einen davon überzeugt, dass wir mit den beiden von der Staatsanwaltschaft verhöhten Entwicklern eine sehr gute Ausgangsbasis hatten und zum Anderen brauche ich dem Gericht sicher nicht noch einmal aufzuzeigen, wie energisch wir entsprechendes Fachpersonal gesucht haben. Dies wurde u.a. auch von den Zeugen Kreise und Oder* bestätigt. Am 19.11.2012 erinnerte sich Herr Oder* noch daran, dass die GFE-Group sehr stark damit beschäftigt war, weiteres Fachpersonal zu suchen. In diesem Zusammenhang sprach er von einer Hausmesse, sowie von der damals im gesamten Nürnberger Stadtbereich stattgefundenen Plakataktion bzgl. der Anwerbung von neuem Personal. Die Staatsanwaltschaft hätte diese Riesenplakate während ihrer Ermittlungsarbeit selbst erkennen können, denn diese waren an den menschenreichsten Standorten der Stadt platziert. Des Weiteren konnten wir mit zunehmender Dauer auch immer mehr fachlich qualifizierte Personaleinstellungen nachweisen.*

Im Plädoyer behauptet die Staatsanwaltschaft weiter, die Vermittler hätten gleich zu Beginn ein Produkt verkauft, das es

noch gar nicht gab. Selbst eine Serienfertigung wäre für die Verkäufer noch nicht absehbar gewesen. Die Vermittler hätten sich weitaus besser informieren müssen, um dieses Produkt überhaupt verkaufen zu können. Ein Vorwurf, den ich hier der Staatsanwaltschaft unterstellen muss, denn sie hätte sich zumindest selbst soweit informieren können, wie es die Vermittler getan haben. Im Gegensatz zu der Staatsanwaltschaft haben die meisten Vermittler sich im Internet und bei fachkundigen betriebsfremden Personen schlau gemacht, erhielten seitens der GFE-Group jedwede Information und nahmen selbst die BHKWs in Augenschein, was auch mehrere Zeugen hier vor Gericht bestätigten. Ich habe Ihnen bereits erklärt, dass es dieses Produkt schon längst gab und das Gericht wird sicher nicht bestreiten wollen, dass es Anfang 2010 keine handelsüblichen Dieselmotoren gab. Alle Verkäufer konnten eine stetig wachsende Serienfertigung beobachten und wahrnehmen. Wenn in einer Halle mit ca. 50-70 Mitarbeitern an bis zu zehn Containern gleichzeitig gearbeitet wird, dann darf man das wohl als eine Serienfertigung bezeichnen. Ich will hier nur auf die Aussagen einiger weniger vor Gericht gehörten Zeugen aufmerksam machen. Am 26.11.2012 gab der Zeuge Herr Dambert* zu Protokoll, dass er mit dem Aufbau eines Systems zum Qualitätsmanagement beschäftigt war. Dieses EDV-Programm diene nur dazu, die Abläufe in der Produktion zu optimieren, womit eine Kapazitätserweiterung herbeigeführt werden sollte. Auch der Zeuge Herr Angler* betonte am 22.10.2012, dass es in der Produktion sehr wohl eine Serienfertigung gab und mit vielen Arbeitern zeitgleich an mehreren Containern gearbeitet wurde. Übrigens: Er gab weiter an, wie fast alle Mitarbeiter, die hier als Zeuge aussagten, dass er gerne in der GFE gearbeitet habe und niemals das Gefühl hatte, in einer „Scheinfirma“ tätig zu sein. Am 22.10.2012

bestätigte selbst der höchst kritische Zeuge Herr Fritz einen immer besser werdenden Container-Serienbau und die Lauffähigkeit der Motoren. Zum Anderen kann ich dem hohen Gericht nur versichern, dass die Vermittler allesamt – bis auf unser bereits hier im Gericht angesprochenes Betriebsgeheimnis – aufgeklärt wurden. Sie wussten also, dass wir mit Wasserbeimischung arbeiten, jedoch nicht, wie wir dies bewerkstelligen. Auch dass dieser Rapsöl-Wasser-Treibstoff anderweitig besorgt werden kann, wurde ihnen aus den bereits erwähnten Gründen nicht mitgeteilt. Weiter glaube ich hier sagen zu können, dass sich kein Verkäufer bis ins kleinste Detail über das von ihm verkaufte Produkt kundig machen kann. Selbst eine Bäckereiverkäuferin verkauft ihre Brot- und Backwaren, ohne über jedes Detail der Herstellung Bescheid zu wissen. Die Verkäuferin ist keine Bäckerin, sowie unsere Vermittler keine Techniker und Wissenschaftler sind. Keine Firma dieser Welt wird ihr „Geheimnis“ bis ins kleinste Detail preisgeben, selbst nicht den eigenen Verkäufern. Coca-Cola dürfte an dieser Stelle das beste Beispiel sein. Kein Mensch kennt das Rezept und dennoch gibt es Millionen Menschen, die Coca-Cola verkaufen. Im Übrigen sollte man nicht mit Steinen werfen, wenn man im Glashaus sitzt, denn selbst die uns hier ermahnende Staatsanwaltschaft handelt nicht anders. Sie nimmt Personen nur aufgrund eines Verdachts fest, ohne wirklich zu wissen, ob diese Personen sich wirklich schuldig gemacht haben und dennoch versucht sie mit Vehemenz dem Gericht die Schuld der Angeklagten zu verkaufen.*

Wenn ein Verkäufer eine unrichtige Behauptung von sich gibt, macht er sich in gewissen Fällen strafbar. Anders sieht es da bei der Staatsanwaltschaft aus. Sie kann unentwegt falsche Behauptungen aufstellen, ohne dass sie jemals dafür zur Verantwortung gezogen wird. Damit fügt sie vielen Menschen einen immensen Schaden zu, den ich hier nicht näher zu

erläutern brauche. Wenn sich also die Verkäufer aller Branchen so schlau machen müssen, dass ihnen niemals ein Irrtum unterläuft, dann darf und sollte man das Gleiche von der Justiz erst recht erwarten können. Im Gegensatz zu den Verkäufern verfügt die Staatsanwaltschaft jedoch über weitaus mehr Möglichkeiten, sich das Wissen um Schuld oder Unschuld anzueignen.

Das von ihr abgegebene Plädoyer zeigt in beeindruckender Weise, dass sie uns bis zum heutigen Tage diesen Nachweis schuldig geblieben ist. Wenn sie, wie es die Staatsanwaltschaft unaufhörlich tat, in ihrem Plädoyer schon auf beleidigende und verhöhnende Scheinargumente zurückgreifen muss, dann zeugt dies nicht unbedingt von Stärke, Sicherheit und Seriosität.

Übrigens: Unsere Verkäufer verkauften zu günstigen Preisen eine gute Ware – die Staatsanwaltschaft verlangt für ihre schlechte Dienstleistung utopische, realitätsfremde Preise in Form von Strafen. Strafen, die in keinsten Weise im Verhältnis zu den erhobenen Vorwürfen stehen. Wo sind denn eigentlich die gegen uns erhobenen Vorwürfe nur im Ansatz bewiesen? Ich sage es Ihnen: Nirgendwo, denn ...

... die GFE-Group bewarb ein treibstoffreduziertes BHKW, dass nachweislich nur aus einem herkömmlichen Dieselmotor und einem Generator bestand. Hierin dürfe kein Straftatbestand zu finden sein.

... die GFE-Group verkaufte rechtmäßig erworbene BHKWs nach Veredelung, gemeint ist hier das „ESS“, an Einzelpersonen weiter. Von einem Straftatbestand kann auch hier nicht gesprochen werden.

...die GFE-Group schloss mit den Käufern einen Pachtvertrag über die Nutzung der BHKWs ab. Auch hier liegt wieder kein Straftatbestand vor.

...die GFE-Group baute die gepachteten BHKWs im eigenen Produktionsbetrieb zu größeren Einheiten in Container zusammen und schloss mit den Energieversorgern im Rahmen der zu diesem Zeitpunkt gültigen EEG-Gesetzgebung Verträge ab. Von einem Straftatbestand sicher weit entfernt.

...die GFE-Group betreibt und unterhält die BHKW-Container auf gemieteten Stellplätzen und zahlte bis zum 30.11.2010 an alle Vertragspartner die vereinbarten Pacht- und Mietzinsen. Ein ganz natürlicher geschäftlicher Vorgang und weit weg von einem Straftatbestand.

Im Übrigen hatte die GFE-Group im Oktober 2010 eine außerordentliche Steuerprüfung ohne irgendeine Beanstandung seitens der prüfenden Finanzbehörde. Es gibt und gab also niemals einen Grund, uns alle hier zu beschuldigen und schon gar nicht, uns für eine Tat, die niemals begangen wurde, mit derartigen Strafen abzuurteilen.

Meines Erachtens sind alle eingeleiteten Maßnahmen, die zur Stilllegung der GFE-Group führten, ein Verstoß gegen geltendes Recht. Die Staatsanwaltschaft sollte sich auch in Nürnberg nicht darüber hinwegsetzen dürfen.

Wenn weiter die These aufgestellt wird, dass Herr Andreas Walter uns die Verbrauchsdaten mit auf den Weg gab, so bestreite ich dies nicht. Sie können jedoch versichert sein, dass meine Recherchen auf diesem Gebiet derart intensiv waren, dass der Verkauf und die Produktion der von uns angebotenen BHKWs sichergestellt waren. Ich sprach bereits darüber, dass hier jeder handelsübliche Dieselmotor die Voraussetzungen erfüllte. Und*

genau diese Tatsache hätte schon vom Schreibtisch aus seitens der Behörden ermittelt werden können. Auch hier gilt, dass von jedem diese Werte aus dem Internet zu entnehmen sind, vermeintlich nicht von der Justiz.

Dann will man mir doch wohl nicht im Ernst unterstellen, ich hätte, um einige Millionen einzusammeln, derart hohe Investitionen in Millionenhöhe und Aktivitäten unternommen, um mich rechtswidrig zu bereichern. Hohes Gericht, wenn das der Fall gewesen wäre, dann hätte ich, aufgrund des hohen Bestelleingangs, im August/September 2010 weitere 300 bis 500 Millionen Euro einsammeln können und sie wären meiner nicht mehr habhaft geworden. Ich würde mit meiner Frau ein sorgenfreies Leben an einem sonnigen unbekannten Ort führen.

Stattdessen soll ich für meine Redlichkeit bestraft werden. Mein Ansinnen war es immer, den Kunden mit dem Produkt der GFE-Group einen besseren Lebensstandard zu ermöglichen. Niemals zuvor habe ich mit irgendeinem Produkt Menschen betrogen und es lag mir fern, dieses jemals zu tun.

Seitens der Staatsanwaltschaft empfinde ich es als eine bodenlose Frechheit, mir, wie im Plädoyer wiedergegeben, eine hohe kriminelle Energie zu unterstellen. Es gibt definitiv keinen einzigen Grund, solche Unterstellungen hier vor Gericht zu tätigen, es sei denn, man will damit die Gerichtsbarkeit und die anwesenden Zuschauer beeinflussen.

Bei allem was mir lieb und heilig ist, bringe ich hiermit zum Ausdruck, dass ich niemals, auch nicht im entferntesten Sinne, eine Betrugsabsicht hegte. Meiner Frau stehen oft die Tränen in den Augen. Sie hat panische Angst vor der uns bevorstehenden Altersarmut, in die die Staatsanwaltschaft uns mit ihrer Vorgehensweise verbracht hat. Meiner Frau diese Ängste zu

nehmen – ein Wunsch von mir, der im schlimmsten Falle niemals in Erfüllung gehen wird. Ich bin schon so weit, mich für mein Heimatland zu schämen.

Tragisch dabei sind jedoch die heuer aufkommenden Gedanken, die ich Ihnen nicht verheimlichen möchte. Es gibt Tage, an denen wünschte ich, ich hätte die mir zur Last gelegte Tat wirklich begangen. Meine Frau und ich hätten diesen Leidensweg nicht durchlaufen müssen und wenn man uns dennoch gefasst hätte, dann wüssten wir wenigstens wofür wir hier bestraft werden.

In meiner Einlassung habe ich Ihnen unzählige Gründe geliefert, weshalb Sie in diesem Fall von einer rechtschaffenen und rechtmäßigen Firma ausgehen können. Wäre ich ein Betrüger, dann hätten Sie sicherlich Geldflüsse erkannt, die einen Betrugstatbestand rechtfertigen würden.

Am 12.03.2013 sagte die Hauptbuchhalterin der GFE-Group, Frau Andrea Davelow*, aus, dass es innerhalb der GFE-Group niemals unstimmige Transaktionen gab. Sie bestätigte auch, dass ich niemals auch nur eine einzige Überweisung oder Buchung selbständig ausgeführt habe. Von irgendwelchen finanziellen Verschleierungen könne keine Rede sein, diese wären ihr sofort aufgefallen. Selbst im privaten Bereich konnte die Staatsanwaltschaft keine rätselhaften Transaktionen ermitteln.

Man hat es sich seitens der Staatsanwaltschaft so einfach wie möglich gemacht. Die damalige Anklageschrift ist mehr oder weniger nichts anderes gewesen, als die Umformulierung des vorverurteilenden Polizeiberichts. Ich frage mich, ob sich die Staatsanwaltschaft überhaupt der Mühe unterzogen hat, eigene Ermittlungen anzustellen, außer dass man unter unzähligen beschlagnahmten Unterlagen, die samt Server und anderer Speichermedien, lastwagenweise beschlagnahmt und zur Polizei

verbracht wurden, nur diese herausgesucht hat, die einen vermeintlich belastenden Charakter aufweisen. Selbst die Leiterin der polizeilichen Ermittlungen hat es niemals für nötig empfunden, das Firmengelände der GFE-Group selbst in Augenschein zu nehmen, was sie ja auch hier vor Gericht bestätigte. Und dennoch hat man es nicht sich nehmen lassen, in allen Berichten von einem Scheinbetrieb zu sprechen, was die Staatsanwaltschaft genauso übernahm.

Auch die Ermittlungen sprechen nicht die Sprache, die man von einem Rechtsstaat erwarten darf. So hat eine einzige Anzeige ausgereicht, um Ermittlungen aufzunehmen – und das, obwohl der Anzeigenerstatter angab, dass er nicht genau sagen könne, ob es sich hier um Betrug handele und er konnte auch keinen einzigen Geschädigten benennen.

Was man dann unter Ermittlungen verstand, war anfänglich nur der Versand von einigen Briefen mit Fragen zu unserer Technologie an Konkurrenten der GFE-Group, die in keinsten Weise darüber hätten Auskunft geben können. Man berief sich dann seitens der Befragten logischerweise nur auf eine scheinbare Unmöglichkeit. Kein einziger wirklicher Fachmann wurde befragt. Dementsprechend fiel auch das Ergebnis aus. Kein einziger Beamter der Kriminalpolizei oder der Staatsanwaltschaft hat es jemals für nötig empfunden, direkt bei der GFE-Group vor Ort vorzusprechen. Anscheinend ist eine Ermittlungsarbeit vom Schreibtisch aus weitaus bequemer. Ohne wirklich über die Technologie informiert gewesen zu sein, hat man seitens der Justiz mit diesem Nichtwissen recherchiert und erhielt dann auch logischerweise immer unzutreffende Informationen. Statt intensiver zu ermitteln, hat man sich entschlossen, aufgrund der erzielten Falschinformationen die GFE-Group zu überwachen, nicht zuletzt in der Absicht sie über

kurz oder lang „hochzunehmen“, wie man es im Volksmund auszudrücken vermag. Wenn man nur aus dem Schreibtischstuhl heraus ermittelt und agiert, dann hätte man zumindest erwarten dürfen, dass intensiv im Internet recherchiert wird. Das blieb jedoch ebenfalls aus. Hätte man von diesem Medium objektiven Gebrauch gemacht, dann hätte man schnell erkannt, dass das Produkt, welches die GFE-Group anbot, keine Erfindung dieser selbst und schon längst auf dem Markt vorhanden war. Dass es für diese Technologie bereits einen von der Bundesrepublik Deutschland vergebenen Innovationspreis gab, wäre dann sicher auch dem letzten Beamten der Ermittlungsbehörde aufgefallen.

Im Nichtwissen darüber, hat man sich dann entschlossen, die GFE-Group und deren Macher wegen bandenmäßigem Betrug festzusetzen. Auch hier im Gerichtssaal verbesserte sich die Vorgehensweise der Behörden und damit die Lage der Beschuldigten nicht.

Mir wird aufgrund der Ablehnungen des hohen Gerichts unterstellt, ich hätte durch meine Beweisanträge nur Zeugen laden lassen wollen, die für dieses Gericht als Beweismittel ungeeignet erscheinen. Völlig unverständlich, selbst für jeden Außenstehenden. Im Gegensatz zu den vom Gericht geladenen Zeugen und bestellten Sachverständigen hätten aber genau diese Zeugen die Wahrhaftigkeit der technologischen Entwicklung beweisen können. Die von der GFE-Group angebotene Technologie ist genau deren Fachgebiet und kann von mehreren Universitäten bestätigt werden. Die sogenannten Sachverständigen des Gerichts gaben im Prozess selbst klar zu erkennen, dass sie diese Technologie nicht kennen und dennoch werden sie vom Gericht anerkannt und als das „Non plus Ultra“, das einzig Wahre angesehen und bewertet.

Umso erstaunlicher ist es, dass sich das Gericht in einigen Ablehnungen von Beweisanträgen in der Form äußert, dass eine Täuschung durch die Beschuldigten sich nur auf die Effizienz der Motoren bezieht. Warum ist also das Gericht nicht auf meine diesbezüglichen Erklärungen eingegangen, welche ich hier schon erwähnt habe? Die Effizienz der Motoren hätte bereits nach wenigen Verhandlungstagen festgestellt werden können, ohne einen einzigen Gutachter hinzuziehen. Man lud von Anfang an nur ehemalige Kunden der GFE-Group in den Zeugenstand, ohne vorher geprüft zu haben, ob denn hier wirklich ein Betrugsfall vorliegt. Das Gericht unterstellte uns somit schon im Vorfeld einen Betrug. Richtig wäre gewesen, uns erst mal den Betrug zu beweisen und erst dann die sogenannten Geschädigten zu laden, um festzustellen, ob auch die Vermittler von dem uns nachgewiesenen Betrug wussten. Das wäre zumindest für mich, als juristischem Laien, nachvollziehbar gewesen. Umgekehrt, wie geschehen, ergibt das für mich keinen Sinn.

Wenn das Gericht dann den Aussagen von zwei Sachverständigen, die mit amateurhaften Werkzeugen (Küchenmixer, Bratenthermometer etc.) ihre Gutachten erstellten, eine Alleingültigkeit zumisst und sich auf der anderen Seite verweigert, fachkundigen Professoren aus diesem Metier Beachtung entgegen zu bringen, dann wird sich wohl jeder Bürger der Bundesrepublik Deutschland die Frage stellen dürfen, wie weit es mit unserem Rechtssystem schon gekommen ist. Ich will den beiden eingesetzten Sachverständigen nicht zu nahe treten, denn sie sind mit Sicherheit Fachleute auf ihrem Gebiet.

Zu Herrn Dipl.-Ing. Stubber ist zu sagen, dass er sich in der Vergangenheit nur mit gasbetriebenen BHKWs beschäftigte, was er auch klar zum Ausdruck brachte. Er ist oder war für den TÜV-Rheinland tätig, in dessen Namen er auch als Gutachter auftrat.*

Befremdlich ist allerdings der Umstand, dass genau dieser TÜV-Rheinland über eine Abteilung verfügt, die mit Wasserbeimischung in Motoren experimentiert. In diesem Bereich arbeitet der TÜV-Rheinland mit einem Professor zusammen, den ich das Gericht bat zu laden. Immerhin wurden dort schon beachtliche Erfolge erzielt, die auch zu einem Patent führten. Das Gericht hat diesen fachkundigen Professor, trotz eines von mir gestellten Beweisantrages, nicht akzeptiert. Stattdessen wurde ein Sachverständiger desselben TÜVs, der lt. eigenen Aussagen noch nie mit Wasserbeimischung zu tun hatte, von der Gerichtsbarkeit bevorzugt. Bis heute ist mir völlig unklar, weshalb man eine solche Entscheidung traf.

Bei dem zweiten Sachverständigen Herrn Prof. Dr. Ing. Wiesner, der sicher über ein großes Wissen im Bereich der Thermodynamik verfügt, verhält es sich ähnlich. Auch er gab zu, mit Wasserbeimischung noch nie in Berührung gekommen zu sein. So gab er logischerweise nur sein Lehrstuhlwissen zum Besten, was mehr oder weniger zu Irritationen führte, die bis zum heutigen Tag bestehen.*

Dann sprach die Staatsanwaltschaft noch von einem fehlenden langfristigen Vertrag bzgl. des Rapsöls. So wurde die Frage nach einem langfristigen Rapsölliefervertrag schon in meiner Einlassung wie folgt beantwortet. Ich zitiere: „[...] Solange wir nur ein paar Container am Netz hatten und das in unmittelbarer Umgebung, war es nicht vonnöten, hier über große Vertragsgestaltungen nachzudenken. Vielmehr hatten sich Herr Dipl.-Ing. Klaus und Herr Dr. Knetsch* sehr intensiv um das Beibringen großer Rapsölmengen gekümmert. So gab es sehr wohl weitreichende Planungen, die auch mit Lieferungen durch Übersee-Tankschiffe einhergingen. Es gab Firmen, [...], die hätten lieber heute als morgen mit uns Verträge abgeschlossen und*

gerne die komplette Logistik der Betankung bundesweit aufgestellter Container übernommen. Dies waren jedoch so weitreichende Entscheidungen, die ich nicht kurzfristig und übereilt treffen wollte und konnte. Nicht zuletzt auch deshalb, weil ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen konnte, wie weit wir unseren Rapsölverbrauch noch senken können [...] dann wären wir in Verträgen gebunden, die eine große Abnahme von Rapsöl garantieren sollten [...] Insofern blieb uns erst mal nichts anderes übrig, als ein wenig abzuwarten und sich bis dahin der regionalen Rapsöl-Anbieter zu bedienen, was keine Probleme bereitete. Es war allerdings gewährleistet, relativ kurzfristig große Mengen von Rapsöl zu erhalten.

Was die Garantie des Rapsöl-Preises angeht, so haben wir dies nur am Anfang mit unserem ersten Modell veranschaulicht. Uns war doch von vornherein klar, dass wir im Laufe der Zeit immer weniger Rapsöl benötigen würden – also konnten wir ohne Probleme eine solche Garantie aussprechen [...] In der Folge war der Rapsöl-Preis für unsere Kunden kein Thema mehr, da durch die Pachtverträge das Betreiberrisiko auf uns überging. [...]“ Merkwürdig ist, dass in meinem Büro im GFE-Verwaltungsgebäude ein kompletter Ordner vorhanden war, der sich mit dieser Thematik befasste und nicht in den Ermittlungsakten zu finden ist. Hierin befanden sich Dokumente und Prospekte einer international agierenden Firma, die für die GFE-Group die gesamte Belieferung und Logistik mit Rapsöl erledigen wollte. Leider sind mir der Name dieser Firma und auch der Name unseres Gesprächspartners nach nunmehr drei Jahren nicht mehr in Erinnerung. Herr Dipl.-Ing. Klaus* kann Ihnen sicher Auskunft darüber geben, denn er hat die diesbezüglichen Gespräche geführt. Wahrscheinlich befindet sich dieser Ordner noch in den Händen der ermittelnden Polizeibehörde oder aber man hat ihn gar nicht erst beschlagnahmt, aus welchen Gründen auch immer.

Im Übrigen lagen mir auch tatsächlich mehrere Angebote für den Kauf diverser Rapsölmühlen vor. Auch hier konnte und wollte ich eine diesbezügliche Entscheidung konnte aus wirtschaftlichen Gründen zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht treffen. Das erklärte ich ausführlich in meiner schriftlichen Einlassung. Die Unsicherheit bzgl. einer vorzeitigen Vertragsgestaltung lag nicht nur im Bereich der wirtschaftlichen Gegebenheiten, sie resultierte auch aus politischen Gesichtspunkten bzgl. des sich immer wieder von Regierenden in Frage gestellten EEGs. Wir wären von dem, vom Gericht immer wieder zitierten, schwankenden Rapsölpreis unabhängig geworden, da wir uns dann dieses selbst hätten herstellen können. Auch diese mir vorgelegten Angebote suche ich vergeblich in den Ermittlungsakten.

Leider haben die Zeugen Herr Dassler und Herr Zehner* von ihrem Recht der Aussageverweigerung Gebrauch gemacht, denn ansonsten hätten sie dem hohen Gericht den Wahrheitsgehalt meiner Aussage bestätigen können, da zumindest immer einer dieser Herren bei diesbezüglichen Gesprächen mit den Anbietern von Rapsölmühlen zugegen war.*

Dann stellte die Staatsanwaltschaft innerhalb ihres Plädoyers fest, dass Deutschland das führende Industrieland bzgl. des Automobilbaus ist. Diese hätten unzählige Fachkräfte und es wäre doch sehr verwunderlich, dass ausgerechnet die GFE-Group nun mit einem von ihr sogenannten „Wundermotor“ daher käme. Die Errungenschaften der Technik wurden in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten meist von Einzelpersonen und nicht von großen Konzernen erfunden. Das lässt sich in der einschlägigen Literatur verfolgen. Viele Menschen mussten hierfür schon ihr Leben lassen oder verschwanden für viele Jahre im Gefängnis. Ich will und kann nicht bestreiten, dass die großen

Automobilhersteller viele Weiter- und Neuentwicklungen der bestehenden Technologie auf den Markt brachten. Dies allerdings immer im Einklang mit industriellen, politischen und wirtschaftlichen Interessenlagen.

Die GFE-Group hat sich mit diesen Interessengruppen nicht beschäftigt, was ihr zum Verhängnis wurde. Außerdem hat die Staatsanwaltschaft es bis heute nicht wahrgenommen, dass nicht wir, die GFE-Group, der Erfinder dieser von uns angebotenen Technologie waren und sind. Wir haben lediglich, wie bereits beschrieben, die vorhandenen Möglichkeiten genutzt, um diese Technologie für jedermann wirtschaftlich interessant zu gestalten. Das Verbauen von mehreren BHKWs in Container dürfen wir uns auf die Fahne schreiben.

Auf Ihre eventuell aufkommende Frage, weshalb Herr Meyer dennoch ein Patent angemeldet hat, habe ich bereits in meiner schriftlichen Einlassung Stellung bezogen.

Ich bin zwischenzeitlich mehr als betrübt und entsetzt darüber, wie dieser Prozess das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland offenbart. Da ich die mir vorgeworfene Tat niemals begangen habe, glaubte ich gleich nach meiner Inhaftierung, dieses Rechtssystem sei dazu fähig, diesen Irrtum relativ schnell zu erkennen und ich wäre schnell wieder auf freiem Fuß, um die Firmengruppe GFE mit Erfolg weiterführen zu können. Nicht mal im Traum konnte ich mir vorstellen, wie dieses Rechtssystem verfährt, wenn es darum geht, nicht erwünschte Personen oder Produkte vom Markt zu entfernen. Mittlerweile befinde ich mich schon weit mehr als drei Jahre unschuldig in Untersuchungshaft und muss feststellen, dass sich die Gerichtsbarkeit des Landgerichts nur auf den Betrugsvorwurf konzentrierte und in keinsten Weise Interesse an der Wahrheitsfindung zeigte, was ja sogar von einem der hier anwesenden Richter ganz konkret in

den Raum gestellt wurde. Das Gericht lud nur Zeugen, die rein gar nichts zu dem gegen uns erhobenen Vorwurf aussagen konnten. Durch geschickte, aber meines Erachtens unfaire Fragestellung hat man versucht, diesen Zeugen Aussagen zu entlocken, die auf einen Betrugsfall deuten könnten.

Ich habe dem hohen Gericht eine 358-seitige Verteidigungsschrift vorgelegt, die bis zum heutigen Tage von keinem der hier gehörten Zeugen widerlegt wurde. Von Anbeginn an legte ich großen Wert darauf, dem Gericht den tatsächlichen Sachverhalt wahrheitsgemäß zu schildern. Da dies jedoch zu Lasten der Staatsanwaltschaft ging, musste ich innerhalb des Prozesses erkennen, dass meine Glaubwürdigkeit als Beschuldigter gleich auf Null gesetzt wurde. Ich habe mich während des ganzen Prozesses hier im Gerichtssaal nicht ein einziges Mal als vollwertig ernst genommener Mensch gefühlt.

Im Verlaufe dieses Prozesses habe ich durch meine vielen schriftlichen Erklärungen und Beweisanträge versucht, das Gericht auf alle Details hinzuweisen, die im Eifer des Gefechts unerwähnt blieben oder falsch dargestellt wurden. Dennoch wurde der Wahrheitsfindung kein großer Wert beigemessen.

Dies ist umso tragischer, da es in diesem Fall nicht nur um mich geht. Seit Anbeginn meiner Inhaftierung wurden tausende von Menschen finanziell geschädigt, die dadurch zum großen Teil ihre Existenzgrundlage verloren haben. Vielen der damals angestellten und freiberuflichen Mitarbeitern lastet noch heute die ihnen dadurch erlittene Arbeitslosigkeit an. Mir ist die Zahl nicht bekannt, aber ich weiß von einer Vielzahl, deren Ehen und Familien zerrüttet wurden. Menschliche Schicksale, die in einem mir bekannten Fall zu einem Suizid führten, sind das Ergebnis dieser vom Rechtssystem zugelassenen Vorgehensweise. Wie

lange diese vielen Menschen mit einem Trauma zu kämpfen haben, kann niemand mit Bestimmtheit sagen.

Ungeachtet dessen, dass man damit mein Lebenswerk zerstört hat, kann ich nur sagen, dass es mir aufrichtig leid tut, was all diesen Menschen widerfahren ist. Das wäre wirklich nicht nötig gewesen, wenn das Gericht den Geschäftsbetrieb der GFE-Group nach meiner Inhaftierung weiter zugelassen hätte. Hier hat man mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Hätte die Staatsanwaltschaft am 30.11.2010 nicht eingegriffen, dann gäbe es bis zum heutigen Tage keinen einzigen Geschädigten und schon mehrere tausend in Betrieb befindliche umweltfreundliche BHKWs.

Gut und gerne hätte ich noch etliche Beweisanträge stellen können – aber ich bin ehrlich - ich bin durch das immerwährende Ablehnungsverhalten dieses Gerichts müde und mürbe geworden. Immerhin wurden mehr als 100 seitens der Verteidigung gestellte Beweisanträge abgelehnt. Erinnern kann ich mich sehr genau an den 81. Verhandlungstag. Ich verlas einen meiner an diesem Tage eingereichten Beweisanträge. Als ich den Namen eines Ministerpräsidenten verlas, beobachtete ich im Augenwinkel den Griff eines Richters nach dem Gesetzbuch. Ich konnte mich des Gefühls nicht erwehren, dass man schon nach einem Ablehnungsgrund suchte, zu einem Zeitpunkt, in dem ich meinen Beweis Antrag noch nicht einmal begründet hatte. Beim Verlesen vieler Beweisanträge der anderweitig Beschuldigten vernahm ich häufig ein „Grinsen“ in den Gesichtern der Richter. Sofort war mir klar, dass dies wieder ein Beweis Antrag ist, der mit hundertprozentiger Sicherheit abgelehnt wird. Es mag sein, dass ich die Regungen der Richter hier falsch interpretiere, aber ich bitte das hohe Gericht zu beachten, wie sich derartige Begebenheiten auf einen hier Beschuldigten auswirken. Da auch die Befangenheitsanträge

nicht den erwünschten Erfolg erbrachten, sehe ich mittlerweile keinen Sinn mehr darin, dieses Gericht von meiner Unschuld durch weitere Beweisanträge zu überzeugen. Hätte ich mich in den vergangenen drei Jahren untätig in meiner Gefängniszelle aufgehalten, dann wäre ich heute genauso weit, wie ich es heute bin. Genauso gut hätten Sie mich schon am ersten Tag aburteilen können.

Es verwundert mich nicht mehr, dass es im entsprechendem Umgang mit diesem Rechtssystem eine Menge Unschuldige gibt, die am Ende so mürbe sind, dass sie ein unehrliches Geständnis ablegen, nur um sich nicht weiter den Repressalien der Justiz ausgesetzt zu sehen. Dieser Umstand war mit drei Teilgeständnissen auch hier im Gerichtssaal zu erkennen. Aus diesem Grund werde ich auf die sogenannten Teilgeständnisse der Beschuldigten Teichmann*, Klaus* und Schüsner* nicht eingehen, da ein jeder dieser Herren dies mit sich selbst ausmachen muss.

Ein paar Worte zu den betreffenden Anwälten kann ich mir jedoch nicht verkneifen. Es ist meines Erachtens in Ordnung, wenn ein Anwalt seinen Mandanten aus der Schusslinie der Gerichtsbarkeit ziehen will. Er sollte sich jedoch hüten, in diesem Zusammenhang andere Beschuldigte für das Verhalten seines Mandanten verantwortlich zu machen, was hier in einem Falle geschehen ist. Die Aussagen vom Rechtsanwalt des Herrn Klaus* haben mich in positiver Weise erstaunt. Er ist sachlich geblieben und hat im Einzelnen die Beweggründe seines Mandanten aufgeführt, die zu dessen Entlastung führen können. Beim Anwalt des Herrn Teichmann* war das Plädoyer anders gelagert. Er versuchte das sogenannte Teilgeständnis seines Mandanten zu rechtfertigen, indem er hierfür andere Personen verantwortlich machte. Hätte er die Ermittlungsakten und die

Aussage der Ehefrau des Beschuldigten berücksichtigt, dann hätte er ein solches Plädoyer nicht abgeben dürfen. Der Rechtsanwalt des Herrn Schüsner* hat ein Plädoyer geführt, das man mehr als ein „Luft ablassen“ und eine Selbstdarstellung bezeichnen kann. Nicht nur, dass er versuchte, hier einen „Rundumschlag“ auszuführen, nein, er handelte hier sicher auch nicht im Sinne seines Mandanten, da dieser über die gesamte Tätigkeitszeit bei der GFE-Group vom Produkt überzeugt gewesen ist. Dieser Anwalt, den ich hier im Gericht nur ab und zu wahrnahm, erlaubte sich Umstände erneut in Frage zu stellen, die seit geraumer Zeit innerhalb des Prozesses als erwiesen angesehen werden. Zumindest ist den Ablehnungsbeschlüssen des Gerichtes derartiges zu entnehmen. Ungeachtet, dass dieser Anwalt damit seinen Kollegen in den Rücken fiel, steht es ihm meines Erachtens nicht zu, über Schuld oder Unschuld der Mitbeschuldigten Aussagen zu treffen, zumal er nur sehr selten hier vor Gericht anwesend war und somit keinen kompletten Überblick haben konnte. Meines Wissens sind hierfür nur die Richter zuständig. Wenn er sich auch noch derart aufstellt, mich in die Ecke eines wahrscheinlich Schizophrenen zu stellen, so sehe ich dies als eine persönliche Beleidigung meiner Person an und erwarte von ihm eine diesbezügliche Entschuldigung.

Auch wenn dieser Schaden nicht von mir verursacht wurde, so habe ich meine Haftzeit dazu genutzt, für das Recht aller Geschädigten zu kämpfen. In den vielen Tagen, Wochen, Monaten, ja sogar Jahren, habe ich nichts unversucht gelassen, um der Gerechtigkeit den richtigen Platz einräumen zu wollen. Ich fühlte mich während dieser ganzen Zeit von den Justizbehörden nur ignoriert.

Schon alleine die „Behandlung“ meiner Frau seitens der Justiz war für mich ein Spiegel dessen, zu welchen Mitteln man in

diesem Rechtssystem greift, um am Ende die vielen Fehlhandlungen der Justiz zu überspielen. Meine Ehefrau musste mehr als zwei Jahre unschuldig in Untersuchungshaft verbringen, bis man endlich erkannte, dass sie in keinsten Weise der Geschäftsführung zuzuordnen war. Ein Umstand, der nach ihrer Festnahme innerhalb weniger Stunden hätte geklärt werden können bzw. müssen. Sie war sozusagen Opfer einer miserablen Ermittlungsarbeit, die nur den Inhalt hatte, ihr mit aller Gewalt eine Schuld zuzuweisen. Bis zum heutigen Tage wurde meine Ehefrau für diese menschenunwürdige Gefangenschaft nicht entschädigt. Sie hätte niemals ein Gefängnis von innen sehen dürfen und müssen. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mit der Inhaftierung meiner Ehefrau haben Sie mir ein größeres Leid zugefügt, als mit meiner eigenen Haft.

In diesem Verfahren wurden weiter viele entlastende Umstände nicht zur Kenntnis genommen, was ich in meiner schriftlichen Erklärung am 09.01.2014 zum Ausdruck brachte. Auf all das hier nochmals einzugehen, liegt mir fern, denn ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, dass ich in diesem Prozess nicht als ehrlicher Mensch gesehen werde und man mir gar nicht wirklich zuhört. Nur die „allwissende“ und „unfehlbare“ Staatsanwaltschaft wird seitens des Gerichtes ernst genommen, was auch aus vielen Verfügungen entnommen werden kann.

Bekanntlich gab es erst dann Geschädigte, nachdem die Staatsanwaltschaft dafür Sorge trug, dass keinem Kunden mehr die versprochenen Leistungen ausgezahlt werden konnten.

Übrigens: Wussten Sie, dass ich über meine Website einen Aufruf gestartet habe, es sollen sich alle Personen melden, die vor dem Zugriffstag seitens der GFE-Group geschädigt wurden? Ich war mir sicher, dass sich hier niemals jemand melden würde, denn für uns war jeder einzelne Kunde ein Vertragspartner und diese

Verträge wurden von uns immer pünktlich bedient. Jeder einzelne Kunde hat indirekt am Aufbau dieser Firma mitgearbeitet und ich bin ihnen auch sehr dankbar dafür. Es gab niemals einen Grund diese Menschen zu betrügen – im Gegenteil: Sie sollten durch die Pachteinahmen an diesem Erfolg teilhaben.

Eine Verurteilung meiner Person, wie ich es aufgrund vieler Begebenheiten hier im Gerichtssaal erkannte, wurde schon im Voraus vorgenommen. Schon allein das mir am ersten Verhandlungstag übergebene Dokument mit der Auflistung der zu erwartenden Strafen für jeden hier im Prozess Beschuldigten sagt mir, dass schon seit Anbeginn eine Vorverurteilung stattgefunden hat und das, obwohl es bis zum Tag der Prozesseröffnung nicht einen einzigen Beweis und keinen einzigen vor dem 30.11.2010 Geschädigten gab. Nur das Urteil und die zu erwartenden Strafen standen schon fest.

Bedenken Sie weiter, dass man meiner Frau, unserem Sohn Robert und mir schon alles genommen hat, was man uns nur nehmen kann und das, obwohl offiziell die Schuldfrage noch nicht einmal im Ansatz geklärt war. Ungeachtet der hieraus resultierenden Gesundheitsprobleme, physischer und psychischer Natur, haben wir unseren Wohnsitz verloren und unser gesamter Hausrat wurde im Container gelagert. Wir besitzen keinen Cent mehr und müssen uns wohl oder übel mit Hartz IV über Wasser halten. Da wir im Leben meist als Selbstständige gearbeitet haben, und damit Verantwortung übernommen und anderen Menschen Arbeitsplätze geboten haben, belohnt uns nun der Staat, indem er uns nun auch unsere Altersversorgung genommen hat. Ich überlasse es notgedrungen dem Gericht, sich hierüber Gedanken zu machen, inwiefern dies noch mit einem Sozial- und Rechtsstaat in Einklang zu bringen ist.

Genau diesen Staat, der uns rechtschaffenen Bürgern alles genommen hat, muss ich jetzt um Hilfe bitten, damit mein Leben nicht in Armut und Gefangenschaft endet. Es ist schlichtweg gesagt, eine menschenverachtende Vorgehensweise. Unsere Familienbande hat im Laufe dieser Zeit sehr gelitten. Unterm Strich sind durch die Zivilgerichte, ungeachtet der Schuldfrage im Strafprozess, Urteile ergangen, die unser gesamtes zukünftiges Leben in Frage stellen. Das soll noch nicht Strafe genug sein für eine Tat, die niemals begangen wurde.

Eine Verurteilung meiner Person hat aber auch zur Folge und das scheint wohl beabsichtigt zu sein, dass eine Wiedergutmachung durch den Freistaat Bayern an all den Geschädigten ausgeschlossen wird. Dieser Personenkreis, der damals der GFE-Group und damit meiner Person Vertrauen entgegenbrachte, wird hiermit ebenfalls für den Rest des Lebens abgeurteilt.

Auf der einen Seite hat man die Beschuldigten, wie auch meine Person, durch Beschlagnahmen und Pfändungen vollkommen verarmt, dass dort für niemanden mehr was zu holen sein wird und auf der anderen Seite spricht sich die Justiz durch ein Urteil von jeder Staatshaftung frei.

Ja, mir ist heute klar, dass ich auch Fehler gemacht habe. Diese lagen nach heutiger Sichtweise vor allem in der Personalauslese. Nachdem ich diesen Prozess durchlaufen musste, die Ermittlungsakten studieren und mehr als drei Jahre über alles nachdenken konnte, komme ich zu dem Schluss, dass ich so einiges hätte anders bzw. besser machen können. Leider Gottes ist man im Nachhinein schlauer.

Schon während der Tätigkeit bei der GFE-Group war mir daran gelegen, Fehlerquellen auszumerzen, wie es der Zeuge Herr Kreise am 19.11.2012 bestätigte. Er gab an, von mir beauftragt*

worden zu sein, ein Dossier zu erstellen, um mir alle damals bestehenden Schwachstellen unserer Firma aufzuzeigen. Er gab weiter an, in mir eine Person vorgefunden zu haben, der es daran gelegen war, alle Schwachstellen auszumerzen und die hierfür erforderlichen Maßnahmen ergriffen zu haben. Er betonte auch, dass er bei der GFE-Group allseits offen empfangen wurde, auf offene Ohren stieß und niemals das Gefühl hatte für eine unseriöse Firma tätig zu sein.

Sicher, ich hätte, nach heutigem Kenntnisstand, viele der ehemaligen freiberuflichen Mitarbeiter einer strengeren Kontrolle unterziehen müssen. Ich gebe zu, dass ich sehr erschrocken bin, über gewisse Aussagen, die seitens einiger Vermittler in Gesprächen und Telefonaten getätigt wurden. Von Rapsöllieferverträgen aus Sibirien und weiterem ähnlichem Unsinn war die Rede. Diesen Fehler dürfen Sie mir anlasten, wobei ich allerdings zu bedenken gebe, dass dies nicht mein direkter Tätigkeitsbereich war, ich aber hierfür genauso wie mein Partner die Verantwortung zu übernehmen habe. Ich bin sicher, dass ich es heute, was den Vertrieb angeht, weitaus professioneller angehen würde. Bei den Kunden, die über einen falsch aussagenden Vermittler ein BHKW erworben haben, möchte ich mich auf diesem Wege entschuldigen. Zum Glück gab es in der Mehrzahl seriöse Vermittler, die sich an die Informationen seitens der GFE-Group hielten und mit vielen stehe ich auch heute noch in engem freundschaftlichem Kontakt.

Weiter zeichne ich mich verantwortlich für falsche Besetzung der einen oder anderen Führungsposition im Innendienst und der Produktion. Leider hat dies in einem Falle zu krassen zwischenmenschlichen Problemen geführt, die sich auch bei der GFE Production GmbH auswirkten.

Diese von mir hier an dieser Stelle eingeräumten Fehler stellen jedoch keinen Straftatbestand im rechtlichen Sinne dar. Ich bin auch nur ein Mensch, mit all seinen Stärken und Schwächen. Fehler sind bekanntlich dazu da, um daraus zu lernen. Im Übrigen haben diese Fehler keine materiellen Schäden erzeugt. Lediglich die Harmonie des „miteinander Arbeitens“ wurde in den letzten Wochen der Betriebstätigkeit gestört, was auch in einigen abgehörten und aufgezeichneten Telefonaten erkennbar ist.

Wenn ich nun in den kommenden Tagen für diesen vermeintlichen Betrug verurteilt werden sollte, dann werde ich für eine Tatsache verurteilt, die ich mit eigenen Augen wahrgenommen habe und Sie dürfen mir zumindest hier Glauben schenken: Ich war und bin noch immer Herr meiner Sinne. Nur ein unwahres Geständnis könnte für mich, nach heutiger Sichtweise, eine Strafminderung bedeuten. Genauso ehrlich, wie ich den Kunden gegenüber war, werde und bin ich auch zu mir selbst und vor Gericht.

Wenn das dann der Grund für eine Haftstrafe sein soll, dann werde ich im Sinne der Gerechtigkeit weiterkämpfen, auch wenn es das Letzte sein wird, was ich in meinem Leben noch tun kann. Ich bin auf jeden einzelnen Vorwurf in meiner Verteidigungsschrift und in zahlreichen mündlichen sowie schriftlichen Erklärungen wahrheitsgemäß eingegangen und bitte hiermit das hohe Gericht um einen Freispruch vom Vorwurf des Betruges, denn ...

- *Ich habe niemals eine Bande gebildet und habe auch niemals einer Bande angehört.*
- *Ich habe niemals die Kunden über Tatsachen getäuscht.*
- *Ich habe niemals einen Irrtum beim Kunden erregt.*

- *Ich habe niemals eine rechtswidrige Vermögensverfügung herbeigeführt.*
- *Ich habe den Kunden niemals einen Vermögensschaden zugefügt.*
- *Ich habe mich niemals an den Geldeingängen rechtswidrig bereichert.*
- *Ich habe zu keinem Zeitpunkt den Straftatbestand des Betruges in Erwägung gezogen oder/und ausgeführt.*

All das ist aus der Aktenlage und den Zeugenaussagen ersichtlich. Insofern will ich den kleinen Funken Hoffnung, der noch in mir steckt, nicht verkümmern lassen und klammere mich an den Glauben, dass selbst Richter Menschen mit einer Seele sind und früher oder später die Wahrheit erkennen.

Aus diesem Grund appelliere ich an Sie:

- *Belassen Sie mich bitte nicht länger in Gefangenschaft für eine Tat, die ich nicht begangen habe.*
- *Lassen Sie es bitte nicht zu, dass all die hier und anderweitig Beschuldigten weiteren Repressalien ausgesetzt sind!*
- *Lassen Sie es bitte nicht zu, dass die vielen tausend Geschädigten ihr weiteres Leben in Armut verbringen müssen!*
- *Lassen Sie es bitte nicht zu, dass die Menschen das Vertrauen in das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland verlieren!*
- *Lassen Sie es bitte nicht zu, dass die erneuerbare Energien durch solche Verfahren im Keime erstickt werden!*

- *Beflügeln Sie mit Ihrer gerechten Urteilsfindung andere Menschen, sich für unsere gemeinsame Umwelt einzusetzen!*

Sie, hohes Gericht, haben die Chance, hier Zeichen zu setzen. Was die Strafzumessung für den mir vorgeworfenen Bankrott angeht, so habe ich mich bereits in meiner Verteidigungsschrift hierfür verantwortlich gezeichnet und bitte insofern um eine milde Strafe, zumal ich mich bereits seit mehr als drei Jahren in Untersuchungshaft befinde, die bekanntlich schwerer zu ertragen ist als eine Strafhaft.

Weiter habe ich mich diesbezüglich geäußert, dass ich für diesen, durch meine Privatinsolvenz, entstandenen Schaden Wiedergutmachung beabsichtigte und dies ist schon alleine daran zu erkennen, dass ich mich spätestens bei den Firmenanmeldungen in der Schweiz mit eigenem Namen zu erkennen gab. Mein Ansinnen war es lediglich, die GFE-Group niemals einer Gefahr auszusetzen. Es mag nach den Buchstaben des Gesetzes falsch gewesen sein, aber mir blieb, nach meiner damaligen Betrachtungsweise, fast nichts anderes übrig.

Eine Verheimlichung auf Dauer war niemals geplant und eine spätere Rückzahlung aus meinen mir zugestandenen Gewinnanteilen aus der GFE-Group hätte überhaupt kein Problem dargestellt. In meiner Einlassung betonte ich schon, dass ich diese Privatinsolvenz loswerden wollte, ich mich aber durch die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland gehandicapt fühlte. Für diese Zahlungsunfähigkeit habe ich mich bereits im Jahr 2004 bei den geschädigten Bankinstituten entschuldigt und habe mit diesen damals schon an einer Schadensminderung mitgewirkt, die bei einer Bank sogar bis zur völligen Entschuldung führte. Im Übrigen bitte ich zu beachten, dass

dieser mir hier gemachte Vorwurf in keinem direkten Zusammenhang mit der GFE-Group steht.

Insgesamt muss ich feststellen, dass dieser Prozess mehr Fragen nach Gerechtigkeit aufwirft, als der normale Menschenverstand eines Durchschnittsbürgers in der Lage ist zu verstehen. In diesem Verfahren, gleich wie es ausgehen wird, gibt es nur Verlierer und am meisten hat die Wahrheitsfindung der Justiz gelitten. Auch wenn ich während der gesamten Verhandlung vergeblich nach Objektivität gesucht habe, zu der die Staatsanwaltschaft, aber insbesondere auch die Richter von Rechts wegen verpflichtet sind, gibt es noch einen kleinen Funken Hoffnung, dass unter den Roben der Gerichtsbarkeit Menschen sind. Menschen, die im Zweifel, und der besteht definitiv, für den Angeklagten sprechen.

Hohes Gericht, zu guter Letzt bleibt mir nur noch, mich bei all den Menschen zu entschuldigen, die durch diesen Fall vieles verloren haben. Die Geschädigten können versichert sein, dass ich Ihnen niemals einen Schaden zufügen wollte. Wenn diese mir ein Verschulden vorwerfen wollen, dann können sie mir nur die Naivität anlasten, im Vorfeld nicht an wirtschaftliche Interessengruppen und einen solchen Staatsakt gedacht zu haben. Auch diesbezüglich wird sich mein Verhalten zukünftig verändern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit"

Im Anschluss daran konnten die anderen Beschuldigten ihr „letztes Wort“ abgeben, wobei die Mehrzahl derer sich den Ausführungen ihrer Anwälte anschloss.

Am 94. Verhandlungstag, dem 27.02.2014 sollte dann die Urteilsverkündung stattfinden. Dieser Prozesstag dauerte weniger als zwei Stunden.

Während die Richter eintraten, schweiften meine Gedanken kurz ab, zu der Geschichte dieses Ortes. Hier, in Nürnberg, hielten die Nationalsozialisten ihre berüchtigten Parteitage ab, hier im gleichen Saal 600 wurden in den Nürnberger Prozessen Gericht gehalten über Kriegsverbrecher und Organisatoren des Holocausts.

Offenbar hat Nürnberg eine besondere Bedeutung, wenn die Rechtsstaatlichkeit öffentlichkeitswirksam Recht spricht. War es also Zufall, dass auch dieser Prozess hier verhandelt wurde, wie übrigens auch der Prozess gegen Gustl Mollath?

Ich hatte nicht lange Zeit, um darüber nachzudenken, denn das Gericht trat ein, um das Urteil zu verkünden.

„Im Namen des Volkes“ wurden folgende Strafen erlassen:

- Beschuldigter Horst Kirsten - 9 Jahre
- Beschuldigter Rene Teichmann* - 3 Jahre
- Beschuldigter Hubert Klaus* - 4 Jahre
- Beschuldigter Frank Wendel - 6 Jahre und 6 Monate
- Beschuldigter Peter Schüsner* - 5 Jahre und 9 Monate
- Beschuldigter Antonin Kemper* - 4 Jahre und 6 Monate
- Beschuldigter Jürgen Reisser* - 5 Jahre
- Beschuldigter Peter Leopold* - 6 Jahre
- Beschuldigter Eugen Beyer* - 3 Jahre und 6 Monate
- Beschuldigter Karl Meyer - 5 Jahre und 6 Monate
- Beschuldigter Guido Krahwinkel* - 4 Jahre und 6 Monate

Im anschließenden Plädoyer gab der Vorsitzende Richter Grabowski* bekannt, dass die Dimension dieses Verfahrens enorm war.

94 Tage wurde verhandelt, an sieben Tagen wurden nur abgehörte Telefonate abgespielt, 212 Zeugen wurden vernommen. Von drei Richtern und zwei Schöffen wurden über 119 Beweisanträge entschieden. Insgesamt waren 39 Verteidiger für die Beschuldigten tätig.

Die fast zweistündige mündliche Begründung der Urteile brachte genau das zum Ausdruck, was ich im Vorherein befürchtet habe. Nicht nur, dass wir Beschuldigten ohne eine erwiesene Bandenabrede eine stillschweigend gegründete Bande gebildet haben sollen, wird uns Beschuldigten weiter unterstellt, dass es niemals ein BHKW gab, welches mit dem von uns angebotenen Antrieb funktionierte. Im Großen und Ganzen sind wir laut diesem Gericht allesamt Betrüger, die von Anfang an wussten, dass diese Technologie niemals in Serie gehen wird. Allen Beschuldigten kam es nur auf das Einsammeln von Kundengeldern an. Wenn dem so ist, dann frage ich mich, weshalb man uns nicht gleich am ersten Tag verurteilt hat, denn das Gericht hat uns nie die Chance gegeben, das Gegenteil unter Beweis zu stellen. Wie viel Zeit und Geld hätte man sich sparen können!

Ich berichtete schon im Einzelnen darüber und erspare mir hier weitere Erklärungen. Die Urteile werden erst dann rechtskräftig, wenn eine eventuell eingereichte Revision beim Bundesgerichtshof verworfen werden sollte. Ich für meinen Teil hatte bereits durch meine Anwälte Revision angekündigt und so wie ich das sah, würden auch die anderen Verurteilten den gleichen Weg gehen. Das Landgericht Nürnberg-Fürth hat ab dem 27.02.2014 nun bis zu 23 Wochen Zeit dieses hier ausgesprochene Urteil den Beschuldigten in schriftlicher Form mit entsprechender Begründung zukommen zu lassen. Erst danach können die betreffenden Anwälte einen Revisionsantrag an den BGH formulieren, während den Anwälten dazu lediglich vier Wochen

zur Verfügung stehen. Beim Bundesgerichtshof wird man dann diese Anträge prüfen und dies wird wieder eine Zeit bis zu anderthalb Jahren andauern.

Nach diesem Prozesstag wurde ich routinemäßig zum Arzt der JVA geführt, der prüfen sollte, ob ich nun suizidgefährdet bin. Für die nächsten Tage und Nächte wurde eine halbstündige Überwachung meiner Person angeordnet.

Anfang April 2015 nannte der ehemalige Arcandor-Manager Thomas Middlehoff diese Art der Überwachung medienwirksam „Folter“⁶. Der Schock über das Urteil saß tief. Neun Jahre sollte ich im Gefängnis bleiben, abzüglich der drei Jahre Untersuchungshaft blieben noch immer sechs Jahre. Wo blieb da die Verhältnismäßigkeit?

Welche Strafen bekommen Gewalttäter, Vergewaltiger, Totschläger? Wurde ich vom Gericht wirklich in einer Reihe mit diesen Menschen betrachtet?

Ich versuchte, mich von der Trauer und der Verzweiflung nicht überwältigen zu lassen. Es galt, nach vorne zu schauen und mit aller Kraft auf die Revision hinzuarbeiten. Innerhalb dieses Prozesses waren so viele ungeheuerliche Schlampereien gemacht worden, dass es mir bis heute unvorstellbar ist, dass dieses Urteil von Bestand ist. Allerdings habe ich in den vergangenen dreieinhalb Jahren jedes Vertrauen in unser Rechtssystem verloren.

Ich hatte in den vergangenen Jahren sehr viel Zeit, darüber nachzudenken, wie es zu den Ereignissen kam. Die GFE hatte den Schlüssel zu einer weltverändernden und zukunftsweisenden Technologie. Doch am Tisch der Mächtigen sind die

⁶ <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-04/middlehoff-jva-essen-haftbeschwerde>

Gaben längst verteilt. Nur wenige Interessengruppen sind so einflussreich wie die Energie-Lobby und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit. Ohne Energie läuft in unserer modernen Gesellschaft gar nichts, nichts kann produziert, transportiert oder gehandelt werden.

Doch auch weniger offensichtliche Interessen kontrollieren den Energiemarkt. Im Sommer 2015 sorgte der NSA-Skandal für neuen Wirbel. Es stellte sich heraus, dass mit Einwilligung der deutschen Bundesregierung über 40.000 deutsche Unternehmen von der NSA ausspioniert worden waren, zum Teil mit dem klaren Ziel der Industriespionage. Wer diese Firmen sind, weiß bis heute niemand. Was ich aber weiß, ist dass es keine größere und teurere Waffen- und Militärindustrie gibt als die der USA. Diese zieht ihre Daseinsberechtigung aus dem Verteilungskampf um das immer knapper werdende Erdöl. Wäre es Allgemeingut, dass einfache Dieselmotoren überall auf der Welt unabhängig nur mit Rapsöl und Wasser laufen könnten, wie wäre es um die Legitimierung dieser Industrie dann bestellt?

Ist Deutschland als Staat wirklich so unabhängig vom mächtigen großen Bruder USA, dass eine deutsche Firma der US-amerikanischen Waffenlobby auf die Füße treten darf, in dem sie eine neue und unendliche Alternative zum Erdöl serienreif macht? Wer die Macht über die Energie hat, hat die Macht in dieser Welt.

Selbstverständlich kann ich es nicht beweisen, aber ich bin mir fast sicher, dass sich die GFE auf der Liste der 40.000 abgehörten deutschen Firmen befindet und dass der Auftrag, uns zu beobachten und auch von deutschen Behörden abhören zu lassen, nicht nur in Deutschland ausgelöst wurde. Nur so kann ich mir erklären, dass ich und die Mitbeschuldigten statt einer fairen Gerichtsverhandlung einen Schauprozess durchliefen, der

den Hexenprozessen der frühen Neuzeit in seiner Absurdität alle Ehre macht.

Das Gericht hatte nach der Urteilsverkündung 23 Wochen Zeit, um das Urteil zu begründen und diese Frist bis zum letzten Tag ausgereizt. Die Urteilsbegründung umfasst 207 Seiten, unsere Anwälte hatten weniger als vier Wochen Zeit, um den Revisionsantrag zu stellen, der Ende September 2014 eingereicht wurde. Seither warte ich auf die Revisionsentscheidung, befinde mich also nach wie vor in Untersuchungshaft. Es ist in Deutschland der Nachkriegszeit ein absoluter Einzelfall, mehr als vier Jahre in Untersuchungshaft zu sitzen. Aufgrund der Länge meiner Haft gelte ich als besonders ausbruchsgefährdet, weswegen ich nicht arbeiten darf.

Immer mehr habe ich das Gefühl, in einem rechtlosen Raum zu leben. Ich fühle mich entrechtet. Mir und meiner Familie wurde Gewalt angetan, von einem Staat, der sich nur als Handlanger der mächtigen Energiekonzerne ausgibt. Thomas Hobbs' Leviathan ist bittere Realität. Der Staat ist ein Dämon, der verhindert, dass freie Menschen Ideen entfalten und die Gesellschaft weiterentwickeln.

Nach der Urteilsverkündung klammerte ich mich regelrecht daran, mich auf die Revision vorzubereiten. Außerdem erhielt ich durch meinen Blog und eine zwischenzeitlich von meinem Sohn eingerichtete Facebookseite zahlreiche Zuschriften, die ich beantwortete und meinem Sohn zusandte. Diese Zuschriften spendeten mir nicht nur Trost, sie zeigten mir auch, wie groß die Empörung da draußen über das Verhalten von Kripo, Gericht und Staatsanwaltschaft war. Glücklicherweise hatte ich noch immer Zugang zu einem PC.

Das änderte sich, als ich am 22.09.2014 in die JVA Bayreuth verlegt wurde. Hier stand mir kein PC mehr zur Verfügung. Die CD-Rom's, auf denen das Prozessmaterial gespeichert war, sollen teilweise auf Anordnung des Gerichts vernichtet werden, teilte man mir mit. Meine über 1300-seitige „Aufarbeitung des GFE-Falls“ wurde von den Behörden mit einem Passwort versehen, so dass es im Zuge der Recherchen für dieses Buch nur mit großen Mühen möglich war, meine eigenen Aufzeichnungen heranzuziehen.

Nach viereinhalb Jahren Haft habe ich mich an das Gefängnis gewöhnt, soweit das möglich ist. Für mich ist es normal, mich mit Mördern, Dealern und Totschlägern zu unterhalten, weil dies die einzigen mir möglichen Gesprächspartner sind. Der Mensch ist so gestrickt, dass er sich auch an die extremsten Bedingungen gewöhnt, um psychisch und physisch zu überleben. Ein rettender Anker sind für mich die zahlreichen Briefkontakte mit der Außenwelt. Ohne sie würde ich in tiefe Trübsal versinken – denn das Niveau von Knastunterhaltungen ist auf Dauer nur schwer auszuhalten. Außerdem gibt es im Gefängnis keine wirklichen Freundschaften. Mit den Gefängniswärtern habe ich ein gutes Verhältnis. Sie sind keine Freidenker, sondern Beamte, aber sie tragen keine Schuld daran, dass ich unschuldig inhaftiert bin. Ich verbringe meine Tage damit, viel zu lesen und zu schreiben. So viel, wie ich in den letzten vier Jahren geschrieben habe, habe ich in den vorangegangenen 58 Lebensjahren nicht geschrieben. Während meiner Zeit in der JVA Nürnberg unterstützte ich den Gefängnisseelsorger als Lektor. Uns verbindet bis heute eine innige Brieffreundschaft. Diese Beziehungen und Kontakte sind es, die mir über den Tag helfen.

Meine Gefühlswelt hat sich im Laufe der Haft sehr verändert. Ich stamme aus einer Generation, in der Jungen noch beigebracht

wurde, ihre Gefühle nicht zu zeigen, doch hier im Knast erlebe ich fast täglich ein Wechselbad der Gefühle. Ich schäme mich nicht mehr für meine Tränen und Gefühle. Ich träume davon, nach meiner Entlassung mit meiner Frau in einem Wohnmobil, sofern es für uns überhaupt noch eine finanzielle Möglichkeit für den Erwerb und den Betrieb eines solchen dazu gibt, die Welt zu bereisen und in den uns verbleibenden Jahren die Freiheit und unser Miteinander in vollen Zügen zu genießen.

Früher konnte ich diese Dinge nicht so wertschätzen wie heute, weil das Business immer im Vordergrund stand. Von meinen früheren Freunden und Geschäftspartnern ist mir nicht einer geblieben. Ex-Kollegen fielen mir und anderen Beschuldigten in den Rücken, indem sie aus Angst vor einer Haft Teilgeständnisse ablegten oder aber sich weigerten, überhaupt auszusagen. Hätten sie die Wahrheit gesagt, so sähe sicher manches anders aus, denn ihre Aussagen hätten das Gericht unter Druck setzen können.

Am 17. Juli 2014, während der Arbeit an diesem Buch, erfuhr meine Frau aus der Presse, dass mein Antrag auf Revision abgelehnt worden ist. Es ist schwer zu beschreiben, welche vernichtende Wirkung das auch mich hat. Ich habe die Hoffnung auf Gerechtigkeit durch das Justizsystem verloren. Warum die Revision abgelehnt wurde, werde ich vermutlich niemals erfahren, denn das BGH muss seine Entscheidungen nicht begründen. Als „Ersttäter“ kann ich mir Hoffnungen machen, nach 2/3 meiner Haftstrafe einen Antrag auf vorzeitige Entlassung zu stellen und gewährt zu bekommen. Doch die verlorene Lebenszeit, das verlorene Lebenswerk werde ich nicht zurückerhalten. Zurzeit hoffe ich darauf, dass ich vielleicht sogar das nächste Weihnachtsfest im Kreise meiner Familie verbringen darf.

Es gibt viele Gründe für dieses Buch. Der erste und wichtigste ist, dass die Welt es verdient hat, zu erfahren, dass es die Möglichkeit zu günstigerer Energie gibt – ganz gleich, wie sehr die Energie-Lobby das zu verhindern versucht. Wir als GFE mögen daran gescheitert sein, sie seriell umzusetzen, doch es werden, so hoffe ich auch mit diesem Buch anzustoßen, andere kommen, die aus unseren Fehlern lernen und irgendwann wird kein Gericht der Welt diese Entwicklung mehr aufhalten können. Daran glaube ich und der Glaube daran hält mich aufrecht.

Der zweite und nicht weniger wichtige Grund ist, dass ich es nicht der Presse und dem Gericht überlassen will, über meine Mitarbeiter und mich zu urteilen. Wir hatten eine Vision, die wir mit Tatkraft und Mut, vielleicht auch mit ein wenig Naivität angegangen sind. Wir sind von den Ereignissen überrollt worden, das mag man uns als Geschäftsmänner zum Vorwurf machen. Verbrecher sind wir nicht, auch wenn Staatsanwaltschaft und Gericht sich alle Mühe gaben, uns so aussehen zu lassen.

Mit der minutiösen Aufzeichnung der Ereignisse im Prozess, die in diesem Buch nur in gestraffter Form Platz finden, im Detail aber in meinem Prozesstagebuch auf meiner Homepage nachzulesen sind, sollen zugleich Zeugnis darüber ablegen, was es mit unserem Rechtssystem auf sich hat und was dem geschehen kann, der in seine Mühlen gerät.

Die GFE ist mächtigen Interessen auf die Zehen getreten und wir zahlen den Preis dafür. Doch eine Revolution, wie sie unsere Technologie bedeutet, lässt sich nicht aufhalten.

Noch während meiner Haft hat sich ein weltweites Netzwerk aus Fachleuten gebildet, die alle darauf warten, dass ich wieder auf der Bildfläche erscheine und die Arbeit an den BHKWs wieder

aufnahme. Verständlicherweise möchte ich das nicht, denn ich habe keine Lust, erneut in das Visier der Justiz zu geraten oder, wie mir schon anonym angedroht wurde, mit einer Kugel im Kopf zu enden. Dennoch ist das Wissen um die Technologie dort draußen und wird sich irgendwann ihren Weg bahnen. So war es bisher mit allen Revolutionen. Sie lassen sich immer nur für eine gewisse Zeit unterdrücken.

18. Nachwort

Die Gerichtsbarkeit hat mir im Laufe der Ermittlungen und im Prozess offenbart, wie wenig es ihr an der real existierenden Wahrheit gelegen ist. Bei dem offensichtlich ungerechtfertigtem Urteil wurde seitens der Richter kein einziger Gedanke daran verschwendet, dass man damit tausenden Menschen den Boden unter den Füßen wegzieht und diese oft ein Leben lang darunter zu leiden haben. Diese Herrschaften sitzen auf einem derart hohen Ross, dass bei einem normal denkenden Menschen nur noch Übelkeit hervorgerufen wird.

Das beginnt schon im Gerichtssaal. Das Prozedere erinnert schon mehr an einen Gottesdienst. Jedermann, Angeklagte, deren Verteidiger und selbst die Zuschauer haben aus Ehrfurcht und Respekt die Pflicht, sich von ihren Plätzen zu erheben, wenn die unnahbaren und unfehlbaren Richter den Gerichtssaal betreten. Kein Wunder, dass diese Gesetzesvertreter sich dabei wie Halbgötter fühlen.

In meinem Fall, der im übrigen im Saal 600 des Landgerichts Nürnberg stattfand, in dem damals die Nazi-Prozesse abgehalten wurden, mutete es eigenartig an, wenn nicht nur die Richter, sondern auch die Staatsanwaltschaft sich auf einer Empore befinden, während die Angeklagten und deren Verteidiger sich „unten“, sozusagen auf der Sünderbank aufzuhalten haben. Hier wird gleich zu Beginn einer Verhandlung das ungleiche Verhältnis zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung öffentlich zur Schau gestellt. Ich jedenfalls sollte gleich wissen, welche untergeordnete Rolle ich in diesem Prozess inne hatte. Solange die Staatsanwaltschaft im Gericht die gleiche Position einnimmt und solange es zwischen Gerichten und Staatsanwaltschaften zum ständigen Personalaustausch kommt,

wie in meinem Fall geschehen – kurz vor Prozessbeginn wurde die ermittelnde Staatsanwältin zur Richterin am Landgericht und die bis dahin zuständige Richterin zur Staatsanwältin erklärt, letztere vertrat sogar die Anklage in unserem Prozess – solange kann und darf nicht von Neutralität und Objektivität der Gerichtsbarkeit ausgegangen werden. Im Übrigen ist ein Befangenheitsantrag gegen Staatsanwälte im Gesetz nicht vorgesehen.

Für mich war unsere Demokratie mitsamt der dazugehörigen Justiz bis zu diesem Prozess immer vertrauenswürdig und ich habe sie überall dort verteidigt, wo man diese, oft in übelsten Worten, verbal angriff. Die Gleichheit vor dem Gesetz schätzte ich als höchstes Gut unseres Rechtssystems.

Was ich jedoch während der 94 Verhandlungstage erlebte, glich einem totalen Zusammenbruch meiner Überzeugung. Mein Vertrauen in die Justiz wurde zutiefst erschüttert – ja, ich schämte mich schon für mein Land. Ich musste feststellen, dass es in diesem, meinem geliebten Land, nicht dasselbe ist, wenn zwei das Gleiche tun.

Es klingt schon fast wie Ironie – wegen der gleichen „Tat“ erhielt ein norddeutscher Unternehmer vom Bundespräsidenten den Innovationspreis der Bundesrepublik Deutschland und ich wurde dafür in Bayern zu neun Jahren Gefängnis verurteilt – und das war der Justiz noch nicht genug. So wurden weitere unschuldige Mitarbeiter und Geschäftspartner von mir seitens des Gerichts zu sogenannten „Mittätern“ erklärt und ebenfalls zu vielen Jahren Haft verurteilt.

Viele hundert, wenn nicht sogar viele tausend weitere Menschen, erlitten durch das unrechtmäßige Vorgehen der Staatsanwaltschaft einen derart hohen finanziellen Schaden,

dass deren (Weiter-)Leben nur mit massiven Einschränkungen zu bewerkstelligen sein wird.

Das Urteil des Gerichts trug dann im Nachhinein dafür Sorge, dass diese unrechtmäßigen Aktionen als legale angesehen werden können. Vom volkswirtschaftlichen Schaden, den die Justiz mit einem Fehlurteil anrichtet, spricht eigenartiger Weise kein Mensch. Das Gericht kann unter dem Deckmantel der Unabhängigkeit geradezu agieren, wie es will. Keiner schaut ihnen auf die Finger, denn eine derartige Kontrollinstanz sucht man hierzulande vergebens. Mir scheint, es ist einfacher zwei Erdteile zusammenzufügen, als einen Richter für ein Fehlurteil persönlich haftbar zu machen.

Vor Gericht sitzen meist Menschen, die verzweifelt um ihr vom Gesetz gegebenes Recht kämpfen. Ich, der sich zu diesen Menschen zählt, stieß nur auf Ablehnung, Voreingenommenheit ja bis hin zur Arroganz und Ignoranz. Die Richter legten ein überhebliches Verhalten an den Tag, sodass bei mir der Eindruck entstand, sie seien das alleingültige Maß aller Dinge. Meiner Meinung nach ist die Selbstgefälligkeit, mit der sie diese Verhandlung zu dem von ihnen vorbestimmten Ziel führten, nicht nur menschenunwürdig. Sie wird von mir schon als menschenverachtend bewertet. Und wehe dem vor Gericht Stehendem, der es wagt, sich gegen diese „Allerheiligsten“ zu wehren. Jedwede noch so kleine Kritik oder Gegenwehr wird als Angriff gewertet, was ohne weiteres im späteren Urteil seinen Niederschlag finden kann. Vor Beginn des Prozesses machte mich ein Mitgefangener darauf aufmerksam, dass ein jeder, der vor Gericht kämpft, schon verloren hat. Tragisch, denn ein solcher Ausspruch sagt so vieles aus, was sicher nicht vorteilhaft für deutsche Gerichte erscheint.

Nicht zuletzt raten Anwälte ihren Mandanten, vor Gericht keine Aussagen zu tätigen. Für mich waren das keine Argumente, dem Gericht damit einen Freibrief auszustellen. Ich wagte den Kampf für Gerechtigkeit, sollte jedoch später bei der Urteilsfindung dafür bestraft werden. Mehrere meinerseits gestellte Befangenheitsanträge wurden in einer Art und Weise abgeschmettert, dass es selbst den im Gericht anwesenden Zuschauern nur noch ein Unverständnis zeigendes Kopfschütteln abforderte.

Eine Amtsenthebung hat ein Richter quasi nie ernsthaft zu befürchten, denn über solche Befangenheitsanträge entscheiden meist seine unmittelbaren Kollegen. So kommt es auch, dass sich kaum jemand traut, einen Richter anzuklagen und sollte jemand dies dennoch tun, dann kann er sich sicher sein, dass derartige Anzeigen verworfen werden. Ich erstattete beispielsweise Strafanzeige gegen den Ermittlungsrichter und die leitende Oberstaatsanwältin. Diese Anzeige sandte ich aus Sicherheitsgründen direkt an die damals amtierende bayerische Justizministerin, die mich relativ schnell darüber in Kenntnis setzte, hierfür nicht zuständig zu sein. Man habe deshalb die Strafanzeige zuständigkeitshalber an die Generalstaatsanwaltschaft weitergeleitet. Von dortiger Seite erhielt ich dann einige Zeit später ein gleichlautendes Schreiben in der Form, man werde meine Strafanzeige zuständigkeitshalber an die Oberstaatsanwaltschaft weiterleiten. Ist doch hochinteressant, jetzt entscheidet genau die von mir angezeigte Oberstaatsanwaltschaft, ob sie dieser Anzeige nachgeht oder nicht. Die Kollegen der von mir angezeigten Personen haben entschieden, deren Antwort brauche ich hier sicher nicht im Einzelnen erläutern.

Noch ein Wort zu den von der Justiz bestellten Gutachtern, die mein Bild von unrechtmäßiger Urteilsfindung abrunden. Die Richter verstecken sich gerne, wie in unserem Fall geschehen, hinter den Ergebnissen erstellter Gutachten und ziehen sich somit aus der Verantwortung. Wenn ein Gericht einen Gutachter bestellt, und sei dieser noch so unfähig, so ist dies ein für allemal der Gutachter auf dessen Aussagen sich das Gericht bezieht. Es gibt leider keine gesetzliche Grundlage für die Qualifikation eines Gutachters. Es liegt nur im Ermessen des Richters. Gutachter wollen in der Regel Folgeaufträge und genau deshalb sind sie vom Wohlwollen der Richter abhängig. Ein der Richterschaft nicht zuträgliches Gutachten wird die Chance auf Folgeaufträge sicher nicht steigern. In diesem Wissen gehen Gutachter an ihre Aufgabe heran.

Nun bin ich trotz meines Kampfes von den Richtern mit Verweis auf stümperhafte Aussagen eines inkompetenten Gutachters, mit einer empfindlichen Strafe belegt worden. Selbst die Revision beim Bundesgerichtshof brachte mir nicht mein Recht auf Freiheit als unbescholtener Bürger zurück.

Eigenartig ist die Tatsache, dass die Revisionsentscheidung der Presse schon zu einem Zeitpunkt bekannt gemacht wurde, in dem die Angeklagten und deren Anwälte noch im Wartestatus darauf verharrten. Laut unbestätigten Meldungen eines vorab informierten Journalisten hat der Bundesgerichtshof die Revision mit großen Bedenken abgelehnt, da eine Wiederaufnahme des Prozesses zu hohe Kosten mit sich bringen würde. Mittlerweile ist es mir einerlei, denn den größten Teil meiner Strafe habe ich durch die ewigen Verschleppungen seitens der Justiz ohnehin schon abgesessen. Ein erneuter Prozess wäre des Weiteren nur von den Kollegen der mich zuvor verurteilenden Richtern geführt worden. Man hätte ganz sicher

nur versucht, die Fehler der Kollegen zu rechtfertigen. Richter machen bekanntlich keine Fehler und wenn doch, dann niemals solche, für die sie persönlich in Haftung genommen werden könnten. Insofern sehe ich den Beschluss des Bundesgerichtshofes als endgültig an.

Hier ist das Ende der Fahnenstange, denn eine Beschwerde ist nicht mehr möglich, zumal der Bundesgerichtshof seinen Beschluss nicht begründen muss und damit jegliche Angriffs- oder Widerspruchsmöglichkeit im Voraus ausschließt.

Im Laufe der letzten Jahre musste ich sehr viele unschöne und unbequeme, ja meist sogar sehr schmerzhaft Erfahrungen sammeln. Es stellen sich Tag für Tag neue Fragen, die wohl auf ewig unbeantwortet bleiben. Wer gibt all denen, die unschuldig inhaftiert wurden, die gestohlene Lebenszeit zurück? Niemand kann den Ruf, die Existenz, die dadurch zerbrochenen Partnerschaften und sozialen Kontakte, die physischen und psychischen Schäden, ja selbst das Leben in ursprünglicher Form der hier Betroffenen wieder herstellen? Die Zahl der Fehlurteile in Deutschland ist größer, als man es für möglich hält. Die deutsche Gerichtsbarkeit entfaltet diesbezüglich einen großen Einfallsreichtum, all das zu vertuschen. Bei entsprechender Interpretation der Gesetzestexte findet sich immer ein Paragraph, der die Handlungen der Justiz in legale Bereiche bringt. Mir kann keiner erzählen, dass es bei jährlich fast 100.000 Urteilen im Freistaat Bayern keine Fehlurteile geben soll. Nicht zuletzt sitzen deshalb viele vergessene, zu Unrecht verurteilte Menschen in deutschen Gefängnissen.

Man nennt das wohl Kollateralschäden, die überall vorkommen können – nur mit einem sehr entscheidenden Unterschied: Hier geht es um Menschen, deren Leben von Staatsorganen heuchlerisch „im Namen des Volkes“ zerstört wurde. Mit

anderen Worten: Wir alle lassen das geschehen und tragen somit eine gewisse Mitverantwortung. Ich schließe mich da in keinsten Weise aus, denn auch ich habe mein Leben lang die Augen davor verschlossen.

Die Medien haben sich im Lauf der Jahrzehnte zu Komplizen dieser dunklen Machenschaften gemausert. Vorverurteilungen, gespeist durch Pressemitteilungen der Staatsanwaltschaften, gehören heute schon zum Alltag. Wer diesen Weg seitens Presse, Rundfunk und Fernsehen nicht mitgeht, wird von der Justiz nicht weiter mit Informationen gefüttert. Oft sind, wie in unserem Falle, die Medien mit Kameras und Mikrofonen schon vor Ort, bevor die Durchsuchung des Objekts und die Verhaftung verdächtiger Personen stattfinden. Ob diese Vorgehensweise mit den Grundsätzen eines Rechtsstaates in Einklang zu bringen ist, wage ich stark zu bezweifeln. Auf jeden Fall ist mit dieser Taktik sichergestellt, dass sich das öffentliche Meinungsbild dem angleicht, was die Justiz damit verfolgt - eine offensive Vorverurteilung.

Ich kann Ihnen, liebe Leser, versichern, dass ich all das, was ich in diesem Buch niedergeschrieben habe, mit reinem Wissen und Gewissen im Vollbesitz meiner geistigen Kräfte, die ich mir trotz langjähriger Haft bewahrt habe, getätigt habe.

Wenn die Justiz es in unserem Fall geschafft hat, zum einem ein innovatives Produkt der Öffentlichkeit vorzuenthalten und zum anderen viele Menschen, einschließlich meiner Person, auf lange Zeit handlungsunfähig zu machen, so hat sie es dennoch nicht geschafft, mir meine geistige Freiheit zu nehmen. Somit blieb mir nur noch, mich auf den Artikel 5 des Grundgesetzes zu berufen, der besagt, dass jeder das Recht hat, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten.

Somit stellt die Herausgabe dieses Buches keine Straftat dar. Wenn dieses Buch nur einen einzigen Menschen davor schützt, unschuldig in die Fangnetze der durch Lobbyisten und von Machthabenden instrumentalisierten Justiz zu geraten, dann hat es seinen Sinn erfüllt. Ich kann jedem nur den Rat geben, weiter an umweltfreundlichen, innovativen Energieerzeugungstechnologien zu forschen, sie auch zu Gunsten seiner Mitmenschen zu produzieren, sich jedoch vorher eingehend darüber zu informieren, ob seine Technologie, sei sie auch noch so gut, von Marktführern und Politikern überhaupt erwünscht ist. Ansonsten kann ich nur zur Vorsicht raten. Gewonnen hat das System sprichwörtlich nur dann, wenn wir alle die Flinte in's Korn werfen. Insofern darf ich mich zumindest in diesem Punkt als Gewinner bezeichnen.

19. Glossar

Weitere Infos zum Fall Horst Kirsten und der GFE-Group:

Blog und Prozesstagebuch von Horst Kirsten: <http://www.horstkirsten.de/>

https://www.youtube.com/watch?v=FqC_TzECmqE

(Hier setzen sich die angeblich geschädigten Käufer der GFE dafür ein, dass die Technik der BHKW endlich umgesetzt werden kann.

<https://www.youtube.com/watch?v=rzrWD4psSw0>

Darstellung der Funktionsweise des GFE Motors

<https://www.youtube.com/watch?v=vEj6kwf0e9s>

Der EGM Kraftstoff aus Öl-Wasser-Gemisch

Die Internetseite von Hans-Jürgen Ahlers mit vielen Informationen zu kostenloser Energie, der Energiemafia und anderen Hintergründen:

<http://www.ahlers-celle.de/>

Die Internetseite von Dipl.-Ing. Strunk, einem der Entwickler der GFE-Group

<http://www.gfe-skandal.de/>

Es genügt aber auch, wenn Sie bei Google oder YouTube die Suchbegriffe

- Horst Kirsten
- GFE-Group oder nur GFE
- Justizskandal

oder dergleichen angeben

Saubere und günstige Energie für alle ... klingt das nicht faszinierend? Netzunabhängiger Strom und umweltschonende Heizkraft aus Wasser statt aus Diesel ... ein Konzept für die Zukunft, das versprach die GFE.

Unternehmer Horst Kirsten brachte die entsprechende Technologie mit Blockheizkraftwerken zur Serienreife, bald schon hätten tausende Haushalte mit seinen Blockheizkraftwerken beheizt werden können, doch am Ende war die Lobbymacht der Energiekonzerne stärker.

Mit Betrugsvorwürfen ging man gegen die GFE vor, aus der Energierevolution wurde ein Justizskandal.

6 Jahre lang saß Horst Kirsten im Gefängnis, weil er an die Zukunft sauberer Energie glaubte. Nun erzählt er seine Geschichte.



Horst Kirsten